

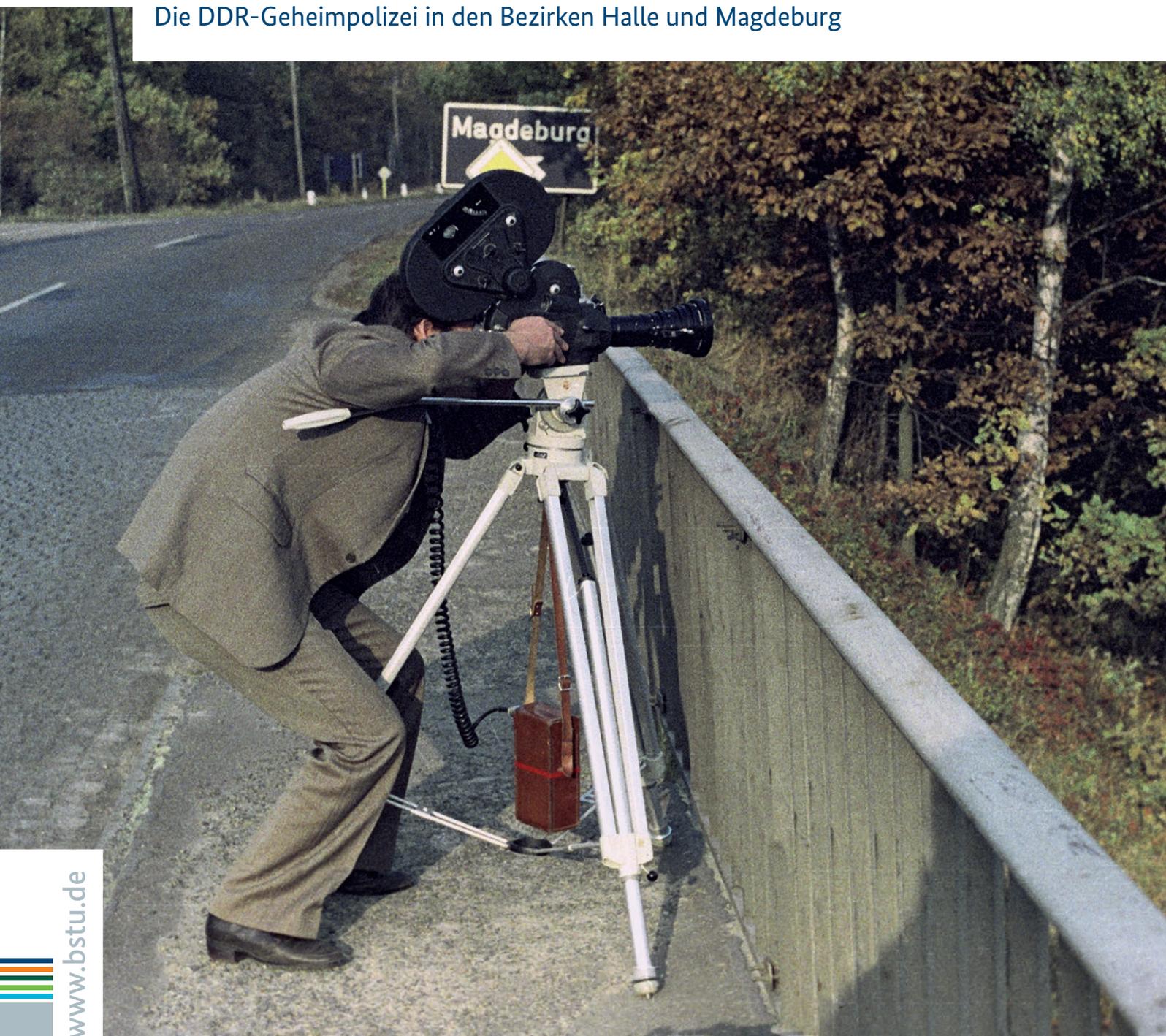


Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
STASI IN DER REGION

Stasi in Sachsen-Anhalt

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg



Peter Boeger, Elise Catrain (Hg.)

**Stasi in Sachsen-Anhalt.
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle
und Magdeburg**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Der Parteiauftrag	7
1945–1950 Die Flamme der Revolution – Aufbau einer Geheimpolizei in Sachsen-Anhalt	8
1953 Wir folgen Berlin! – Volksaufstand in Halle und Magdeburg	14
1956 »Ein vernichtendes Urteil über die Stalin-Ära« – Umsturzpläne in Oschersleben	21
1961 Verbannung aus dem Harz – Zwangsumsiedlung durch die Staatssicherheit	26
1968 »Halten Sie stand und behalten Sie Hoffnung!« – der Prager Frühling in Halle	31
1975 Ausreiseantrag aus Aschersleben – »Gefangener im eigenen Land ...«	36
1976 Hauptbahnhof Halle/S. – Unterschriften für den Liedermacher Wolf Biermann	41
1985 Glasnost, Sputnik und Tapetenwechsel – Stasi-Aktion »Rosa« in Naumburg	45
Der Apparat	51
Halle und Magdeburg – die Bezirksverwaltungen	52
Die Kreisdienststellen Halle, Eisleben und Stendal	56
»Wo mich die Partei hinstellt ...« – die hauptamtlichen Mitarbeiter	64
IM in der »Gosenschänke« – das eng geknüpfte Spitzelnetz der Staatssicherheit	70
Hand in Hand mit den Genossen – die Zusammenarbeit von Stasi und Volkspolizei	75
Die Methoden	79
Der Spion, der aus dem Wald kam – die Akten der Schreibtischtäter	80
»Feinde im Postverkehr aufspüren« – die Postkontrolle	83
Magdeburg-Neustadt und »Roter Ochse« – die Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit	89
»Schlagartig und konspirativ« – Planungen der Staatssicherheit für Isolierungslager auf den Schlössern Seeburg und Reinharz	93
Der Einsatz	97
Großbrand im VEB Orbitaplast Weißandt-Görlau	98
»Verschlussache Umweltschutz« im Chemiedreieck Halle	101
»Die Russen und die DDR machen uns das Leben schwer«	105
Flucht bei Harbke – die Staatssicherheit guckt in die Röhre	108
Naumburg und Huysburg – der Kampf der Staatssicherheit gegen die Kirchen	115
Das Dessauer Bauhaus im Blickfeld der Staatssicherheit	123
Spitzel im »Turm« – Die Unterwanderung der Martin-Luther-Universität Halle	127
Arzt bekämpft »Sportverräter« – der 1. FC Magdeburg	132
»Menschenrechte und das Gewissen« – Opposition in Halle und Magdeburg	137

Das Ende	145
Bürgerproteste auf dem Marktplatz Halle – die Friedliche Revolution	146
»Aber wenn Sie Akten verbrennen, wird's doch auch schwarz ...«	154
Anmerkungen	156
Übersichten und Verzeichnisse	162
Struktur und Aufgaben der Stasi in Halle und Magdeburg	162
Die Dienststellen der Stasi in den Bezirken Halle und Magdeburg	164
Kurzbiographien der Minister und Leiter der Bezirksverwaltungen	169
Kurzbiographien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen	172
Autoren	176
Abkürzungsverzeichnis	177
Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Sachsen-Anhalt	179

Einleitung

Am Morgen des 22. August 1968 liefen die jungen Männer die Orte ihrer nächtlichen Aktion im Stadtgebiet von Köthen ab. Sie überzeugten sich von der Wirkung ihrer an Wänden und Toren angebrachten Parolen. Noch einmal wollten sie ihre spontan gewählten Losungen »Es lebe Dubček«, »Freiheit für die ČSSR« oder »Russen raus aus der ČSSR« betrachten. Sie waren mit großer Vorsicht vorgegangen. Zwei schrieben mit Schulkreide Parolen an die Wände, zwei schoben Wache und piffen die Marseillaise, wenn jemand nahte. Niemand hatte sie des Nachts erwischt und so wiegten sie sich jetzt in Sicherheit – obwohl die Stasi überall präsent schien.

Den Bürgerinnen und Bürgern in den DDR-Bezirken Halle und Magdeburg waren die regionalen Dienststellen des »Ministeriums für Staatssicherheit« (MfS) durchaus bekannt. Im täglichen Leben vermieden sie gleichwohl den Gebrauch der offiziellen Bezeichnung, nutzten unter der Hand aus einer Mischung von Respektlosigkeit und Furcht Synonyme wie »Guck und Greif« oder sprachen von der »Firma«. Viele wähten das mächtige Ministerium allgegenwärtig und verhielten sich entsprechend angepasst. Knackende Geräusche in der Telefonleitung wurden stillschweigend als Lauschangriffe der Staatssicherheit gedeutet, die Postkontrolle galt als offenes Geheimnis, über das sich niemand offen zu sprechen traute. In privaten Gesprächen waren jene gut beraten, die ihre kritischen Äußerungen zum spartanischen Warenangebot, zur Luftverpestung oder gar über die Staatspartei nur in kleinem Kreis und sehr vertrauten Menschen mitteilten. Das konnte dennoch fatal schiefgehen, wie wir es an dem geschilderten Beispiel aus Köthen sehen. Den jungen Männern kam die Staatssicherheit auf die Spur. Stolz berichtete einer der Männer in einem Brief von der nächtlichen Aktion – und die Staatssicherheit las mit. Schon wenige Stunden später wurden alle vier verhaftet, die Wohnungen durchsucht und Reste von Schulkreide als Beweismittel beschlagnahmt. Das Gericht befand, die Männer hätten »unter dem direkten Einfluss der ideologischen Diversion der Feinde der Arbeiterklasse« das Verbrechen verübt und verhängte Haftstrafen zwischen 21 und 33 Monaten.¹

Erst nach der Friedlichen Revolution von 1989 und dem Zusammenwachsen von Ost und West wurden die vormals geheimen Dimensionen des Ministeriums

für Staatssicherheit öffentlich. Heute können die über 100 Regalkilometer umfassenden geheimpolizeilichen Akten für die persönliche Akteneinsicht betroffener Bürger, zur Überprüfung auf Verstrickung in den Apparat der Staatssicherheit oder für Forschung und Information der Öffentlichkeit genutzt werden. Allein in Sachsen-Anhalt hinterließ die Staatssicherheit in 40 Jahren kommunistischer Herrschaft über 16 Kilometer Akten, die nunmehr in den Außenstellen Halle und Magdeburg des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen verwahrt sind. Mit bürokratischer Gründlichkeit legte die Geheimpolizei in den Akten ihre eigenen Absichten und Pläne schriftlich nieder, dokumentierte Spitzelberichte und erzwungene Geständnisse, griff rücksichtslos in die Lebenswege von Menschen ein, die lediglich unangepasst waren oder auch bewusst widerständig agierten. Oberstes Ziel der Staatssicherheit war dabei stets die Sicherung des politischen Systems der DDR.

Die hier nachzulesenden Fallbeispiele sind im Text besonders gekennzeichnet. Wir möchten jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zustimmten, besonders herzlich danken.

Die fünf Kapitel im Überblick

Der Parteauftrag

1949 war die deutsche Teilung faktisch besiegelt. In den Besatzungszonen der West-Alliierten gründete sich die Bundesrepublik Deutschland und in der Sowjetischen Besatzungszone übergaben die Sowjets den deutschen Kommunisten die politische Macht, die die Deutsche Demokratische Republik ausriefen. Alle wichtigen Positionen in der jungen DDR wurden mit altgedienten Kommunisten besetzt. Viele von ihnen waren jahrelang in der Sowjetunion politisch-ideologisch geschult worden und hatten auf diesen Moment gewartet. Das Machtmonopol hatte von nun an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die sich 1950 mit dem Ministerium für Staatssicherheit eine Geheimpolizei nach sowjetischem Vorbild schuf.

In Sachsen-Anhalt war die Staatssicherheit von Anfang an fest verankert, zunächst mit ihrer Ländervertretung und – nachdem 1952 die Länder in der DDR abgeschafft wurden – mit den Bezirksverwaltungen Halle und Magdeburg.

Der Apparat

Dem Minister für Staatssicherheit mit Dienstsitz in Berlin-Lichtenberg waren die Stasi-Zentralen in Halle und Magdeburg sowie in 13 weiteren Bezirksstädten direkt unterstellt. Diesen Bezirksverwaltungen wiederum unterstanden regionale Dienststellen in zuletzt 209 Kreisen sowie einige Objektdienststellen in volkswirtschaftlich bedeutenden Einrichtungen. Hierzu gehörte insbesondere das »Chemiedreieck« von Halle. Flächendeckend überzog das MfS die DDR mit einem Netz an offiziellen Dienststellen, konspirativen Einrichtungen und Treffpunkten. Die grundlegenden Elemente und Prinzipien der Organisationsstruktur im MfS blieben trotz enormer personeller Ausweitung des Apparates über vierzig Jahre stabil. Besonders die verdeckten Formen der Repression seit den 1970er-Jahren erforderten personalaufwendige Methoden. Weit über 200 000 Personen waren zuletzt als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter für das MfS tätig.

In der Region wurden die Sekretäre der SED-Kreisleitungen und der SED-Bezirksleitungen laufend vom MfS über Ereignisse im »Verantwortungsbereich« informiert. Die SED-Spitze ihrerseits wachte scharf darüber, dass ihre Machtstellung durch Fehlverhalten des Staatssicherheitsdienstes nicht gefährdet wurde.

Die Methoden

Das MfS sicherte die Macht der SED-Diktatur nach innen und außen ab – mit allen legalen und illegalen Mitteln und Methoden. In den ersten Jahren ähnelten seine Methoden denen in der Sowjetunion unter Diktator Josef Stalin: mehr oder weniger willkürliche Festnahmen und Verschleppungen, physische Folter, drakonische Gerichtsurteile. In Halle und Magdeburg etwa wurden in Schauprozessen mehrere Demonstrationsteilnehmer vom 17. Juni 1953 zum Tode oder zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Der Dreiklang aus »Verhaften – Verhören – Verurteilen« in der DDR blieb kaum einem politischen Beobachter verborgen. Seit den 1960er-Jahren suchte die SED im internationalen Raum politische Anerkennung und intensivierte die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Westen. Dabei konnten Berichte über das harte Vorgehen gegen missliebige DDR-Bürger stören und das MfS richtete seine Repressionsmethoden neu aus. Als Theologie-Studenten aus Naumburg einen offenen Brief zu Friedensfragen in Umlauf bringen wollten, vermittelte dies die Stasi, ohne dass die geheimpolizeilichen

Methoden von den Studenten erkannt wurden. Die neue Kurzformel für das Vorgehen der Stasi hieß nun »Zersetzen statt Verhaften«. Kritische Bürger wurden mit verdeckten Methoden beobachtet, systematisch verunsichert, isoliert, psychisch gebrochen, mit Spezialgesetzen kriminalisiert und scheinbar regulär von Gerichten zu Haftstrafen verurteilt.

Der Einsatz

Die Staatssicherheit ließ in den Bezirken Halle und Magdeburg kaum einen Bereich unbeobachtet. Vom stets verdeckten Einsatz der Staatssicherheit waren beispielsweise die kirchlichen Einrichtungen in Huysburg und Naumburg, Wirtschaftsbetriebe im Chemiedreieck Halle, die Kultureinrichtung des Bauhauses in Dessau oder die Martin-Luther-Universität betroffen. Die Geheimpolizei drang in alle gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche ein, um unangepasstes oder systemkritisches Denken und Handeln vorbeugend zu bekämpfen. Im Mittelpunkt standen insbesondere jene Bürgerinnen und Bürger, die ein von den Normen sozialistischer Lebensführung abweichendes Verhalten an den Tag legten. Die Partei- und Staatsführung stand allerdings vor dem Dilemma, dass unzufriedene Bürger das Land nicht einfach verlassen konnten, auch nicht mit einem Antrag auf Übersiedlung. Immer wieder versuchten todesmutig Bürger aus der Region, die Grenze des DDR-Bezirks Magdeburg zur Bundesrepublik zu überwinden.

Das Ende

Seit Mitte der achtziger Jahre sah sich die SED-Führung in ihrem Machtanspruch insbesondere durch politische Reformen in den sozialistischen Bruderländern bedroht. Das MfS versuchte, die DDR gegen entsprechende Einflüsse abzuschotten. SED und MfS waren jedoch außerstande, die Ursachen der um sich greifenden Krise zu analysieren und daraus ihre Schlüsse zu ziehen. In den Bezirken Halle und Magdeburg beteiligten sich mutige Bürgerinnen und Bürger an den immer weitere Teile der Bevölkerung erfassenden Protesten und Demonstrationen, die schließlich das Ende der SED-Diktatur herbeiführten. Am 9. November 1989 wurde auch im Bezirk Magdeburg die Staatsgrenze zur Bundesrepublik geöffnet. Das endgültige Aus für die Staatssicherheit kam in den Morgenstunden des 4. Dezember 1989. Bürgerrechtler drangen, z. B. in Eisleben, in die Dienststellen der Staatssicherheit ein, stoppten die Massenvernichtung von Akten und legten die geheimpolizeiliche Organisation lahm.



Der Parteiauftrag

> Die Partei und ihre Speerspitze: Werner Felte (rechts), 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, und MfS-Minister Erich Mielke (links) am Denkmal »Flamme der Freundschaft«. Das Denkmal wurde 1974 errichtet und erinnert an den Anschluss großer metallurgischer Betriebe an sowjetisches Erdgas. 1975
BStU, MfS, BV Halle, Abt. OT, Fo, Nr. 82, Bild 24 (Ausschnitt)

1945–1950 Die Flamme der Revolution – Aufbau einer Geheimpolizei in Sachsen-Anhalt

Am 25. April 1945 trafen die Armeen der alliierten Mächte an der Elbbrücke bei Torgau aufeinander. Auf der Brückenruine fotografierte der Amerikaner Allan Jackson den nachgestellten symbolischen Händedruck sowjetischer und amerikanischer Soldaten. In diesem Moment entstand eine Foto-Ikone, die sich ins kollektive Gedächtnis des 20. Jahrhunderts einprägen würde. Die Amerikaner besetzten große Teile der Provinzen Sachsen und Thüringen, während die russischen Truppen – noch im Kampf mit der deutschen Wehrmacht – näher rückten. Die Elbe, deren Brücken Wehrmachtangehörige befehlsgemäß gesprengt hatten, wurde zu einem kaum überwindbaren Hindernis für die Menschen, die vor der russischen Kriegsfrente flohen.

Für kurze Zeit wurde die Elbe zur Grenze zwischen dem russisch und dem amerikanisch besetzten Gebiet. In beiden Territorien hatten die Siegermächte oberste Regierungsgewalt und ordneten das öffentliche Leben mithilfe der örtlichen Verwaltungen. Das nationalsozialistisch belastete Führungspersonal unter den Deutschen wurde umgehend ausgetauscht. Auf der Ostseite der Elbe setzten die Sowjets vorzugsweise Kommunisten oder Sozialdemokraten in politische Ämter der lokalen Verwaltungen ein. Am 1. Juli 1945 zogen sich die Amerikaner aufgrund der alliierten Vereinbarung von Jalta hinter die Demarkationslinie zurück und überließen auch das Territorium westlich der Elbe der sowjetischen Besatzungsmacht.

Die neuen Machthaber in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) leiteten einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess nach sowjetischem Vorbild ein, der mit großen Härten für die Bevölkerung verbunden war. Dabei halfen deutsche Kommunisten, die sich im sowjetischen Exil auf die Machtübernahme nach Kriegsende vorbereitet hatten, sudetendeutsche Kommunisten oder aus Konzentrationslagern befreite Genossen. Hinzu kamen Tausende aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassene Soldaten, die in Lagern antifaschistisch geschult und beispielsweise für den Polizeidienst ausgebildet worden waren. Eine zentrale Rolle beim Aufbau spiel-

ten die Kommunisten um Walter Ulbricht (»Gruppe Ulbricht«), die sich auf die Machtübernahme im Moskauer Exil jahrelang vorbereitet und schon Tage vor der Kapitulation wieder deutschen Boden betreten hatten.

1946 fand die erste Landtagswahl statt, bei der die neue Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) in Sachsen-Anhalt nach einem ungleichen Wahlkampf mit 45,8% der Stimmen als klare Siegerin hervorging. Die SED war fortan Statthalterin sowjetischer Interessen in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR. Auch nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 blieb es stets wichtig, was die »Freunde«, wie die Sowjets vorzugsweise bezeichnet wurden, für eine politische Auffassung zu anstehenden Entscheidungen hatten. In der gesteuerten Öffentlichkeit der DDR wurde unentwegt das Mantra einer unverbrüchlichen Freundschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion beschworen.

Nach Kriegsende wussten insbesondere die Deutschen in der Sowjetischen Besatzungszone, dass sie nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und dem Grauen des von ihnen verschuldeten Krieges auf keinerlei Nachsicht rechnen durften. Neben dem Aufbau einer funktionierenden Verwaltung hatte die Sowjetische Militäradministration ein Ziel vor Augen – die Jagd auf Kriegsverbrecher. Für diese Aufgabe standen den Sowjets zwei Volkskommissariate im Rang von Ministerien zur Verfügung: das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD, später MWD), zuständig für die Verfolgung, und das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB, später MGB), zuständig für die neuen Speziallager und Gefängnisse.² Allein bis Oktober 1945 wurden 82 000 Deutsche verhaftet, insgesamt wurden in sowjetischen Speziallagern 157 000 Deutsche interniert.³ Verhaftet wurden Menschen aufgrund von Beweisen für eine Verstrickung im NS-System, aber auch aufgrund haltloser Anschuldigungen etwa von Denunzianten oder weil sie zufällig aufgegriffen wurden, vorzugsweise Jugendliche. In Kurzprozessen wurden die Angeklagten oft nach wenigen Minuten zu langjährigen Haftstrafen oder Arbeitslager verurteilt, mitunter wurden Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt. Das teilweise willkürliche Vorgehen folgte dem Muster von Säuberungswellen, wie sie Diktator Stalin in der Sowjetunion praktizierte. Millionen Menschen fielen dort seinem Terror zum Opfer, darunter auch viele deutsche Exil-Kommunisten.

Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit.

Vom 8. Februar 1950

§ 1

Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 2) wird entsprechend geändert.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
Berlin, den 8. Februar 1950

Das vorstehende, vom Präsidenten der Provisorischen Volkskammer unter dem 10. Februar 1950 ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.
Berlin, den 18. Februar 1950

**Der Präsident
der Deutschen Demokratischen Republik**
W. Pieck

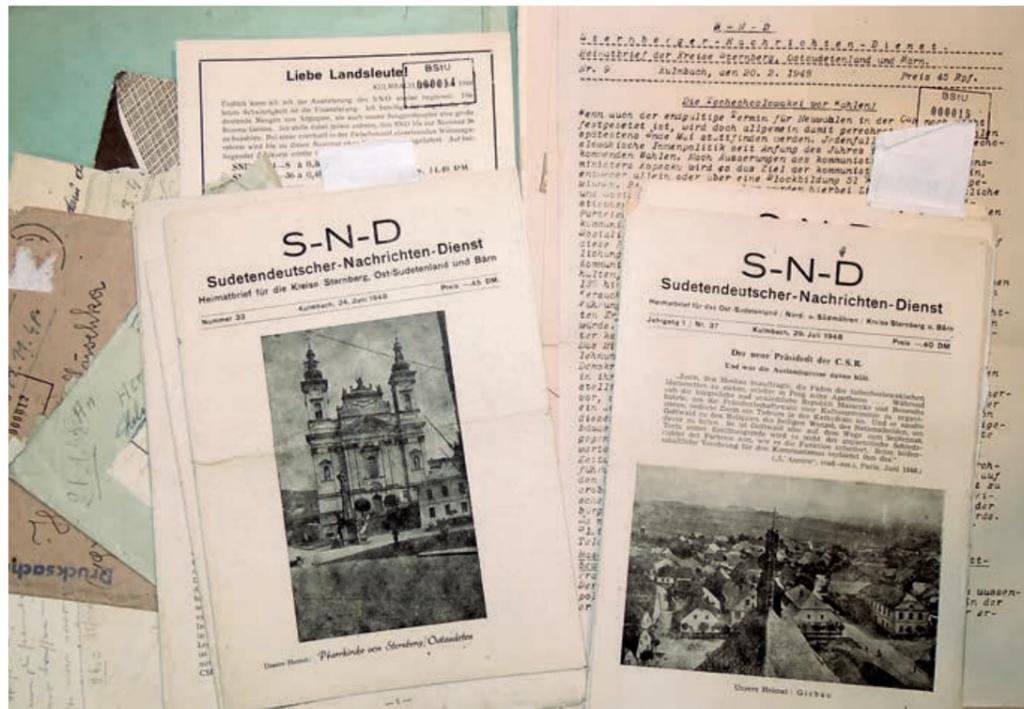
> Gesetz zur Schaffung eines DDR-Geheimdienstes vom 8. Februar 1950. Aus dem kurzen Gesetzestext war nicht zu entnehmen, welche Befugnisse und welche Stellung das neue Ministerium im SED-Staat hatte. 1950

1946 wurden in Stolberg (Harz) vom NKWD vierzehn Jugendliche verhaftet und vor das sowjetische Militärtribunal gestellt. Ihnen wurde vorgeworfen, einer Jugendclique, den »Edelweißpiraten« anzugehören.⁴ Diese unangepassten, mitunter oppositionellen Jugendgruppen wurden bereits im NS-System verfolgt und nun von sowjetischer Seite kurzerhand der nationalsozialistischen Organisation »Werwolf« zugeordnet. Der Jugendliche Siegfried Mingramm (Jg. 1930) wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt, später zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Zunächst wurde er von den Sowjets bewacht, später von Deutschen. Ein Mithäftling, Hans Corbat, schilderte die Haftbedingungen: »Es kam die Zeit, dass wir von den Russen an die »Deutschen« übergeben wurden, und zwar, wie es in der Bekanntmachung hieß, zur »weiteren Verbüßung der Strafe«. Nachdem die Russen angefangen hatten, uns kurz vor ihrem Verschwinden aus dem Zuchthaus noch etwas besser zu füttern, hatten die Vopos, die offenbar auf die Übernahme einer wesentlich geringeren Zahl von Insassen vorbereitet waren, plötzlich kaum noch die Hälfte von dem, was wir beim Russen hatten, für uns zur Verfügung.«⁵ Siegfried Mingramm erkrankte schwer an Tuberkulose. Eine anberaumte

Entlassung aus der Haft wurde zurückgenommen, da eine negative Außenwirkung durch den todkranken Häftling befürchtet wurde. Siegfried Mingramm starb am 28. April 1951 in Haft.

Die Verhaftungswellen in der SBZ blieben nicht allein Werk der Sowjetischen Militäradministration. Sie erhielt Unterstützung vom deutschen Polizeiapparat, der mit sowjetischer Genehmigung nach Kriegsende sofort wieder aufgebaut wurde. Den Deutschen war die Aufgabe zugedacht, Informationen über NS-Verbrechen und Täter zu sammeln oder Zeugen zu befragen. Festnahmen und Tribunale gegen die Beschuldigten lagen dann in der Hand sowjetischer Stellen.

1946 wurde unter strenger Geheimhaltung die »Deutsche Verwaltung des Innern« gegründet und ihr die Polizei unterstellt. Die »Deutsche Verwaltung des Innern« zentralisierte die Polizei der Länder und reagierte auf den sowjetischen Befehl Nr. 201, nach dem bislang der Besatzungsmacht vorbehaltene Aufgaben wie Ermittlungen und Untersuchungen der Volkspolizei zu übertragen waren. Die neuen Aufgaben reichten vom Erstellen der Anklageschriften über die Durchfüh-



> Heimatbriefe des »Sudetendeutschen Nachrichten-Dienstes« (SND) als Beweis: Die K 5 beschlagnahmte bei einer Wohnungsdurchsuchung Broschüren, die zu einem Verfahren gemäß Befehl 201 gegen einen Metallarbeiter (Jg. 1926) führen sollten. 1948 BStU, MfS, BV Magdeburg, AST, Nr. 91/49; Foto: Boeger/ BStU

rung der Untersuchungshaft bis zum Konfiszieren von Privateigentum. Ab 1947 wurde die »Kriminalpolizei 5« (K 5) zur politischen Polizei innerhalb des Apparates und betätigte sich abgeschirmt von den übrigen Polizeistrukturen. Die Mitarbeiter der K 5 sollten vor Ort all jene politischen Delikte bearbeiten, »die den Neuaufbau unserer jungen Demokratie gefährden«. Zu ihren Aufgaben gehörten insbesondere Entnazifizierungsverfahren, die nach dem Willen der sowjetischen Militäradministration zu beschleunigen und rasch abzuschließen waren.

1948 geriet ein 22-jähriger Metallarbeiter (Jg. 1926) aus Halberstadt in den Blick des Dezernates K 5 der Landespolizeibehörde Sachsen-Anhalt. Der sudetendeutsche war seit 1944 Wehrmachtssoldat und 1946 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden. Durch den Hinweis eines Genossen erfuhr die K 5, dass ostdeutsche Bezieher der Heimatbroschüre »Sudetendeutscher Nachrichten-Dienst« (SND) die Gebühren auf das private Postscheckkonto des Metallarbeiters überweisen sollten. Wie sich später herausstellen sollte, unterstützte der Halberstädter mit der Einrichtung dieses Kontos einen Freund im bayrischen Kulmbach. Die K 5 kontrollierte die Post des Verdäch-

tigen und die laufenden Kontobewegungen, wobei sie einen Kontohöchststand von 18 Mark feststellte. Drei oder vier Bezieher des Heimatbriefes hatten überwiesen. Die Kriminalpolizei überprüfte weiterhin die politische Tätigkeit des Verdächtigen während der Nazizeit, deckte lediglich seine Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend auf und stellte weiterhin fest, dass der Parteilose mit der CDU sympathisierte.

Bei einer Wohnungsdurchsuchung aufgefundene SND-Exemplare und private Briefe wurden beschlagnahmt, der 22-Jährige von der K 5 vorgeladen und vernommen. Am Ende der Vernehmung erklärte er reumütig: »Ich werde keine Propaganda mehr für die Heimatbriefe machen und sollte ich nochmals ein Exemplar zugeschickt bekommen, werde ich es der Kriminalpolizei übergeben.«⁷ Das Konto löste er auf. Die K 5 leitete ein Verfahren nach Befehl 201 ein. Doch der »Aufsichtsführende Staatsanwalt für Verfahren nach Befehl 201« in Magdeburg, Nieter, hatte Bedenken. Er wollte wenigstens »in großen Zügen« die zur Last gelegte Straftat erfahren, zumal »es sich um eine nach dem 8.5.45 begangene Tat handelt«. Kurz darauf beschloss die K 5, das Ermittlungsverfahren einzustellen.

Laut Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 waren Personen zu bestrafen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten. Als mögliche Strafe war der Vermögenseinzug vorgesehen.

1948 wurde auf Geheiß der Sowjets noch ein weiterer Sicherheitsapparat aufgebaut, der »Ausschuss zum Schutz des Volkseigentums«. Ihm oblag die Sicherung des beschlagnahmten und enteigneten Vermögens. Er hatte das gesamte Volkseigentum der Besatzungszone

1949 hatte die »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« 1 150 hauptamtliche Mitarbeiter.⁹

zu kontrollieren, enteignete Betriebe und Banken zu sichern und vor Missbrauch bzw. Sabotage zu schützen.¹⁰ Im Zuge der sogenannten Bodenreform verloren schließlich auch rund 12 000 Großgrundbesitzer und Bauern ihr Vermögen.¹¹ Aus Furcht vor sowjetischer Vergeltung, Rechtswillkür, Demontage und Enteignung setzten sich viele Deutsche in die westlichen Besatzungszonen ab.

Die Biografie von Martin Weikert (1914–1997) ist typisch für Kommunisten der ersten Stunde. Seine Personalakte vermerkt als überwiegend ausgeübte Tätigkeit: »Schlosser und Politarbeiter«. Wie viele Kommunisten in leitenden Positionen hatte Weikert einen handfesten Arbeiterberuf erlernt. Der sudetendeutsche Weikert engagierte sich im Kommunistischen Jugendverband und in der Kommunistischen Partei Tschechiens. 1939 floh er als Soldat in die UdSSR, besuchte in Stalingrad Polit-Kurse. Bei Kriegsende unterstützte er slowakische Partisanen als Funker.

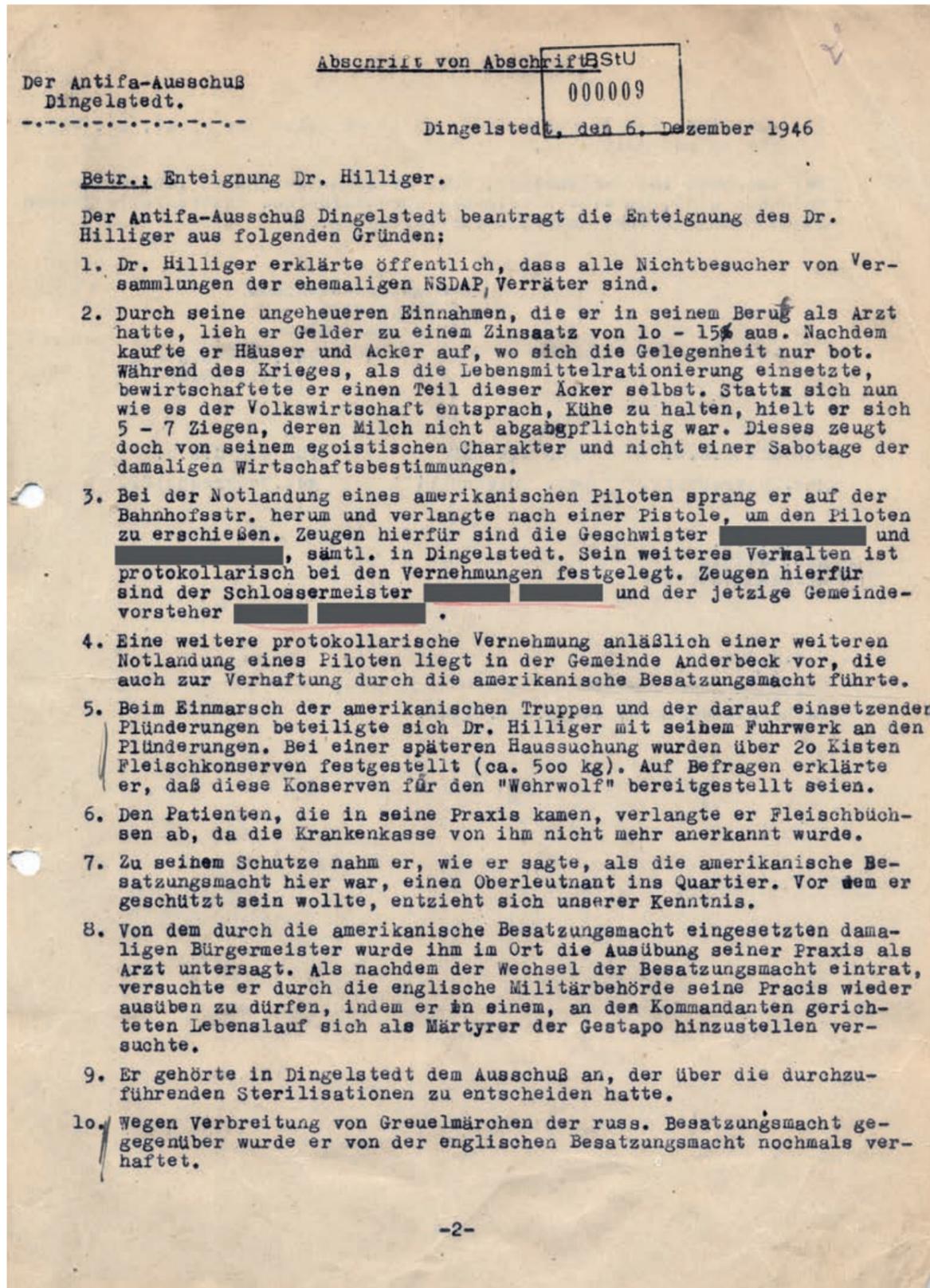
1946 siedelte Weikert nach Halle um, arbeitete hier an den Grundlagen für eine neue Geheimpolizei – und an seiner eigenen steilen Karriere. Zunächst bekleidete er den Posten eines Personalleiters im Dezernat K 5 in Sachsen-Anhalt, wurde dann Leiter der K 5, um 1949 wieder Personalleiter der Polizei in Sachsen-Anhalt zu werden. Im Frühsommer des Jahres erhielt Weikert den



> Martin Weikert. 1946
BStU, MfS, KS, Nr. 9956/90, Bl. 24

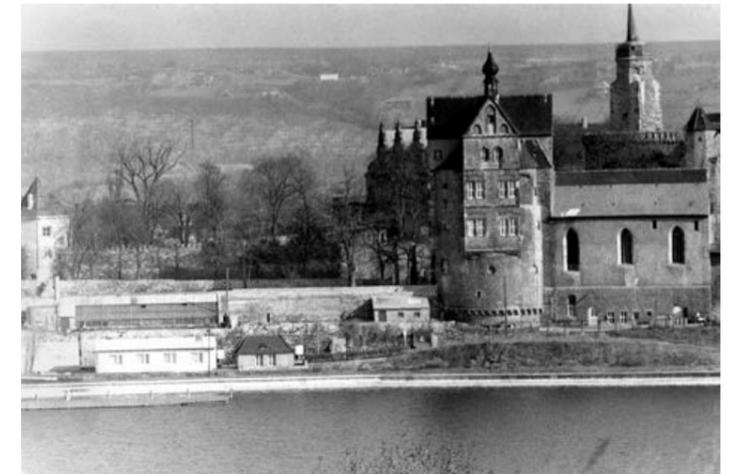
Parteiauftrag, unauffällig Personalunterlagen der SED zu sichten und vertrauenswürdige Kader zum Aufbau eines geplanten Geheimdienstes auszuwählen. »Die Vorbereitungsarbeiten zur Bildung der Staatssicherheit verliefen sehr konspirativ. Denn die Dinge standen ja so, dass der Westen nichts davon erfährt, dass wir ein Organ der Staatssicherheit schaffen«, erinnerte sich Weikert später.¹³ Noch gab es auch in der SBZ unabhängige Beobachter der politischen Entwicklung.¹⁴ Die Kommunisten wussten um die besondere Bedeutung der richtigen Personalauswahl. Diktator Stalin hatte den Genossen eine kurze und zentral wichtige Mitteilung mit auf den politischen Weg gegeben: »Die Kader entscheiden alles.«¹⁵ Ab Mitte Oktober 1949 wurden erste ausgewählte Genossen für das neue Sicherheitsorgan eingestellt. In einer Art Schneeballsystem sollten die neuen Mitarbeiter dann weitere Kaderunterlagen heranholen, »um den Kaderbestand des zukünftigen MfS so schnell wie möglich zur Verfügung zu haben«.¹⁶

1949 übernahm Weikert die Leitung der »Länderverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen-Anhalt«, die nach einem Jahr in die Länderverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit überführt wurde. 1953 wurde er Stellvertreter von MfS-Minister Zaisser in Berlin, organisierte zeitweise die »Abwehr« in der Kasernierten Volkspolizei und leitete die MfS-Bezirksverwaltung von Groß-Berlin. Von 1957 bis zu seiner Verrentung war er Leiter der MfS-Bezirksverwaltung



> Hauptverbrecher des NS-Systems: Bekannte und Patienten eines Arztes (Jg. 1880) wurden befragt, Tatsachen, strittige Informationen und Halbwahrheiten zu einer Begründung kumuliert, die eine Enteignung des Immobilienbesitzes rechtfertigen sollte. Da der Beschuldigte bereits im Juni 1945 rechtskräftig von einem amerikanischen Militärgericht zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark verurteilt worden war, konnte er später nicht in gleicher Sache nochmals verurteilt und enteignet werden. Ein angreifbares Verfahren sollte umgangen werden. 1950 enteignete der Rat des Landkreises Oschersleben den Mediziner schließlich gemäß Bodenreformverordnung. 6.12.1946

BStU, MfS, BV Magdeburg, ASt, Nr. 91/49, Bl. 9



> Schlösser als Symbole des besiegten Systems: Seeburg war eines von 2 259 Schlössern und Herrenhäusern in Sachsen-Anhalt, die als Sühnemaßnahme enteignet, umfunktioniert oder abgerissen wurden.¹⁷ Schloss Seeburg wurde später von der Stasi als Isolierungslager für missliebige Bürger vorgesehen. Vor 1989
BStU, MfS, BV Halle, AGL, Fo, Nr. 14, Bl. 3, Bild 2

Erfurt.¹⁸ Im Laufe seiner Karriere wurde Weikert mit insgesamt 60 Medaillen und Auszeichnungen, teilweise von sozialistischen Bruderstaaten, geehrt.

In einem MfS-internen Interview Anfang 1989 schwelgte Rentner Weikert noch einmal in Erinnerungen an seine Zeit in Sachsen-Anhalt und räsonierte: »In der Revolution verbreitet man die Flamme und nicht Asche.«¹⁹ Wenige Monate später sollte allerdings eine ganz andere Revolution über ihn hinweggehen.

»Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit anderen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.« So lautete die Präambel der DDR-Verfassung, die am 7. Oktober 1949 von der Volkskammer beschlossen wurde. Seit Monaten war die Staatsgründung vorbereitet worden. Die Führungsspitze der SED verfolgte zugleich ein zentrales Ziel: Die K 5 sollte als eigenständiger Geheimdienst für Abwehr ausgebaut werden. Diese Idee trugen Ulbricht und seine SED-Delegation bereits im Dezember 1948 Josef Stalin in Moskau vor und fanden bei ihm Zustimmung. Nach der Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde der »Ausschuß zum Schutz der Volkswirtschaft« in eine »Hauptverwaltung« innerhalb des Ministeriums des Innern umgewandelt. Ihr Leiter wurde Erich Mielke.

Im Januar 1950, zwei Wochen vor der Verkündung eines Gesetzes über die Gründung eines neuen Geheimdienstes, veröffentlichte Mielke einen ganzseitigen Pressebericht über angebliche Diversion, Sabotage und Spionage in der DDR: »Seit Bestehen der neuen demo-

kratischen Ordnung und insbesondere seit der Bildung der jungen Deutschen Demokratischen Republik versuchen die aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik davongejagten reaktionären, faschistischen, imperialistischen Kräfte und ihre Handlanger – wie auch die im Westen Deutschlands gebliebenen und sich dort sammelnden gleichen Kräfte – gemeinsam mit den in unserer Republik zurückgebliebenen reaktionären Elementen unter Führung, Unterstützung und Organisation durch die amerikanisch-englischen Imperialisten die demokratische Entwicklung zu stören und zu behindern. Zu diesem Zweck greifen sie zu den verschiedensten Methoden und Mitteln, wie sie bei Gangstern, Räufern und Mördern üblich sind. Seit Mai 1945 führt die deutsche Volkspolizei einen unerbittlichen Kampf gegen diese Feinde des demokratischen Aufbaus und des Friedens.«²⁰ Mit seiner säbelrasselnden Rhetorik verfolgte Mielke zwei Ziele. Er rechtfertigte die bisherigen Übergriffe, denen auch viele Unschuldige zum Opfer fielen, und er beschwor eine anhaltende Bedrohung, gegen die sich Staat und Gesellschaft zur Wehr setzen mussten. Nur wenige Wochen später, am 8. Februar 1950, wurde die Hauptverwaltung per Gesetz in ein eigenständiges Ministerium umgewandelt, das Ministerium für Staatssicherheit.

**Das MfS verfügte 1950 über
2 700 hauptamtliche Mitarbeiter.**

Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, wie in der Präambel der DDR-Verfassung postuliert, wurden zu hohlen Phrasen.

PBo

1953 Wir folgen Berlin! – Volksaufstand in Halle und Magdeburg

Die DDR hatte seit ihrer Gründung mit wirtschaftlichen und politischen Defiziten zu kämpfen. Die im Sommer 1952 von der SED-Führung beschlossene vollständige Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells verstärkte diese noch.²¹ Der vorrangige Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterproduktion und der von Moskau befohlene Aufbau nationaler Streitkräfte führten zu einer Überlastung des DDR-Haushalts und zu Versorgungsengpässen. Seit dem Herbst 1952 verschlechterte sich das Lebensniveau deutlich. Hinzu kamen repressive Maßnahmen gegen den Mittelstand, eine verstärkte Unterdrückung der Kirchen und die Zunahme politischer Repressalien.

Angesichts dieser Situation gab es schon seit Ende 1952 Arbeitsniederlegungen in einzelnen Betrieben und Protestversammlungen in Dörfern. Die im Mai 1953 von der SED-Führung beschlossene 10-prozentige Erhöhung der Arbeitsnormen in der Industrie bei gleichbleibenden Löhnen sowie der von der Bevölkerung als Bankrotterklärung angesehene plötzliche Kurswechsel der SED im Juni²² brachten das Fass schließlich zum Überlaufen.

Der Bezirk Halle war im Juni 1953 eines der Zentren des Volksaufstandes in der DDR: Hier streikten zwischen dem 17. und 19. Juni annähernd 144 000 Arbeitnehmer aus 153 Betrieben. Das waren 32 % der Beschäftigten, eine Zahl, die wohl in kaum einem der anderen Aufstandsgebiete erreicht wurde. Die Aufständischen befreiten 464 Straf- und Untersuchungsgefangene aus den Strafvollzugsanstalten der Region (Bitterfeld, Eisleben, Halle, Merseburg, Naumburg und Roßlau). Darüber hinaus entstanden im Bezirk Halle mindestens zwei der vier »zentralen Streikkomitees«. Diese zentralen oder »Kreistreikkomitees« übernahmen die Führung des Aufstandes in ihrem Einflussgebiet. Sie koordinierten das Geschehen, nahmen Verbindung mit anderen Streikzentren auf, legten allgemein verbindliche Aufstandsziele fest und versuchten eine gewisse Ordnung und Disziplin herzustellen. Durch sie bekam der Aufstand in diesen Gebieten eine höhere Qualität – von der Spontaneität zur Organisation.²³

Im Bezirk Halle wurde die Entwicklung der Erhebung vom Arbeiter- zum Volksaufstand sehr deutlich sichtbar. Da die Ziele der Arbeiter in vielem mit den Zielen anderer Bevölkerungsschichten übereinstimmten, beteiligten sich neben den Arbeitern auch in großer Zahl Personen anderer sozialer Herkunft an der Organisation und Leitung des Aufstandes. Hier wurde die herrschende SED wirklich kurzzeitig an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. In der Bezirksstadt Halle, in Bitterfeld/Wolfen und zum Teil auch in Merseburg waren die SED-Führung und ihre Machtorgane fast einen Tag lang handlungsunfähig. In Halle konnte der Ausnahmezustand beispielsweise erst mit mehrstündiger Verspätung verkündet werden, weil sich alle installierten Lautsprecheranlagen und alle Lautsprecherwagen in den Händen des Streikkomitees befanden.

Während in Dresden, Erfurt oder Berlin die Streiks und Demonstrationen auf Initiative von Bauarbeitern



> Halle: Hallmarkt (heute mit dem Namenszusatz »Platz des 17. Juni«) Zeit-Geschichte(n) e.V.



begannen, ging der Aufstand in der Großstadt Halle von Industriearbeitern aus.²⁴ Seit dem frühen Morgen des 17. Juni sorgten die Nachrichten von RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) und NWDR (Nordwestdeutscher Rundfunk) über die Vorgänge in Ost-Berlin für Aufsehen. Die Arbeiter des Lokomotiv- und Waggonbaus (LOWA) Ammendorf, einem Vorort am südlichen Stadtrand, waren die ersten, die ihre Arbeit unterbrachen. Sie wollten von ihrer Werkleitung wissen, was konkret unternommen würde, um die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Als die Arbeiter keine zufriedenstellenden Antworten erhielten, beschlossen sie, zur SED-Bezirksleitung zu marschieren. Gegen 09.30 Uhr setzte sich ein Demonstrationzug mit über 2 000 Teilnehmern Richtung Stadtzentrum in Bewegung. Dieser Marsch wurde zum Auslöser des Volksaufstandes in Halle. Entlang der Strecke auf der vierspurigen Stalinallee (heute Merseburger Straße) befanden sich die meisten Fabriken. Vortrupps der Waggonbauer forderten die Arbeiter der angrenzenden Betriebe zum Mitmachen auf. Manchmal drangen sie auch in die anderen Betriebe ein und appellierten an die Solidarität der Beschäftigten. Auf diese Weise gelang es, alle Einrichtungen an der Stalinallee zum Streik und zur Demonstration zu ermuntern.

Die Demonstranten erreichten gegen 11.45 Uhr den Thälmannplatz (heute Riebeckplatz). Mittlerweile war die Menge auf über 8 000 Menschen angewachsen. Gegen 12.00 Uhr war das Gerichtsgebäude am Hansering erreicht. 20 bis 30 Demonstranten stürmten in das Gebäude und befreiten einen Angeklagten. Da es zu diesem Zeitpunkt aber noch keine einheitliche Führung gab, begann der Demonstrationzug allmählich auseinanderzufallen. Es bildeten sich drei Marschblöcke und etliche kleinere Gruppen, die auf verschiedenen Wegen durch die Stadt zogen. Vor der Bezirksleitung der SED am Marx-Engels-Platz (heute Steintor) hatten sich gegen 12.30 Uhr etwa 1 000 Menschen versammelt. Mehr als 300 Demonstranten stürmten das Haus. Die zum Schutz abkommandierten Volkspolizisten wurden entwaffnet und verjagt. Die SED-Funktionäre schlossen sich ängstlich in ihren Zimmern ein. Ein von Polizeitruppen später gestarteter Befreiungsversuch scheiterte.

Nach dem Sturm auf das SED-Gebäude setzte der Zug seinen Weg fort zum Rat des Bezirkes, dem obersten Verwaltungsorgan im Bezirk. Auch dessen Sitz wurde gestürmt. Am frühen Nachmittag standen dann 700 Demonstranten vor dem berühmten Zuchthaus

Befehl des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg

Für die Perbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung wird befohlen:

1. Ab 14 Uhr des 17. Juni 1953 wird für die Stadt Magdeburg der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und Ansammlungen über drei Personen werden auf Straßen, Plätzen sowie vor öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern, Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach dem Kriegsgesetz bestraft.

Militärkommando für die Stadt Magdeburg

> In Halle und Magdeburg beteiligten sich Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten am Aufstand des 17. Juni 1953. BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. IX, Nr. 32, Bl. 134

Das Amtsgericht Dresden, den 12.11.1953 7.
Fernsprecher:

Geschäftsnummer:
146 II Gs 1216/53
(Bei Eingaben stets anzuführen)

BStU
000005

Haftbefehl

Der verheiratete Klaus KOTHER, Dentist-Assistent, z.Zt. Student, geb. am 7.5.29 in Leipzig, wohnhaft Halle, [REDACTED],
ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er wird beschuldigt, am 17.6.53 in Halle auf dem Marktplatz durch das Mikrophon zu den Massen gesprochen zu haben, wo er die Forderungen bekannt gab, "Freie Wahlen, Sturz bzw. Rücktritt der Regierung, Befreiung der politischen Gefangenen".

Vergehen nach § 125, Absatz I StGB.

Er ist dieser Straftat dringend verdächtig und da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, ist Fluchtverdacht gesetzlich begründet.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig.

Best.-Nr. StP. 4 Haftbefehl (§§ 112ff. StPO.). Amtsgericht.
Zu beziehen vom
Thür. Volksverlag GmbH., Erfurt, Anger 37/38

175/40 11 51 5131 - X/V/10/1 - 40 - 4240

> Klaus Kother beteiligte sich als Redner an den Demonstrationen. Er wurde des »antifaschistischen Putschversuchs« beschuldigt und verbüßte acht Jahre Haft. 12. November 1953
BStU, MfS, BV Halle, AU 36/54, Bd. 2, Bl. 5

»Roter Ochse«, in dem sich auch die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit befand. Sie versuchten die Haftanstalt zu erstürmen, um die politischen Gefangenen zu befreien. Mit einem Lastwagen wurde das große Hoftor aufgedrückt. Im Gefängnishof erwartete die Aufständischen jedoch eine zum Schutz des Zuchthauses abkommandierte Gruppe Volkspolizisten. Diese schossen mit Gewehren auf die Anstürmenden. Fünf Aufständische starben im Kugelhagel, andere erlitten Schussverletzungen. Nach zwei weiteren vergeblichen Angriffen vertrieben dann sowjetische Panzer gegen 16.00 Uhr die letzten Aufständischen vor dem »Roten Ochsen«. Erfolgreicher verlief die Erstürmung eines zweiten Gefängnisses, der sogenannten Untersuchungshaftanstalt in der Kleinen Steinstraße. Hier kamen gegen 12.20 Uhr 2 000 Demonstranten vor der Haftanstalt an und forderten die Freilassung der politischen Gefangenen. Als nichts geschah, begannen sie, das Gefängnis von zwei Seiten gleichzeitig zu erstürmen. Die zum Schutz herangeholten Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) wurden angegriffen und entwaffnet. Die Aufständischen drangen in das Gefängnisgebäude ein. Ein Gefängnisaufseher gab einen Schuss ab und verletzte einen Aufständischen. Schließlich gaben Polizei und Vollzugsbeamte auf und öffneten sämtliche Zellen, sodass bis 16.00 Uhr alle 245 Häftlinge aus dem Gefängnis befreit waren.

Um den Forderungen der Aufständischen stärkeren Ausdruck zu verleihen, bildete sich zwischen 13.30 und 14.00 Uhr das zentrale Streikkomitee der Stadt Halle. Es bestand aus mindestens acht Teilnehmern, von denen über die Hälfte Arbeiter waren. Vorsitzender des Streikkomitees wurde der ehemalige Landrat und Angestellte der Stadtverwaltung Herbert Gohlke (Jg. 1913). Zu den Mitgliedern des zentralen Streikkomitees gehörten auch der Arbeiter Hans Höring (Jg. 1914), der Lehrausbilder Rudolf Weber (Jg. 1920) und der angehende Medizinstudent Klaus Kother (Jg. 1929). Diese zentrale Streikleitung koordinierte von nun an die Aktionen und kümmerte sich um die Ordnung in der Stadt. Sie rief alle Bürgerinnen und Bürger auf, am Abend zu einer Kundgebung auf den Hallmarkt zu kommen. Ungeachtet des bereits befohlenen Ausnahmezustandes versammelten sich um 18.00 Uhr auf dem Hallmarkt und in den angrenzenden Straßen bis zu 60 000 Menschen. Die SED hatte dies unbedingt verhindern wollen, war aber am Widerstand sowjetischer Offiziere gescheitert. Diese hatten erklärt, eine so große Menschenmenge

wäre ohne Truppenverstärkung kaum beherrschbar. So konnte eine der zahlenmäßig größten Kundgebungen des Volksaufstandes stattfinden. Die Großkundgebung dauerte etwa eine Stunde. Der Vorsitzende des zentralen Streikkomitees sprach als Erster und trug die Hauptforderungen der Aufständischen vor: Neben die ökonomischen Forderungen vom Vormittag, wie Senkung der Arbeitsnormen und der Einkaufspreise, waren nun politische Forderungen nach Rücktritt der DDR-Regierung, freien Wahlen und Freilassung aller politischen Gefangenen getreten. Während noch andere Mitglieder des Streikkomitees sprachen, näherten sich sowjetische Panzer von drei Seiten dem Hallmarkt. Die Mehrzahl dieser Kampfswagen blieb am Rand der Menschenmenge stehen. Sie ließen ihre Motoren absichtlich laut aufheulen, sodass bald niemand mehr ein Wort verstand. Dann rückten die Panzer an und fuhren von mehreren Seiten langsam auf den Platz. Sie bewegten sich dabei so langsam, dass die Menschen problemlos ausweichen konnten. Panzer und Soldaten brauchten nach dem Ende der Kundgebung noch über eine halbe Stunde, bis sie die Versammlung auf dem Hallmarkt aufgelöst hatten. Nochmals formierte sich ein Demonstrationzug mit über 3 000 Teilnehmern und zog durch die Innenstadt. Am Ende seines Weges näherte sich dieser Zug sogar dem Gebäude der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit am Robert-Franz-Ring. Dort peitschten Schüsse aus dem Stasi-Haus auf die verbliebenen 1 500 Demonstranten. Ein junger Mann starb im Kugelhagel, mehrere erlitten schwere Verletzungen. Damit waren die Demonstrationen am 17. Juni in Halle beendet. Von ähnlicher Intensität war das Aufstandsgeschehen auch in den Städten Bitterfeld und Merseburg, den Standorten der chemischen Großbetriebe. Doch seit den Nachmittagsstunden des 17. Juni rückten die Panzer der sowjetischen Armee auch in diese Städte ein.

Während sich die Demonstrationen am 18. Juni in Dörfern und Kleinstädten fortsetzten, glich Halle einer belagerten Stadt. Trotzdem gingen die meisten Arbeiter in die Betriebe, um die Streiks fortzusetzen. SED und die Betriebsleitungen versuchten mit allen Mitteln, erneute Arbeitsniederlegungen zu unterbinden. Trotzdem traten am 18. Juni die Belegschaften von 34 haleschen Betrieben erneut in den Streik. Erst am 20. Juni nahmen alle Arbeiter und Angestellten in Halle ihre Arbeit wieder auf. Der Ausnahmezustand blieb für die Stadt bis zum 11. Juli in Kraft.

Die Industriemetropole Magdeburg gehörte mit einer Zahl von etwa 50 000 Demonstranten zu den Städten, in denen sich die Volkserhebung am 17. Juni ebenfalls sehr rasch ausbreitete. Von hier sprang der Funke auf den gesamten Bezirk über. Die Elbestadt war ein Zentrum des Schwermaschinenbaus. Es gab mehrere große Werke mit Zehntausenden Beschäftigten. Schon im Dezember 1952 war es in diesen Betrieben zu Streiks gekommen, weil die Arbeiter sich nicht mit ungerechten Prämienzahlungen abfinden wollten.²⁵ So waren es auch am 17. Juni diese Betriebe, in denen die Proteste ihren Anfang nahmen. Ähnlich wie in Halle ging auch in Magdeburg der Aufstand zunächst von Industriearbeitern aus.

Mit Beginn der Frühschicht beherrschten die Ereignisse in Ost-Berlin die Diskussion. Die Menschen konnten sich bestens mit den Forderungen ihrer Landsleute identifizieren, ihre Lebensumstände waren genauso miserabel wie in Berlin oder anderen Städten der DDR. Die Arbeiter der Armaturenwerke »Karl Marx« waren gegen 7.00 Uhr die ersten, die eine Arbeitsaufnahme verweigerten. Um 7.30 Uhr beschlossen die Arbeiter im Schwermaschinenbau »Ernst Thälmann«, die Arbeit niederzulegen. Sie begaben sich unter der Losung »Magdeburg folgt den Berlinern« auf einen Demonstrationszug durch das gesamte Werk. Gegen 8.45 Uhr hatten sich 5 000 Menschen dem Streik angeschlossen. Etwa 10 000 Beschäftigte verließen bald darauf das Betriebsgelände. Ein Teil der Demonstranten zog zum nahe gelegenen Dimitroff-Werk, andere marschierten zum Karl-Liebknecht- oder dem Karl-Marx-Werk und bewogen die Kollegen dort, sich dem Protest anzuschließen. Die verschlossenen Werkttore wurden mit Lastwagen aufgedrückt. Ein anderer Teil der Demonstranten zog direkt zur Innenstadt.²⁶

Der größte Demonstrationszug, dem sich ständig weitere Streikende aus anderen Betrieben anschlossen, war bis 12.00 Uhr auf 20 000 Menschen angewachsen. Das Polizeirevier in der Sternstraße sowie der GST-Bezirksvorstand wurden besetzt und sämtliche Transparente mit politischen Losungen von den Gebäuden entfernt. Die Demonstranten besetzten eine Anzahl staatlicher Einrichtungen, darunter das Rathaus, die Bezirksleitungen der SED und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) sowie den Bezirksvorstand der DDR-Einheitsgewerkschaft FDGB. Alle Transparente wurden vernichtet, Akten und politische Schriften aus den

Fenstern geworfen. Je länger die Demonstrationen andauerten, desto gewalttätiger wurden die Proteste. Um 12.00 Uhr drangen einige Aufständische in Redaktion und Druckerei der SED-Tageszeitung »Volksstimme« ein. Dort verprügelten mehrere Arbeiter aus dem Thälmann-Werk den Chefredakteur und sieben weitere Redaktionsmitglieder. Weitere Demonstranten besetzten das Fernmeldeamt, den Stadtfunk und den Hauptbahnhof. Am Hauptbahnhof hinderten die Aufständischen mehrere Personenzüge an der Weiterfahrt. Zwei Züge führten Gefangenentransportwagen. Diese Züge wurden gestürmt und die Gefangenen aus den Waggons befreit. Gegen 15.30 Uhr stürmten Aufständische die Untersuchungshaftanstalt I am Moritzplatz in Magdeburg-Neustadt und befreiten dort über 200 Häftlinge. Insgesamt wurden am 17. Juni im Bezirk Magdeburg 319 Gefangene befreit. Die Sicherheitskräfte griffen 277 von ihnen in den folgenden Tagen wieder auf, nur wenigen gelang die Flucht in den Westen.

Immer wieder kam es bei diesen Besetzungen und Erstürmungen zu Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. Höhepunkt der gewalttätigen Auseinandersetzungen waren jedoch die Ereignisse im Stadtteil Sudenburg. Dort versammelten sich am gefürchteten Gebäudekomplex in der Halberstädter Straße zwischen 15 000 und 20 000 Menschen. Auf dem Areal befanden sich die Strafvollzugsanstalt Sudenburg, die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit, das Bezirksgericht und die Bezirksbehörde der Volkspolizei (BDVP). Weil die Tore verschlossen waren, drangen einige Demonstranten von den angrenzenden Bahngleisen auf das Gelände vor. Sie entwaffneten zahlreiche Polizisten und rissen ihnen die Schulterstücke ab. Um 10.30 Uhr stürmten Demonstranten die Polizeibehörde. Dabei fielen die ersten Schüsse. Spätere Untersuchungen ergaben, dass einige Volkspolizisten beim Anblick der vorstürmenden Aufständischen die Nerven verloren hatten. Die Demonstranten ließen sich davon aber nicht abschrecken. Einige erwiderten sogar das Feuer aus den zuvor erbeuteten Waffen. Bei diesem heftigen Schusswechsel und weiteren Kämpfen im Umkreis der Polizeibehörde wurden drei Zivilisten, zwei Polizisten und ein Stasi-Offizier getötet. Daneben gab es etliche Schwerverletzte. Schließlich gelang es den Aufständischen, auch das Bezirksgericht zu besetzen. Etliche Untersuchungsakten flogen aus den Fenstern, viele wurden verbrannt. Nur in die beiden Haftanstalten konnten die Demonstranten wegen des



> Magdeburg am 17. Juni 1953: 15 000 Menschen demonstrierten vor der Bezirksbehörde der Volkspolizei. BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. IX, Nr. 6, 41, Foto: H. Rösener



> Magdeburg am 17. Juni 1953: Demonstranten forderten die Freilassung von politischen Gefangenen. BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. IX, Nr. 6, Bl. 32; Foto: H. Rösener

heftigen Gewehrfeuers nicht eindringen. Ab 12.15 Uhr trafen zwei sowjetische Panzer ein und sowjetische Soldaten begannen, die Gebäude und das Gelände zu räumen.

Auch im übrigen Magdeburg begannen sowjetische Truppen, den Aufstand zu unterbinden. Um 14.00 Uhr verhängte die Besatzungsmacht den Ausnahmezustand. Die sowjetischen Truppen bekamen die Lage aber erst am Nachmittag des 17. Juni unter Kontrolle. Armee-Einheiten besetzten einige wichtige Großbetriebe, zentrale Staats- und Parteigebäude und Verkehrsknotenpunkte. Nach 21.00 Uhr galt eine Ausgangssperre. Sowjetische Militärtribunale verurteilten am 18. Juni die Magdeburger Herbert Stauch (Jg. 1917) und Alfred Dartsch (Jg. 1910) zum Tode. Sie wurden nur wenige Minuten später standrechtlich erschossen. Das Bezirksgericht Magdeburg verurteilte den Gärtner Ernst Jennrich (Jg. 1911) trotz völlig unklarer Beweislage am 6. Oktober 1953 zum Tode. Er wurde am 20. März 1954 in Dresden hingerichtet.

Der Volksaufstand traf die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Führung völlig unerwartet. Sie hatten noch am Morgen geglaubt, die Erhebung auf Ost-Berlin beschränken zu können. Auch das MfS wurde von dem Geschehen total überrascht. Sein Spitzelnetz war zu dieser Zeit noch sehr löchrig und die Berichterstattung über Stimmungen in der Bevölkerung völlig mangelhaft. Die SED-Führung schob dem MfS die Hauptverantwortung für die nicht rechtzeitig erkannte Entwicklung zu. Im Juli 1953 wurde der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, seines Postens

enthoben. Gleichzeitig verlor die Staatssicherheit den Status eines Ministeriums. Sie wurde herabgestuft zum Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) und in das Innenministerium eingegliedert.²⁷ In den folgenden Monaten wurde im SfS ein neuartiges Informationssystem aufgebaut. Im Zentrum standen neu gebildete »Informationsgruppen« in Berlin und in den Bezirksverwaltungen, die aus der Masse der täglichen Informationen die wichtigsten herausfiltern und in einem Tagesbericht zusammenfassen sollten. Dazu musste auch die Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter deutlich erhöht werden. Schließlich wurde die Stellung der SED gegenüber der Staatssicherheit aufgewertet, indem sich das SfS stärker der Aufsicht durch das Zentralkomitee in Berlin und durch die jeweiligen Bezirksleitungen der SED unterwerfen musste.

Das MfS verfügte 1953 über 12 630 hauptamtliche Mitarbeiter.

Sowohl für die SED-Führung als auch für die Staatssicherheit war der Aufstand ein Trauma, das bis 1989 anhält. Deshalb wurden selbst kleinste Äußerungen über den 17. Juni vom MfS während der folgenden Jahre mit größter Aufmerksamkeit bedacht. Allein das Datum bewirkte jedes Jahr hektische Aktivitäten der Staatssicherheit.

HPL

1956 »Ein vernichtendes Urteil über die Stalin-Ära« – Umsturzpläne in Oschersleben

Stalins Tod am 5. März 1953 schockierte die Partei- und Staatsführung der DDR. Für den 9. März wurden in den Bezirken Trauerfeiern angesetzt und das MfS angewiesen, Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, »um jede Feindtätigkeit zu verhindern«.²⁸ In allen Kreisen wurden Trauermärsche angeordnet, vornehmlich an Ehrenmalen der Sowjetarmee Hunderte Kränze niedergelegt, große Betriebe beteiligten sich mit Schweigeminuten an den Trauerfeierlichkeiten. Die MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg forderte von ihren Kreisdienststellen Berichte und Teilnehmerzahlen an und meldete später nach Berlin, dass 235 900 Personen im Bezirk an den Trauerzügen teilgenommen hätten – also etwa jeder fünfte Bürger im Bezirk.²⁹ Die verordnete Trauer und der Personenkult um Stalin wurden ungebrochen fortgeführt und jede stalinkritische Reaktion in der Bevölkerung konsequent verfolgt. So wurde beispielsweise im Mai 1955 ein Arbeiter (Jg. 1902) im Volkseigenen Betrieb (VEB) Sprengstoffwerk Schönebeck/Elbe verhaftet und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, nachdem er ein Säureattentat auf das Stalin-Foto in der Nitrierabteilung verübt hatte. Schon in der ersten Vernehmung bereute er seine Tat, blieb aber mehrere Monate in Untersuchungshaft. »Der Beschuldigte ist verbissener Gegner unserer Arbeiter- und Bauernmacht«, wird im Schlussbericht festgestellt.³⁰

Drei Jahre später fand in Moskau vom 14.–25. Februar 1956 der XX. Parteitag der KPdSU statt, der zu einem politischen Paukenschlag geriet: Höhepunkt des Parteitages war die Geheimrede von KPdSU-Chef Chruschtschow. Mit einer bis dahin unvorstellbaren Offenheit listete der Parteichef die Verbrechen des geradezu kultisch verehrten Stalin auf. Millionen von Menschen waren dem tödlichen Terror des Diktators zum Opfer gefallen.

Die Abrechnung Moskaus mit Stalin schürte indes Hoffnungen in den Ländern des sozialistischen Lagers auf politische Lockerungen. Die in der Sowjetunion eingeleitete Entstalinisierung führte in den meisten Ostblockländern zu einem politischen »Tauwetter«. Der Liberalisierungsprozess steigerte sich in Ungarn

zu einer Revolution, die von der Sowjetarmee blutig niedergeschlagen wurde. In Polen kam es zu einem Arbeiteraufstand und nach einem Führungswechsel zu den Reformen des »Polnischen Oktober«, dessen politische Freiheiten später zwar eingeschränkt, aber nie vollständig zurückgenommen wurden. In der DDR mahnte Ulbricht öffentlich an, die wichtigsten Lehren aus dem XX. Parteitag zu ziehen, allerdings nur, »soweit sie auf unsere Verhältnisse anwendbar sind«.³¹

Der 58jährige Rentner Fritz Gothe (1898–1980)³², ehemaliger Stadtbaumeister von Oschersleben, widmete sich eher unauffälligen Beschäftigungen. Der Naturfreund beschilderte Wanderwege in den Wäldern und verfasste heimatkundliche Beiträge für die Zeitung. Eigentlich aber war er zeitlebens ein rastloser politischer Akteur. In einem Bericht aus der Stadtverwaltung heißt es 1951 mit Blick auf die Nachkriegszeit: »Dem Gen[ossen] Gothe ist es hier gelungen, die jungen fortschrittlichen Angestellten für den fast aussichtslosen Kampf gegen die alten Beamten zu gewinnen und nach und nach einen nach dem anderen zu entfernen. Seit circa 2 Jahren hat die politische Tätigkeit des Gen. Gothe stark nachgelassen.«³³

Ob der als intellektuell charakterisierte und vielseitig interessierte Gothe eine Ahnung davon hatte, dass er 1951 im Einzelvorgang »Dessau« als Trotzlist bearbeitet wurde, 1952 von der Stasi erneut erfasst und unter anderem von seinem Vorgesetzten, dem Geheimen Mitarbeiter (GM) »Plan« beobachtet wurde, ist nicht bekannt. Das MfS legte in diesem Jahr den Gruppen-Vorgang »Oschersleben« gegen den Verdächtigen Gothe sowie sieben weitere Bürger an. Darunter befanden sich nach



> Fritz Gothe, Stadtbaumeister von Oschersleben. Vor 1955 BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 370/56, Bd. 1, Bl. 327

Kreisdienststelle Stendal
Stendal, den 9.3.1953
796. 123/53

An die
REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
-Ministerium für Staatssicherheit-
Bezirksverwaltung Magdeburg
Abteilung Leitung

BSTU
0071

Betr.: Abschlußbericht über die Trauer-Feierlichkeiten zum Tode des Gen. Stalin.
Bezug: Mündliche Anweisung.

Die Gedenkfeierlichkeiten zum Tode des Gen. Stalin innerhalb des Stadtgebietes Stendal wurden am 6.3.53 durch eine Trauerfeier im hiesigen Rathaus-Saal durchgeführt. Anwesend waren ca. 200 Personen. Diese Trauerfeier verlief ohne Störung. Am 9.3.53 wurde um 10 Uhr im Kinoraum der Schauburg eine Trauersitzung durchgeführt. An dieser Trauersitzung nahmen ca. 900 Personen teil. Viele Personen mußten ~~wir~~ wieder heimkehren, da der Raum überfüllt war. Auch diese Trauersitzung verlief reibungslos und endete gegen 11 Uhr. Beim Trauermarsch wurde festgestellt, daß sich 7000 Personen daran beteiligten. Davon waren ca. 2000 Kinder. Des Weiteren wurde festgestellt, daß einige Schüler der Oberschüler (Mädels) ein schlechtes Verhalten an den Tag legten, indem sie beim Vorbeimarsch der Tribüne uninteressiert vorübergingen und sich gegenseitig angeregt unterhielten und auch lachten. Dagegen die Pioniere, die sich gleichfalls an dem Trauermarsch beteiligten, waren sehr tief ergriffen und es konnte festgestellt werden, daß sie von dem Hinscheiden des Todes des Gen. Stalin tief erschüttert waren. Im allgemeinen war die Anteilnahme der Bevölkerung sehr rege und tief beeindruckt. Besondere Vorkommnisse traten nicht in Erscheinung bis auf eine Einzelheit, die sich auf dem Schulhof der Oberschule Stendal abspielte. Während der Gedenkminuten, dadurch daß mehrere Jugendliche durch Pfeifen, störend wirkten. Die vorläufige Ermittlung ergab, daß es sich um eine Klasse der Fleischer der Berufsschule handelte. Der Lehrer dieser Klasse war der Privat-Fleischermeister [REDACTED]. Wohnhaft in [REDACTED]. Weitere Ermittlungen werden geführt und ein genauer Bericht folgt. Es wurde festgestellt, daß die Sicherungsmaßnahmen im gesamten Kreisgebiet gut durchgeführt wurden.

Dzinkiewicz
Dienststellenleiter

> Die Kreisdienststelle Stendal berichtet über die angeordnete Trauerfeier zum Tod von Stalin. 9.3.1953
BSTU, MfS, BV Magdeburg, AS 9/55, Bd. 2, Bl. 71

einer Ausweitung des zu beobachtenden Personenkreises ein Schulungsleiter im Ministerium Handel und Versorgung in Berlin, ein kaufmännischer Angestellter (Jg. 1914), ein Schulungsleiter der Kreisverwaltung Oschersleben und vormals kurzzeitiger Bürgermeister in Gröningen (Jg. 1897), ein Richter des Kreisgerichts (Jg. 1890), ein Maurer im Kreisbaubetrieb (Jg. 1896) sowie ein Schriftsetzer (Jg. 1901) und seine Ehefrau (Jg. 1902), eine Lehrlingsausbilderin. Sie alle verband der Verdacht, Verbindungen zum feindlichen Ostbüro der SPD zu unterhalten bzw. mit »reaktionären« Kreisen

zu verkehren. Im Raum stand also der diffuse Verdacht einer Agententätigkeit für die aus dem Westen gesteuerte SPD. Über die Verdächtigen sollten Agenturen, wie die Stasi-Spitzel seinerzeit genannt wurden, gerichtswertbare Informationen beschaffen.

Drei Tage nach dem Ende des XX. Parteitages in Moskau elektrisierte Fritz Gothe die Berichterstattung im *Neuen Deutschland*. Am Rande einer Kartoffelaktion in Oschersleben erklärte er den Umstehenden: »Was sagt Ihr nun zum XX. Parteitag? Nicht 20 Jahre haben sie

Informationsgruppe
BSTU
0028
Magdeburg, den 28. 11. 1956

An die
Abteilung III
im Hause

Betr.: Auszug aus einem FS der KD Wanzleben vom 27.11.56

Im Ort Rodensleben wird die Diskussion geführt, die dahinaus geht, daß die Bauern sich weigerten, als sie angesprochen wurden, Milch für Ungarn zu spenden, dieses zu tun mit der Begründung, wenn die Konterrevolution ihr Ziel erreicht hätte, würden sie 1000 Liter Milch geben, jetzt gäben sie nicht einen Liter. Die näheren Untersuchungen hierzu werden sofort eingeleitet. Ein Sachbearbeiter der Landwirtschaft der Gemeinde Kl. Rodensleben und Mitglied unserer Partei namens [REDACTED], sprach die Forderung aus: "Wir in der DDR müssen uns schnellstens von der Sklaverei freimachen". Ähnl. Diskussionen werden von den wirtschaftlich stark fundamentierten Einzelbauern im Ortsteil Wanzleben-Blumenberg geführt.

F.d.B.

> Meldung der Kreisdienststelle Wanzleben über Bauern, die eine Milchspende für Ungarn verweigerten. 28.11.1956
BSTU, MfS, BV Magdeburg, AS 34/68, Bd. 1, Bl. 28

Fehler gemacht, sondern 30 Jahre. Ein vernichtendes Urteil über die Stalin-Ära. [...] Stalin hat den Leninismus verfälscht. Wenn sie zum Leninismus zurückkehren wollen, müssen sie alles revidieren. Und nicht bloß 20 Jahre. Trotzki müssen sie dann auch anerkennen.«³⁴ In Gothe war der revolutionäre Geist geweckt. Immerhin entstammte er einer traditionsreichen revolutionären Familie, die bereits 1848/49 an der Revolution in Bernburg teilgenommen hatte. Er selbst wurde 1923 bei Auseinandersetzungen mit Anhängern des Nationalsozialismus schwer verwundet, später von den neuen Machthabern nach Frankreich ausgebürgert und dort 1943 von den Deutschen verhaftet. Er saß in verschiedenen Gefängnissen ein und wurde 1945 in Altenhausen befreit. Im Übrigen sei er immer Trotzki gewesen, wie er in privaten Gesprächen gerne herausstellte.³⁵

»Wir müssen jetzt durch Zuverlässige die Sache ins Rollen bringen«, vertraute sich Gothe einem bereits im Jahre 1951 geschassten Parteisekretär an.³⁶ Er ging davon aus, dass die Parteileitungen der SED die Ergeb-

nisse des sowjetischen Parteitags in Moskau noch nicht studiert hätten. Umgehend wollte der gesellschaftlich gut vernetzte Gothe eine Reihe von Leitungspersonlichkeiten beim FDGB, beim volkseigenen Gut, in Kreisen der alten SPD, in Kirchenkreisen sprechen, aber auch ausgewählte alte Kommunisten. Die Belegschaft des Kreisbaubetriebes habe er sowieso auf seiner Seite. Seine Gespräche mit Volkspolizisten seien allerdings ohne Erfolg gewesen. Seinem Gesprächspartner legte er nahe, nach Dessau, in die Hochburg der Trotzkiisten, zu ziehen. Er habe Kontakte dorthin, die dem vormaligen Parteisekretär helfen würden. Dort könne dieser auch politisch wieder etwas werden. Die neue Speerspitze von Gothe hatte sich allerdings schon anderwärtig verpflichtet und berichtete als Geheimer Informant (GI) »Bolzen Erich« sogleich der Kreisdienststelle Oschersleben (S. 167).

»Wir müssen jetzt fraktionell arbeiten und überall in den Betrieben die Menschen gegen die Kreisleitung der SED aufwiegeln«, wird Gothe vom GI »Margot«, der

Ehefrau von »Bolzen Erich« zitiert.³⁷ Die DDR müsse liquidiert werden: »Wir müssen die Leute überall aufklären über die Bonzen und ihr System, damit wir es zum Sturz bringen.«³⁸ Mehrmals tauchte Gothe bei den Redakteuren der »Volksstimme« auf. Diese müssten schnellstens umlernen und sich vom alten Denken des Stalinismus verabschieden. Er empfahl ihnen, gemäß der Lehre Lenins, sich direkt beim Gegner zu informieren.

Die Stasi sammelte kumulativ und unstrukturiert Informationen und erhoffte sich gerichtlich belastbare Fakten, offensichtlich aber ohne nachhaltigen Erfolg. Einer der letzten Einträge über Gothe vom April 1956 vermerkt, dass er den jugoslawischen Rundfunk höre, der aus seiner Sicht als einziger richtige Kritik übe. Am 19. Oktober 1956 beschließt die Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS, den Gruppenvorgang »Oschersleben« einzustellen: »Die vermutete Verbindung der registrierten Personen zum Ostbüro der SPD konnte in keinem Fall bewiesen werden.«³⁹ Vermerke über die weiteren Personen legen die Vermutung nahe, dass die Verfolgung des Gruppenvorgangs »Oschersleben« ohnehin nicht mehr opportun erschien: Zwei Personen waren republikflüchtig, ein Bürger wurde hauptamtlicher Mitarbeiter in der SED-Kreisleitung und konnte daher nicht mehr bespitzelt werden, der Richter erhielt mit einer Zusatzrente ein Anerkennungsschreiben von Justizministerin Hilde Benjamin (1902–1989).

Es passt ins Gesamtklima des Jahres 1956, dass der Gruppenvorgang »Oschersleben« nicht weiter verfolgt wurde. Auch in der Justiz galt es nun, »sozialistische Gesetzlichkeit« wiederherzustellen: Politische Verfahren, die noch kurz zuvor zu hohen Strafen geführt hätten, wurden wegen Geringfügigkeit abgewiesen, anhängige Gerichtsverfahren durch niedrigere Strafmaße den neuen politischen Erfordernissen angepasst. Die SED verfügte die Entlassung von zahlreichen politischen Strafgefangenen. Doch die politische Tauwetterperiode währte nur kurze Zeit.

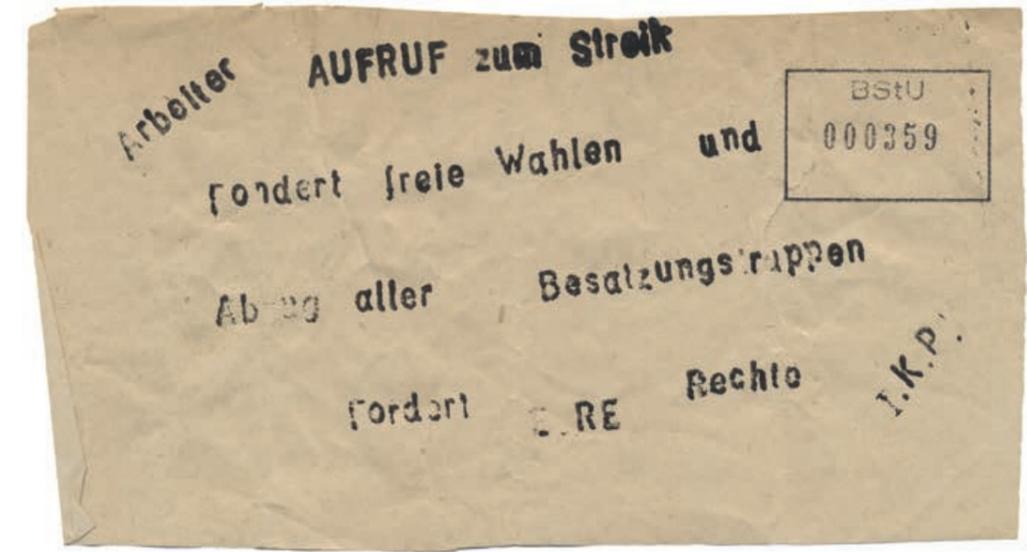
Eine Demonstration in Budapest, die am 23. Oktober 1956 als Solidaritätsmarsch für den von Moskau missbilligten polnischen Reformkurs begann, entwickelte sich zu einer Protestkundgebung mit 100 000 Teilnehmern. Die Demonstranten versuchten, ihre Forderungen über den Rundfunk zu verbreiten und stürmten



> Walter Ulbricht begrüßt Nikita Chruschtschow am Ost-Berliner Hauptbahnhof vor einer Massenkundgebung. Chruschtschow hatte die Verbrechen Stalins angeprangert und damit Hoffnungen auf einen Wandel im Ostblock geschürt. Tatsächlich stellte er aber kommunistische Positionen nie infrage. Als Ulbricht vor dem Berliner Hauptbahnhof erklärt, jeder Revisionismus sei im Keim erstickt worden, applaudiert ihm Chruschtschow. Am Nachmittag reiste er nach Halle weiter, wo ihn nach Angaben des »Neuen Deutschland« 200 000 Menschen begrüßten.⁴⁰ 9.7.1958
Checkpoint Bravo

den Sender. Mitarbeiter der ungarischen Staatssicherheit eröffneten das tödliche Feuer – das zum Zündfunken der Revolution wurde. Einen Tag nach dem Beginn der ungarischen Revolution erging per Fernschreiben die Aufforderung an alle Kreisdienststellen im Bezirk Magdeburg, täglich bis 17 Uhr Auffälligkeiten in der Stimmung in der Bevölkerung zu den Ereignissen in Polen und Ungarn zu übermitteln.⁴¹ So sendete auch die Kreisdienststelle Halberstadt (S. 167) regelmäßig ihre Berichte über die Entwicklungen im Kreis nach Magdeburg, in denen selbst banale Beobachtungen erwähnenswert waren. Im angetrunkenen Zustand erklärte ein Mann: »der mit dem Spitzbart muss weg«, womit Walter Ulbricht gemeint war. Im VEB Betonwerk verschwand das Stalinbild aus dem Gemeinschaftsraum. Vermutlich sei es aus dem Fenster geworfen worden; an einer Friedhofsmauer in Schlanstedt wurde die Losung »Auf zum Streik, folgt dem Beispiel Ungarn« angebracht; auf das Tor eines Schmieds in Dedeleben war »Moskau, Mörder Ungarns!« geschrieben worden.⁴² Mehrfach wurden Flugblätter mit feindlichen Parolen aufgefunden.

Insbesondere die Berichterstattung in den DDR-Medien erregte Unmut und führte zu Diskussionen in der



> Flugblatt in Zeiten von Papierknappheit: Die Kreisdienststelle Halberstadt stellte in der Nacht vom 11./12. November 1956 in der Nähe des Holzmarktes rund 60 »Hetzschriften« fest.
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 713, Bd. 2, Bl. 359

Bevölkerung. Für viele Menschen lag es auf der Hand, dass die Meldungen abgeschwächt oder manipuliert wurden. In der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Osterwieck von Halberstadt vertraten die Beschäftigten die Meinung, dass die Unruhen in Ungarn und Polen nicht von Agenten der Faschisten angestiftet worden seien, sondern dass die Arbeiter selbst die Aufständischen seien.⁴³ Zunehmend informierten sich sogar Parteimitglieder über die Ereignisse in westdeutschen Rundfunksendungen. Auch Streiks und gewalttätige Konfrontationen wurden nicht mehr ausgeschlossen. Im VEB Maschinenbau Halberstadt wollten die Genossen der Kampfgruppe insbesondere die Maschinen schützen: »[...] wer streiken will, soll außerhalb des Betriebes machen was er will, wer sich [in] unserem Betrieb verdächtig herumdrückt, wird umgelegt.«⁴⁴ In die Berichte der Kreisdienststellen mischten sich zunehmend Hinweise über eine tiefgreifende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Kritisiert wurden unisono die Entwicklung der Löhne und Renten sowie die katastrophale Versorgungslage mit Lebensmitteln und anderen Waren.

Am 4. November 1956 griffen sowjetische Truppen in Ungarn ein. Die Kämpfe forderten zahlreiche Todesopfer und führten zu schweren Zerstörungen. Die militärische Niederschlagung der ungarischen Erhebung beendete auch in der DDR das kurze politische Tauwet-

ter und machte jegliche Hoffnung in der Bevölkerung auf einen grundlegenden Wandel zunichte. Parteichef Ulbricht sah sich nach dem Ende der Ungarn-Krise in seinem unnachgiebigen Kurs bestätigt, zog die Schraube der politischen Repression wieder an und verstärkte die Kollektivierung von Landwirtschaft und Handwerk. Scharf rügte er den Staatssicherheitsdienst, der nicht energisch genug gegen die Feinde der DDR vorgegangen sei.

Das MfS verfügte 1956 über 16 264 hauptamtliche Mitarbeiter.

30 Jahre später taucht in einer opulenten Selbstdarstellung der Bezirksverwaltung Magdeburg der XX. Parteitag von 1956 in Moskau nur noch als inhaltslose Chiffre auf. Die in der Sowjetunion gefassten Beschlüsse, so der MfS-Chronist, führten danach bei der SED zu der Feststellung, »dass die Entwicklung der DDR nicht mehr zu trennen ist von der Entwicklung des ganzen sozialistischen Lagers.«⁴⁵ Stalins Verbrechen wurden auch Mitte der 1980er-Jahre noch verschwiegen.

1961 Verbannung aus dem Harz – Zwangsumsiedlung durch die Staatssicherheit

Seit 1952 riegelte die SED die Westgrenze der DDR zur Bundesrepublik systematisch ab, um die eigenen Bürger an einer Flucht zu hindern. 1961 war die DDR innenpolitisch an einem Tiefpunkt angelangt. Seit Jahren flüchteten Hunderttausende Bürger über die letzte offene Grenze zwischen Ost- und West-Berlin. Vor allem politische und ökonomische Gründe bewogen die Menschen, die DDR zu verlassen, etwa weil sie von der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und des Handwerks betroffen waren. Im Sommer 1961 beschleunigte sich die Fluchtbewegung nochmals dramatisch und die SED-Führung beschloss, nun auch die Berliner Sektorengrenze abzuriegeln. Nur wenige Wochen nach dem 13. August 1961, an dem entlang

der innerstädtischen Grenze von Berlin mit dem Bau der Mauer begonnen wurde, lief die nächste, geheim vorbereitete Maßnahme an. Mit der Stasi-Aktion »Festigung« am Dienstag, den 3. Oktober 1961, ließ die SED missliebige Bürger schlagartig aus den Grenzgebieten umsiedeln.

Um 5.30 Uhr morgens wartete Arbeiter Fritz Stunz⁴⁶ (Jg. 1928) in dem kleinen Grenzort Stapelburg am Rande des Harzes wie immer auf seinen Schichtbus. Doch dieser Dienstag im Oktober 1961 sollte ganz anders verlaufen als sonst. Mitarbeiter des Volkspolizeiamtes Wernigerode nahmen Stunz zunächst ins Gemeindebüro mit und brachten ihn schließlich zurück auf seinen Hof. Um 6.00 Uhr früh verkündeten die Volkspolizisten der Familie, dass sie in den nächsten Stunden aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt werde. Wie üblich wurde die Nachricht nur mündlich übermittelt. In einem akribischen und in Schönschrift



> Blick von Westen: DDR-Grenzort Stapelburg, 1982
Foto: Jürgen Ritter

BSTU
0020

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Bezirksverwaltung Halle
Kreisdienststelle Eisleben

An das Eisleben, den 9.8.1961
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT Her/Kro.
Bezirksverwaltung Halle Tab.-Nr.: /1073/61
Abteilung V

H a l l e

Betr.: DA 2/60 des Leiters der Bezirksverwaltung
Bezug: Ihre gegebene Veranlassung

Im Monat Juli 1961 verließen insgesamt 65 Personen aus dem Kreisgebiet Eisleben illegal das Gebiet der DDR. Bei diesen Personen handelt es sich um 14 Familien mit insgesamt 41 Personen und 24 Einzelpersonen.

Männer: 25
Frauen: 23
Kinder: 17

Soz. Aufgliederung:

Arbeiter:	14
Bergarbeiter:	4
Hüttenarbeiter:	3
LPG-Mitglieder:	1
Lehrling VEG:	1
Angestellte:	10
PGH - Maler:	1
Dipl. Ing.:	1
Med. Personal:	1
Hausfrauen:	10
Rentner:	2
Kinder:	17

Gegenüberstellungen der R-Fluchten:

	<u>1960</u>	<u>1961</u>
Januar	33	63
Februar	31	24
März	48	38
April	52	40
Mai	38	58
Juni	17	57
Juli	47	65

- 2 -

> Republikflüchtlinge in Eisleben, 9.8.1961
BStU, MfS, BV Halle, KD Eisleben, Nr. 1549, Bl. 20

Bezirk: Magdeburg

Kreise	500 m				500 m - 5 km				Religions-	
	Kath.-Kirche		Ev.-Kirche		Kath.-Kirche		Ev.-Kirche		Religions-	
	Kirchen	Anstalten	Pfarrer	Schwesterstern	Kirchen	Anstalten	Pfarrer	Schwesterstern	Objekte	Prediger
Seehausen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Klötze	-	-	-	-	1	1	1	6	4	1
Oschersleben	1	-	1	-	2	-	2	-	5	-
Halberstadt	-	-	-	-	1	-	1	-	6	-
Wernigerode	-	-	-	-	1	1	1	7	5	4
Halbtenleben	-	-	-	-	1	-	2	-	6	-
Salzwedel	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Insgesamt	1	1	1	1	6	2	7	13	30	5
					1	1	1	1	1	1
					7	2	8	13	31	5

> Besonders im Blick im Zuge der Aktion »Festigung«: Vertreter der Kirchen und ihrer Einrichtungen in der Sperrzone. Pfarrer waren als notorische Nichtwähler oder als Gegner der Atombewaffnung verdächtig. 1961
BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2801, Bl. 33

verfassten Bericht vermerkt Oberfeldweibel G., dass der Beschluss von den Bewohnern ruhig aufgenommen wurde. »Lediglich seine Frau [Name] vergoss ein paar Tränen.«⁴⁷ Ganz so reibungslos verlief die Aktion aber doch nicht. Die Volkspolizisten waren überrascht von dem Umstand, dass im Haushalt das Kleinkind der Eheleute lebte sowie eine nahe Verwandte, eine ältere Frau. Diese »jammerte laut« und drohte ihren Suizid an, sollte sie allein zurückbleiben. Die Volkspolizisten beschlossen kurzerhand, die alte Frau mit auszusiedeln. Alle Bewohner mussten unverzüglich ihr Hab und Gut einpacken nebst zwei Schweinen, vier Enten und acht Hühnern. Um 14.30 Uhr setzte sich der Transport in Richtung des neuen Wohnortes bei Genthin in Bewegung.

Wieso traf die Zwangsumsiedlung Fritz Stunz und seine Familie? Stunz war seit 1946 Grenzgänger, später blieb er gänzlich im Westen und arbeitete im Volkswagenwerk Wolfsburg. 1957 siedelte er zu seiner Mutter nach Stapelburg in die DDR um und gründete eine Familie. Im gleichen Jahr überschritt er erneut und diesmal illegal die Grenze, kam aber nach zwei Tagen wieder zurück in die DDR. Aus Sicht der Organe war er damit ein politisch unsicherer Bewohner des Grenzgebietes. Die Einordnung lautete schlicht: »Grenzgänger, Rückkehrer, unverbesserlicher Nazi«.⁴⁸

Das hektische Packen von Familie Stunz fand unter den wachsamen Augen der Volkspolizei statt. Oberfeldweibel G. bemerkte dabei drei Tabletten, die er vom Fußboden auffas. Später wurden Haus und Hof nochmals durchstöbert, allerdings kein weiteres verdächtiges Material festgestellt. Das MfS unterzog die Tabletten einer chemischen Analyse und gelangte zu der erstaunlichen Erkenntnis: »Die Tabletten 1 und 3 sind zur Anfertigung von Geheimschriften geeignet«. Als Beweis legte es Geheimschriftproben vor, die die technische Untersuchungsstelle des MfS mit den aufgelesenen Tabletten gefertigt hatte. Der konstruierte Beweis rückte Stunz in gefährliche Nähe westlicher Geheimdienste. Noch bevor das Ergebnis vorlag, wies die MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg ihre Kreisdienststelle in Genthin (S. 166) an: »Der [Stunz] ist in einem Operativvorgang zu erfassen und aktiv operativ zu bearbeiten.«⁴⁹ Stunz wurde am Arbeitsplatz und in der Freizeit beobachtet sowie eine Postüberwachung eingeleitet. Erst 1988 vermerkte das Volkspolizei-Kreisamt Genthin ohne weitere Erklärung: »Kontrollmaßnahmen eingestellt«.⁵⁰

Bei den inkriminierten Tabletten handelte es sich übrigens um weltweit millionenfach verkaufte Präparate, um das Fieber- und Schmerzmittel Pyramidon und Euvernil zur urologischen Behandlung.



> DDR-Westgrenze im Bezirk Magdeburg mit Einzeichnungen der Stasi: Kirchliche Einrichtungen als »Störfaktoren« in der 5-Kilometer-Sperrzone. Vor 1968 (Ausschnitt)
BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2801, Bl. 6

Die Aktion »Festigung« begann landesweit um 6.00 Uhr morgens und lief regional unter jeweils eigenen Codenamen. Im Bezirk Magdeburg erhielt die Aktion die zynische Tarnbezeichnung »Neues Leben«. Grundlage für die Aktion war ein Beschluss des Politbüros, der unmittelbar nach dem Mauerbau gefasst worden war. Den Befehl 35/61 zur Auslösung der Aktion erteilte dann DDR-Innenminister Karl Maron (1903–1975).⁵¹ Erich Mielke koordinierte sechs Arbeitsgruppen, bestehend aus Offizieren von MfS, Nationaler Volksarmee (NVA) und Ministerium des Innern (Mdi).

Das MfS verfügte 1961 über 23 525 hauptamtliche Mitarbeiter.

Aus der fünf Kilometer breiten Sperrzone einschließlich des 500 Meter breiten Schutzstreifens entlang der Grenzen waren bestimmte Bürger auszusiedeln, wenn sie negativ aufgefallen waren. Besonders im Blick waren »unverbesserliche Nazis«, »Erstzuziehende« aus der Bundesrepublik oder auch »Rückkehrer« unter den Flüchtlingen sowie frühere »Grenzgänger«.⁵² Eine maßgebliche Rolle spielten das MfS und die Volkspolizei, die potenziell verdächtige Bürger aus ihren Akten herausuchte. Schließlich wurden entlang der DDR-Westgrenze und der Berliner Umlandgrenze über 3 000 Bürger zwangsweise ins Hinterland umgesiedelt. Die drastische Maßnahme wurde zugleich dazu genutzt, Anzeichen organisierter Feindtätigkeit aufzuspüren: »Bei der Räumung der Wohnung ist auf illegalen Waffenbesitz, Schundliteratur, Warenhortung usw. zu achten. Bei dringlichem Verdacht einer strafbaren Handlung ist der Verdächtige festzunehmen.«⁵³ In die Erfolgsbilanz des MfS reihte sich ein, dass im Bezirk Magdeburg »in Bartensleben/Haldensleben – 150 Hetzschriften des SPD-Ostbüros« sichergestellt wurden.⁵⁴ Aus der SBZ geflüchtete Parteimitglieder hatten das Ostbüro der SPD 1946 nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED gegründet. Es unterhielt Kontaktstellen in der DDR und wurde vom MfS intensiv bekämpft.

Das MfS ging davon aus, dass künftig ähnliche Maßnahmen erforderlich werden könnten und analysierte die Aktion »Festigung«. Dabei deckte es eine Reihe von Mängeln auf: Die Informationen über die Bewohner

des Grenzstreifens seien mitunter veraltet und unzutreffend gewesen, Angehörige der belasteten Personen waren ungenügend ermittelt worden, sodass es im Nachhinein Schwierigkeiten mit den bereitgestellten Wohnungen im Hinterland gab, der Viehbesitz war unzureichend berücksichtigt worden. Die Informationsbasis musste daher verbessert werden. Bruno Beater (1914–1982), Stellvertreter von Minister Mielke, wies die Dienststellen noch im Dezember 1961 an, in allen Grenzgebieten das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter weiter auszubauen und laufend über die Stimmung in der Bevölkerung zu berichten.⁵⁵ Die rein bürokratische Erfassung von neuem Wohnraum für die Verbannten zeigte ganz andere Tücken. Eine größere Zahl von Wohnungen wurde bei Kontrollen sogar durch die Arbeitsgruppen von MfS, Mdi und NVA als menschenunwürdig eingestuft. »Das zeigt, wieviel Leichtfertigkeit in den Bezirken als revolutionärer Elan ausgegeben wurde. Als die Mitglieder der Arbeitsgruppe gegen diese schädlichen Meinungen auftraten, wurden sie teilweise als »aufgeweicht« betrachtet.«⁵⁶ Die örtlichen Stellen und ihre Mitarbeiter setzten also vorausgehend den zentralen Befehl weitaus rücksichtsloser um, als vom MfS selbst erwartet.

PBo

1968 »Halten Sie stand und behalten Sie Hoffnung!« – der Prager Frühling in Halle

Schattenspiele

man kann so wunderbare Schattenspiele spielen
von früh halb sechs
bis abends einundzwanzig uhr

vier eiskalte wände
sind unnachgiebig
im besitz
des leinwandmonopols
frisch übertüncht
zweifarbige
beige-graublaue
geduldet werden:

fünfundvierzig glasziegelsteine
ausblick schaffend
einer nebelhaften quadratur
dunkler stäbe

eine pritsche
hölzern
halb zugedeckt
mit einem decken- und
bettlakenumwickelten strohsack

ein kübel
blechern ekeldünstend

eine tür
mit klappfach und spion

eine leuchte
starr stumpfsinnig

eine heizspirale
fünfgliedrig mager

eine wasserschüssel
ein plasteimer
ein trinkbecher
und
und ich

und ich
ich bin ihr großer star
ich darf agieren
bis tief hinein ins gefühl
von früh halb sechs
bis abends einundzwanzig uhr

bis tief hinein ins profil:
faxen abgeschnittener bewegungen
gesten endloser einsamkeit
und tanz ausgetrockneter augen

bis tief hinein ins profil:
pantomime wider sich selbst
sklave eiskalter vier wände
und narr eines gefühllosen publikums

man kann so wunderbare schattenspiele spielen⁵⁷

Bernd Eisenfeld (1941–2010) beschreibt einen beklemmenden Ort: seine Haftzelle. Übrigens, Papier und Bleistift durfte er dort nicht nutzen. Er hatte nur die Möglichkeit, sich seine Lyrik einzuprägen und zu warten, bis ihm die Staatsmacht das Schreiben gestattete – im Zweifelsfall auch erst nach der Haftentlassung. Wer war Bernd Eisenfeld und wie geriet er in diese Lage?

Bernd Eisenfeld wuchs mit seinem Zwillingenbruder Peter im vogtländischen Falkenstein auf. Er absolvierte eine Lehre zum Bankkaufmann und studierte anschließend Finanzwirtschaft. Seine Arbeitgeber, zunächst die Deutsche Notenbank, dann die Industriebankfiliale Elektrochemie Schkopau und der Chemieingenieurbau Leipzig, schätzten seine fachliche Kompetenz und sein berufliches Engagement. Eisenfeld war andererseits auch ein politisch denkender und handelnder Mensch. In gesellschaftspolitischen Fragen war er sehr belesen und verfügte über ausgeprägte analytische Fähigkeiten. Schon früh wurde sein Widerspruchsgeist gegen



> Bernd Eisenfeld
BStU, MfS, BV Halle, AOP 518/76, Bl. 137

das DDR-System geweckt. 1956, Eisenfeld war gerade 15 Jahre alt, verweigerte ihm die SED-Bezirksstelle kurzfristig die Teilnahme an einem Schachturnier im bundesdeutschen Erlangen. Sie wollte die Auszahlung von 30 DM Taschengeld an den jungen DDR-Bürger durch westdeutsche Behörden verhindern. »Geweint habe ich damals und meinen Koffer wieder ausgepackt«, erinnert sich Eisenfeld später.⁵⁸

Für die Staatssicherheit war Eisenfeld kein Unbekannter. Der Kriegsdienstverweigerer wurde als Bausoldat eingezogen und diskutierte zum Leidwesen seiner militärischen Vorgesetzten »den Sinn und Zweck jeden Befehls«. In Diskussionen forderte er in der DDR Informationsfreiheit, Freiheit der Presse oder ein in der Verfassung verankertes Auswanderungsrecht. Auch im Berufsleben zeigte sich Eisenfeld meinungsstark. »Kein Genosse im Bereich des E. getraut sich, mit diesem eine politische ideologische Diskussion anzufangen, weil man fürchtet, den Argumenten des E. nicht gewachsen zu sein«, konstatierte die Stasi resigniert.⁶⁰

1968 verfolgt Eisenfeld mit Begeisterung die neuen politischen Entwicklungen in der ČSSR und reist sogar selbst nach Prag. Er hegt Hoffnungen, dass Veränderungen im Nachbarland auch Reformen in der DDR auslösen. Doch der politische Druck des sozialistischen Lagers auf den tschechoslowakischen Parteichef Alexander Dubček (1921–1992) nimmt zu und Eisenfeld beschließt, ein Zeichen der Solidarität zu setzen. An die Botschaft der ČSSR sendet er per Telegramm aufmunternde Worte: »Ich bange mit Ihnen und Ihren gutgesinnten Landsleuten, halten Sie stand und behalten Sie Hoffnung!«⁶¹ Einen Monat nach der gewaltsamen Niederschlagung der Prager Proteste durch sowjetische Panzer am 21. August steht Eisenfeld in Halle und

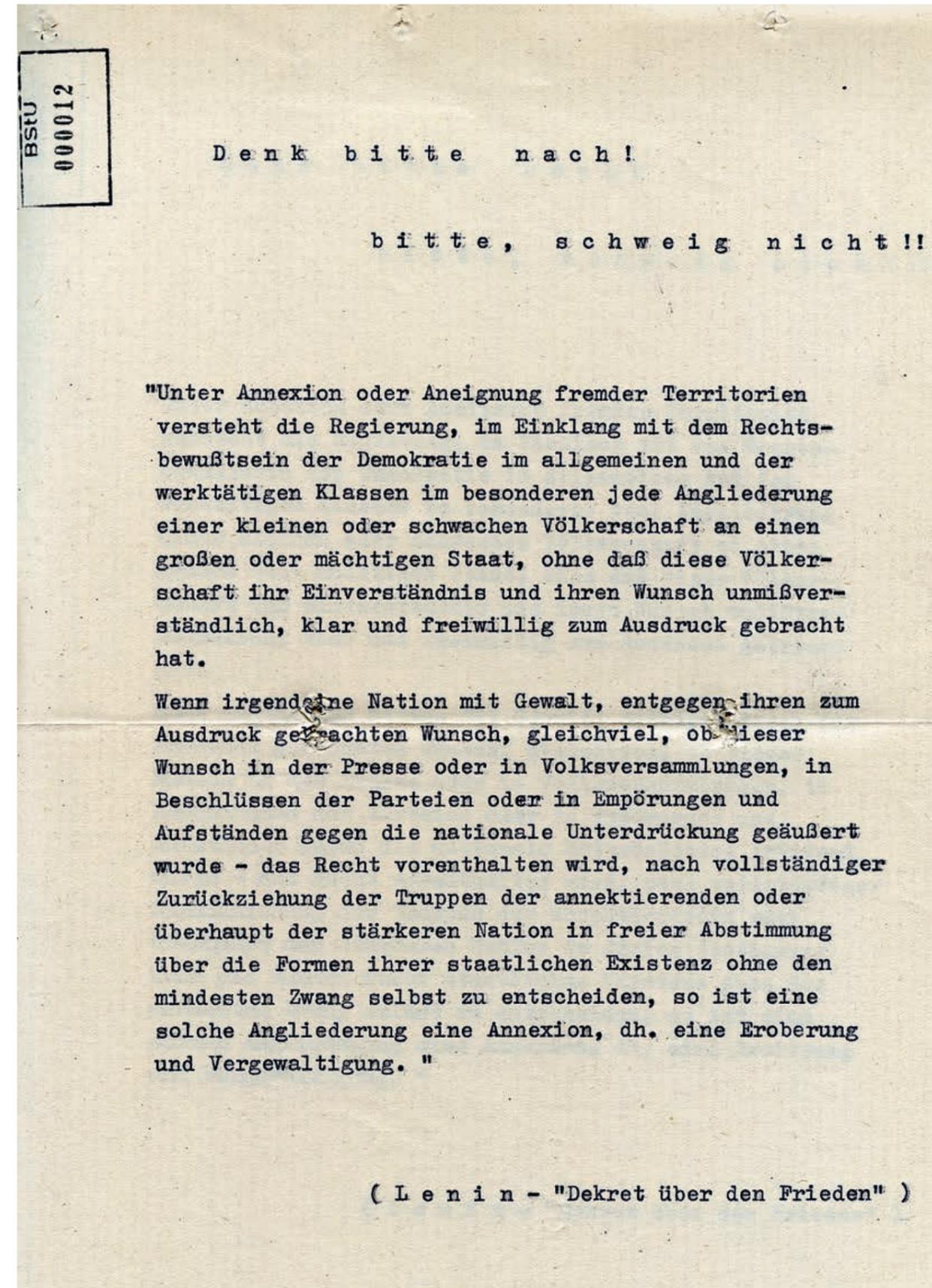
verteilt mit einer Schreibmaschine erstellte Flugblätter. Sofort wird er festgenommen, verhört und angeklagt. Als er zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt wird, ist er fassungslos. Hatte er doch hauptsächlich das »Dekret über den Frieden« zitiert – und das stammte von Lenin, einem der Urväter sozialistischer Ideologie. In der Haft, umgeben von Kriminellen, fühlt sich der politische Häftling Eisenfeld zusätzlich isoliert, da er keinen Gesprächspartner findet. Das resignierte Urteil der Stasi nach der Entlassung von Eisenfeld aus der Haft, wo ihn ein Zelleninformer ausgehorcht hatte, lautet: »Der E. hat aus der verbüßten Haftstrafe nichts gelernt.«⁶²

Für den Bürgerrechtler Eisenfeld wurde die historische Aufarbeitung der SED-Diktatur später zur Lebensaufgabe. 1975 gelang ihm endlich die Übersiedlung in die Bundesrepublik. Er war beruflich unter anderem im Gesamtdeutschen Institut und später in der Stasi-Unterlagenbehörde tätig.

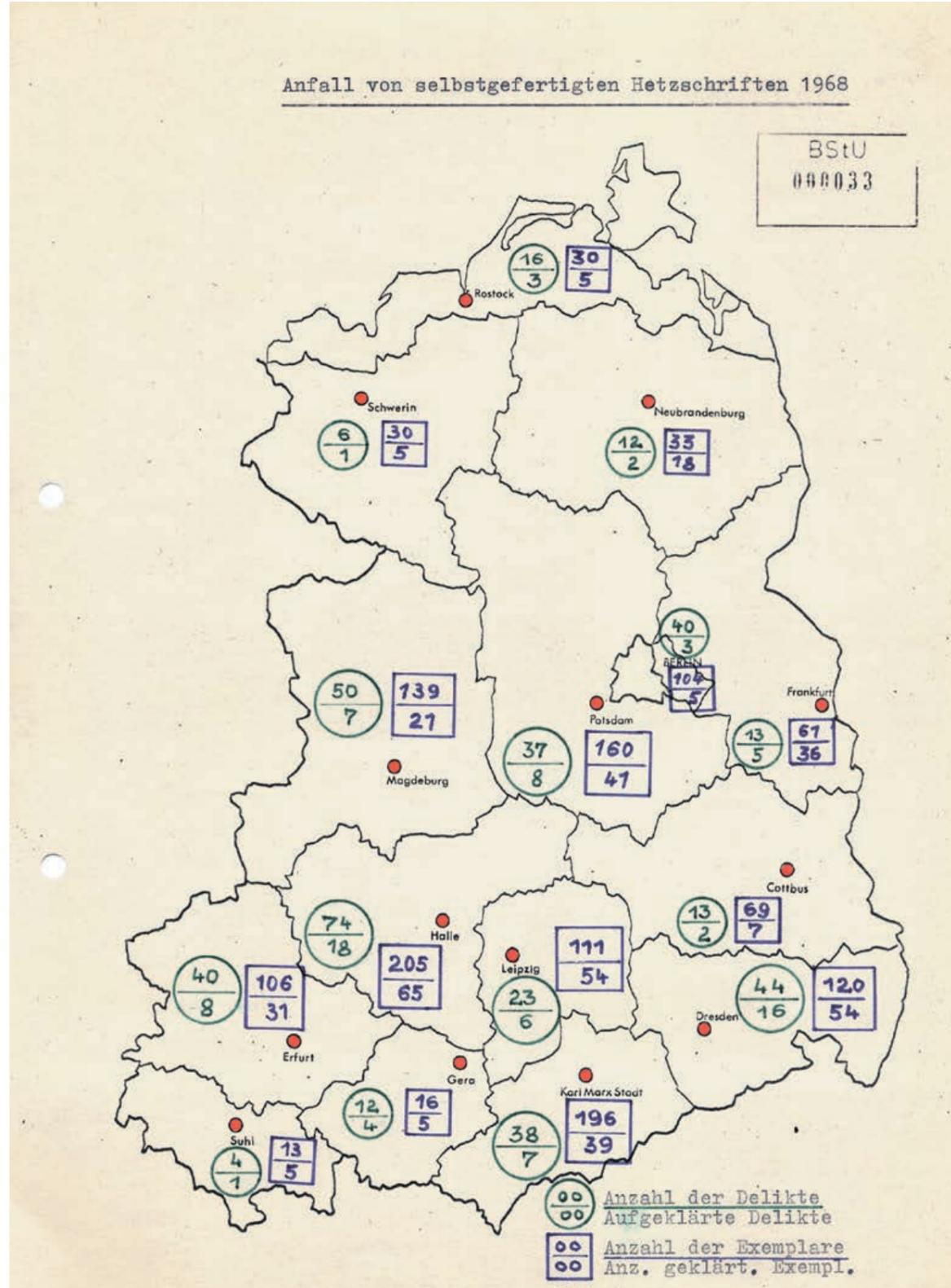
Im Januar 1968 begann in der Tschechoslowakei unter der Losung »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« ein Reformprozess, der bei vielen Menschen Hoffnungen auf eine Demokratisierung des Sozialismus weckte. Die Machthaber in der DDR dagegen waren fest entschlossen, keine Reformdiskussionen in ihrem Staat zuzulassen. Mit besorgtem Blick auf Warschau und Prag legte MfS-Generalleutnant Bruno Beater (1914–1982), Erster Stellvertreter Mielkes, im März 1968 die Marschrichtung fest: »Vorgänge in diesen Ländern können dazu führen, konterrevolutionäre und aufgeweckte Elemente in der DDR zu wecken. [...] Sich daraus ergebende eventuell feindliche Regungen in der DDR nicht mit Überzeugung bekämpfen, sondern kompromisslos zerschlagen.«⁶³

Das MfS verfügte 1968 über 36 555 hauptamtliche Mitarbeiter.

Das MfS war also diesmal vorgewarnt. Als die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten in der Nacht vom 20. zum 21. August mit Panzern nach Prag rollten und den Reformprozess von Dubček unterdrückten, wurden damit auch in der DDR verbreitete Hoffnungen zerstört. Doch viele protestierten gegen die Intervention. Allein



> Flugblatt von Bernd Eisenfeld zur sowjetischen Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung. 1968
BStU, MfS, BV Halle, AU 2200/69, Bd. 2, Bl. 12



> In allen Bezirken der DDR registrierte das MfS Flugblätter anlässlich der Ereignisse in Prag. 1968
BStU, MfS, HA XX, AKG, Nr. 804, Bl. 33



> Politische Losungen in Köthen, am Halleschen Turm und in der Straße des 7. Oktober, 22.8.1968
BStU, MfS, BV Halle, AU 3160/69, Bd. 7, Bl. 83, Bl. 87

bis Ende November 1968 registrierte das MfS über 2 100 Fälle von »staatsfeindlicher Hetze«, gegen 500 festgenommene Bürger wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Darunter befanden sich viele Ost-Berliner Jugendliche aus prominenten kommunistischen Elternhäusern. Im Dezember 1968 wurden insbesondere Jugendliche unter Auflagen amnestiert, doch die meisten der über 20-Jährigen blieben in Haft. Sie wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Erich Mielke zog weitere Konsequenzen aus den Ereignissen: »Die konterrevolutionären Versuche in der ČSSR, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse und die sozialistische Staatsmacht zu beseitigen sowie eine Reihe Vorkommnisse in der DDR erfordern eine noch konsequentere und umfassende Durchsetzung der [...] politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen [...].«⁶⁴ Mitarbei-

ter der Massenmedien, Künstler und insbesondere Lehrkräfte, Studenten und Schüler waren stärker zu beobachten. Jede Form der Verherrlichung der Prager Ereignisse musste von Mielkes Apparat festgestellt oder Verbindungen mit »aufgeweichten Elementen« in sozialistischen Staaten unter Kontrolle gehalten werden.

Anfang Oktober 1968 zeigte sich das MfS in Anbetracht seiner Gesamtbilanz selbstzufrieden: »Die innere Ordnung und Sicherheit in der DDR war jederzeit gewährleistet.«⁶⁵ Anderthalb Jahrzehnte nach dem Desaster des 17. Juni 1953 hatte das MfS in einer bedrohlichen Situation seine Effizienz und Stärke bewiesen.

PBo

1975

Ausreiseantrag aus Aschersleben – »Gefangener im eigenen Land ...«

»Keine Antwort«, notierte ein MfS-Mitarbeiter stets an den oberen Rändern der abgefangenen Briefe, die an Vertreter der Partei und Staatsführung gerichtet waren. Ihr Verfasser, Alois Haintz⁶⁶ (Jg. 1948), forderte seit Herbst 1976 in einer Reihe von Briefen für sich und seine Familie die Aussiedlung aus der DDR. Aus Sicht des MfS allesamt rechtswidrige Ersuchen. Eine Reaktion auf seine Briefe erhielt er nicht. Das MfS filterte die Briefe in der Postkontrolle heraus, schützte die Repräsentanten der staatlichen Ordnung vor der unliebsamen Post und beobachtete den Verfasser. Haintz berief sich in seinen Ausreiseanträgen auf die Charta der UNO (Organisation der Vereinten Nationen),

auf die Schlussakte von Helsinki und die Verfassung der DDR. »Es ist traurig feststellen zu müssen, dass man Gefangener im eigenen Land ist«, klagte er und spitzte noch weiter zu: Ihm sei weiterhin nicht bekannt, dass »ein Leibeigenenverhältnis zwischen Bürger und Staat« bestehe.⁶⁷ Haintz zeigte sich unzufrieden mit den wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten in der DDR. Nicht zuletzt reichten ihm und seiner Familie der monatliche Verdienst als Kraftfahrer von unter 500 DDR-Mark nicht aus. Er bewarb sich vergeblich bei der Transportpolizei, der Volkspolizei und sogar beim MfS. Ein aussichtsloses Unterfangen, denn im Sommer 1976 war er wegen »parteischädigenden Verhaltens« von der Betriebsparteiorganisation ausgeschlossen worden.

Am 1. Dezember 1976 klingelte Haintz an der MfS-Kreisdienststelle Aschersleben (S. 164) und trug den Genossen vom MfS sein Anliegen vor, in die Bundesrepublik überzusiedeln. Zudem wünsche er, mit

Übersicht zu Antragstellungen des [REDACTED]

1976/1977				MfS 1977			
Prot. des Kreisles	14.11.76			9.9.77			
Min. d. Innern	14.11.76	15.02.77	28.2.77	9.9.77	19.9.77	1.11.77	17.12.77
R. d. Bezirkes		20.2.77					
Consulate Gen. Hainke	28.11.76				12.9.77		
1978							
Min. d. Innern	13.1.78	23.1.78	9.3.78				
R. d. Bezirkes	1.2.78						
R. d. Meins	9.2.78						
GfM Frankfurt			31.03.78				

BSIU
000022

> Das MfS filterte die Ersuchen des Bürgers Haintz auf Ausreise systematisch aus dem Postverkehr heraus. Mit einer Tabelle aller Briefe und Adressaten versuchte es, im Operativen Vorgang »Rotation« die Übersicht zu behalten. 1978
BSIU, MfS, BV Halle, AOP 2551/78, Bl. 22



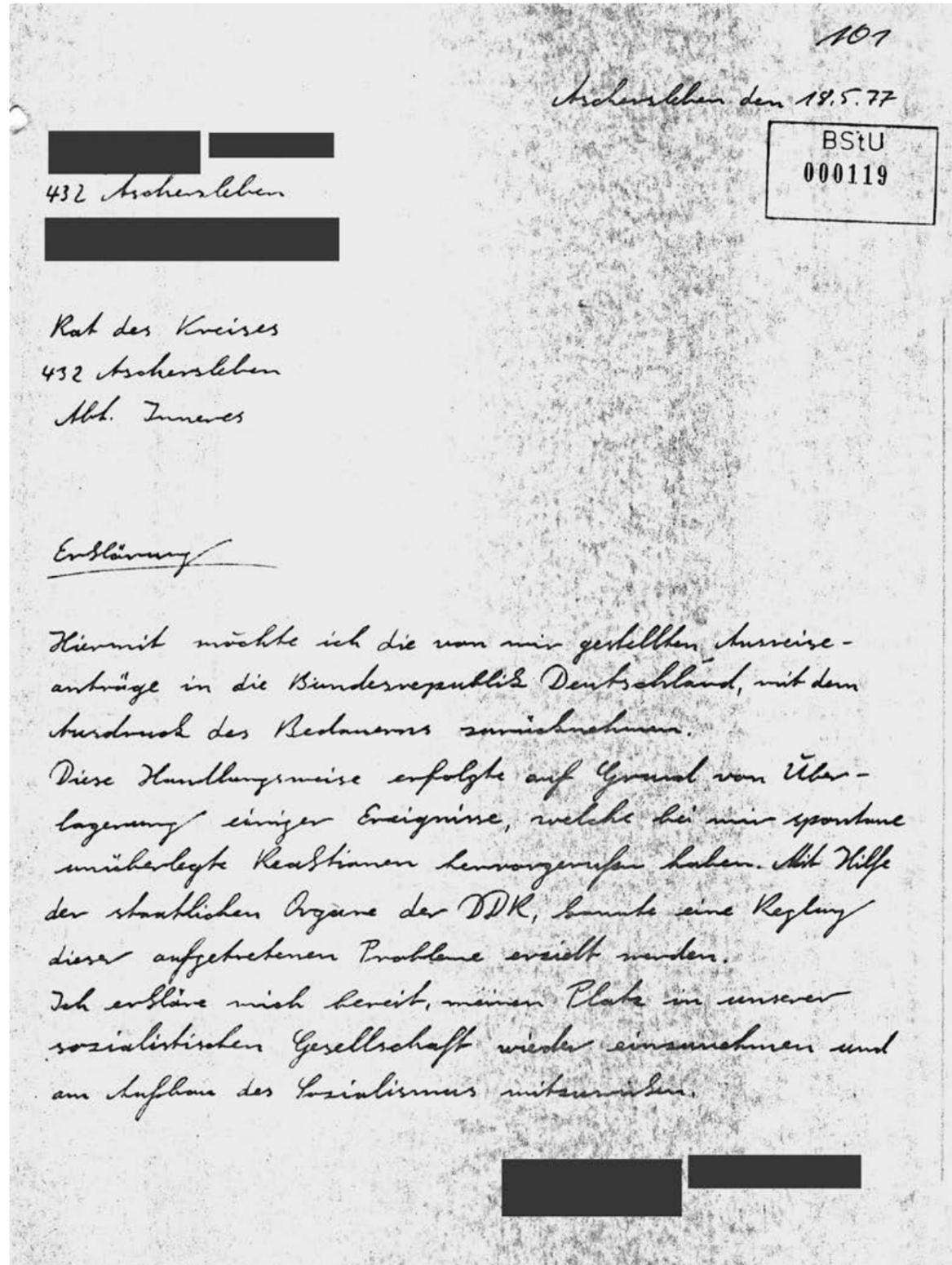
> Mit roter Farbe malte der Antragsteller auf Ausreise (Jg. 1961) die Losung »Läßt mich raus« auf weißes Tuch und legte es sich am Hauptbahnhof Magdeburg über die Schultern. Die Transportpolizei nahm ihn am 27. Juni 1988 fest. Im Strafprozess wurde wegen »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit im schweren Fall« eine Haftstrafe von 22 Monaten verhängt.
BSIU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XIX, Nr. 1384, Bl. 8

der Politik des Marxismus-Leninismus in Ruhe gelassen zu werden. Die psychologische Einschätzung des MfS: »Er ist ein typischer Ich-Mensch«. Er identifiziere sich »mit der Person Biermann, indem er voll und ganz die Aussagen des B. akzeptiert.«⁶⁸ In der Folge wurde Haintz mehrmals zu Aussprachen in den Rat des Kreises Aschersleben einbestellt. Der Inhalt der Gespräche ist nicht überliefert, aber Zielrichtung dieser Gespräche war es üblicherweise, den Antragsteller zu einer Rücknahme seines Ersuchens zu bewegen. In diesem Punkt konnte die staatliche Stelle im Mai 1977 einen Teilerfolg vermelden. Haintz nahm in einer schriftlichen Erklärung seinen Antrag zurück.

Allerdings blieb er unter Beobachtung. Im Oktober 1977 wurde ein Arbeitskollege in der ČSSR bei seinem Fluchtversuch gestellt. Da sich Haintz zeitgleich in seiner Arbeitsstelle krank gemeldet hatte und damit dem MfS eine gemeinsame Republikflucht naheliegender erschien, überprüften Mitarbeiter sogleich, ob er sich in seiner Wohnung aufhielt. Der Fluchtverdacht bestätigte sich nicht.

Kurz darauf begann Haintz erneut, Briefe mit Ausreisewünschen zu verfassen. Anfang 1978 blitzten ganz neue Sorgen in seinen Briefen auf: »Ich hoffe nur, dass man diese [Briefe] nicht als BND-Handlangerdienste auslegt und mich dafür in Spezialbehandlung in einer unserer zahlreichen Einrichtungen in Gewahrsam nimmt.«⁶⁹ Doch ihm wurde etwas anderes zum Verhängnis. Im März 1978 verfasste er einen Hilferuf an die »Gesellschaft für Menschenrechte« in Frankfurt/M. Das MfS fing das Schreiben ab und eröffnete den Operativen Vorgang »Rotation«. Die MfS-Kreisdienststelle Aschersleben gelangte zu der strafrechtlichen Einschätzung, dass das Schreiben an die Menschenrechtsgesellschaft den Straftatbestand einer staatsfeindlichen Tätigkeit erfülle. Schließlich wurden Haintz und seine Ehefrau im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens mehrfach vom MfS verhört, die Wohnung nach Beweisen durchsucht.

Das Strafverfahren gegen Alois Haintz wegen »staatsfeindlicher Hetze« gemäß § 106 Strafgesetzbuch endete mit einem Urteil von zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Im Abschlussbericht unternahm das MfS



> Antragsteller Haintz erklärt die Rücknahme seines Ausreiseartrags. 18.5.1977
BStU, MfS, BV Halle, AOP 2551/78, Bl. 119



> Unterzeichnen die KSZE-Schlussakte von Helsinki: Bundeskanzler Helmut Schmidt, Erich Honecker, Gerald Ford, Bruno Kreisky. 1.8.1975
Helsinki, KSZE-Konferenz, Schlussakte, 01.08.1975
Bundesarchiv Bild 183-P0805-314;
Foto: Horst Sturm

noch einmal den untauglichen Versuch, den drastischen Eingriff in das Leben des Bürgers ideologisch zu rechtfertigen: »Er wurde zu einem Feind unseres Staates, der mit allen Mitteln der Diffamierung und Verleugnung versuchte, seine feindliche Zielsetzung zu verwirklichen.«⁷⁰

Die DDR unterzeichnete 1975 in Helsinki die Schlussakte der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) und verpflichtete sich damit unter anderem zur Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten. Ausreisewillige DDR-Bürger forderten daraufhin ihre Rechte ein: Sie wollten den Staat umgehend verlassen. SED-Führung und Staatssicherheit reagierten restriktiv mit Berufsverboten, Ordnungsverfahren oder Haft gegen die Antragsteller. Ausreisearträge wurden grundsätzlich als rechtswidrig abgelehnt. Die Übersiedlung wurde lediglich im Rahmen von »Familienzusammenführungen«, bei Rentnern und Invaliden genehmigt. Einen Rechtsanspruch gab es auch in diesen Fällen lange nicht. 1983 wurde Rentnern, Invaliden und Eheschließenden das Recht eingeräumt, Anträge zu stellen.

Die Zahl ausreisewilliger DDR-Bürger stieg sprunghaft an und delegitimierte zugleich die SED-Herrschaft. Zwischen 1975 und 1989 siedelten über 700 000 Antragsteller legal in die Bundesrepublik über.⁷¹ Darunter befanden sich freigekaufte politische Häftlinge, aber auch zahlreiche Bürger mit eigentlich rechtswidrigen Anträgen. Unmittelbar nach Abschluss der Helsinki-

konferenz im August 1975 zog Mielke seine Schlüsse: »Das MfS steht vor der Aufgabe, alle Versuche der Entspannungsgegner und anderer imperialistischer Kreise, die Konferenzergebnisse für ihre gegen die DDR und andere sozialistische Staaten gerichteten Ziele auszunutzen und zu missbrauchen sowie feindlich-negative Handlungen zu aktivieren, rechtzeitig mit allen zur Verfügung stehenden geeigneten Kräften sowie Mitteln und Methoden aufzuklären und zu verhindern.«⁷² Da die Zahl der Antragsteller stark zunahm, sah sich das MfS genötigt nachzusteuern. Im Herbst 1976 legte Mielke fest: »Anträge von Bürgern der DDR auf Übersiedlung nach der BRD bzw. nach Westberlin sind ab sofort abzulehnen, wenn sie im Zusammenhang mit der Antragstellung sich auf die Schlussakte von Helsinki oder andere Begründungen berufen, die die DDR der Nichteinhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen oder innerstaatlicher Rechtsvorschriften bezichtigen [...]«⁷³

Das MfS reagierte auch organisatorisch auf die Entwicklung, richtete eine Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) und bei den Bezirksverwaltungen die Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) (S. 162) ein. Gesinnung, Charakter, Lebensgewohnheiten, berufliche Funktion, Motive und Verbindungen der Antragsteller sollten umfassend ausspioniert werden. Den Koordinierungsgruppen wurde die Federführung bei der »Zurückdrängung« der Ausreisebewegung übertragen, für die Geheimpolizei ein personalintensives Unterfangen, auch wenn wichtige Aufgaben etwa an die Räte der Kreise, Stadtkreise und Stadtbezirke delegiert

Politik Neues Deutschland / 6. März 1985 / Seite 3

Über 20000 Ehemalige wollen zurück

In Schreiben an das Zentralkomitee der SED, an den Staatsrat, an den Ministerrat und an örtliche Organe der DDR äußern über 20000 ehemalige DDR-Bürger ihren Wunsch nach Rückkehr in die DDR. Das Außenministerium der DDR ist beauftragt, die Anträge zu prüfen.

Wir sind von den Verhältnissen in der BRD enttäuscht / Ich möchte in die DDR zurück, weil ich mich in der BRD als Fremder in einer fremden Welt fühle / Ich bin enttäuscht über die soziale Unsicherheit in der BRD und arbeitslos / Ich hatte falsche Vorstellungen vom Leben in der BRD / Ich möchte mit meiner Freundin zurück, um in sozialer Geborgenheit zu leben / Ich komme mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD nicht zurecht / Ich konnte in der BRD keinen Anschluß an andere Personen finden / Ich kann mich mit den realen Arbeits- und Lebensbedingungen

in der BRD nicht abfinden / Wir sind seit längerer Zeit arbeitslos und möchten in unsere Heimat, die DDR, zurück / Wir möchten in die DDR zurück, weil wir für uns und unsere Kinder in der BRD keine Zukunftsaussichten sehen / Wir möchten zurück auf Grund der wachsenden Arbeitslosigkeit / Ich möchte mit meinen Kindern in eine vertraute Heimat zurück / Ich komme mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht zurecht und sehe nur im Sozialismus eine Chance / Wir wollen wieder in die DDR, weil wir selbst erfahren haben, welcher Staat der bessere ist

Richter, Angelika (28)
Facharbeiter für Schreibtechnik
1 Kind (6)
5000 Köln

Sie bereut, daß sie die DDR verlassen hat. Sie ist allein und auf sich gestellt, ohne Freunde in der BRD und möchte zu ihren Eltern in die DDR zurück. Sie will ihrem Kind die Zukunft sichern.

Rudert, Rolf (51)
Angestellter
Rudert, Helga (52)
Hausfrau
3 Kinder (17, 12, 2)

Hausfrau
3 Kinder (17, 12, 2)
5400 Koblenz/Rheinland-Pfalz

Sie möchten in die DDR zurück, weil sie nur dort in Sicherheit und Geborgenheit leben können.

Samtleben, Elke (33)
Krankenschwester
1 Berlin (West)

Sie ist arbeitslos und hat Existenzangst. Enttäuscht von den tatsächlichen sozialen Verhältnissen, möchte sie in die DDR zurück.

Schaks, Helmut (52)
Werkzeugschlosser
6000 Frankfurt (Main)

Er möchte unbedingt in die DDR zurück, weil er über die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und beruflichen Möglichkeiten in der BRD enttäuscht ist. Er bereut, daß er dem BRD-Fernsehen „auf den Leim“ gegangen ist.

Scheubert, Bernd (40)
Grafiker
1000 Berlin (West)

Er will zurück, um in der DDR

> Im Frühjahr 1984 gestatteten Partei- und Staatsführung über 21.000 Antragstellern die Ausreise in den Westen. Aber diese als Befreiungsschlag gedachte Aktion löste das Problem nicht: Die Zahl der Antragsteller nahm erneut zu. Um Ausreisewillige abzuschrecken, veröffentlichte das »Neue Deutschland« einen ganzseitigen Artikel mit erfundenen Fakten und Geschichten. 6.3.1985 Neues Deutschland

wurden. Die dort tätigen Mitarbeiter waren von den MfS-Kreisdienststellen gemeinsam mit den Kreisleitungen der SED zu überprüfen und mussten gemäß Befehl 6/77 von Minister Mielke in der Lage sein, »auf der Grundlage eines konsequenten Klassenstandpunktes den Personen, die rechtswidrige Versuche zur Erreichung der Übersiedlung unternahmen, taktisch richtig und differenziert entgegenzutreten [...]«.74 Die Zurückweisungen seitens der staatlichen Organe provozierten bei den Bürgern häufig hartnäckigen Widerstand.

Das MfS verfügte 1975 über 59 514 hauptamtliche Mitarbeiter.

Dennoch gelang es dem MfS trotz verhängter Berufsverbote, Ordnungsverfahren und Inhaftierungen nicht, die Antragsflut einzudämmen. Die Rückverbindungen der Ausgesiedelten zu Freunden und Verwandten in

der DDR galten beim MfS als Auslöser für immer neue Anträge auf Ausreise, aber auch die Berichterstattung in den westlichen Medien. Wenn es dem MfS als strategisch angebracht erschien, wurde durchaus eine völlig entgegengesetzte Haltung an den Tag gelegt. Bei besonders renitenten Antragstellern zielte die Taktik der Staatssicherheit in den 1980er-Jahren mitunter auf Abschiebung oder Ausbürgerung. Dieser Methode bediente sich das MfS auch bei subtil herbeigeführter Auflösung nicht genehmer Personenkreise im Rahmen der »Zersetzung«.

Das MfS bekam das Problem der Ausreiseantragsteller nicht mehr in den Griff. Im Bezirk Halle stellten 1988 rund 7 500, im Bezirk Magdeburg 3 500 Menschen Anträge.⁷⁵ Die Zahlen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1989 übertrafen nochmals die des Vorjahres. SED und MfS vermochten den schleichenden Kollaps ihres Staates schließlich nicht mehr aufzuhalten.

PBo

1976 Hauptbahnhof Halle/S. – Unterschriften für den Liedermacher Wolf Biermann

Am Abend des 16. November 1976 meldete die »Aktuelle Kamera«, die wichtigste Nachrichtensendung der DDR, Wolf Biermann sei »das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen« worden. Der freischaffende Autor und Liedermacher (Jg. 1936) war ein überzeugter Kommunist, der die Missstände in der DDR scharf kritisierte, aber an eine Reformierbarkeit des bestehenden sozialistischen Systems in der DDR glaubte. Im November 1976 begab er sich auf eine Konzertreise nach Köln. Mit der Begründung, dass er seine Treuepflicht gegenüber dem Staat bewusst und wiederholt verletzt habe, verwehrte ihm die SED die Rückreise.⁷⁶

Schon Jahre zuvor galt Biermann für SED und MfS als Oppositioneller, der mundtot gemacht werden sollte. Bereits 1965 hatte der Liedermacher ein totales Berufsverbot erhalten. Jahrelang unterlag er einer überaus intensiven Überwachung durch die Staatssicherheit, die das Leben des Liedermachers rund um die Uhr dokumentierte. Im Zentralen Operativen Vorgang mit dem Decknamen »Lyriker« traf sie Maßnahmen der sogenannten »Zersetzung«, die von Rufschädigung und Schikanen bis hin zum Versuch, persönliche Beziehungen zu zerstören, reichten und zu seiner beinahe kompletten Isolierung führten. Ziel war es, ihn nicht nur mundtot zu machen, sondern ihn auch psychisch zu zermürben.⁷⁷

Die Konzertreise nach Köln war für Staat und Stasi eine willkommene Gelegenheit, den unliebsamen Liedermacher loszuwerden, wie es schon seit Anfang der 1970er-Jahre geplant gewesen war. Die Meldung über die Ausbürgerung Biermanns löste eine Welle von Reaktionen in intellektuellen Kreisen aus. Schon am Tag danach veröffentlichten zwölf Schriftsteller, unter ihnen weltbekannte Künstler wie Christa Wolf, eine Protesterklärung: »Den Beschluss über die Ausbürgerung Biermanns haben wir mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis genommen. [...] Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.«⁷⁸ Insgesamt 106 Künstler, auch solche, die als systemkonform galten, unterschrieben.

Dieser Protest kam für Parteiregierung und Staatssicherheit überraschend und löste Nervosität und Verunsicherung aus. Die SED reagierte mit Propaganda gegen Biermann und die Unterzeichner und initiierte öffentliche Stellungnahmen von Befürwortern der Ausbürgerung. Druck auf Unterzeichner wurde ausgeübt, mit Parteiausschlüssen wurde sanktioniert. Das Ministerium für Staatssicherheit war ebenfalls alarmiert: Am 20. November ließ Erich Mielke zwei Listen anfertigen. Die »Liste A« führte Personen auf, die im Zusammenhang mit der Ausbürgerung Biermanns in Erscheinung getreten waren. In der »Liste B« wurden die Personen erfasst, die »operativ als aktive Verbindungen« des Liedermachers bekannt waren. Das MfS intensivierte seine Überwachung von bereits »bearbeiteten« Schriftstellern und legte eine Reihe von operativen Vorgängen gegen Schriftsteller wie zum Beispiel Franz Fühmann neu an. Noch im gleichen Monat wurden die Musiker der Leipziger »Renft-Combo« Gerulf Pannach und Christian Kunert sowie der Schriftsteller Jürgen Fuchs verhaftet und Ende August 1977 nach West-Berlin abgeschoben. Publikations- und Auftrittsverbote sowie Drangsalierungen führten dazu, dass zahlreiche Künstler ab 1977 in die Bundesrepublik ausreisten.⁷⁹

Der Protest um die Ausbürgerung Biermanns war nicht auf intellektuelle Kreise begrenzt. 1976 war Wolf Biermann, nach elf Jahren Berufsverbot, den meisten DDR-Bürgern nicht oder nicht mehr bekannt. Erst die Meldung über die Ausbürgerung und die ARD-Ausstrahlung seines Konzertes am 19. November – an dem Abend saßen Millionen Menschen vor dem Fernseher – löste einen Schneeballeffekt besonders bei der jüngeren Generation aus.⁸⁰

Am 15. Dezember 1976 hielt die Staatssicherheit in einer landesweiten Statistik die einzelnen spontanen Protestaktionen der vergangenen Wochen fest. Sie ermittelte insgesamt 457 Vorkommnisse, von denen sie ein Viertel aufklären konnte.⁸¹ Am 22. Dezember 1976 forderte Mielke in einem Schreiben an alle Dienststellen, dass »durch politisch-operative Maßnahmen die Herausbildung feindlich-negativer Gruppen und Gruppierungen zu zersetzen und zu zerschlagen« sei.⁸² Das bedeutete für die Stasi: Ermitteln, verhaften und inhaftieren und möglichst viele inoffizielle Mitarbeiter (IM) mobilisieren, die über Äußerungen von Biermann-Sympathisanten berichten und Hinweise

BStU
000074

- 64 -

Der Gesamtanfall feindlich-negativer Vorkommnisse für den genannten Zeitraum gliedert sich wie folgt auf:

	Vorkommnisse	(u.a. Hetzlo- sungen)	Hetz- blätter)	geklärte Vorkommnisse
Berlin	228	78	847	34
Leipzig	44	26	44	3
Halle	33	14	78	10
Potsdam	32	9	13	16
Frankfurt/Oder	19	4	15	6
Gera	19	9	5	9
Magdeburg	13	2	56	1
Suhl	13	4	24	5
Karl-Marx-Stadt	12	14	-	1
Neubrandenburg	11	13	-	7
Dresden	9	3	2	1
Schwerin	8	-	4	7
Cottbus	7	1	7	1
Erfurt	5	2	1	2
Rostock	4	1	-	1
DDR insgesamt	457	180	1.096	104

> Die Staatssicherheit registrierte landesweit Protestaktionen nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann. 1976
BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5525, Bl. 74

BStU
000106

Protestresolution

Wir, die Unterschriftsethener, erklären uns nicht mit dem Einreiseverbot Wolf Biermanns einverstanden. Wolf Biermann hat zwar die DDR auf ihre Bedürfnisse kritisiert, aber ist er deshalb ein Klassengegner des Sozialismus? Diese Frage sollten sich einige Herren einmal überlegen. Wir fordern sofortige Einreise von Wolf Biermann.

Dietmar Webel

[List of 66 names, mostly redacted with black bars]

> 66 Personen unterschrieben die Protestresolution des 17-jährigen Hallensers Dietmar Webel. 1976
BStU, MfS, BV Halle, AU 1211/79, Bd. 2, Bl. 106



> Losung, die in der Nacht vom 22./23. November 1976 im Torbogen des Passendorfer Weges unweit der MfS-Kreisdienststelle Halle angebracht wurde: Der 25-jährige Verfasser wurde ermittelt und saß fünf Wochen in Haft. BStU, MfS, BV Halle, AOP 2482/77, Bl. 52

zum Aufspüren der Verfasser von Protesten liefern konnten.

Auch der 17-jährige Dietmar Webel (1958–2014) aus Halle wollte nach der Ausstrahlung des Konzerts gegen die Ausbürgerung des Liedermachers ein Zeichen setzen. Während seiner darauf folgenden Nachtschicht im Chemiewerk Buna, wo er als Lehrling arbeitete, verfasste Webel eine Protestresolution. Diese wollte er an die DDR-Regierung senden. Am Abend des 22. November begann Webel mit der Sammlung von Unterschriften in einer Gaststätte in Halle-Neustadt und am Hauptbahnhof. Er ahnte nicht, dass einer von den Jugendlichen, die er ansprach, IM der Staatssicherheit war.⁸³ Innerhalb von drei Tagen sammelte er 66 Unterschriften, zumeist von Jugendlichen zwischen 17 und 19 Jahren.⁸⁴ Am 25. November setzte das Ministerium für Staatssicherheit dieser Aktion ein Ende. Dietmar Webel wurde nach § 220 wegen »öffentlicher Herabwürdigung« verhaftet und inhaftiert, die Wohnung seiner Eltern durchsucht und die Protestresolution beschlagnahmt. Zu den Unterzeichnern wurden Ermittlungen geführt, einige von ihnen vernommen.

Während der Verhöre, die teilweise stundenlang geführt wurden, blieb Webel standhaft und beharrte auf seiner Position. Er verbrachte seinen 18. Geburtstag in Haft und saß in der Untersuchungshaftanstalt »Roter Ochse« bis zu seinem Prozess am 18. Februar 1977. Zwei Jahre Bewährung unter Androhung von einem Jahr Freiheitsstrafe mit einer Arbeitsplatzbindung

lautete das Urteil.⁸⁵ Somit wurde ihm ein Arbeitsplatz zugewiesen und ein Arbeitsplatzwechsel war verboten.

Noch während seiner Haft versuchte das MfS, Webel als IM anzuwerben. Nach seiner Entlassung sollte er Informationen über kirchliche Kreise liefern. Der Druck war so hoch, dass er versuchte, sich das Leben zu nehmen. Nach seiner Genesung lehnte er eine weitere Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit konsequent ab.⁸⁶

Das MfS verfügte 1976 über 62 868 hauptamtliche Mitarbeiter.

Ab Anfang der 1980er-Jahre arbeitete Webel als Katechet im Saalkreis. Im Herbst 1989 engagierte er sich im Neuen Forum und war Mitglied des Runden Tisches. Er nahm an der Auflösung der Staatssicherheit in Halle teil.

ECa

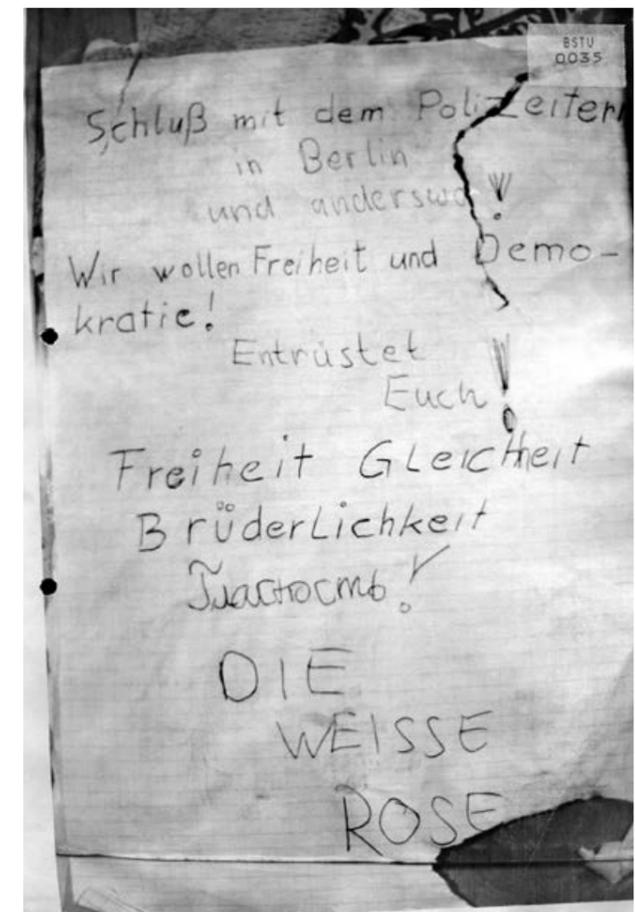
1985 Glasnost, Sputnik und Tapetenwechsel – Stasi-Aktion »Rosa« in Naumburg

Am 3. Dezember 1987 meldete IM »Franz Müller« (Jg. 1965)⁸⁷ der MfS-Kreisdienststelle Naumburg Hetzlosungen an einer Litfaßsäule. Der inoffizielle Mitarbeiter war am Vorabend bei einem Treffen der Jungen Gemeinde in der Privatwohnung eines Assistenten des Katechetischen Oberseminars Naumburg auf das angeklebte Plakat in der Größe einer Schreibblockseite aufmerksam geworden. Theologiestudent Markus Heckert (Jg. 1966) habe berichtet, so »Franz Müller«, dass er eine Losung an der Litfaßsäule am Lindenring gesehen habe. Er konnte den Inhalt sogar wörtlich wiedergeben.⁸⁸ Alle Anwesenden beschlossen daraufhin, sich sofort die Losung anzusehen. Mitten auf dem Plakat stand das Wort »Glasnost« in kyrillischen Druckbuchstaben. Die Verfasser der Losung nannten sich »Die Weiße Rose«, doch konnte der IM nicht in Erfahrung bringen, wer sich dahinter verbarg. Auch IM »P. Moos« trug später nur mäßig zur Aufklärung dieser Frage bei. In der Moritzgemeinde Naumburg gäbe es eine Gruppe Jugendlicher und Jungerwachsener, die sich mit den Geschwistern Scholl und ihrem Widerstand gegen das NS-Regime beschäftigt und bereits im Februar mit einer Kerze im OdF-Park der ermordeten Widerstandskämpfer gedacht habe.⁸⁹

Ein erster Maßnahmenplan der Stasi sah massiven IM-Einsatz in verdächtigen Kreisen vor, in denen vornehmlich Jugendliche und junge Erwachsene verkehrten, darunter die Junge Gemeinde, das Katechetische Oberseminar und Proseminar und Skinheads. Stasi-Major Bach, Leiter der KD Naumburg (S. 165), machte intern Druck: Den aktuellen Bearbeitungsstand sollten seine Mitarbeiter jeden Morgen mitteilen. Von 16 Personen, fast alle Studenten am Katechetischen Oberseminar, sollten Schriftproben für Vergleichszwecke beschafft werden.

Am 22. Januar 1988 erfuhr die KD Naumburg von IM »Franz Müller«, dass Markus Heckert in der kommenden Nacht erneut Flugblätter verteilen werde, nachdem einige Tage zuvor eine Flugblattaktion erfolgreich verlaufen war. Der IM wusste genau über die Produktion

der Flugblätter zu berichten, die Tarnung der häuslichen Druckabläufe nach außen als Kartenspiel, das Verstecken des Papiers, die Vermeidung aller Spuren durch Gummihandschuhe sowie Verbrennen aller Herstellungsmittel in einem Ofen. Umgehend erstellte Major Eckard Bach (Jg. 1952) einen Maßnahmenplan zur Aktion »Rosa« und band im Rahmen des »politisch-operativen Zusammenwirkens« (POZW) die Polizei ein. Sein Ziel war es nun, die Täter auf frischer Tat zu ertappen. Er ordnete Beobachtungspersonal für acht stationäre Stützpunkte sowie eine mobile Beobachtung an und eine Verhaftungsgruppe aus Schutzpolizei und ihren Freiwilligen Helfern. Zwei hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter mit Funk und Pkw sollten als Reserve eingesetzt werden – ein bemerkenswerter Personalaufwand.



> »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, гласность [Glasnost]!« Protestplakat an einer Litfaßsäule in Naumburg, Dezember 1987 BStU, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 275, Bl. 35

In der Nacht zum 23. Januar 1988 stellten Markus Heckert, die EOS-Schülerin Anja Treichel (Jg. 1970) aus Naumburg, der Elektromonteurlerning Günter Mann (Jg. 1970) und IM »Franz Müller« 100 Flugblätter mit dem Text »Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für alle« her.⁹⁰ Nach Mitternacht verließen sie die Wohnung von Markus Heckert und warfen Flugblätter wahllos in Briefkästen. Als sie bemerkten, dass sie von einem weißen Pkw Lada verfolgt wurden, brachen sie ihre Aktion sofort ab und eilten in verschiedene Richtungen auseinander. Später trafen sie sich in einer Baracke der Evangelischen Studentengemeinde und versteckten die restlichen Flugblätter. Am nächsten Vormittag verbrannten sie alle Spuren in einem Ofen. In einer Analyse ihrer Vorgehensweise stellte die Stasi später fest, es sei praktisch unmöglich, »in der Nachtzeit nach 23.00 Uhr eine laufende Beobachtung durchzuführen, da zu dieser Zeit kaum Passantenverkehr herrscht«.⁹¹

Indes bestätigte sich der Verdacht gegen Markus Heckert durch eine belastende Aussage von IM »Franz Müller«. Bei der nächtlichen Herstellung von Flugblättern in seiner Wohnung vertraute der Theologiestudent seinem vermeintlichen Mitstreiter an, er habe gemeinsam mit der Schülerin Anja Treichel das Plakat an der Naumburger Litfaßsäule gefertigt. Allerdings war der Bericht von IM »Franz Müller« nicht gerichtswertbar und andere Beweise fehlten noch immer. Kreisdienststellen-Leiter Major Bach fasste das ernüchternde Ergebnis intern zusammen: »Das gegenwärtig vorhandene Schriftenvergleichsmaterial von Heckert und der Treichel reicht für ein Gutachten noch nicht aus.«⁹²

Epilog
Markus Heckert, heute Notfallseelsorger, erinnert sich.

Pfarrer Heckert, wie kamen Sie auf die Bezeichnung »Weiße Rose«?

Die »Weiße Rose« war schon ein Vorbild. Ich hatte als Student ein Buch darüber gelesen und damals in der Jungen Gemeinde darüber einen Abend gehalten. Das Motto war: »Wir schweigen nicht«.

Das Wort »Glasnost« schrieben Sie kyrillisch auf das Plakat – warum?

Die kyrillische Schrift – da hofften wir auch, dass sowjetische Bürger darauf aufmerksam werden. Die Stadt war ja voller Russen, aber es gab keine Kontakte. Und Gorbatschow war schon ein Hoffnungsträger. 1988 wären wir froh gewesen, wenigstens so weit zu kommen wie Gorbatschow. Insofern war er unser Idol für den ersten Schritt. Den Sozialismus ganz infrage stellen, habe ich mich nicht getraut. Geträumt ja, irgendwann in ferner Zukunft.

Fürchteten Sie Konsequenzen, als Sie Flugblätter herstellen und verbreiteten?

Zum Glück waren wir vorsichtig genug, sodass es nicht ganz schiefging. Aber wir waren uns damals bewusst, dass es Haft bedeutet, wenn wir erwischt werden und bereit dazu. Es sollte endlich auch in Naumburg etwas passieren. Aber alles konspirativ!

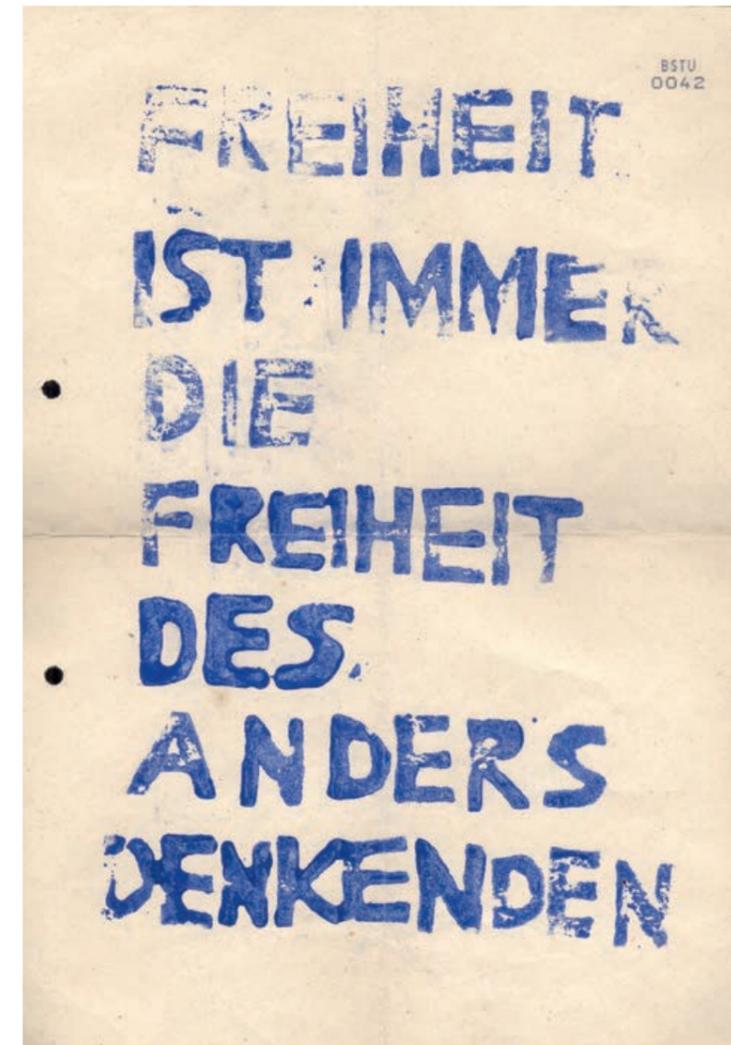
Ahnten Sie eine Unterwanderung Ihrer Gruppe durch die Stasi?

Dass einer von uns bei der Stasi war – Pech. Ich habe eigentlich alle geprüft und dachte, es müsste eher was passieren, wenn sie berichten. Besonders jenem IM »Franz Müller« habe ich nach meiner Erinnerung mehrfach etwas gesagt, um zu testen, ob es eine Reaktion durch Staatsorgane gibt, also quasi ein »Honigtöpfchen« herausgestellt. Hat nicht geklappt, die waren doch erfahrener. Nur genutzt hat es ihnen am Ende nichts.

Wie erlebten Sie den revolutionären Herbst 1989?

Insgesamt bin ich froh, dass alles friedlich abgelaufen ist. Am 4.12.1989 führte ich die Besetzung der Stasi-Kreisdienststelle Jena an. Später war ich mit Roland Jahn auch bei der Besetzung der Bezirksverwaltung Gera dabei. Der Stellvertreter Operativ, ein Oberst Seidel der Bezirksverwaltung Gera, hatte schon Recht, als er mich als notorischen Antikommunisten bezeichnete.⁹³

1985 wurde Michail Gorbatschow neuer Partei- und Staatschef der Sowjetunion, der alsbald große Veränderungen ankündigte. »Wir brauchen neue Formen der Mitarbeit der Bürger und müssen diejenigen reaktivieren, die zu Unrecht vergessen worden sind«, wird im

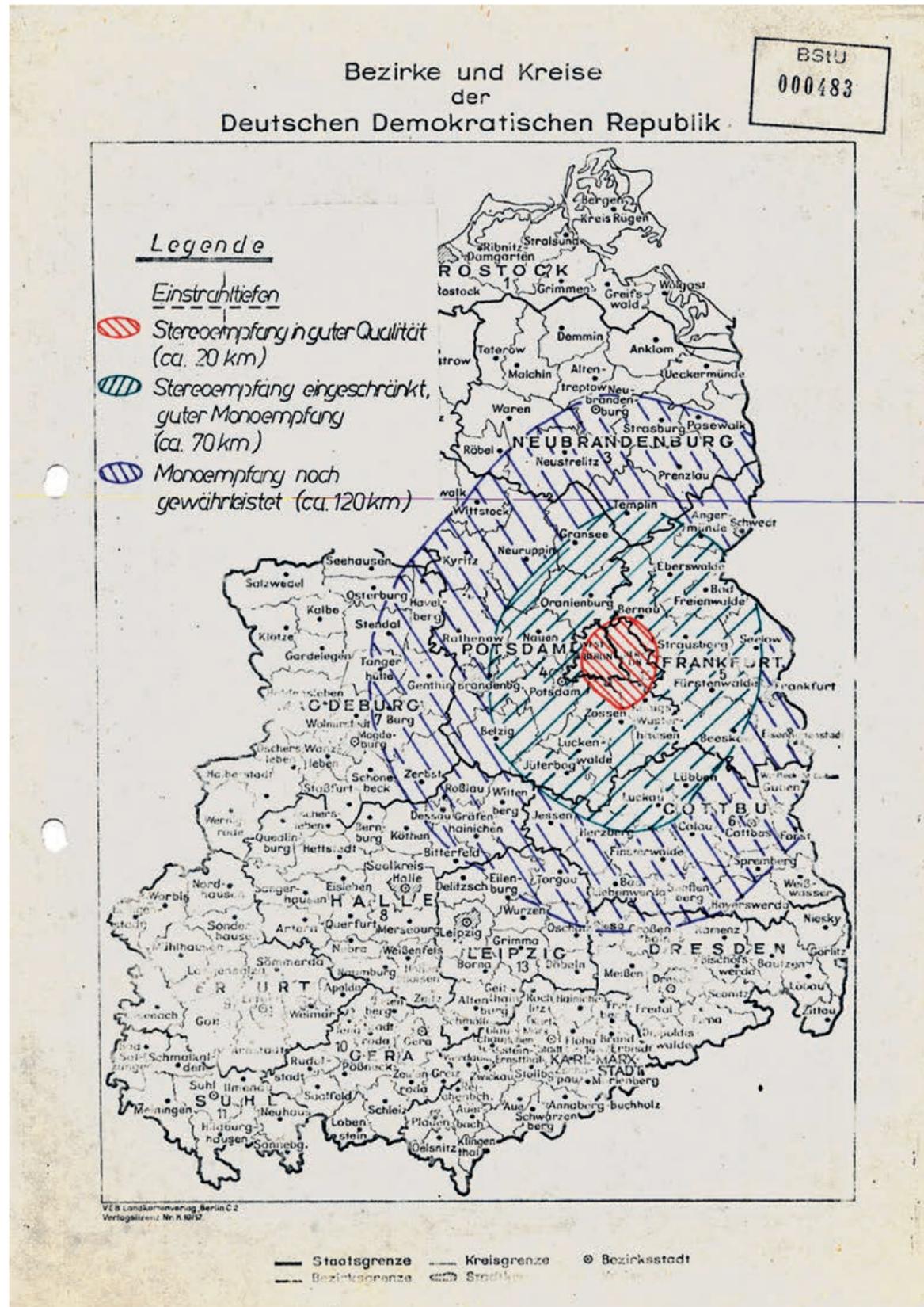


> Protest mit Zitat von Rosa Luxemburg. In der Nacht vom 18./19. Januar 1988 landete das Flugblatt im Briefkasten eines Genossen in der Naumburger Oststraße. Die Stasi registrierte weitere Einwüfe, darunter bei der Molkerei, Urania, Volkshochschule, beim Pädagogischen Kreiskabinett sowie beim Kreisvorstand der CDU. BStU, MfS BV Halle KD Naumburg, Nr. 275, Bl. 42

Februar 1987 Gorbatschow im »Neuen Deutschland« zitiert.⁹⁴ Als durch den KPdSU-Chef unter den Zeichen von »Glasnost« und »Perestroika« (»Offenheit« und »Umgestaltung«) eine neue Politik eingeleitet wurde, geriet die SED-Führung zunehmend unter innenpolitischen Druck. Sie behauptete, die neue Politik sei eine innere Angelegenheit der Sowjetunion und wollte nicht wahrhaben, dass deren Reformpolitik von den Bürgern der DDR und in anderen Staaten des Ostblocks intensiv verfolgt und als Chance begriffen wurde. In vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens glaubten die Bürger, dass das erstarrte System der DDR nunmehr reformierbar sei. Doch die Vertreter der SED hielten unverändert am alten Kurs fest. SED-Chefideologe Kurt Hager (1912–1998) erklärte mit zynischem Unterton: »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?«⁹⁵ Der »Tapetenwechsel«, glaubte er, bliebe auf den Nachbarn Sowjetunion begrenzt. SED und

Staatsicherheit spürten eine tiefe Angst, ein Überschwappen der sowjetischen Politik könne die DDR destabilisieren.

Viele DDR-Bürger bekamen die neue Abschottung gegenüber dem sowjetischen Kurs ganz unmittelbar zu spüren. In ihren Briefkästen landete seit November 1988 nicht mehr die sowjetische Zeitschrift »Sputnik«. Sie war aus dem Postzeitungsvertrieb der DDR herausgenommen worden, was einem Verbot gleichkam. Die Leser waren abgeschnitten von aktueller und kritischer Berichterstattung, etwa über die Rolle Stalins im Nichtangriffspakt mit Hitler und über stalinistische Verbrechen.⁹⁶ Zugleich sah die SED ihr sorgsam gehütetes Geschichtsbild, das bislang mehr vom Geist einer umjubelten Traditionspflege als von geschichtswissenschaftlicher Analyse bestimmt war, massiv gefährdet. Das Verbot des »Sputniks« sowie von fünf sowjetischen Filmen löste in der ganzen DDR eine Welle von Protesten aus – und beim MfS zahllose Ermittlungen.



> »Radio Glasnost – außer Kontrolle« hieß eine Sendung des West-Berliner Rundfunksenders »Radio 100«, die auch in Teile der Bezirke Halle und Magdeburg erreichte. Die Macher der Sendung, darunter die ehemaligen DDR-Bürger und Oppositionellen Jürgen Fuchs (1950–1999) und Roland Jahn (Jg. 1953), berichteten aus Politik und Gesellschaft der DDR. Aus Sicht der Stasi mussten insbesondere Kurier- und Verbindungswege aus der DDR herausgefunden werden, über die die Informationen zu »Radio Glasnost« in den Westen gelangten.

BStU, MfS, Sekr. Schwanitz, Nr. 464, Bl. 483

Auch in den DDR-Bezirken Halle und Magdeburg gab es eine Protestwelle. Die Stasi vermochte den Unwillen der Bürger bald nur noch schlaglichtartig zu registrieren. In Halle-Neustadt kündigte beispielsweise ein Mitarbeiter des Sprachintensivzentrums der Martin-Luther-Universität (Jg. 1945) seinen Parteiaustritt wegen des Nichterscheinens des »Sputnik« an; ein Bürger (Jg. 1942) beschwerte sich telefonisch bei der KD Halle (S. 164) wegen des Ausbleibens der Zeitschrift. Im Schaukasten von St. Viti in Merseburg war eine Eingabe an das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen öffentlich nachzulesen; ein Pfarrer, erfasst in der operativen Personenkontrolle (OPK) »Petri II«, machte in Eisleben ebenfalls einen Aushang im Schaukasten. Die beschuldigte Bürgerin im OV »Ratte« erklärte, »es sei schlimmer den »Sputnik« und Filme zu verbieten, als Ceausescu einen Orden zu verleihen«. In einem von der KD Halle abgefangenen Leserbrief an den »Sputnik« bittet der Beschuldigte in der OPK »Schreiber« um Mitteilung anderer Bezugsquellen für die Zeitschrift.⁹⁷

Das MfS verfügte 1985 über
84 263 hauptamtliche Mitarbeiter.

Gefahr für das SED-Regime drohte allerdings auch von westlichen Medien. Das ZDF strahlte 1987 den sowjetischen Film »Die Reue« aus, einen in der DDR verbotenen Film. Die fiktionale Geschichte des Films von 1984 ist eine Anspielung auf Hitler, Stalin und Stalins Staatssicherheitschef Lawrenti Berija. Der georgische Regisseur Tengis Abuladse mahnte damit an, historische Ereignisse nicht ideologisch zu rechtfertigen, es sollte stattdessen eine innere Umkehr zur Schuldkenntnis einsetzen. Der Film erinnerte in subtiler Weise an die verdrängte sowjetische Vergangenheit. Dr. Harald Wessel (Jg. 1930), stellvertretender Chefredakteur des »Neuen Deutschland« ging in die Offensive gegen den ausgestrahlten Film: »Diese »Reue« ist regelrechte Schwarzseherei und Schwarzmalerei. [...] »Abrechnung mit dem Stalinismus« – zu diesem unscharfen Stichwort liefert »Reue« nichts Neues. [...] Wir [kennen] neben den subjektiven wichtige objektive Bedingungen und Ursachen dieser Entwicklungen: Die zunehmende imperialistische Bedrohung des ersten



> Flugblatt, 1985
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Fo, Nr. 85, Bl. 1



> Vom MfS in Halle eingezogene Postkarte zum Sputnik-Verbot. Mai 1989
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 4762, Bl. 9

und damals einzigen sozialistischen Landes der Welt; die zugespitzten Infiltrations- und Destabilisationsversuche mächtiger und raffinierter imperialistischer Gegner; die Machtentfaltung des Faschismus in Deutschland und anderen Teilen Europas [...].⁹⁸ Der hoffnungsvolle Leser wurde ernüchtert. Im Osten Deutschlands war noch auf lange Sicht nicht mit einem »Tapetenwechsel« zu rechnen, wenn es nach Partei und Staatssicherheit gehen würde.

PBo



Der Apparat

> Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg, Wilfried Müller, spricht zu seinen Mitarbeitern. 1986
BStU, MfS, BV Magdeburg, WSE, Fo, Nr. 724 (Ausschnitt)

Halle und Magdeburg – die Bezirksverwaltungen

Im Jahre 1989 zählte das Ministerium für Staatssicherheit 15 Bezirksverwaltungen. Sie waren analog zur Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgebaut. Die Struktur der Bezirksverwaltungen folgte wie in Berlin dem sogenannten Linienprinzip.⁹⁹ Aufgaben wurden intern nach Abteilungen aufgeteilt und nach gleichen Prinzipien auf zentraler wie auf Bezirksebene bearbeitet. Die Überwachung von Kirche, Kunst und Kultur war beispielsweise bei der Hauptabteilung XX in Berlin und den Abteilungen XX in Halle und Magdeburg angesiedelt.¹⁰⁰ (S. 162) Einzelne Aufgaben blieben in den Händen der Zentrale in Berlin wie beispielsweise die Militärabwehr (Hauptabteilung I). In einigen Bezirksverwaltungen wurden spezielle Abteilungen eingerichtet, die es woanders nicht gab. Die Abteilung »Hafen« der BV Rostock und das selbstständige Referat »Messe« der BV Leipzig waren territorial bedingte Dienstleistungen der Staatssicherheit.

Halle: Gimritzer Damm

Die hallesche Staatssicherheit hatte zunächst ihren Hauptsitz am Robert-Franz-Ring. Der Ausbau des Apparates in den 1950er- und 1960er-Jahren und die kontinuierlich steigende Zahl an hauptamtlichen Mitarbeitern führten dazu, dass Anfang der 1970er-Jahre ein neuer Gebäudekomplex gebaut wurde. Ab 1971 nahm die Staatssicherheit ihren neuen Dienstsitz in Halle-Neustadt am Gimritzer Damm ein.¹⁰¹ Im direkten Umfeld wohnten die meisten der hauptamtlichen Mitarbeiter.

Von dort aus steuerte die Bezirksverwaltung 31 Abteilungen, 23 Kreisdienststellen und drei der landesweit sieben Objektdienststellen (OD) (S. 162). Die OD waren in unmittelbarer räumlicher Nähe der Chemiewerke Leuna, Buna und Bitterfeld ansässig und für deren Überwachung zuständig.¹⁰² Sie überwachten die Wirtschaftsbeziehungen der Werke, die Kontakte in die Bundesrepublik und ins westeuropäische Ausland. Die Werkstätigen und die ausländischen Arbeitskräfte wurden von der jeweiligen Objektdienststelle überprüft. Schließlich kontrollierten sie die Einhaltung von Geheimnisschutz in Bezug auf Forschung und Entwicklung oder ermittelten im Fall von Havarien und

Bränden. Hinter vielen Vorkommnissen vermuteten sie Sabotageakte oder Angriffe des »Feindes«.

Die Bezirksverwaltung Halle mit ihren Kreis- und Objektdienststellen zählte zuletzt über 3 000 hauptamtliche und 10 000 inoffizielle Mitarbeiter.¹⁰³

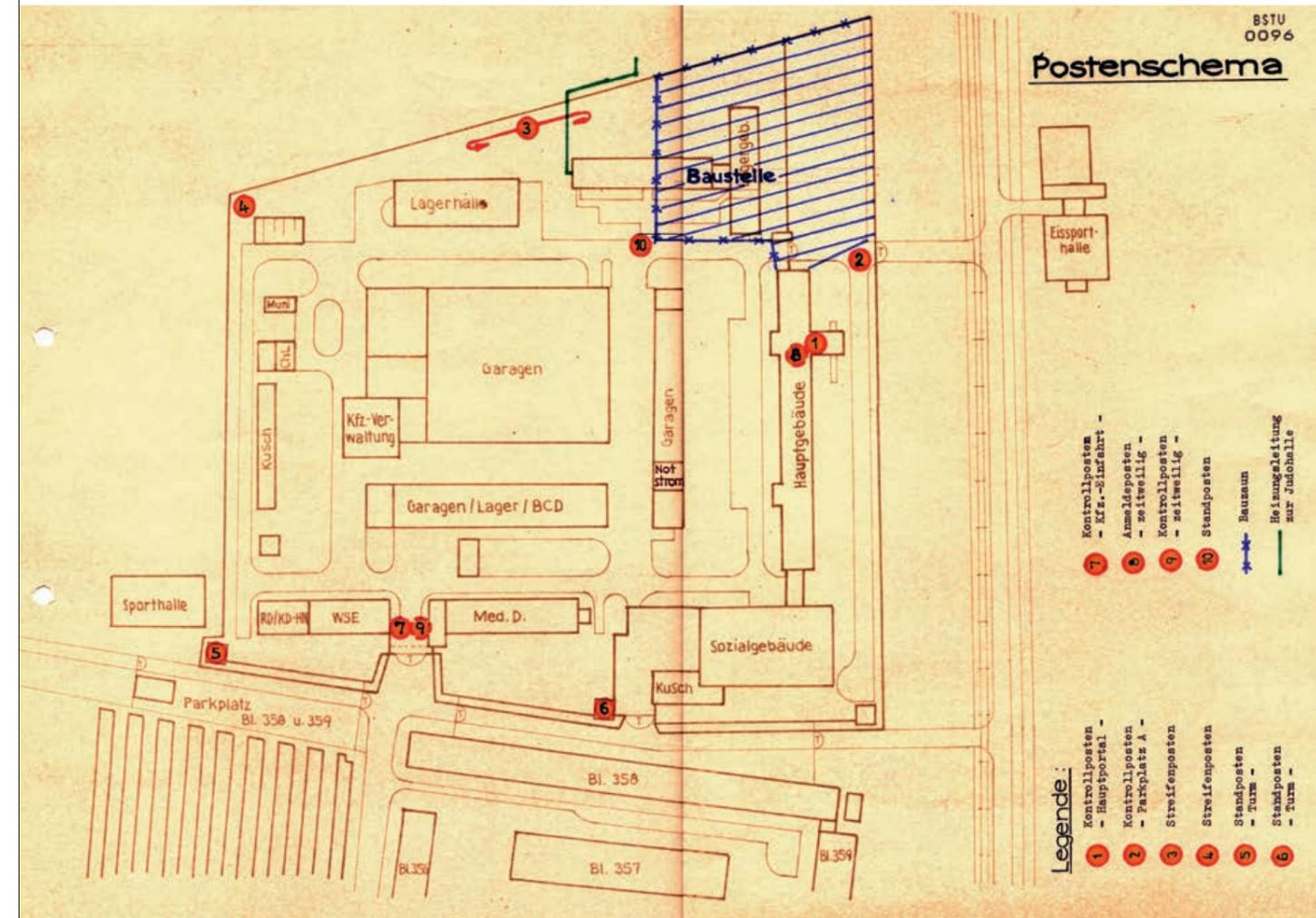
Magdeburg: Die »Kroate«

Wie in Halle befand sich die Bezirksverwaltung Magdeburg nach ihrer Gründung unweit der Innenstadt in der Walther-Rathenau-Straße. Anfang der 1970er-Jahre bezog sie einen neuen Gebäudekomplex im Stadtteil Sudenburg im Kroatenweg und wurde im Volksmund »Kroate« genannt.¹⁰⁴ In ihrer Zuständigkeit befanden sich 32 Abteilungen sowie 18 Kreisdienststellen (S. 163). In diesem Rahmen verfügte sie zuletzt über 3 500 hauptamtliche und 12 000 inoffizielle Mitarbeiter.¹⁰⁵

Mit einer Gesamtlänge von 343 Kilometern hatte der Bezirk Magdeburg einen der längsten Grenzabschnitte zur Bundesrepublik. Dies bedeutete für die dortige Staatssicherheit die Notwendigkeit stetiger Wachsamkeit. Jede Flucht und jede Fluchtabsicht galt es im Vorfeld zu erkennen und zu unterbinden. Vor allem die Grenzübergangsstelle an der Autobahn in Marienborn stand unter besonderer Beobachtung. Betriebe der Leicht- und Schwerindustrie sowie die Landwirtschaft waren ebenfalls Schwerpunkte in der Arbeit der Bezirksverwaltung.¹⁰⁶



> Bezirksverwaltung Halle. Vor 1990
BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 166, Bild 1



> Stets verteidigungsbereit: Gelände der Bezirksverwaltung Halle. Nach 1985
BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 118, Bl. 6

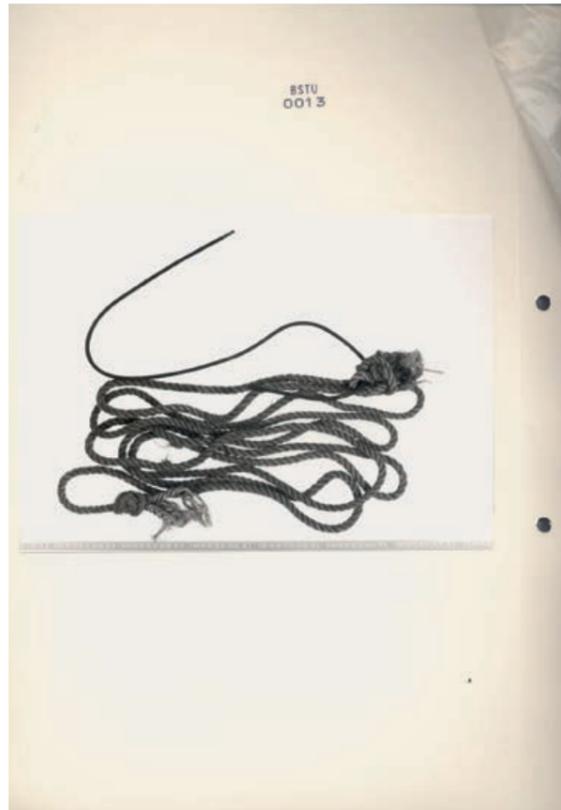
»Zutritt für Unbefugte verboten« – die Abschottung der Stasi-Zentralen

Die Gebäudekomplexe in Sudenburg und Halle-Neustadt waren wie Kleinstädte ausgestattet. Sie verfügten über Versorgungseinrichtungen wie Kaufhalle, Friseur, Sparkasse und Speisesaal. Sogar für die Autos von Mitarbeitern wurde mit Garagen, Werkstatt, Tankstelle und Waschanlage gesorgt. Die Mitarbeiter sollten während der Dienstzeit das Gelände nicht verlassen müssen. Die Staatssicherheit wollte so ihre hauptamtlichen Mitarbeiter von potenziell negativen Einflüssen der Außenwelt fernhalten.¹⁰⁷ Zentrales Anliegen aber war die lückenlose Wahrung der Konspiration gegenüber der Bevölkerung und den »Feinden«. Wo genau die Stasi saß, war jedem bekannt. Was sich jedoch hinter den hohen Zäunen und vergitterten Fenstern abspielte,

blieb hingegen verborgen. Durch Wachposten wurde jedes Betreten der Areale streng kontrolliert. Eine Zufahrtstraße zur Bezirksverwaltung Halle wurde sogar ab 1975 für den Autoverkehr gesperrt. Fotos und Videoaufnahmen der Gebäude waren tabu, ein Zutritt ohne Erlaubnis unmöglich.¹⁰⁸

Der Umgang mit Besuchern war genau geregelt. Handwerker führten ihre Reparaturarbeiten unter ständiger Aufsicht aus. Über jeden von ihnen legte die Stasi eine Karteikarte an. Auch über jeden Besuch von Bürgern fertigte der zuständige MfS-Mitarbeiter einen Aktenvermerk. Der Besucherraum lag so, dass er keinen Einblick in weitere Teile des Gebäudes erlaubte.

Die Gründe für ein »freiwilliges« Aufsuchen der Staatssicherheit waren vielfältig. Einige kamen, um über die



> 1983 versuchten Jugendliche, mithilfe eines Wurfhakens über eine Mauer der Bezirksverwaltung Magdeburg zu klettern. Juni 1983
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. II, Nr. 936, Bl. 13

Schwierigkeiten bei der Arbeits- oder Wohnungssuche zu klagen. Manche Bürger beschwerten sich, dass ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik verwehrt blieb. Zu- meist erklärten die Stasi-Mitarbeiter, dass das MfS für solche Klagen nicht zuständig sei. Wenn aber über den Besucher bereits eine Akte geführt wurde, wurde eine Information über die Beschwerde an die zuständige Dienst- einheit weitergegeben, die dann zum Teil die Überwachung verschärfte. Es gab aber auch solche Besucher, die Beschwerden über Kollegen oder Nachbarn zu Protokoll gaben, woraufhin die Stasi Überprüfungen einleitete.

Ein Bürger aus Halle-Neustadt erschien am 20. April 1989 in der Bezirksverwaltung, »im leicht angetrunkenen Zustand«, wie der Mitarbeiter der Staatssicherheit notierte. Er händigte der Stasi einen Brief aus, den er einige Tage zuvor bekommen hatte. Dabei handelte es sich um einen sogenannten Kettenbrief, in dem der Empfänger aufgefordert wird, 20 Kopien des Schreibens an Freunde und Familie weiterzugeben. Sollte er die Kette unterbrechen, drohe ihm Unglück. Der Bürger zeigte sich »äußerst empört« über den Brief und



> Der Vorfall löste bei der Staatssicherheit Alarm aus. Sie fotografierte den »Tatort« und untersuchte diesen auf Spuren, sogar mit Spürhunden. Die Ermittlungen blieben jedoch erfolglos.
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. II, Nr. 936, Bl. 9

vermutete, dass er ihn von einer ehemaligen Klassen- kameradin bekommen habe. Trotz des scheinbar unbedeutenden Anliegens sollte der Bürger am gleichen Tag einen weiteren Brief von der Frau für einen Schriften- vergleich vorbeibringen. Der Bürger erschien allerdings nicht nochmals.¹⁰⁹

Schließlich gab es auch sogenannte »Selbstbewerber«, die eine Mitarbeit beim MfS anstrebten. Sie meldeten sich bei der Bezirksverwaltung und gaben teilweise eine schriftliche Begründung für ihre Bewerbung ab. Erfolgsaussichten hatten sie nicht, Selbstanbieter waren nicht erwünscht. Die Verabredung lautete, dass »bei einer positiven Bearbeitung der Kontakt in ca. 3 bis 5 Wochen hergestellt wird«. Sollte dies nicht der Fall sein, musste der Bewerber sich als abgelehnt betrachten.¹¹⁰

ECa



> Militärische Verteidigung bei einem Angriff auf die Bezirksverwaltung Magdeburg-Sudenburg. 1988
BStU, MfS, BV Magdeburg, AGL, TK/284

Die Kreisdienststellen Halle, Eisleben und Stendal

Flächendeckend überzog das Ministerium für Staatssicherheit die Bezirke mit einem Netz von Kreisdienststellen, die den Bezirksverwaltungen in Halle bzw. Magdeburg unterstellt waren. Die Leiter der Kreisdienststellen wurden vom Minister direkt eingesetzt. Größe und innere Organisation der Kreisdienststellen waren abhängig beispielsweise von der wirtschaftlichen Struktur oder von dem Umstand, ob es sich um einen Grenzkreis handelte. In der Regel gab es ein Referat für Auswertung und Information, gelegentlich Referate mit Zuständigkeiten für Spionageabwehr, Volkswirtschaft, Territorialsicherung und Sicherheitsüberprüfungen. Die Kreisdienststellen waren insbesondere für die Sicherheitsüberprüfung eines immer größeren Personenkreises zuständig, etwa für Bewohner im Grenzgebiet, Reisekader oder Leistungssportler. Dabei ging es um die Überprüfung einer loyalen Einstellung zur DDR.

Rund 60% aller operativen Vorgänge wurden von den Kreisdienststellen bearbeitet. Die Aufgaben der Kreisdienststellen konnten nur mit einem engen Netz von inoffiziellen Mitarbeitern bewältigt werden: Nahezu die Hälfte aller IM wurde in den Kreisdienststellen geführt.

PBo

Kreisdienststelle Halle

1989 kehrten ein leitender Arzt des Bezirkskrankenhauses Halle und seine Frau von einer Dienstreise in die Bundesrepublik nicht in die DDR zurück. Bereits zwischen 1980 und 1986 verdächtigte die KD Halle den Arzt der Vorbereitung eines ungesetzlichen Verlassens der DDR und nahm ihn in einem operativen Vorgang (OV) unter Kontrolle. Der Verdacht bestätigte sich nicht und die Stasi stellte 1986 die »Bearbeitung« ein.¹¹¹ Bei früheren Reisekaderanträgen des Arztes hatte die Stasi jeweils interveniert und die Reisen verhindert, bis er in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre dann doch die Genehmigung erhielt.

Weil die Eheleute in der Bundesrepublik geblieben waren, trat die Stasi erneut auf den Plan. Die KD Halle

leitete eine OPK »Janus« mit dem Ziel ein, den Arzt »für die DDR zurückzugewinnen«.¹¹² Darüber hinaus sollte die OPK die Gründe für die Republikflucht und etwaige vorbereitende Maßnahmen des Ehepaars aufklären. Schnell gelangten die hauptamtlichen Mitarbeiter an Informationen über die Motive. Der Arzt gab in einem Telefonat mit dem Ärztlichen Direktor des Bezirkskrankenhauses unter anderem »Mangelerscheinungen wie fehlende Medizintechnik« und »fachliche Stagnation in der Arbeit« als Gründe an.¹¹³ Um ihr Ziel zu erreichen, bediente sich die KD Halle der Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Organen: Die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle gab Auskunft über Kontobewegungen; die Abteilung »Lohn und Gehalt« des Bezirkskrankenhauses Halle informierte über die Höhe der letzten Gehälter; die Abteilung »Liegenschaftsdienst« des Rates des Bezirkes Halle über die Eigentumsverhältnisse und ermittelte die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer des verlassenen Eigenheims; das Volkspolizeikreisamt Halle ermittelte den Halter des zurückgelassenen Pkw. Ein Brief, mit dem sich der flüchtige Arzt an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle mit der Bitte wandte, die Einrichtung seines Hauses zu erhalten, wurde der Stasi übergeben. Ebenso der Brief des Ärztlichen Direktors des Bezirkskrankenhauses Halle an den Oberbürgermeister mit der Bitte, das Haus des Paares dem Nachfolger auf der Stelle des flüchtigen Arztes zur Verfügung zu stellen.

Unterdessen hatte die Flucht des Arztes für einen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS unliebsame Nachwirkungen: Der stellvertretende Leiter des Referates »Gesellschaftliche Bereiche« (Referat GB) der KD Halle, Major Dieter Laue, war zuständig für die Absicherung des Bereiches Medizin bzw. Gesundheitswesen.¹¹⁴ Laue unterhielt in diesem Zusammenhang seit 1987 offizielle Kontakte zum Arzt, zu denen dieser wiederum aufgrund seiner leitenden Funktion im Bezirkskrankenhaus sowie seiner inzwischen erlangten Stellung als Reisekader verpflichtet war. Inhaltlich ging es bei diesen Kontakten insbesondere um Baumaßnahmen in der Klinik und neue Medizintechnik. In einem Bericht über diese Kontakte hielt der Stasi-Mitarbeiter nach der Flucht etwas hilflos fest: »Im Rahmen der Kontakte gab es keine Hinweise auf einen ungesetzlichen Grenzübertritt.«¹¹⁵ Da sich der Arzt bei den Begegnungen kooperativ gezeigt hatte, kamen Laue vor der Ausreise offenbar keine Zweifel. Das war durchaus kein Einzelfall. Immer wieder versuchten Bürger mit



> Aufruf zum Wahlboykott: Fotografische Beweissicherung durch die Kriminalpolizei. Nachdem am 7. April 1989 an 59 Stellen im Stadtgebiet gedruckte Zettel, hier auf dem Briefkasten, festgestellt werden, ermittelt die KD Halle. BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Nr. 199, Bl. 170

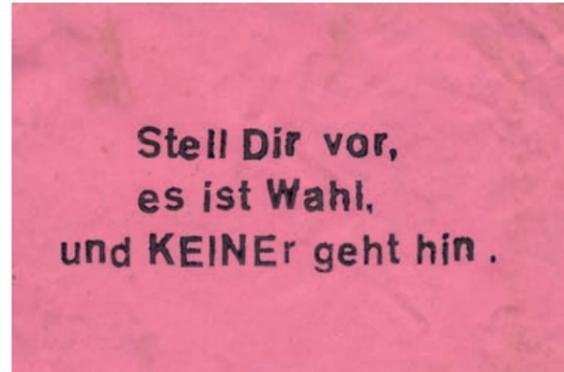
Fluchtabsichten, ihre potenziellen Beobachter mit strategischem Verhalten zu täuschen. Damit hatte zumindest für diesen hauptamtlichen Mitarbeiter der Deckname »Janus« durchaus tieferen Wahrheitsgehalt: Die eigentlichen Absichten des Arztes hatte er nicht erkannt. Wenige Wochen später schlug die bei »politischen Straftaten« für Ermittlungsverfahren zuständige Abteilung IX der BV Halle (S. 162) in ihrem Untersuchungsbericht die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die Eheleute vor, da sich diese »[...] nicht mehr auf dem Territorium der DDR aufhalten und somit abwesend sind [sic!].«¹¹⁶

Halle war 1989 mit 230 728 Einwohnern und einer Fläche von 126 km² die größte Stadt im Bezirk Halle.¹¹⁷ Die Bezirksstadt lag im Kern des industriellen Ballungsgebietes Halle, Bitterfeld, Merseburg und hatte als politisches, gesellschaftliches, wissenschaftliches und militärisches Führungszentrum sowie als Bildungs- und Kulturzentrum überregionale Bedeutung.

Besonderes Augenmerk seitens des MfS galt in den 1980er-Jahren der Schaffung einer »inoffiziellen Basis«

unter den Antragstellern auf Übersiedlung in die Bundesrepublik sowie der generellen Überwachung dieser Bürger in ihrem beruflichen und privaten Umfeld. Dazu entstand 1984 die nichtstrukturelle Arbeitsgruppe (NSAG) »Übersiedlungersuchen« in der Kreisdienststelle. Die KD Halle arbeitete mit über 400 IM, fünf hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern (HIM) und einem Offizier im besonderen Einsatz (OibE) zusammen.

Besonders in medizinischen Einrichtungen gab es sowohl unter Ärzten als auch unter dem mittleren medizinischen Personal viele Ausreisewillige. Es gab keine größere medizinische Einrichtung der Stadt Halle, in der die KD Halle mit nicht wenigstens einem IM präsent war, konfessionelle Krankenhäuser eingeschlossen. Ein wesentliches Aufgabenfeld der eingesetzten IM war es, jene Mediziner unter Kontrolle der Stasi zu halten, die Anträge auf Ausreise gestellt hatten. Nach einer Ausreise galt es insbesondere, »Rückverbindungen« zu verbliebenen Ärzten zu überwachen. Doch ohne die Abstimmung mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organen und Einrichtungen im Rahmen des sogenannten »politisch-operativen Zusammenwirkens«



> In Halle sichergestelltes Flugblatt: Nach Strafgesetzbuch war dies Wahlbehinderung. 7.4.1989
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 5760, Bl. 44



> Abgefangene Postkarte. Januar 1989
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 4762, Bl. 2

(POZW) wäre zumindest der Anspruch einer möglichst lückenlosen Kontrolle politisch unsicherer Personen kaum umsetzbar gewesen.

1973 wurde die KD Halle-Saalkreis (S. 164) in zwei Dienststellen getrennt, die KD Halle (S. 164) und die KD Saalkreis (S. 164).¹¹⁸ Mielke begründete die Umstrukturierung in seinem Befehl damit, dass »durch die politische, ökonomische, staatliche und kulturelle Entwicklung im Territorium des Stadt- und Landkreises Halle sowie von Halle-Neustadt [...] sich bedeutende Veränderungen ergeben haben«.¹¹⁹ Damit blieb die Begründung dieses Befehls zwar sehr allgemein, die Entscheidung selbst trug aber faktischen Gegebenheiten Rechnung: Die Einrichtung einer eigenständigen KD Halle-Neustadt (S. 164) war die logische Konsequenz aus dem Aufbau der Chemiarbeiterstadt seit 1964, der bereits 1967 zur Eigenständigkeit von Halle-Neustadt als kreisfreier Stadt führte. Die KD Halle-Neustadt ging aus einer gleichnamigen Operativgruppe¹²⁰ hervor und hatte ihren Sitz im Gebäude der ebenfalls in Halle-Neustadt neu errichteten Bezirksverwaltung (BV) des MfS Halle (S. 164). Für die Stasi war eine Trennung der entsprechenden KD insbesondere vor dem Hinter-

grund steigender Einwohnerzahlen im Raum Halle angezeigt.

Die KD Halle war mit rund 90 hauptamtlichen Mitarbeitern und sieben Referaten (im Jahr 1989) die größte Kreisdienststelle im Bezirk Halle. Nur hier existierten die Referate »Sicherung gesellschaftlicher Bereiche« und »Kadergewinnung«. Die Zuständigkeiten dieser beiden Referate entsprachen in etwa denen der Abteilung XX sowie der Abteilung »Kader und Schulung« (KuSch) auf Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen. Im Regelfall waren sie dieser Ebene und der Zentrale des MfS in Berlin vorbehalten. Die Einrichtung eines Referates »Sicherung gesellschaftlicher Bereiche« berücksichtigte die herausgehobene Rolle von Halle als Bezirkshauptstadt. Für die Schaffung des Referates »Kadergewinnung« in der KD Halle finden sich hingegen weder in den erschlossenen Akten noch andernorts Erklärungen.

CHa/ PHa



> »Mosambikanische Werktätige« während einer Begegnung Erich Honeckers mit dem Präsidenten der Volksrepublik Mosambik, Samora Machel (1933–1986), in Halle am 19. September 1980. Mosambikaner durften bis zu zehn Jahren in der DDR arbeiten. Allein im ersten Halbjahr 1988 nahmen im Bezirk Halle 775 Mosambikaner die Arbeit auf. Manche der Afrikaner wussten bei ihrer Einreise nicht einmal, in welchem Teil des geteilten Deutschlands sie sich befanden.
BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 8, Bild 37

Sechs vergebliche Jahre – die Kreisdienststelle Eisleben

Die »Abwehrarbeit unter aufhältigen Ausländern«¹²¹ im Kreis Eisleben war ein wichtiges Thema der Staatssicherheit, wie der »Einschätzung der politisch-operativen Lage« durch den Kreisdienststellenleiter Oberstleutnant Michaelis (Jg. 1941) vom Oktober 1988 zu entnehmen ist. Aufgrund des ständigen Arbeitskräftemangels hielten sich 1988 im Bezirk Halle 9 100 ausländische Vertragsarbeiter, darunter viele Frauen, mit zeitlich begrenzter Aufenthaltsgenehmigung auf. Dazu kamen 2 300 weitere Arbeiter im Rahmen von Aus- bzw. Weiterbildungen.¹²² Hier hatte das MfS ebenfalls sogenannte »inoffizielle Kräfte«¹²³ im Einsatz. Im Kreis Eisleben wurden im Volkseigenen Gut (VEG) Pflanzenproduktion »Walter Schneider« 45 Mosambikaner, im VEB Mansfeld Kombinat »Wilhelm Pieck« 19 Angolaner und im VEB Herrenkonfektion Helbra 130 Vietnamesen ausgebildet. Mit besonderem Misstrauen beobachtete das MfS »Intimkontakte und Verbindungen durch mosambikanische Arbeitskräfte zu weiblichen Personen« der DDR-Bevölkerung.¹²⁴

Aktenkundig wurden bei der Stasi unter anderem die Heiratspläne einer jungen Frau aus Eisleben, welche sich in ihrem Betrieb in einen Mosambikaner verliebt hatte. Zwei Anträge auf Eheschließung und Übersiedlung nach Mosambik, die das Paar bei der Abteilung Inneres stellte, wurden nicht bearbeitet, da noch Papiere aus dem Heimatland des Bräutigams fehlten. Nach dem Ende seiner Ausbildung reiste der junge Mann kurzzeitig nach Mosambik, musste aber vor Rebellen flüchten und gelangte in die Bundesrepublik. Da er von einem Mitarbeiter der mosambikanischen Botschaft die Warnung erhielt, er werde bei einer erneuten Einreise in die DDR sofort verhaftet und ausgeliefert, waren ihm eine Rückkehr und Heirat in der DDR nicht möglich. In seinen Briefen beschwor er die Geliebte, weiter um eine gemeinsame Zukunft zu kämpfen. Für den jungen Mann stellte sie Anträge auf Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, die nicht beantwortet wurden. So fasste sie den Entschluss zur Übersiedlung oder Flucht in die Bundesrepublik. Sie versteckte wichtige Gegenstände und Papiere vor einer möglichen Hausdurchsuchung. Weiterhin schrieb sie über Deckadressen viele Liebesbriefe auf Deutsch und Portugiesisch, welche die Stasi mit Übersetzern in beide Richtungen



> Erich Honecker mit dem Präsidenten der Volksrepublik Mosambik, Samora Machel, in Halle. 1980
BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 126, Bild 1

mitlas und einbehält. Eine Vertraute der jungen Frau plauderte an anderer Stelle aus, dass eine Flucht geplant sei, da eine legale Heirat nicht möglich sei. Die Gesprächspartnerin der Freundin war allerdings eine Kontaktperson der Stasi.

Oberstleutnant Michaelis und die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in Eisleben beschlossen umgehend die »Zersetzung« der Liebesbeziehung und die Verhinderung der Flucht beziehungsweise Übersiedlung. Bezeichnenderweise erhielt die zu diesem Zweck eingeleitete operative Personenkontrolle den Namen »Konstant«: Das Paar kämpfte bereits seit sechs Jahren vergeblich für eine gemeinsame Zukunft. Zunächst interessierte die Staatssicherheit, wer den Mosambikaner vor einer erneuten Einreise gewarnt hatte. Seine Kontakte zur mosambikanischen Botschaft wurden überprüft. Auf die hartnäckige Antragstellerin in Eisleben wurde eine Kontaktperson angesetzt, und ein Angestellter der Abteilung Inneres, IMS »Gerd Müller«, beeinflusste sie bei den Vorladungen. Sorgfältig plante die Stasi eine konspirative Wohnungsdurchsuchung, die Überwachung der Telefonkontakte und die »Zersetzung der Beziehung«.¹²⁵ Die OPK »Konstant« endete schließlich mit der Feststellung: »Durch die Einbehaltung der Originalbriefe seit Juli 1987 konnte die postalische Verbindung [...] zersetzt werden. Durch inoffizielle Einflussnahme während der Vorsprachen [...] beim Rat des Kreises Eisleben [...] wurde der Antrag auf ständige Ausreise aus der DDR am 20.12.88 zurückgenommen.«¹²⁶ Die Stasi hatte ihr Ziel erreicht.

Der Kreis Eisleben im Bezirk Halle hatte zuletzt 69 489 Einwohner.¹²⁷ Der Sitz der Kreisverwaltung wie auch die Kreisdienststelle der Staatssicherheit befanden sich in der Lutherstadt Eisleben. Die Kreisdienststelle gliederte sich, wie für Dienststellen dieser Größenordnung üblich, in vier Referate.¹²⁸

Ein Schwerpunkt für die Mitarbeiter der Kreisdienststelle war das VEB Mansfeld Kombinat »Wilhelm Pieck«. In den 20 Betrieben und Einrichtungen des Kombinats waren 48 000 Werk tätige beschäftigt, davon 18 000 im Stammbetrieb. Durch die territoriale Verteilung der 20 Betriebsteile waren mehrere Dienst-einheiten für die Überwachung der Produktion und die Absicherung der Export- und Importaufgaben verantwortlich.¹²⁹ Von besonderer strategischer Bedeutung im Mansfeld-Kombinat waren Förderung und Verhüttung von Kupfererzen.¹³⁰ Zu den Kernaufgaben der Kreis-dienststelle zählten die Überwachung und Sicherung der Forschung, des Geheimnisschutzes, von Export- und Importaufgaben und der Vorhaben der Landesver-teidigung.

Der »Jahresplan 1989 des Leiters der Kreisdienststelle Eisleben«¹³¹ ermahnte zur besonderen Wachsamkeit gegenüber Betrieben, deren Produkte in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) exportiert wurden. So gab es Probleme bei der Erfüllung der Exportpläne für Möbel aus dem VEB Möbelwerke »Südharz«, Betriebs-teil Eisleben. Zudem wurden Falschmeldungen zur Planerfüllung beim NSW-Export von Textilien durch den VEB Herrenkonfektion Helbra festgestellt. Eine

weitere Aufgabe war die Kontrolle des Exports von Rohmontanwachs, einem fossilen Wachs, das aus bitumenreicher Braunkohle im Werk »Gustav Sobottka« gewonnen wurde. Von Oberstleutnant Michaelis wurde die Werbung mehrerer NSW-Reisekader-IM im Bauleistungsexport des VEB Bau- und Montagekombinat Chemie angestrebt, welches für die Bauindustrie wichtig war, aber die Pläne nicht erfüllen konnte. Diese vier Betriebe bildeten den »Schwerpunktbereich« der KD. Die offensichtliche Umweltverschmutzung, etwa durch das Braunkohlewerk »Gustav Sobottka«, die Brikettfabrik in Stedten sowie durch die August-Bebel-Hütte Helbra, ließ sich kaum verschleiern. Das MfS sammelte hierzu Stimmungsberichte aus der Bevölkerung und versuchte, die katastrophalen Umweltdaten geheim zu halten. Von Interesse waren natürlich auch und insbesondere die Arbeit der Kirche, die Bereiche Kunst und Kultur, die »Sicherung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft«¹³², die allgemeine Versorgungslage, Übersiedlungswünsche und Fluchtversuche.

Im Oktober 1989 hatte die Kreisdienststelle (S. 164), in der ehemaligen Friemannschen Villa angesiedelt, 44 hauptamtliche Mitarbeiter, davon waren 18 IM-führend und ein OibE. Zusätzlich versorgten über 250 IM die Stasi in Eisleben mit Informationen. Diese wurden beispielsweise genutzt, um noch 1989 einen OV mit Haft abzuschließen und einen weiteren mit der Verhinderung der Ausreise. Im August 1989 führte die KD Eisleben 32 OPK und einen aktiven operativen Vorgang im Arbeitsplan.¹³³ Für den Jahresarbeitsplan 1990 hatte Oberstleutnant Michaelis die Werbung von weiteren 30 IM vorgegeben. Das Aufkommen an »operativ-be-deutsamen Informationen« sollte um 25 Prozent gesteigert werden.¹³⁴

MKr

Widerstand gegen Atomkraft – die Stasi-Kreisdienststelle Stendal und ein DDR-Großprojekt

Anfang der 1970er-Jahre unternahm die DDR im Kreis Stendal den Versuch, ein neues Kernkraftwerk (KKW) zu errichten. Seit Beginn der Standortsuche Ende der 1960er-Jahre zeigten sich die zentralen Entscheidungsgremien im Bezirk Magdeburg stark daran interessiert, den Atommeiler nicht in der Nähe der Bezirksstadt zu haben. Ganz offen begründete der Vorsitzende des

Rates des Bezirkes, Kurt Ranke (Jg. 1920), gegenüber dem MfS die Entscheidung für den Standort in der Altmark: »Da diese Reaktoren eine starke Ausstrahlungskraft [sic!] haben, ist dieses Gelände am besten dafür geeignet, weil hier eine äußerst niedrige Bevölkerungsdichte vorhanden ist.«¹³⁵ Mögliche Gefährdungen durch das Betreiben solcher Anlagen nahmen die staatlichen Stellen also von Anfang an billigend in Kauf.

In der Region Stendal nahm zu Beginn der 1980er-Jahre der Widerstand gegen das Bauvorhaben in der Bevölkerung Konturen an. Bis dahin hatte die Stasi-Kreisdienststelle (S. 168) »keine nennenswerten KKW-Diskussionen unter der Bevölkerung Stendals und Umgebung« feststellen können.¹³⁶ Für das Jahr 1982 vermeldete die MfS-Bezirksverwaltung in Magdeburg eine »beginnende Arbeit von Umwelt- und Basisgruppen im Bezirk«.¹³⁷ Ausgangspunkt hierfür war das Auftreten von Bürgerinitiativen auf der Tagung »Ökumenisch und ökologisch lernen – Basisgruppen und Kirche« im Juni 1982 in Lostau bei Burg. Um die sich dort engagierende Ärztin Erika Drees (1935–2009) gruppierte sich in den Folgejahren der regionale



> Anti-KKW-Demo: Organisatorin Erika Drees läuft als letzte Teilnehmerin hinterher, bevor sie verhaftet wird. 1.5.1988
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Stendal, Nr. 735, Bd. 11, Bl. 316 (oben links); Foto: Hartmut Hein



> Demonstration von Umweltaktivisten in Stendal. Ein Bekannter der Ärztin Erika Drees erstellte Fotos, die die Stasi anschließend einzog. 1.5.1988
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Stendal, Nr. 735, Bd. 11, Bl. 314 (oben); Foto: Hartmut Hein

Widerstand gegen das KKW. Noch 1985 wertete der Staatssicherheitsdienst dies zunächst nicht als Hinweis auf eine »Einflussnahme des Feindes in Richtung eines außerstaatlichen Umweltschutzes«. ¹³⁸

»Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.« (Lenin)

Nach der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl 1986 änderte sich dies. Im Oktober dieses Jahres forderte der Stendaler Friedenskreis, maßgeblich von Erika Drees inspiriert, in einer Eingabe an den Partei- und Staatschef Erich Honecker den Stopp des KKW-Bauvorhabens. Auf Bezirksebene bot sich dem Staatssicherheitsdienst in der Folge mit weiteren Initiativen, so der »Friedens-, Ökologie und 2/3-Weltgruppe Mieste«, dem Friedensarbeitskreis der Evangelischen Martinsgemeinde Magdeburg, dem Öko-Kreis des Kirchenkreises Leitzkau/Zerbst, dem Friedenskreis Wernigerode und der Öko-Gruppe der Magdeburger Domgemeinde ein anwachsendes und vielfältiges Bild von Umweltaktivisten, die sich der Kernkraftnutzung und anderen Umweltgefährdungen entgegenstellten. Alle Initiativen überwachte die Stasi intensiv mit dem Ziel, deren Aktionen zu unterbinden. Gegen die Mehrzahl der Aktivisten legte das MfS Überwachungsvorgänge an.

Auf Bezirksebene koordinierte der Magdeburger Staatssicherheitsdienst den zentralen operativen Vorgang »Widerstand« und seine Teilvorgänge. Den gegen den Stendaler Kreis gerichteten Teilvorgang »Neurologe« betrachtete das MfS in diesem Rahmen als den bedeutsamsten. 1987 erklärte der Leiter der KD Stendal, Oberst Walter Neumann (Jg. 1931), den Vorgang zur Chefsache. Immer wieder, so im April 1988 im Dom oder am 1. Mai des gleichen Jahres im Stadtgebiet von Stendal, versuchte die Gruppe um Erika Drees trotz Behinderung durch Stasi und Volkspolizei, die Öffentlichkeit mit ihren Forderungen zu erreichen. Im April 1989, drei Jahre nach dem GAU von Tschernobyl, organisierte der Arbeitskreis sogar selbst ein Treffen mehrerer Initiativen in Stendal. Auch mit massivem Einsatz geheimpolizeilicher Mittel und Methoden, darunter eine Vielzahl von inoffiziellen Mitarbeitern, gelang es der Stasi über die Jahre nicht, die couragierte Erika Drees von ihrem Vorhaben abzuhalten. Aus Sicht des Staatssicherheitsdienstes verkörperte sie mit ihren Aktionen den organisatorischen Kern der gesellschaftlichen Opposition im Bezirk Magdeburg neben ihrem Mitstreiter Hans-Jochen Tschiche (1929–2015), der als theoretischer Kopf des Widerstandes galt.

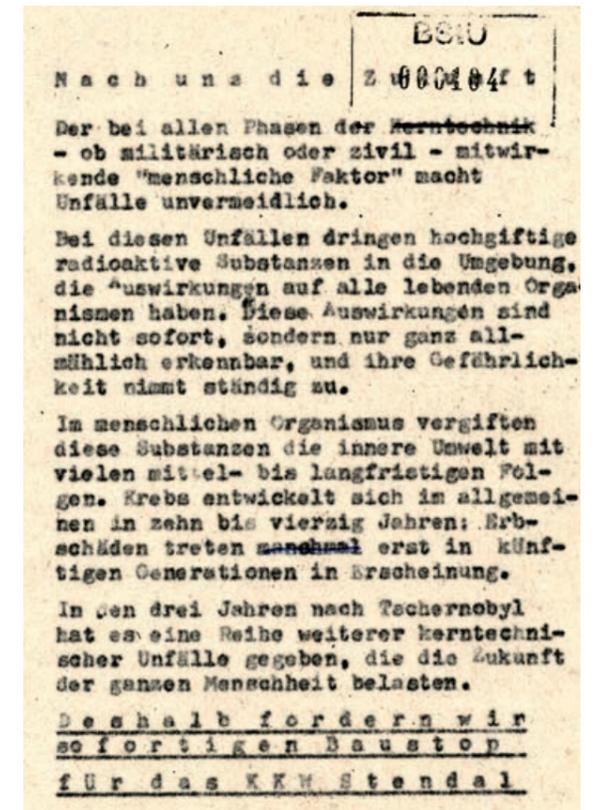
Auf dem Baugelände des KKW verfügte die Stasi 1989 unter den Tausenden Beschäftigten über 100 inoffizielle Mitarbeiter, vor allem in den Bauleitungen und unter den technischen Spezialisten. Die Kreisdienststelle Stendal war hauptsächlich mit Überprüfungen



> Bei Erika Drees beschlagnahmte Postkarte von Holger Stanke. 27.4.1989
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 4022, Bd. 2, Bl. 110

der Bauarbeiter befasst. ¹³⁹ Vor allem jenen Arbeitern, über die Indizien für eine »Republikflucht« oder für ein Ausreiseprovhaben vorlagen, verwehrte die Stasi den Zutritt zur Baustelle. Die mehrmonatige Dauer der Bestätigungsverfahren seitens des MfS führte allerdings dazu, das DDR-typische Problem fehlender Arbeitskräfte noch zu verstärken – sehr zum Unmut der Baufirmen. ¹⁴⁰ Letztlich sollten sich alle Versuche der Geheimpolizei, das Projekt sicherheitspolitisch zu bearbeiten und auf diesem Wege zur Lösung der zahlreichen grundlegenden Probleme des Milliarden-Projekts beizutragen, als vergeblich erweisen. Mit dem Ende der DDR kam auch für das Stendaler KKW-Projekt das Aus.

In der MfS-Kreisdienststelle Stendal gab es aber nicht nur ein spezielles Referat für die Überwachung der KKW-Baustelle. Nach dem für das MfS geltende Schwerpunktprinzip waren die insgesamt 66 hauptamtlichen Mitarbeiter (Stand 1989) für weitere Einrichtungen im Verwaltungskreis verantwortlich. Hierzu zählten insbesondere der »Industriekomplex« Tangermünde, einschließlich der »Transitstrecke Elbe«, das Post- und Fernmeldewesen sowie die Land- und



> Rückseite der Postkarten von Holger Stanke
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 4022, Bd. 2, Bl. 104

Nahrungsgüterwirtschaft. Schwerpunkt war zudem die Spionageabwehr an den zahlreichen Militärobjecten der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in und um Stendal. Auch für die Einrichtungen des Staatsapparats, der Kultur und des Sports gab es in der Kreisdienststelle speziell Verantwortliche, ebenso für die Bereiche Medizin und Kirche. ¹⁴¹ Zuletzt versorgten zirka 700 inoffizielle Mitarbeiter die Stendaler Stasi mit Informationen aller Art aus dem Privat- und Arbeitsleben der Bevölkerung. ¹⁴² In den Dienstzimmern ihres Gebäudes führten die Geheimdienstler in den 1980er-Jahren zirka 20 000 Handakten, in denen viele der 75 000 Einwohner des Kreises erfasst waren. ¹⁴³ Die Akten füllten sich über die Jahre mit einer großen Bandbreite von Informationen – vom Spionagedacht bis zur »Nörgelei« über das fehlende Angebot an Kinderbekleidung.

JSt

»Wo mich die Partei hinstellt ...« – die hauptamtlichen Mitarbeiter

Alfred T. (Jg. 1932) hatte seine berufliche Bestimmung gefunden. 1952 gewann ihn das MfS zunächst als geheimen Informator, der über Stimmungen in der Bevölkerung berichtete. Offenbar leistete er als Spitzel gute Dienste für seinen Führungsoffizier, der ihn schließlich für größere Aufgaben vorsah: »Nach einer Aussprache, die ich einmal mit ihm führte, erklärte er sich damit einverstanden, bei uns als Sachbearbeiter zu arbeiten. Er sagte dabei wörtlich: »Wo mich die Partei hinstellt, da werde ich meine Pflicht als Parteigenosse tun, ich bin jederzeit bereit, für die Arbeiterklasse zu kämpfen, egal wo man mich hinstellt.«¹⁴⁴ Solche Bekenntnisse gefielen den Genossen der MfS-Bezirksverwaltung Halle, die Alfred T. 1954 als Hilfs-sachbearbeiter einstellten. 1959 wurde Alfred T. als hauptamtlicher Mitarbeiter verpflichtet und erklärte: »Ich werde alle meine Kräfte und Fähigkeiten einsetzen, um die ehrenvollen Aufgaben und Pflichten eines Mitarbeiters des Ministeriums für Staatssicherheit zur Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht zu erfüllen und getreu den Beschlüssen der SED, der Verfassung und den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik handeln und kämpfen.«¹⁴⁵ Die Reihenfolge der einzuhaltenden Rahmenbedingungen war keinesfalls zufällig gewählt.

An der Juristischen Hochschule Potsdam, einer Kaderschmiede des MfS, qualifizierte er sich mit einer Abschlussarbeit »Zur Entstehung, Entwicklung, Struktur, Verhaltensweise und den Straftaten bei kriminellen Gruppen Jugendlicher (14–25 Jahre), die staatsgefährdende Propaganda und Hetze betreiben« für höhere Bestimmungen.¹⁴⁶ Das war für Alfred T. der Einstieg in eine militärische Karriere, die allerdings nicht ganz frei von Brüchen war. 1964 hatte er bereits den Posten eines Abteilungsleiters zur »Bearbeitung« der Kirchen erklommen. Doch dann wurde er aus disziplinarischen Gründen, besonders wegen seines Alkoholkonsums, abgesetzt und übernahm Stellvertreteraufgaben in der Kreisdienststelle Wittenberg. 1971 wurde er zum Major befördert und Leiter der Kreisdienststelle Eisleben, bald aber auch hier abgesetzt und als stellvertretender Leiter in die Kreisdienststelle Halle (S. 164) geschickt. Als Leiter der Bezirkskoordinierungsgruppe musste

er 1983 ebenfalls abgelöst werden und verdingte sich fortan in der Schulung hauptamtlicher Nachwuchskräfte. In den vergangenen Jahrzehnten war Alfred T. vielfach mit Auszeichnungen, Sach- und hohen vierstelligen Geldprämien bedacht worden, doch nun scheiterte er endgültig. Genosse T. habe das Ansehen des MfS geschädigt, indem er unter Alkoholeinfluss mit seinem Privat-Pkw am öffentlichen Straßenverkehr teilnahm, befand der Minister.¹⁴⁷ Aus disziplinarischen Gründen wurde Major T. 1988 zum Hauptmann degradiert, woraufhin er aus gesundheitlichen Gründen um Entlassung bat.

Die Ehe von Alfred T. wäre eigentlich nicht weiter erwähnenswert, wäre seine Gattin Irmgard (Jg. 1940) nicht selbst seit 1958 hauptamtlich in der Bezirksverwaltung Halle tätig gewesen. Von 1976 bis 1979 war sie bei der Postzollfahndung und von 1980 bis 1989 in der Postkontrolle (Abteilung M) (S. 162) eingesetzt. Der Leiter der Postkontrolle, Oberstleutnant Portius, gelangte 1988 zu einer positiven Beurteilung. Genossin Hauptmann T. beherrsche »entsprechend ihres Aufgabenbereiches die politisch-operativen und fachlichen Prozesse«.¹⁴⁸ Mit anderen Worten: Sie hatte sich in der Anschriftenfahndung der Postkontrolle bewährt. Ihr Bruder war seit 1973 ebenfalls beim MfS und bewachte als Feldwebel die Kreisdienststelle Sangerhausen (S. 165). Der Bruder von Alfred T., Wenzel T. (Jg. 1938), war im Rang eines Hauptmanns in der Bezirksverwaltung Halle Referatsleiter der Abteilung Wirtschaft. Sein Sohn Ingo (Jg. 1968) verpflichtete sich 1987 als Berufsunteroffizier beim MfS.¹⁴⁹

Nicht selten waren ganze Familien hauptamtlich für das MfS tätig. Korpsgeist und Familiensinn schienen einander ideal zu ergänzen, waren die Zutaten für ein eng verwobenes und stabiles Milieu.

Der Arbeiter- und Bauerstaat DDR kannte kein Berufsbeamtentum. Diese Funktion erfüllten beim MfS hauptamtliche Mitarbeiter, von denen bedingungslose Treue und Ergebenheit gegenüber dem SED-Staat gefordert waren. Sie hatten eine Lebensstellung inne, wurden überdurchschnittlich gut bezahlt und genossen zahlreiche Privilegien. Das MfS wandte zuletzt jährlich rund 2,3 Milliarden DDR-Mark allein an Personalkosten auf.¹⁵⁰ In der Regel dienten die Mitarbeiter dem MfS, bis sie in Rente gingen. Vorzeitiges Ausschei-



> Ausschmückung der Kreisdienststelle Magdeburg: Feliks Edmundowitsch Dzierzynski (1877–1926), Gründer des sowjetischen Geheimdienstes Tscheka, wurde im MfS unermüdlich zitiert. Er diente als Kultobjekt, Namensgeber und Traditionsquelle für die hauptamtlichen Mitarbeiter, die sich selbst als Tschekest bezeichneten. 18.12.1989
Foto: Fredi Fröschki

den aus dem Dienst war selten. In diesen Fällen lagen zumeist gesundheitliche Gründe oder schwere disziplinarische Verstöße vor. Bei der Entlassung wurden die Mitarbeiter noch einmal zu strengster Verschwiegenheit verpflichtet und bei Bedarf auch mit einer Legende über ihren bisherigen beruflichen Werdegang ausgestattet.

Abgesehen von wenigen Zivilangestellten führten die Mitarbeiter militärische Dienstgrade. An der Spitze standen zuletzt 61 Generäle, darunter die Leiter der 15 Bezirksverwaltungen. Die Aufgaben der landesweit rund 91 000 hauptamtlichen Mitarbeiter (1989) hatten in vielen Bereichen konspirativen Charakter. Allein 10 500 von ihnen leiteten inoffizielle Mitarbeiter an, deren Einsatz eine flächendeckende Bespitzelung der Bevölkerung ermöglichen sollte. Andere observierten, organisierten Festnahmen oder fassten den täglichen Informationsstrom zusammen und analysierten ihn.

1989 gab es im Bezirk Magdeburg 3 684 und im Bezirk Halle 3 152 hauptamtliche MfS-Mitarbeiter.¹⁵¹

Das MfS betrieb eine eigene Nachwuchssicherung und rekrutierte seine Mitarbeiter vorrangig aus der SED und ihrer Jugendorganisation FDJ, der Volkspolizei und Armee. Die Kandidaten und ihre Angehörigen wurden vorab auf politische und charakterliche Zuverlässigkeit überprüft. Nur wenn das Ergebnis für das MfS zufriedenstellend ausfiel, wurde direkter Kontakt aufgenommen. Die Werbung blieb Bekannten und Kollegen meistens verborgen. So war es dem Kandidaten beispielsweise möglich, ein Studium zu absolvieren, ohne dass die Bindung an den Staatssicherheitsdienst für die Mits Studierenden erkennbar wurde.

Im Mittelpunkt des Feindbildes standen die »westlichen Imperialisten«, das »verbrecherische Wirken« ihrer Geheimdienste und von diesen angeblich gesteu-



> Tschekistische Traditionspflege: Hauptamtliche Mitarbeiter in Halle entwickeln zum 25. Jahrestag der Stasi eine Ausstellung. 1975
BStU, MfS, BV Halle, Abt. OT, Fo, Nr. 134, Bild 67



> Tschekisten unter sich: Eine Delegation des sowjetischen KGB und Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg diskutieren am Modell der Grenzübergangsstelle Marienborn. Januar 1970
BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2867, Bild 5

erte »antisozialistische Kräfte« in der DDR. »Klassen-auftrag« der Angehörigen der Staatssicherheit war der Schutz der sozialistischen DDR und die Durchsetzung der Parteilinie. Was das konkret bedeutet, erläuterte Mielke 1979: »Man muss solche jungen Tschekisten herausuchen, herausfinden und erziehen, dass man ihnen sagt, du gehst dorthin, den erschießt du dort im Feindesland. Da muss er hingehen und selbst wenn sie ihn kriegen, dann steht er vor dem Richter und sagt: »Jawohl, den hab' ich im Auftrag meiner proletarischen Ehre erledigt!« So muss es sein! [...] Der Auftrag, der gegeben wird, wird durchgeführt und selbst, wenn man dabei kaputt geht.«¹⁵² Mielke wusste, wovon er sprach. Er selbst beging 1931 Doppelmord an zwei Polizisten, wofür er erst 1993 rechtskräftig verurteilt werden konnte.

Die Hauptamtlichen waren einem strengen militärischen Reglement unterworfen. Selbst kleinere private oder dienstliche Verfehlungen wurden disziplinarisch

**»Hass ist ein wesentlicher, bestimmender Bestandteil der tschekistischen Gefühle [...]«
(MfS-Definition)**

geahndet. Entsprechend hoch waren die Anforderungen: strikter Gehorsam, strengste Verschwiegenheit, Wachsamkeit, sozialistische Moral, unbedingte Einsatzbereitschaft, Zurückstellung aller privaten Belange

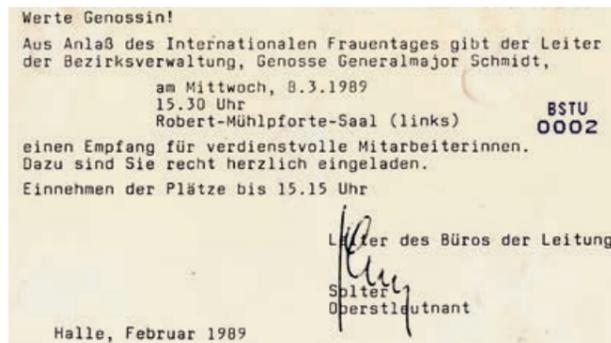


> Fahneneid der MfS-Mitarbeiter. Vor 1989
BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 33038, Tafel 7

hinter die Dienstpflichten. Als wichtigste Tugenden galten treue Ergebenheit gegenüber der Partei und Hass gegen den Feind. Und Mielke warnte auch vor inneren Feinden: »Wir sind nicht gefeit, dass auch mal ein Schuft unter uns sein kann. Wir sind nicht gefeit dagegen. Wenn ich das schon jetzt wüsste, dann würde er ab morgen nicht mehr leben! ... Ganz kurzen Prozess, weil ich Humanist bin, deshalb habe ich so eine Auffassung ... Damit wir mal richtig erklären, wenn man so hart sein muss... Das Geschwafel von wegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil, alles Käse, Genossen ... Hinrichten die Menschen, ohne Gesetze, ohne Gerichtsbarkeit und so weiter.«¹⁵³ Auch wenn Mielke im Plauderton vortrug, waren das keine leeren Worte, wie der Fall von MfS-Hauptmann Dr. Werner Teske zeigt. Dessen Vorbereitungen zur Flucht in den Westen

wurden entdeckt und Teske 1981 in Leipzig hingerichtet – durch den sogenannten »unerwarteten« Genickschuss, bei dem der Henker unvermittelt von hinten an den Deliquenten herantritt und ihn durch Kopfschuss tötet.

PBo



> Die Staats- und Parteiführung nutzte den „Internationalen Frauentag“ am 8. März, der vor dem Ersten Weltkrieg im Kampf um die Gleichberechtigung der Frau begründet worden war, zur Propagierung der wichtigen Rolle von Frauen beim Aufbau des Sozialismus. 1989 BStU, MfS, BV Halle, Abt. 26, Nr. 879, Bl. 1 und 2

Hauptamtliche Mitarbeiterinnen in der »Männerwelt« des MfS

Anfang 1962 hatten die männlichen Mitarbeiter der Abt. XII des MfS ein Problem. Sie waren zu wenige, um, wie üblich, ihren Kolleginnen die Feier aus Anlass des Frauentages am 8. März mit Spenden zu finanzieren. Doch die Männer hatten Glück: Das Ministerium schoss 350,- Mark zu, die Feier konnte stattfinden.¹⁵⁴

Ein solches Problem war äußerst untypisch für den Alltag im MfS. In fast allen Dienstseinheiten der Geheimpolizei dominierten nämlich die männlichen Mitarbeiter. So lag der Anteil hauptamtlicher Mitarbeiterinnen im MfS im Jahr 1954 bei rund 25 %, bis zum Ende der DDR sank er sogar auf rund 15,7%.¹⁵⁵ Noch deutlicher wird die »Männerwelt« der Staatssicherheit beim Blick auf das Leitungspersonal: Bei nur 1,8 % lag der Anteil weiblicher Abteilungsleiter im MfS im Jahr 1988. Und unter den »oberen Zweitausend« der Besoldungsliste befanden sich 1989 nur 48 Frauen, davon 31 im medizinischen Dienst.¹⁵⁶

In der Ungleichbehandlung von Frauen im MfS zeigt sich einerseits ein Frauenbild, das auch für andere

militärische Organe wie die NVA typisch war. Zugleich spiegelte die Rolle von Frauen im MfS die Lebensrealität in der DDR-Gesellschaft, in der Frauen zwar offiziell als gleichberechtigt galten, tatsächlich aber ein niedrigeres Durchschnittseinkommen und einen geringeren Anteil an Führungspositionen besaßen. Außerdem trugen Frauen meist auch die Hauptlast bei der Versorgung des Haushalts und der Kinder.

Vor allem in den ersten Jahrzehnten des MfS wurden diejenigen Tschekistinnen, die Hausfrau und Mutter waren, intern als Problem angesehen. So urteilte der Leiter der Kartei- und Archivabteilung Oberstleutnant Paul Karoos im Oktober 1962, dass durch die große Anzahl von »Mitarbeiterinnen mit Klein- und schulpflichtigen Kindern [...] die Einsatzfähigkeit der Dienstseinheit sowie auch die Arbeitsdurchführung sehr stark gehemmt«¹⁵⁷ seien. Der Wunsch nach Teilzeitarbeit galt im MfS als geradezu »untschekistisches Verhalten«. Vor diesem Hintergrund Karriere zu machen, war für Frauen nur schwer möglich.

Der Bedeutung von Frauen im MfS wird man jedoch nicht gerecht, wenn man allein auf die leitenden Kader blickt. Insbesondere in den Dienstseinheiten, die mit Auswertungsaufgaben oder mit der Verwaltung des MfS-Personals beschäftigt waren, aber auch in der Abteilung Finanzen oder im medizinischen Dienst war ein recht hoher Frauenanteil zu erkennen. Hier verrichteten Frauen auch an untergeordneter Stelle unverzichtbare Tätigkeiten – so etwa in der Kartei- und Archivabteilung, wo Frauen bei der Dateneingabe, an den Karteiumlaufschranken, bei der Verwaltung der Akten, als Sekretärin oder bei der Postverteilung eingesetzt waren.

Eine ehemalige hauptamtliche Mitarbeiterin aus der Abteilung Verwaltung rückwärtige Dienste (VRD) erläuterte 1993 in einem Interview, sie und ihre Kolleginnen seien im MfS »nicht als Frauen [...], sondern als funktionierende Schraubchen« wahrgenommen worden – sie hätten »in einem doppelten Patriarchat gelebt: in dem der Gesellschaft und in dem des Militärs«¹⁵⁸. Tatsächlich waren Frauen bei der Staatssicherheit aber nicht nur »Schraubchen« oder »Opfer« männlicher Dominanz. Sie trugen vielmehr an vielen Stellen zum Funktionieren des Apparates bei.

PSp



> Hauptamtliche Mitarbeiterinnen der BV Halle bei einer Feier. Um 1980
BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 74, Bild 8



> Hauptamtliche Mitarbeiterinnen der BV Halle. Um 1980
BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 74, Bild 14

IM in der »Gosenschänke« – das eng geknüpft Spitzelnetz der Staatssicherheit

»Ich erkläre mich bereit, alles mir bekanntwerdende, das sich gegen unsere Republik richtet, in mündlicher oder schriftlicher Form mitzuteilen«, mit diesen Worten willigte Ende August 1983 »Elliot« (Jg. 1965) in die inoffizielle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit ein.¹⁵⁹ Schon bei den üblichen Überprüfungen zur Musterung war »Elliot« der Bezirksverwaltung Erfurt positiv aufgefallen. Die ersten Bepitzelungsaufträge erhielt er während seines Grundwehrdienstes bei den Grenztruppen. Ziel der Stasi war es dabei auch, mögliche Fahnenfluchten im Vorfeld zu verhindern. »Elliot« berichtete regelmäßig über das Denken und Handeln anderer Wehrpflichtiger. Und er war damit kein Einzelfall: Zahlreiche junge Männer wurden während ihrer Armeezeit als IM angeworben.

1986 nahm »Elliot« ein Studium an der Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde der halleschen Martin-Luther-Universität auf. Die Hochschulen standen in besonderer Weise im Fokus der Staatssicherheit. Aus diesem Grund hatte sie an einer weiteren Zusammenarbeit mit »Elliot« großes Interesse. Von nun an berichtete »Elliot« für die Abteilung XX der Bezirksverwaltung Halle (S. 162) und ermöglichte der Stasi den Einblick in den studentischen Alltag.¹⁶⁰ »Elliot« lieferte Informationen über die Stimmung an der Universität, den Besuch von Seminaren sowie über Veranstaltungen, die während seines Studiums stattfanden. So gab er beispielsweise kritische Äußerungen seiner Mitstudenten über die oktroyierte militärische Ausbildung weiter und bemängelte, dass diese häufig westliche Sender wie zum Beispiel den RIAS hörten, der aus Sicht der Stasi feindliches Gedankengut verbreitete.¹⁶¹

Besonders interessierte sich die Stasi dafür, was die Studenten nach Seminarschluss unternahmen. Auch an dieser Stelle erfüllte »Elliot« »mit großer Einsatzbereitschaft« seine Aufgaben. Im Auftrag der Stasi sah er sich öfter in den Studentenklubs »Gosenschänke« und »Turm« um. Intensiv berichtete er auch über kirchliche Veranstaltungen in der halleschen Christuskirche, die mit ihrem »Kirchentag von Unten« 1988 ins Visier der Stasi geraten war. Um den Pfarrer

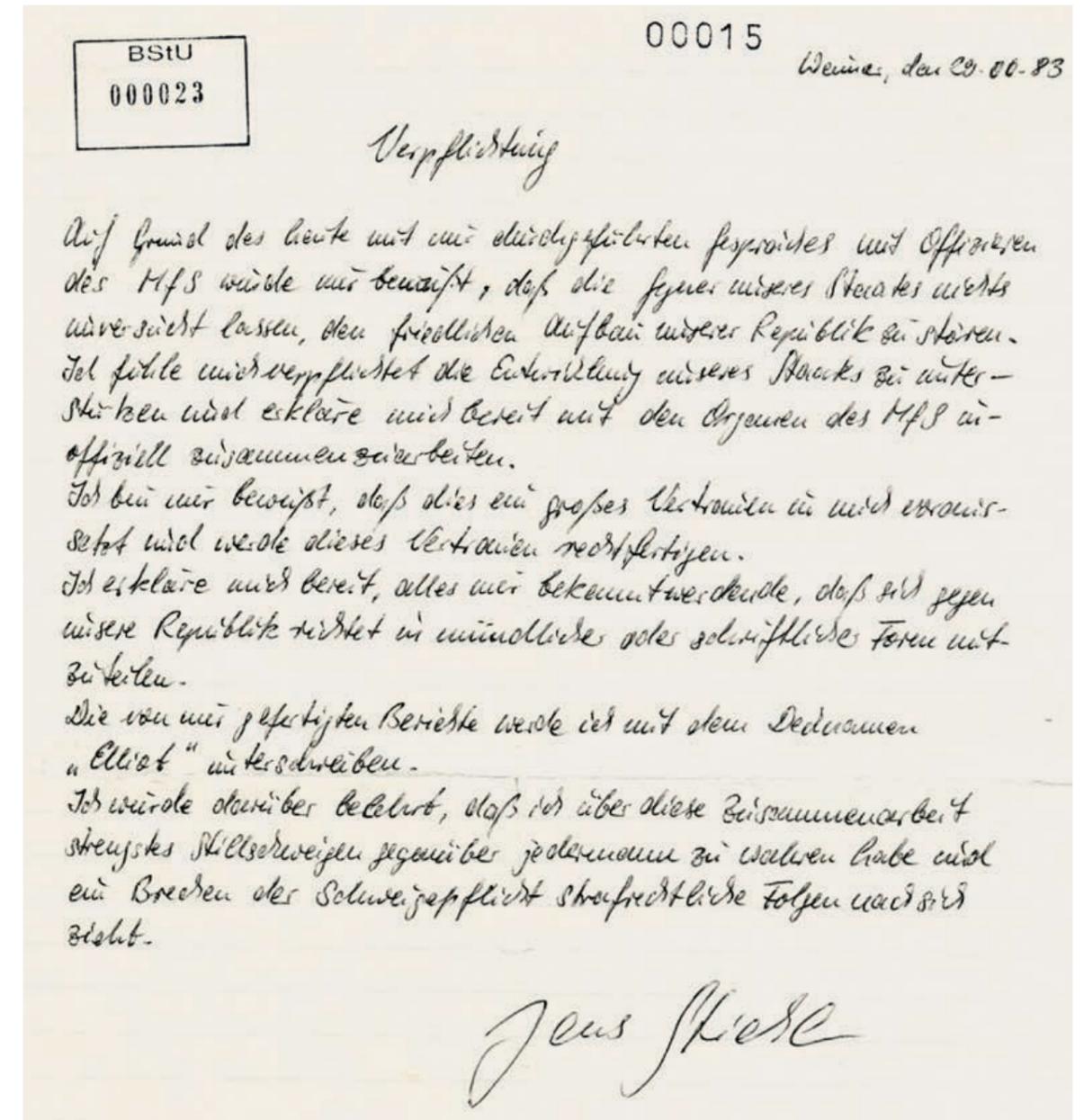
Siegfried Neher hatten sich junge Menschen zusammengefunden, die sich der staatlich verordneten sozialistischen Jugendkultur weitgehend verweigerten.¹⁶² Mithilfe der Informationen von »Elliot« und weiteren IM konnte die Stasi Überprüfungen potenzieller Regimegegner einleiten.

Bis in den Herbst 1989 hinein arbeitete »Elliot« mit der Staatssicherheit zusammen. Über Veranstaltungen und Diskussionsrunden von und mit dem Neuen Forum in Halle lieferte er regelmäßig Informationen. Im Gespräch mit seinem Führungsoffizier am 24. November 1989 beschrieb er die Umbruchstimmung an der



> Die Staatssicherheit beauftragte »Elliot«, gezielt Kontakte im Studentenklub »Gosenschänke« aufzunehmen. 1988
Foto: Erika Mielisch

Universität: »Wie mir andere Studenten berichteten, wie ich auch selber einschätzen kann, liegt hier bei vielen Teilen der Bevölkerung eine Art der Grundstimmung vor, sodass die SED stark angegriffen wird. Es wird, es fallen hier, wie wir es selber wissen, immer diese Parolen, hängt die auf, fordert sie vor das Gericht und so weiter. Da ist auch ersichtlich, dass die Angriffe gegen das ehemalige MfS sich in letzter Zeit gedrosselt haben, dass jetzt doch mehr die SED in den Vordergrund gerückt ist, dabei sehen die Bürger, die Studenten weniger, sie sehen die SED als Buhmann, was bei uns passiert ist und fordern Rechenschaft, manche spielen mit dem Gedanken, Auflösung der SED und Schaffung einer neuen Arbeitspartei etc.«¹⁶³

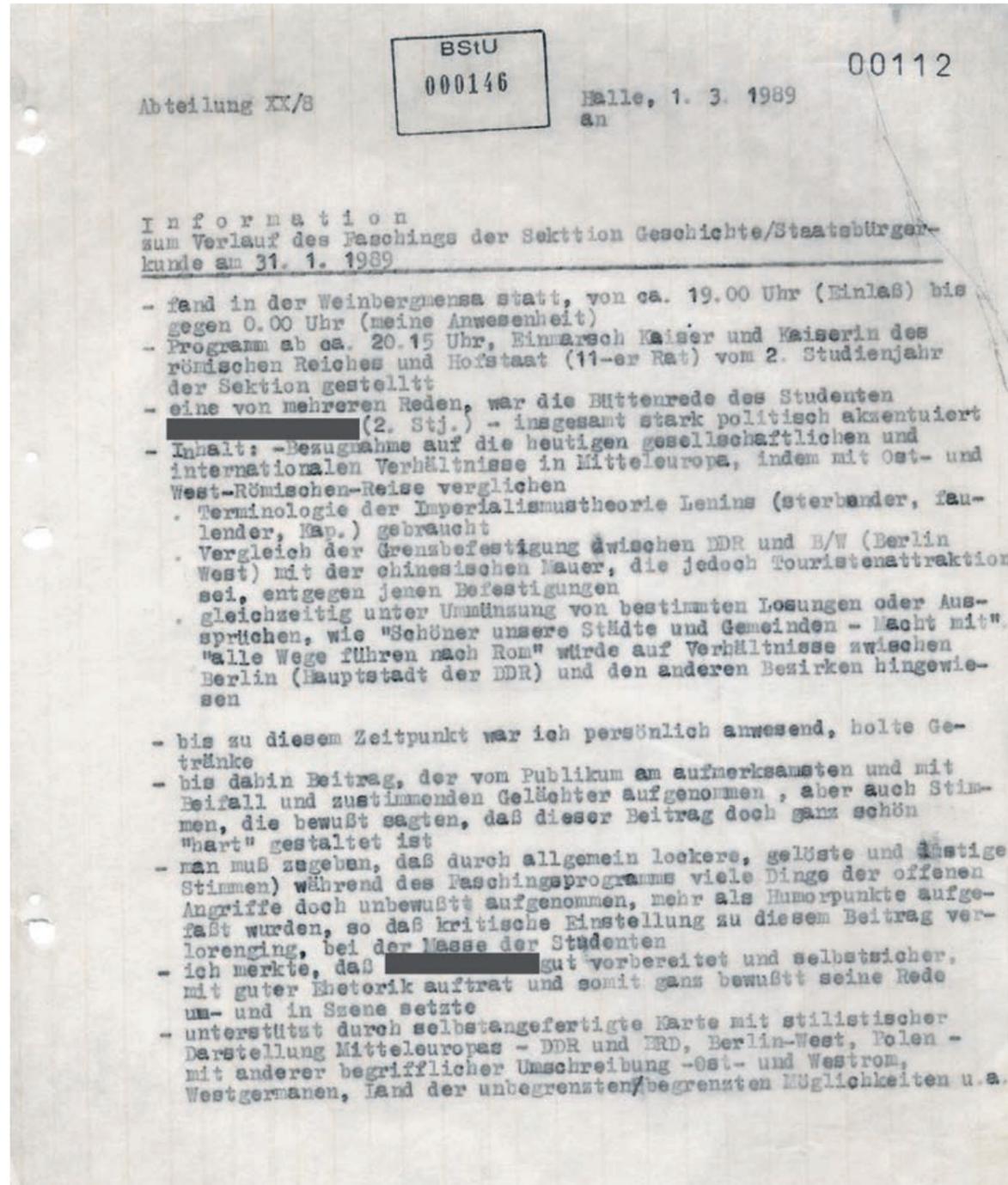


> Seine Verpflichtungserklärung schrieb der Inoffizielle Mitarbeiter »Elliot« laut MfS ohne Zögern nieder. 29.6.1983
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. IX 988/83, Teil I, Bl. 23

Eine Routine der Anwerbung

Die Gewinnung von Personen zur inoffiziellen Tätigkeit war von der Staatssicherheit genau geregelt und verlief weitgehend formalisiert. Ausgehend von ihrem Informationsbedarf suchte sie geeignete »Kandidaten« aus und überprüfte diese mit Akribie auf ihre Charaktereigenschaften und Zuverlässigkeit und ihr privates und berufliches Umfeld. Nach mehrmaliger Kontaktaufnahme und der Bereitschaftserklärung des zukünftigen

IM wurde die Zusammenarbeit mit einer schriftlichen Verpflichtungserklärung besiegelt. Die Zusammenarbeit konnte aber auch mündlich und per Handschlag vereinbart werden. Bei der Verpflichtung wählte sich der inoffizielle Mitarbeiter selbst einen Decknamen aus, mit dem er von nun an seine Berichte unterschrieb. Das oberste Gebot war stets die »Wahrung der Konspiration«. Seine Tätigkeit für die Staatssicherheit musste der IM gegenüber Dritten konsequent geheim halten.



> IM »Elliot« berichtet unter anderem über Faschingsveranstaltungen der Universität. In Büttenreden traute sich mancher, im ironischen Unterton Kritik am Staat zu üben. Infolge des Berichts von »Elliot« geriet ein Redner ins Visier der Staatssicherheit. 1.3.1989
BSU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. IX 988/83, Teil II/2, Bl. 146

Die Zusammenarbeit verlief in der Regel so, dass sich der betreuende Offizier, der Führungsoffizier, mit dem IM in einer sogenannten konspirativen Wohnung regelmäßig traf. Bei der Zusammenkunft übergab der IM

Ein gut instruierter IM informiert darüber, wer »die Hetzlosungen in seiner Gemeinde« angebracht haben kann sowie »wer im Besitz derartiger Farben, Pinsel oder Papierarten ist«.
(MfS-Definition)¹⁶⁴

seine Berichte und erhielt neue Aufträge. Die Gegenstände der Berichterstattung waren vielfältig: von der Weitergabe von Informationen und Einschätzungen über Betriebe und Einrichtungen bis hin zur schonungslosen Preisgabe privater Details über Kollegen, Freunde und Familie.

Ein umfangreiches Repertoire an Aufgaben

Das Spektrum an Aufgaben, die die Staatssicherheit den IM erteilte, war umfangreich. Neben dem traditionellen Aufgabenfeld des Bespitzelns warb die Stasi inoffizielle Mitarbeiter an, die mit anderen Aufträgen betraut wurden. Zum einen ging es um die Übernahme logistischer Aufgaben. Personen, die der Staatssicherheit ein Zimmer ihrer Wohnung oder ihr Haus für Treffen mit anderen IM zur Verfügung stellten, wurden zunächst selbst als inoffizielle Mitarbeiter angeworben. In der Regel handelte es sich um politisch zuverlässige Personen, um »gute Genossen«, denen für das bereitgestellte Zimmer Mietzuschüsse gezahlt wurden. Sie verpflichteten sich, Stillschweigen über die geheimen Treffen der Stasi mit den IM zu bewahren und lieferten selten eigene Berichte.¹⁶⁵

Wichtig waren die inoffiziellen Mitarbeiter auch für die Gewinnung fachlicher Informationen. Die Stasi erhielt durch deren Gutachten Einblick in komplexe Fachfragen. Dies war eine wertvolle Quelle, um die Lage zum Beispiel in Betrieben oder an Hochschulen beurteilen zu können. Weiter bediente sich die Staatssicherheit inoffizieller Mitarbeiter, die eine Steuerungsfunktion

erfüllten, indem sie andere IM anleiteten und instruierten.¹⁶⁶ Schließlich lieferten IM der Stasi nicht nur Informationen, sondern handelten auch in deren Auftrag. Sie wurden direkt »zur Bekämpfung des Feindes« eingesetzt. Eingeschleust in oppositionellen Gruppen waren sie beispielsweise beauftragt, die Gruppen von innen zu zerstören.

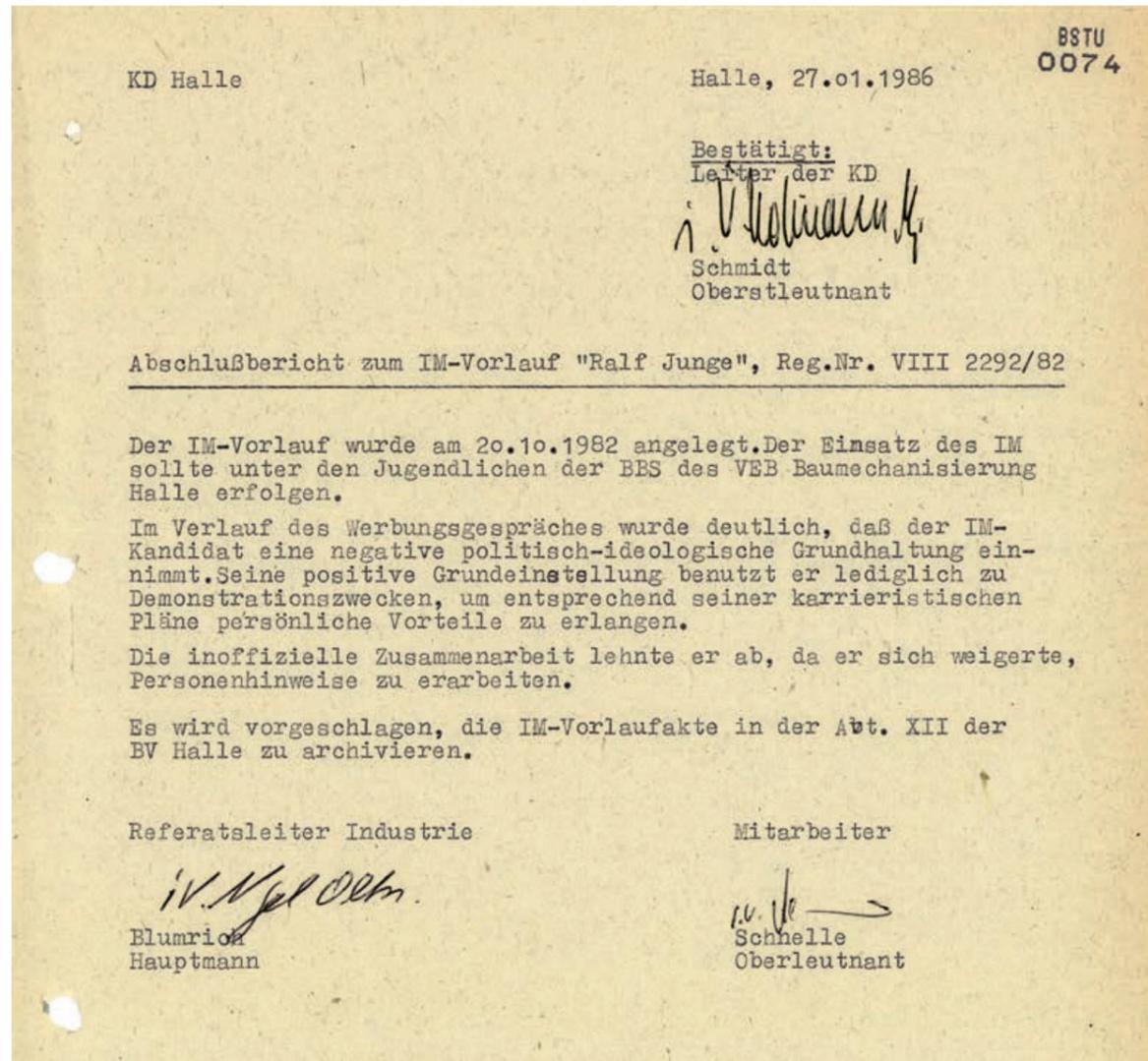
Beweggründe für die Mitarbeit

Die Motive für eine inoffizielle Tätigkeit waren sehr unterschiedlich. Loyalität gegenüber dem Staat und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu tun, spielten eine wesentliche Rolle. Dies war wohl die Hauptmotivation für »Elliot«. Verbreitet war aber auch die Absicht, sich selbst persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Bei manchen Verpflichtungserklärungen waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend.¹⁶⁷ Es gab auch Fälle, in denen IM durch die Staatssicherheit zur Mitarbeit erpresst wurden. Dieses Vorgehen wurde jedoch im Laufe der Jahre weniger praktiziert, da ein zur Mitarbeit gezwungener IM häufig nicht mit der gewünschten Effektivität und Zuverlässigkeit arbeitete. Schließlich spielte der Faktor Angst eine wesentliche Rolle. Viele fürchteten Nachteile für ihre persönliche Entwicklung oder die Familie und hatten Angst vor Repressalien. Dass eine Ablehnung der Mitarbeit oft keine negativen Konsequenzen hatte, konnten diejenigen nicht wissen.

(K)ein Ende in Sicht

Die Dauer einer Zusammenarbeit von MfS und IM konnte wenige Monate betragen oder sich auf Jahrzehnte erstrecken. Die Beendigung der Mitarbeit hatte oft rein pragmatische Gründe: ein Umzug des IM, ein Berufswechsel oder auch eine Erkrankung. »Elliot« arbeitete bis zum Ende der DDR mit der Staatssicherheit zusammen. Auch eine zurückhaltende und aus der Sicht der Stasi ineffektive Berichterstattung konnte ein Grund für eine Beendigung der Zusammenarbeit sein.

Es gab aber auch Fälle, bei denen der IM selbst die Zusammenarbeit abbrach oder sich dieser peu à peu entzog. Eine Offenbarung gegenüber Dritten über die geheime Tätigkeit war ein möglicher Weg, sich der



> In den IM-Akten dokumentierte die Stasi auch eigene Misserfolge: Sie zeigte sich zuversichtlich, einen 18-jährigen Lehrling aus Halle als IM zu gewinnen. Jedoch war das Anwerbungsgespräch ein Fehlschlag. Der junge Mann bezeichnete »die Arbeit des MfS als Spitzeltätigkeit, für deren Notwendigkeit er kein Verständnis aufbringe« und lehnte konsequent ab. 1982
 BStU, MfS, BV Halle, AIM 872/86, Teil I, Bl. 74

Mitarbeit zu entziehen, da die erforderliche Konspiration dann nicht mehr gewährleistet war. Der Häftling »Frank Thalheim« (Jg. 1959) wurde zum Beispiel im Jahr 1980 von der Kreisdienststelle Roßlau (S. 165) als IM angeworben. Nach seiner Haftentlassung berichtete er über sogenannte »negativ-dekadente Jugendliche«. Seine Informationen beurteilte das MfS als wertvoll. Der IM hegte jedoch nach mehreren Jahren Zweifel an der Richtigkeit seines Handelns. 1986 versuchte er, sich der Zusammenarbeit zu entziehen. Bei einem Klärungsgespräch gab er zu, seine Tätigkeit im kirchlichen Kreis offenbart zu haben und lehnte eine weitere Zusammenarbeit ab. Daraufhin beendete die Staatssicherheit die Zusammenarbeit.¹⁶⁸

Die inoffiziellen Mitarbeiter waren unbestritten ein überaus wichtiges Instrument der Staatssicherheit zur Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche sowie zur Überwachung und Unterdrückung kritischer Stimmen. Der Fall »Elliot« zeigt eine reibungslose und fruchtbare Arbeit für die Geheimpolizei. Es gab jedoch nicht den typischen IM, die Mitarbeit unterschied sich oft nicht nur in der Quantität der gelieferten Informationen, sondern auch in ihrer Qualität.

ECa

Hand in Hand mit den Genossen – die Zusammenarbeit von Stasi und Volkspolizei

Aufgabe der Volkspolizei war es, in der DDR für die allgemeine Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Das konnte auch offene politische Repression bedeuten. Die Staatssicherheit überwachte die Gesellschaft dagegen primär im Verborgenen und agierte zweifellos noch politischer. Die Arbeitsteilung der beiden Organe war dabei flexibel: Auch die Volkspolizei vereitelte Fluchtversuche und ermittelte in Fällen, die eine politische Bedeutung haben konnten. Zudem waren Volkspolizei und MfS durch eine enge Kooperation verbunden. So meldete die Verkehrspolizei (VK) etwa den Fund von Flugblättern an der Transitautobahn an die Staatssicherheit. Vor allem die Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei waren für die Geheimpolizei eine wichtige Hilfe bei der Kontrolle des Territoriums. Auch darüber hinaus hatte es der Bürger häufig mit Dienststellen zu tun, die dem Ministerium des Innern nachgeordnet waren, aber deren Entscheidungen nicht ohne Eingriffe der Staatssicherheit zustande kamen. Das gilt zum Beispiel für Ausreisewillige, die in den Abteilungen »Innere« Angelegenheiten vorsprechen mussten, obwohl über ihr Anliegen zumeist beim MfS befunden wurde.

Dieses arbeitsteilige Ineinandergreifen der beiden Repressionsorgane organisierten ausgewählte Leitungs-kader beider Apparate, was als »politisch-operatives

Zusammenwirken« bezeichnet wurde. Bei förmlichen Arbeitstreffen wurden Sachfragen erörtert, Vereinbarungen getroffen und Informationen ausgetauscht. Zu dieser Kooperation waren beide Seiten dienstlich verpflichtet – und sie wurde intern auch nicht verschleiert, in der Öffentlichkeit gleichwohl nicht »an die große Glocke gehängt«. Hingegen sollte verborgen bleiben, dass in den Reihen der Volkspolizei auch IM und Offiziere im besonderen Einsatz (OIBE) der Staatssicherheit arbeiteten. Letztere besetzten meist Leitungspositionen, besonders in der Kriminalpolizei, standen jedoch im Sold des Mielke-Apparates und handelten dementsprechend.

Die Führungsoffiziere trafen sich mit ihren IM zumeist außerhalb der Dienstzeit und in konspirativen Wohnungen. Die Geheimpolizei erfuhr so, welcher Volkspolizist sich auffällig verhielt – im dienstlichen wie im privaten Bereich, politisch oder persönlich motiviert. So war die Staatssicherheit über die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) in Halle so gut im Bilde, dass sie der Amtsleitung auf offiziellem Wege im Jahresverlauf 1989 zwanzig »neutralisierte Informationen« übergab.¹⁶⁹ Dies betraf meist die »Ausrutscher« von Untergebenen, die nicht ihren Vorgesetzten, wohl aber der Staatssicherheit durch deren Zuträger bekannt geworden waren. Es lag jetzt an der Amtsleitung der Volkspolizei, Konsequenzen zu ziehen. Die Geheimpolizei hingegen wollte wie üblich im Hintergrund bleiben.

Durch ihren Wissensvorsprung und ihre Kompetenzen als »Schild und Schwert« der herrschenden SED war die Staatssicherheit gegenüber der Volkspolizei meist in der stärkeren Position. Wenn unterschiedliche Prioritäten, divergierende Ressortinteressen oder persönliche Antipathien der regionalen Chefs von Staatssicherheit und Volkspolizei zu Konflikten führten, hatte die SED stets das letzte Wort. Die oberste Parteiführung wollte den wegen etlicher Verfehlungen angeschlagenen Chef der BDVP Halle zum Beispiel im Jahre 1958 nur so lange in seiner Funktion belassen, »solange er in der Zange der Partei und des MfS bleibt«.¹⁷⁰ Den Machtverhältnissen in der DDR entsprechend agierten jedoch die Leitungs-kader beider Apparate von vornherein meist so, wie die SED-Führung es wünschte.



> Fotos der Volkspolizei für die Stasi: Dokumentation eines Tatorts in Halle. Aus den Fenstern eines Abrissgebäudes in Halle hingen Tücher mit politischen Parolen. 1.5.1989
 BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Nr. 199, Bl. 211

Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei, Strafvollzug, Rotes Kreuz, Innere Angelegenheiten sowie Pass- und Meldewesen und andere Bereiche waren in der



> Die Volkspolizei dokumentiert das Corpus Delicti: Beschriftete Bettlaken verraten Volkspolizei und Stasi, dass sie von einer »Person mit einer negativen Einstellung zur DDR« stammen. Der Straftatbestand der öffentlichen Herabwürdigung war erfüllt. 1.5.1989
BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Nr. 199, Bl. 215

DDR dem Ministerium des Innern nachgeordnet; die Staatssicherheit behielt sie auch in den Bezirken Halle und Magdeburg stets im Blick. So war für die jeweils zwei VP-Bereitschaften beider Bezirke jeweils ein Abwehroffizier eingesetzt, der die Bereitschaftspolizisten überwachte.¹⁷¹ Im Bezirk Halle existierte außerdem (unter wechselnden Bezeichnungen) eine Zentrale Polizeischule in Aschersleben. Unter deren Mitarbeitern und Polizeischülern führte die Staatssicherheit bereits 1954 »ca. 50 Informatoren«, wie die Spitzel seinerzeit genannt wurden.¹⁷² Abgesehen von dem Personal sollte in jeder Klasse mindestens ein Polizeischüler angeworben werden.¹⁷³ Volkspolizisten fanden sich oft aus politischer Überzeugung hierzu bereit oder weil sie auf eine Beförderung hofften bzw. auf andere Vorteile spekulierten.

Zahlreiche IM führte die Staatssicherheit in den Dienststellen des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei

(K I). Denn diese nutzte in ihrer eigenen Arbeit ebenfalls Zuträger – und dieses heikle Geschäft erforderte aus Sicht der Staatssicherheit eine intensive Kontrolle. Das Aufgabengebiet der K I war nicht »politisch« als das anderer Zweige der Kriminalpolizei. Sie ermittelte verdeckt vor allem in Milieus, in der gewöhnliche Kriminalität eine Rolle spielte. Erwies sich ein Vorgang der K I jedoch als politisch bedeutsam, konnte die Geheimpolizei ihn und die dabei eingesetzten Spitzel jederzeit in die eigene Regie übernehmen. Doch während es in der K I im Bezirk Halle Mitte der achtziger Jahre vergleichsweise wenige Zuträger des MfS gab,¹⁷⁴ hatte in der Magdeburger K I mehr als jeder dritte Mitarbeiter eine inoffizielle MfS-Anbindung (siehe Tabelle). In der gesamten BDVP Magdeburg wirkten 11,2% und in den Volkspolizeikreisämtern 9,4% der Mitarbeiter als IM oder gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS).

Dabei verfügte die Geheimpolizei in den VP-Dienststellen allerorts über eine gewisse Mindestzahl von Zuträgern. Deren Prozentanteil lag in kleineren Dienststellen (wie in Klötze, Wanzleben oder Genthin) sogar höher als in größeren Volkspolizeikreisämtern (wie in Magdeburg oder Stendal). Insgesamt hatte die Staatssicherheit unter den rund 7 500 Volkspolizisten des Bezirks Magdeburg fast 750 IM und GMS.

Einstellungen und Funktionsübertragungen bei der Volkspolizei waren mit einer Sicherheitsüberprüfung durch die Staatssicherheit verbunden, die in etwa jedem zehnten Fall ihr Veto einlegte. Im Mittel ungefähr jeder hundertste Volkspolizist wurde von der Geheimpolizei sogar in einem Überwachungsvorgang systematisch ausgeforscht. Solche OPK oder im Extremfall ein OV wurden angelegt, wenn der Betreffende zum Beispiel Westkontakte verschwieg, politisch unerwünschte Äußerungen machte, dem Alkohol übermäßig zuneigte, bestechlich war oder sich auf andere Weise erheblich angreifbar machte.¹⁷⁵ Solche MfS-Vorgänge mündeten oft in eine Versetzung oder Degradierung, gelegentlich auch in eine Entlassung und konnten bei strafrechtlicher Relevanz der Vorwürfe sogar eine Verhaftung und Verurteilung zur Folge haben.

TWu

IM und GMS des MfS bei der Volkspolizei im Bezirk Magdeburg¹⁷⁶

Abteilung der BDVP	Mitarbeiter gesamt	davon IM + GMS		Volkspolizeikreisamt (VPKA)	Mitarbeiter gesamt	davon IM + GMS	
		abs.	in %			abs.	in %
Leitung der BDVP	6	4	66,6	Burg	286	23	8,0
Sekretariat des Chefs	9	2	22,2	Gardelegen	97	12	12,3
Politabteilung	16	1	6,2	Genthin	139	31	22,3
Stab	131	14	10,6	Halberstadt	405	27	6,6
Inspektion	14	5	35,7	Haldensleben	273	22	8,0
Kriminalpolizei	171	26	15,2	Havelberg	137	14	10,2
(darunter K I)	25	9	36,0	Kalbe	92	17	18,4
(darunter K II)	67	10	14,9	Klötze	165	52	31,5
Verkehrspolizei	36	9	25,0	Magdeburg	1 472	98	6,6
Schutzpolizei	10	5	50,0	Oschersleben	226	24	10,6
Feuerwehr	20	4	20,0	Osterburg	183	28	15,3
Betriebsschutz	5	1	20,0	Salzwedel	343	43	12,5
Pass- und Meldewesen	9	3	33,3	Schönebeck	259	26	10,0
Kampftruppen/Bereitschaft	10	4	40,0	Staßfurt	208	27	12,9
Dienst Einheit IX	15	1	6,6	Stendal	403	15	3,7
Abt. Strafvollzug	4	1	25,0	Tangerhütte	92	18	19,5
Versorgungsdienste	232	9	3,8	Wanzleben	106	26	24,5
Kader/Ausbildung	31	2	6,4	Wernigerode	431	29	6,7
Medizinischer Dienst	62	4	6,4	Wolmirstedt	133	11	8,2
Finanzen	53	0	0,0	Zerbst	110	22	20,0
Musikkapelle	36	0	0,0	Verkehrskontrolle-Transit	59	14	23,7
Bezirksbüro Dynamo	83	11	13,2	Transportpolizei	754	43	5,7
Munitionsbergungsdienst	87	7	8,0	Betriebsschutz	126	0	0,0
gesamt	1 040	117	11,2	gesamt	6 499	612	9,4



Die Methoden

Der Spion, der aus dem Wald kam – die Akten der Schreibtischtäter

Unterstellen wir Hauptmann Siegfried Landes (Jg. 1944) von der Bezirksverwaltung Halle, dass er am 4. Dezember 1984 auf der Suche nach einem geeigneten Decknamen für einen Moment innehielt. Die Deckbezeichnung sollte einen versteckten Bezug zum Vorgang haben. Den Verdächtigen Siegfried Steiger (Jg. 1927)¹⁷⁷ kannte er bereits seit Längerem. Vor zehn Jahren hatte Hauptmann Landes den Bürger und seine Frau überprüft, weil sie über die Geschenkdienst und Kleinexport GmbH (GENEX) der DDR Autos von Westverwandten erhielten: 1966 einen Pkw Trabant 601 und drei Jahre später einen Wartburg 353. In der DDR war allein die Bestellung eines Neufahrzeugs mit jahrelangen Wartezeiten verbunden, sodass die Preise für gebrauchte Fahrzeuge die von Neuwagen deutlich überstiegen. Eine »Operative Personenaufklärung« (OPA) sollte dem MfS Klarheit darüber verschaffen, in welchen finanziellen Verhältnissen die westdeutschen Verwandten lebten. Genosse Landes entwickelte einen Operativplan, der unter anderem Einsätze von IM im Umfeld des Pkw-Besitzers, Ermittlungen im Wohnumfeld sowie zur Westverwandschaft vorsah. Am Ende sollte, so der Plan, das vorliegende Material strafrechtlich beurteilt werden.¹⁷⁸ Doch Belastendes konnte schließlich nicht nachgewiesen werden.

Jetzt lag auf dem Schreibtisch vor Hauptmann Landes ein Bericht von IM »Ernst Harzer«. Der IM war speziell mit dem Aufspüren spionageverdächtiger Personen beauftragt. Heimlich war er Siegfried Steiger, einem Angestellten der Reichsbahndirektion Halle, nach Dienstschluss gefolgt und stellte Ungeheuerliches fest. Der Reichsbahner hatte sich nicht auf kürzestem Weg nach Hause begeben, sondern den im Wald gelegenen Schmerkendorfer Teich aufgesucht, wo ihn der IM aus den Augen verlor. Später fahndete »Ernst Harzer« nach verräterischen Spuren und wurde an einer hohlen Birke fündig. Der Hohlraum sei geeignet, »Behältnisse in der Größe einer 10er-Zigarrenschachtel« aufzunehmen, stellte er fest.¹⁷⁹

Hauptmann Landes fiel in diesem Moment der Deckname »Container« ein. So wurden im Stasi-Jargon geschützte Behältnisse genannt, mit denen Informatio-

nen sicher gelagert oder übermittelt werden konnten.¹⁸⁰ Der potenzielle Stauraum für einen geheimdienstlichen Container machte Reichsbahner Steiger verdächtig. In einer »Operativen Personenkontrolle« unter dem Decknamen »Container« war nun zu klären, ob Steiger ein Verbindungssystem mit dem »imperialistischen Feind« unterhielt und nachrichtendienstlich agierte.

Drei Wochen später eröffnete der vorgangsführende MfS-Mitarbeiter die nächst schärfere Bearbeitungsstufe: den »Operativen Vorgang«. Das MfS hatte herausgefunden, dass der spionageverdächtige Steiger »mit hoher Wahrscheinlichkeit Schrifturheber von [...] vorliegenden Spionagebriefen an einen imperialistischen Geheimdienst ist«. ¹⁸¹ Ein Vergleich von Handschriften schien dies zu beweisen. In einem sogenannten Operativplan legten die Schreibtischtäter fest, wie zu verfahren war: ständige Überwachung von Steiger, Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern, Postkontrolle, Abhören des Telefons, Mikrofonüberwachung der Wohnung, konspirative Wohnungsdurchsuchung, Suche nach Rundfunktechnik im Besitz von Steiger zur nachrichtendienstlichen Verbindungsaufnahme waren einige der selbstgestellten Aufgaben.¹⁸² Die Inoffiziellen Mitarbeiter »Antenne«, »Böhnisch«, »Bosse«, »Herbert Kaiser«, »Heinz Keßler«, »Rolf Kanitz« und »Paul Bloch« mühten sich um Informationen aus dem Umfeld des Verdächtigen. Mittlerweile war das MfS zu der Erkenntnis gelangt, dass Steiger als Eisenbahner die Möglichkeiten habe, den Militärverkehr auf dem Knotenpunkt Falkenberg auszuspionieren: »Es handelt



> 1985 zeigte sich die Stasi davon überzeugt, im Operativen Vorgang (OV) »Container« einen Spion zu überführen.
Foto: Boeger/ BStU



> Verdächtige Birke (Mitte, mit dem blauen Pfeil): Ein Hohlraum im Stamm machte einen Waldspaziergänger zu einem Spion, den die Stasi im Operativen Vorgang »Container« verfolgte. Oktober 1984
BStU, MfS, BV Halle, AOP 2932/85, Bd. 1, Bl. 65

sich dabei um ca. 800–900 Ganzzüge und ca. 300 Einzeltransporte jährlich, darunter solche mit aus der SU [Sowjetunion] eingeführter neuester Raketen-, Panzer- und anderer Technik.«¹⁸³

Im Sommer 1985 hob das MfS seine Ermittlungen auf die höchste Stufe an und bearbeitete den Verdächtigen nunmehr in einem Ermittlungsverfahren (EV). Steiger hatte bislang in der Angelegenheit keinen offiziellen Kontakt mit dem MfS und von den Aktivitäten um sich herum wohl auch nichts weiter mitbekommen. Nun fand er sich nach einer konspirativen »Zuführung« – eigentlich glaubte Steiger im dienstlichen Auftrag der Reichsbahn unterwegs zu sein – in einer Untersuchungszelle des MfS in Halle wieder und wurde mehrmals stundenlang verhört. Immer wieder drehten sich die Fragen um fünfstellige Zahlenkolonnen, die die Stasi vor fast 20 Jahren in Spionagebriefen entdeckt hatte. Solche Zahlenkolonnen wurden von den Diensten zur Übermittlung geheimer Nachrichten genutzt. Doch Steiger war völlig ahnungslos und rätselte über deren Bedeutung: »Waren es Zugnummern? Datumsangaben? Telefonnummern?« Auch ein angesetzter Mithäftling, ein Zelleninformatoren der Stasi, konnte dem Verdächtigen keine Hinweise entlocken. Alle anderen Maßnahmen, zuletzt eine offizielle Wohnungsdurchsuchung, erbrachten ebenfalls keine Beweise. Die Schriftanalyse, die Steiger zunächst belastete, bewies nichts, da kein altes Vergleichsmaterial aus den 1960er-Jahren vorlag. »Aufgrund dieser festge-

stellten Tatsachen ist dem Beschuldigten [Name] eine gegen die Interessen der DDR gerichtete Straftat nicht nachzuweisen«, befand die MfS-Zentrale in Berlin.¹⁸⁴ Die Berliner Genossen konstatierten: Steiger sei nicht Spion, sondern Pilzsammler.

Für die Effizienz des Überwachungsapparates der Stasi war dessen Langzeitgedächtnis entscheidend sowie der schnelle Zugriff auf die in den Archiven gespeicherten Informationen. In Akten und auf Karteikarten hielt das MfS akribisch-bürokratisch seine konspirativ erlangten Informationen, seine Planungen und Absichten sowie seine zerstörerischen Erfolge fest. Fester Bestandteil in den internen Abläufen waren mehrere Eskalationsstufen bei der geheimpolizeilichen Verfolgung von Bürgern, »Bearbeitung« genannt. »Sicherheitsüberprüfungen« von Bürgern, die bis Mitte der 1970er-Jahre »Operative Personenaufklärung« (OPA) genannt wurden, waren das normale und zugleich häufigste Tagesgeschäft. Diesem Prozedere wurden beispielsweise Reisekader aus der Volkswirtschaft unterzogen, die beruflich in die Bundesrepublik fuhren. Ziel war es, wichtige Genehmigungen oder Vollmachten letztlich nur solchen Bürgern zu erteilen, die den sicherheitspolitischen Anforderungen des MfS gerecht wurden. Fand das MfS Versagungsgründe, musste der Betrieb, die öffentliche Einrichtung oder der Sportclub darauf achten, den überprüften Bürger nicht in dem als sensibel geltenden Bereich einzusetzen.



> Wohnungsdurchsuchung: Keine Beweise für Spionage gegen den Beschuldigten im Fall »Container«. 27.6.1985
BStU, MfS, BV Halle, AOP 2932/85, Bd. 1, Bl. 323, Bild 20

Die »Operative Personenkontrolle« (OPK) lag in der Bedeutungshierarchie eine Stufe unter dem »Operativen Vorgang« (OV), konnte aber zum Einsatz der gleichen geheimdienstlichen Mittel führen. Eine OPK wurde eröffnet, wenn das MfS eine »operative Bearbeitung« des Bürgers für notwendig hielt, auch ohne dass Hinweise auf strafwürdiges Verhalten vorlagen. Hier reichten bloße Verdachtsmomente einer politischen Straftat aus, eine unterstellte »feindlich-negative« Grundhaltung oder ein beruflich bedingter Kontakt zum »Klassenfeind«.

Der »Operative Vorgang« war die aufwendigste Bearbeitungsform von einzelnen Bürgern oder Personengruppen, die vom MfS als feindlich-negativ eingestuft oder als schwerwiegendes Sicherheitsrisiko betrachtet wurden. Für die Eröffnung eines OV reichten Verdachtshinweise auf eine politische Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches der DDR oder Straftaten der allgemeinen Kriminalität, denen eine politische Bedeutung zugemessen wurde. Sie zielte auf die Eröffnung eines Strafverfahrens, wenn auch die strafrechtliche Verfolgung aus politischem Ermessen gelegentlich unterbleiben konnte. Gegen Bürger, gegen die mit vorsorglichem Blick auf die internationale Reputation der DDR eher zurückhaltend vorgegangen werden sollte, wurden in der Regel sogenannte Zersetzungsmaßnahmen eingeleitet.¹⁸⁵ Die Stasi griff dabei tief in die Privatsphäre der betroffenen Bürger ein, ohne dass diese das Gespinst aus IM-Einsatz, manipulierten Freunden oder vermeintlich schicksalhaften Ereignissen erkennen

konnten. OPK und OV versah das MfS in der Regel mit Decknamen, die häufig Anspielungen auf persönliche Besonderheiten der bearbeiteten Personen waren oder bereits einen indirekten Hinweis auf das von der Stasi verfolgte Ziel gaben.

Bekämpft wurden »Angriffe des Feindes« und »Straftaten von politisch-operativer Bedeutung«. (MfS-Definition)

Ermittlungsverfahren (EV) schließlich waren Teil rechtsförmiger Strafverfahren, bei denen aus Sicht des MfS Beweismittel für Straftaten vorlagen. Die Beschuldigten waren in der Regel bereits inhaftiert. Wenn dem Ermittlungsverfahren »gefährliche, oft konspirativ vorgetragene Angriffe des Feindes oder andere Straftaten von politisch-operativer Bedeutung zugrunde« lagen, schaltete sich das MfS als Untersuchungsorgan ein.¹⁸⁶ Das EV endete häufig mit einer Anklage vor Gericht und gelegentlich, wie im Fall »Container«, auch mit einer Einstellung im Vorfeld. In diesem Fall erhielt der unschuldig inhaftierte Steiger auch noch eine Haftentschädigung – eine absolute Ausnahme.

PBo

»Feinde im Postverkehr aufspüren« – die Postkontrolle

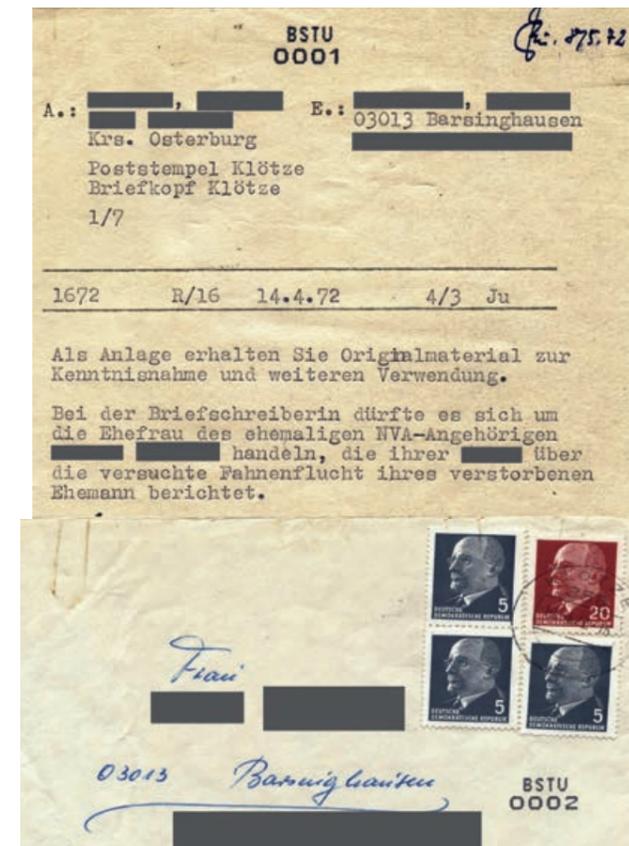
Mit kaum einer Kontroll- und Überwachungsmaßnahme kam die Stasi den Meinungen und Gedanken der Menschen und dem DDR-Alltag so nah wie mit der flächendeckenden Überwachung des Briefverkehrs. Darüber hinaus war jene Post, die die DDR-Bürger aus dem Ausland erreichte, eine »ergiebige Informationsquelle« für die Genossen. Zwar ahnten die Menschen in der DDR, dass die Stasi umfassend in den Postverkehr eingriff, doch viele glaubten, sie könnten die Kontrollen trickreich umgehen: Sie schrieben falsche Absender auf ihre Briefumschläge, nutzten Adressen von Angehörigen, legten Blaupapier oder Alufolie gegen das Durchleuchten in die Briefe, verklebten die Kuverts mit Klebestreifen oder Siegellack oder warfen die Briefe in wohnortferne Briefkästen ein. »Alles läuft über die Adresse meiner Mutter«, schrieb eine Magdeburgerin an die Verwandtschaft und informierte damit ungewollt die Stasi über den verbotenen Westkontakt.¹⁸⁷ Andere nummerierten ihre Briefe, um so ein »Verschwinden« von Postsendungen nachzuvollziehen. Genau jene markierten und augenscheinlich auffälligen Briefe waren es allerdings, die die besondere Aufmerksamkeit der Stasi auf sich zogen.

Das Postgeheimnis war in Artikel 31 der Verfassung der DDR ausdrücklich geschützt und seine Verletzung durch § 135 des Strafgesetzbuches der DDR unter Strafe gestellt. Tatsächlich aber wurde das Post- und Fernmeldegeheimnis durch das Ministerium für Staatssicherheit permanent verletzt. Die »wichtigste Kampfaufgabe für die Abteilung M [besteht] darin, mit kurzen Bearbeitungsfristen Feinde im Postverkehr aufzuspüren«, legte die Stasi intern fest.¹⁸⁸ Dafür gingen täglich tausende Postsendungen durch die Hände der Postkontrolleure, die eine adress- oder merkmalsorientierte Auswahl trafen.

Bei der hohen Anzahl von Postsendungen und der Gesamtanzahl von Beschäftigten der Abteilung M war es für das MfS unmöglich, eine auch nur annähernd vollständige Überwachung des Postverkehrs zu organisieren. Aus einem Bericht der Abteilung M der BV Magdeburg wird deutlich, dass 1986/1987 maximal 10% aller Briefsendungen, jedoch alle Telegramme, einer inhaltlichen Auswertung unterzogen wurden. Dabei ist interessant, dass von den in die DDR gelang-



> Vergeblich wartete ein jugendlicher Bayern-München-Fan aus Zerbst auf Antwort. Er wünschte sich Autogramme der Fußballer, hatte viel Taschengeld in Briefmarken investiert und Klaus Augenthaler sogar ein Paket mit Fan-Artikeln aus der DDR geschickt. Nach mehreren vergeblichen Kontakt-Versuchen ging er davon aus, dass der FC Bayern vielleicht Fan-Artikel aus der DDR im Tausch erwartete. 1988
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Zerbst, Nr. 1983, Bl. 14 und Bl. 16



> Abgefangener Brief: Die Flucht des NVA-Soldaten am 23. Februar 1972 in Richtung Bundesrepublik endete tödlich im Minenfeld. Nach der Logik der Stasi durften keine Informationen über den Tod von Flüchtlingen an der DDR-Grenze in den Westen gelangen. 1972
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Klötze, Nr. 1045, Bl. 1 und 2



> Bezirkspostamt Magdeburg. Schulungsbild für Beobachter des MfS: »Ziel und Aufgabenstellung ist es, eine durch Personenbeschreibung bzw. Bild bekannte männliche Person beim Betreten und Verlassen der Hauptpost zu dokumentieren«. Juli 1988
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. VIII, Nr. 5097, Bl. 11

ten internationalen Postsendungen lediglich etwa 6 % ausgewertet wurden, während von den aus der DDR ins Ausland geschriebenen Briefen über 10 % gelesen oder untersucht wurden.¹⁸⁹ Bereits 1962 wurden in Magdeburg »von der Abteilung M [...] täglich ca. 4 500 Sendungen nach Westdeutschland zensiert, das sind zehn Prozent«.¹⁹⁰ Die herausgefilterten Briefe wurden in unterschiedlicher Intensität bearbeitet – von der nur äußeren Überprüfung, über die inhaltliche Analyse, die Adress- und Absenderüberprüfung und Schriftenauswertung bis zur Speichelanalyse an Kuverts und Briefmarken.

Eine Abteilung M, zuständig für die Postkontrolle, gab es in jeder MfS-Bezirksverwaltung, nicht jedoch in den Kreisdienststellen der Stasi. 1989 waren in Magdeburg 149 Mitarbeiter, darunter 37 Frauen, unter der Leitung von Oberstleutnant Wolfgang Theile (Jg. 1929) mit der Kontrolle des Postverkehrs beschäftigt. Im Gegensatz zu anderen Bezirksverwaltungen befanden sich die meisten Referate der Abteilung M nicht in der BV im Kroatenweg, sondern in der Walther-Rathenau-Straße in der KD Magdeburg.

Die Mitarbeiterzahlen der Abteilung M in der BV Halle schwankten im Laufe der Jahre zwischen 100 und 153 Personen. Wie in fast allen Bezirksverwaltungen steigt auch hier die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter

nach Abschluss des Postabkommens mit der Bundesrepublik im November 1983 sprunghaft an. Es sah eine Erhöhung der von der Bundesrepublik gezahlten Pauschale von bisher jährlich 85 Mio. DM auf 200 Mio. DM jährlich vor. Die DDR verpflichtete sich, die Post schneller als bisher zu befördern, die Verlustquote von Postsendungen zu verringern und den Fernspreverkehr auszubauen. Die im Postabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR enthaltene Forderung nach Reduzierung von Laufzeiten (Normal-Briefe 24 bzw. 48 Stunden) war für die Stasi problematisch. Die geforderten verkürzten Postlaufzeiten im internationalen Briefverkehr würden, so die Logik der Stasi, die Agenten des BND und des Verfassungsschutzes in der DDR befähigen, noch mehr geheime Informationen noch schneller in die Bundesrepublik zu versenden. Dennoch war das MfS gehalten, die aus dem Postabkommen resultierenden Laufzeiten einzuhalten. Das bedeutete erhöhten Personalbedarf, effektivere Kontrollen, strukturelle und organisatorische Veränderungen.

Letzter Leiter der Abteilung M in der BV Halle war Oberstleutnant Rüdiger Portius (Jg. 1943). Die Außenstellen der Abteilung M befanden sich in Dessau sowie im Haupt- und Bahnpostamt Halle. Eine externe Dienstliegenschaft trug die Deckbezeichnung »Objekt A«. Dahinter verbargen sich, getarnt als sogenannte

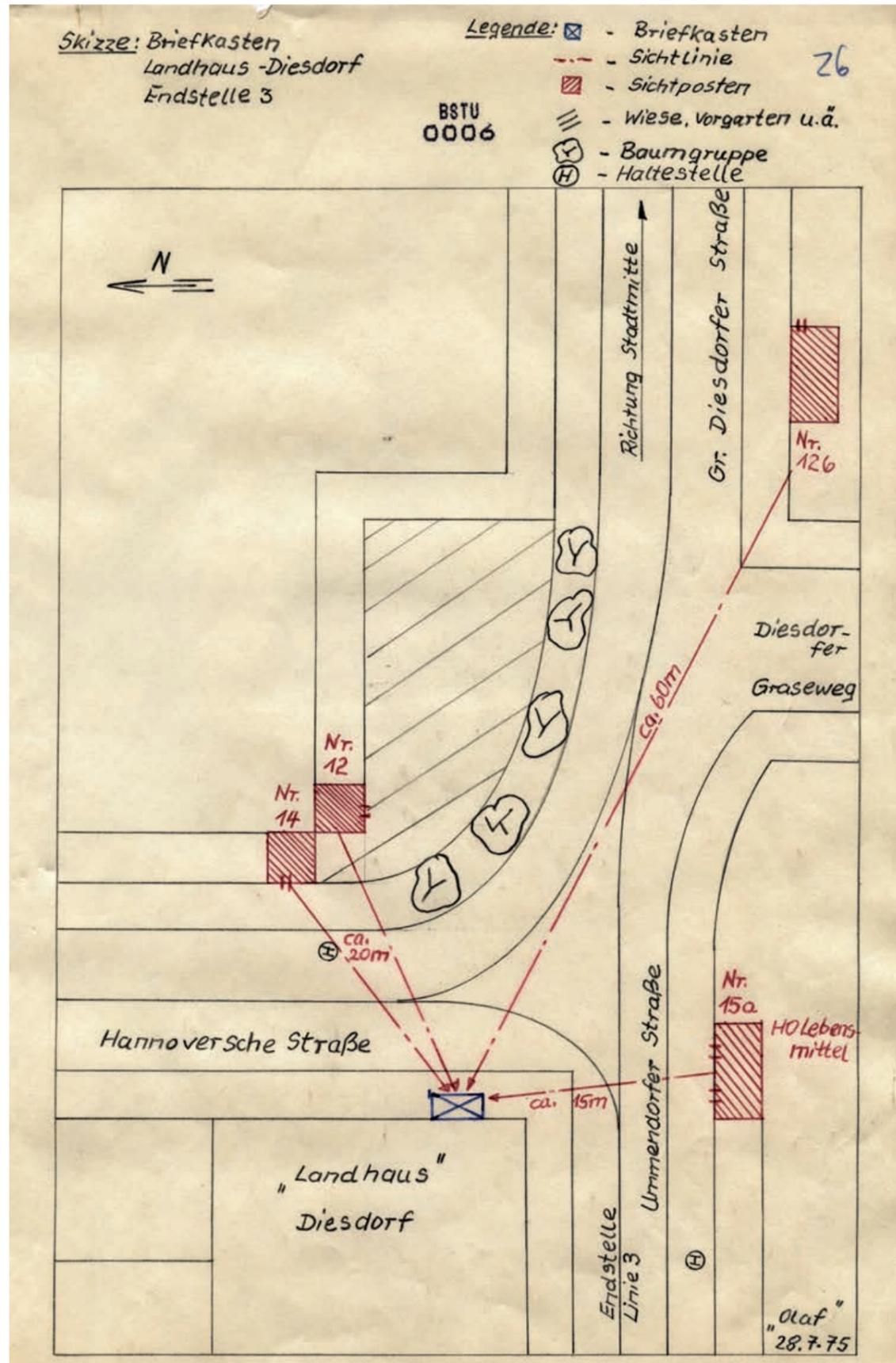
»Postzollfahndung«, abgeschottete Kontrollräume der Stasi im Bahnpostamt.¹⁹¹ Im Januar 1975 protokollierte die BV Halle, dass die Bürger des Bezirkes Halle pro Monat 1,1 Mio. Briefe in die Bundesrepublik versenden, sowie 65 000 Briefe nach West-Berlin schreiben würden. Hinzu kämen 240 000 Postkarten (16 000 nach West-Berlin). Durchschnittlich würden monatlich von den Mitarbeitern der Abteilung M im Bezirk Halle 58 000 Briefe tatsächlich geöffnet.¹⁹²

Anfang Oktober 1989 analysierte die Magdeburger Stasi die Wirksamkeit der Postkontrolle, nicht ahnend, dass es das letzte Mal sein würde. Die Postkontrolleure stuften bis zum September 1989 fast 21 000 Postsendungen als Materialien der »politisch-ideologischen Diversion« ein und konfiszierten davon 18 600. Zu 28 000 Personen wurde »die Absenderexistenz und Schriftenidentitätsüberprüfung durchgeführt«, um falsche Absenderangaben oder von den als Briefschreiber genannten Personen abweichende Schriften festzustellen. Spione wurden nicht entdeckt. Unter den analysierten Briefsendungen macht die Stasi jedoch drei Hinweise zu Ost-West-Liebesverbindungen sowie fast 1 900 sogenannte Rückverbindungen aus¹⁹³, also Briefsendungen ausgereister oder geflohener ehemaliger DDR-Bürger. Die Stasi war daran interessiert, von derartigen Verbindungen zu erfahren. So konnte sie Briefe systematisch abfangen, Gerüchte streuen oder

den Partner in der DDR gezielt verunsichern, etwa um Liebesbeziehungen zu »zersetzen«.

Auch Rüdiger Portius legte im Oktober 1989 eine Einschätzung zu den Ergebnissen seiner Abteilung vor. Zu mehr als 52 000 Sendungen überprüfte die Stasi in Halle bis zu diesem Zeitraum die Identität der Schreiber und führte dazu fast 40 000 Schriftenvergleiche durch. Abschließend stellte Portius fest, dass mehr als 500 Sendungen als »hoch verdächtig« einer chemischen Bearbeitung zugeführt wurden, jedoch keine Geheimschrift festgestellt werden konnte: »Zusammenfassend muss eingeschätzt werden, dass es trotz eines schwerpunkt-orientierten Kräfte- und Mitteleinsatzes nicht gelungen ist, [auch nur] eine Verbindungslinie imperialistischer Geheimdienste aufzuklären.«¹⁹⁴

Mitarbeiter der Abteilung M entnahmen systematisch Geld, Wertsachen und Briefmarken. Zwischen 1984 und 1989 wurden im gesamten Gebiet der DDR rund 33 Mio. DM aus Briefen entwendet. Weitere 10 Mio. DDR-Mark nahm das MfS durch die Aneignung von Paketen und den Verkauf des Inhalts etwa in betriebsinternen Verkaufsstellen der Stasi ein.¹⁹⁵ In gleicher Weise wurden auch in Halle und Magdeburg Briefe und Pakete geplündert. Die Hallenser Stasi-Akten belegen, dass beispielsweise im 2. Quartal 1986 mehr



> »Briefkasten-Aufklärung« in Magdeburg: Die Stasi führte eigene Briefkastenleerungen durch und ermittelte, von welchen Standorten aus Einwüfe am besten zu überwachen waren. 1975
BSTU, MfS, BV Magdeburg, Abt. VIII, Nr. 6660, Bl. 6



> Abhörzentrale für Telefone in Halle: Automatisch schalteten sich Aufzeichnungsgeräte ein, wenn bestimmte Telefone benutzt wurden. Gespräche wurden mit handelsüblichen Tonbandkassetten aufgenommen, später verschriftlicht und inhaltlich ausgewertet. Aufnahme Anfang 1990
Archiv Verein Zeit-Geschichte(n), Sammlung Dietmar Webel

als 38 000 DM einbehalten wurden; zusätzlich andere westliche Währungen, aber auch tschechische Kronen, ungarische Forint und in großem Umfang Währung der DDR: 14 575 Mark. Für das 1. Quartal 1988 waren es rund 30 000 DM, 8 000 Mark der DDR und sogar 1 Nigeria Naira. Weiterhin wurden drei Halsketten (»gelbes Metall«), ein Taschenrechner, eine Digitaluhr sowie Zahn- und Blattgold einbehalten.¹⁹⁶

Für die Kontrolle und Bearbeitung der Post war ausschließlich die Abteilung M zuständig. Mitarbeitern anderer Stasi-Dienststellen war es ausdrücklich untersagt, unter Umgehung der Abteilung M Postkontrollen einzuleiten oder durchzuführen. Die Arbeit erfolgte bis zum Ende der DDR streng geheim.

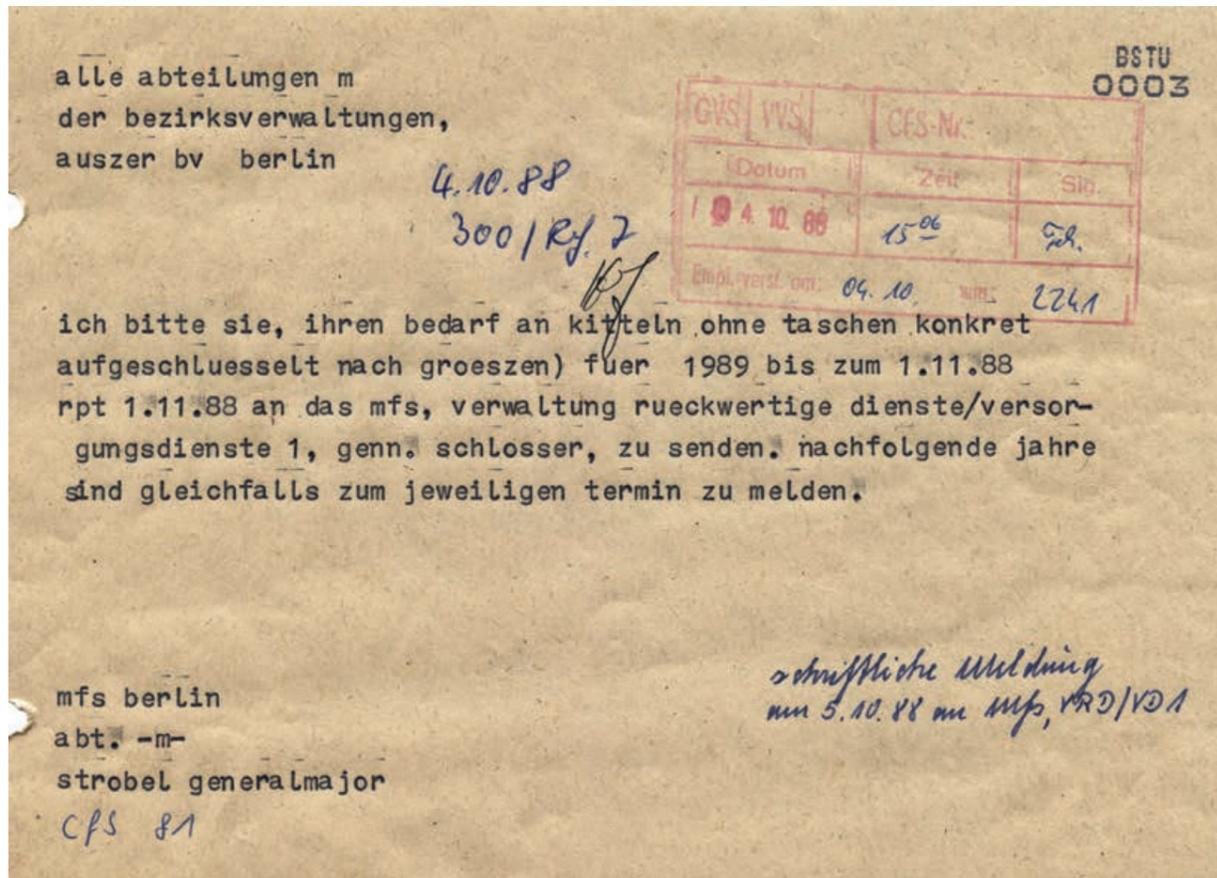
Die Mitarbeiter der Abteilung M prüften die Post nach festgelegten äußeren und inneren Merkmalen, führten Briefe einer inhaltlichen Auswertung zu, suchten nach Geheimschriften, schlossen Briefe mit »feindlich-negativen« Briefmarken beispielsweise mit einem Motiv zur Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« von der Weiterbeförderung aus.¹⁹⁷ Im Auftrag anderer Stasi-Dienststellen fungierten die Postkontrollen quasi als Dienstleister, wenn es um die Kontrolle

konkreter Empfänger- oder Absenderadressen oder um Schriftenfähdungen und -analysen ging.

Artikel 31 der DDR-Verfassung gewährleistet das Postgeheimnis.

Bis 1983 war die Postzollfahndung (PZF) des MfS als eigenständige Dienststelle für die Kontrolle der Paketpost zuständig. Zusätzlich zur Stasi kontrollierte regulär die Zollverwaltung der DDR die sogenannten Grobsendungen, also Pakete oder Päckchen, in den Postzollämtern (PZA). 1983/1984 wurde die Postzollfahndung in die Abteilung M integriert. Es gab also de facto eine doppelte Kontrolle: durch die Stasi und dann durch den Zoll.

Die Organisationsstruktur der Abteilung M in Halle und Magdeburg war der in der Berliner Stasi-Zentrale sehr ähnlich: Neben den in Magdeburg und Halle angesiedelten Referaten gab es »Außenstellen« beispielsweise in den Hauptpostämtern, Briefverteilzentren, Bahnpostämtern oder bei den Postzollämtern. In den



> Arbeitskittel ohne Taschen: Die eigenen Mitarbeiter sollten sich bei der Entnahme von Geld- und Wertgegenständen nicht selbst bereichern können. Oktober 1988
BSTU, MfS, BV Halle, Abt. M, Nr. 28, Bl. 3

Gebäuden der Deutschen Post waren die Räumlichkeiten, in denen die Stasi die Post kontrollierte, als »(Dienst)Stelle 12« legendiert. Bei der Paketkontrolle nutzte die Stasi in den Räumlichkeiten des Zolls die Legende »Postzollfahndung«. Ein Sachbearbeiter der Deutschen Post im Briefverteilamt Magdeburg erinnerte sich 1992 als Zeuge im Prozess gegen vier verantwortliche Offiziere der Staatssicherheit vor dem Landgericht Magdeburg: »Die Stelle 12 befand sich im Erdgeschoss der Hauptpost, vom Eingang in der Max-Josef-Metzger-Straße rechts. Im Raum der Stelle 12 war ich selbst nie. Die Post wurde bis zur Schleuse am Eingang der Stelle 12 gebracht. [...] Offiziell wurde nicht über die Stelle 12 gesprochen. [...] Die Bearbeitungsfrist betrug insgesamt 12 Stunden. [...], in 12 Stunden wurden etwa 20 000 Briefe abgearbeitet. [...] Insgesamt wurden täglich 20 000 eingehende und 10 000 ausgehende Briefe kontrolliert [...]. Da habe ich dann nicht an Unrechtmäßigkeit geglaubt.«¹⁹⁸

In Bezug auf das Bahnpostamt (BPA) in Halle äußerte IM »Angler« gegenüber seinem Führungsoffizier, dass »diese Dienststelle sicherlich keine Dienststelle der Zollverwaltung ist. Unter den Mitarbeitern des BPA wird diese Dienststelle zwar offiziell als Stelle 12 bezeichnet, aber inoffiziell wird diese Dienststelle auch als »Konsum« bezeichnet.«¹⁹⁹ Der IM wisse, so die Stasi, dass die Stelle 12 im Bahnpostamt »ein offenes Geheimnis ist.«²⁰⁰

Gegen verantwortliche Mitarbeiter der Stasi-Postkontrolle (Abteilung M) wurden nach 1990 unter anderem vor dem Landgericht Magdeburg Strafprozesse geführt. Keines der ausgesprochenen Urteile hielt einer Revision vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe stand.

RSi

Magdeburg-Neustadt und »Roter Ochse« – die Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit

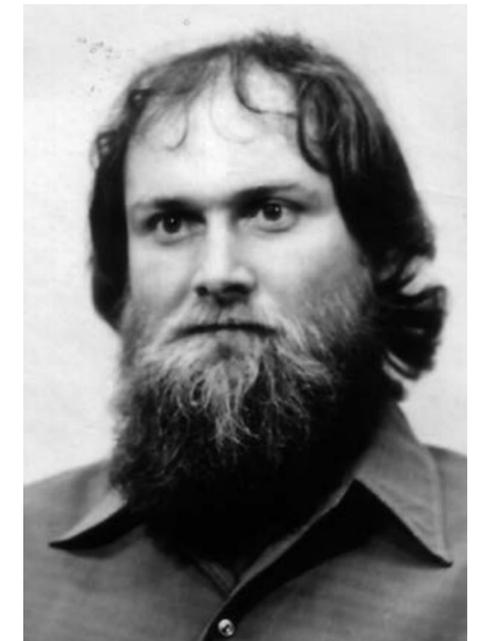
Wie in allen DDR-Bezirken unterhielt das MfS auch in den Bezirken Halle und Magdeburg Untersuchungshaftanstalten. Dort waren bereits in der Zeit des Nationalsozialismus sowie 1945 bis 1950 kriminelle wie auch politische Gefangene inhaftiert gewesen. Die Nazis vollstreckten im Hallenser Gefängnis 549 Todesurteile. Der sowjetische Geheimdienst verwendete es ab 1945 unter anderem als Internierungs- und Gerichtsort sowjetischer Militärtribunale, die über 1 600 Urteile fällten.²⁰¹ Das MfS betrieb seit 1950 eine Untersuchungshaftanstalt in Halle, die im »Roten Ochsen«. So wurde ein Gefängniskomplex genannt, auf dessen Gelände das MfS eines von drei Hafthäusern nutzte. Im Bezirk Magdeburg betrieb das MfS erst seit 1952 im Trakt der Vollzugsanstalt Sudenburg eine Untersuchungshaftanstalt. Sechs Jahre später verlegte es die Untersuchungshäftlinge in das leer stehende Gefängnis im Magdeburger Stadtteil Neustadt in der Umfassungsstraße 76. In den Haftanstalten betätigten sich die MfS-Abteilungen IX und XIV (S. 162). Während die Abteilung IX Ermittlungsverfahren durchführte, oblag der Abteilung XIV die Bewachung der Untersuchungshäftlinge.²⁰²

Magdeburg war die zweitkleinste, Halle die drittgrößte MfS-Untersuchungshaftanstalt der DDR. Die Untersuchungshaftanstalt in Magdeburg-Neustadt verfügte über 27 (ab 1983 über 25) Zellen und eine Aufnahmekapazität von 59 Untersuchungshäftlingen. Im »Roten Ochsen« konnten ab 1974 in 72 Zellen 172 Untersuchungshäftlinge untergebracht werden. Das MfS ließ in die zwei Magdeburger Untersuchungshaftanstalten insgesamt rund 5 800 Personen einliefern. In Halle inhaftierte es etwa 9 700 Personen.²⁰³

Lothar Rochau (Jg. 1952) arbeitete als evangelischer Jugenddiakon in Halle-Neustadt und bot unangepassten Jugendlichen eine Alternative zu den staatlich reglementierten Freizeitangeboten. Zusätzlich engagierte er sich in Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Beide Tätigkeiten stufte das MfS als »staatsfeindlich« ein. Im September 1982 verfasste Rochau zusammen mit Freunden eine Denkschrift, die dem MfS als Beweis

für seine »staatsfeindliche Hetze« diene. Schließlich inhaftierte die Staatssicherheit ihn am 23. Juni 1983 in der Untersuchungshaftanstalt »Roter Ochse«. Nach drei Monaten Untersuchungshaft verurteilte das Bezirksgericht Halle Rochau im September 1983, unter anderem wegen »staatsfeindlicher Hetze«, zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe. Noch während der Untersuchungshaft drängte ihn Rechtsanwalt Wolfgang Schnur (1944–2016), später als inoffizieller Mitarbeiter des MfS entlarvt, zur Ausreise in die Bundesrepublik, obwohl Rochau sein Land niemals verlassen wollte. Dennoch wurde er am 1. Dezember 1983 abgeschoben. Nach der Friedlichen Revolution in der DDR kehrte er nach Halle zurück.²⁰⁴

Für das MfS galt Lothar Rochau als »politischer Oppositioneller«. Gegen solche »Staatsfeinde« ging der SED-Staat unerbittlich vor. Doch die wenigsten hatten die Beseitigung der DDR im Sinn. Menschen wie Lothar Rochau versuchten innerhalb des Landes mehr Demokratie, Freiheit oder Umweltschutz durchzusetzen. Andere dagegen wollten lieber in der Bundesrepublik leben, weil ihnen der »real existierende Sozialismus« missfiel. Sie stellten einen Ausreiseantrag, der



> Lothar Rochau nach der Einlieferung in die Untersuchungshaftanstalt Halle. 23.6.1983
BSTU, MfS, BV Halle, AU 414/84, Bd. 3, Bl. 7



> Den Grenzübergang Marienborn versuchten ein Mann und ein Jugendlicher (Jg. 1954 und Jg. 1968) mit einem Tanklastwagen zu durchbrechen, scheiterten an der schweren Straßenrollsperrung und wurden in Haft genommen. 21.11.1983
BStU, MfS, BV Magdeburg, AU 375/85, Bd. 1, Bl. 187

> Beruhigungs- und Sicherungszelle (Dunkelzelle) in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Halle: Sie war 3 qm groß, mit Matratzen ausgelegt und vollkommen schalldicht. Vor 1989
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Fo, Nr. 28, Bild 34

nicht oder erst nach Jahren genehmigt wurde. Darum entschieden sich viele für die schnellere, aber strafbare und gefährliche »Ausreise«: die Republikflucht.

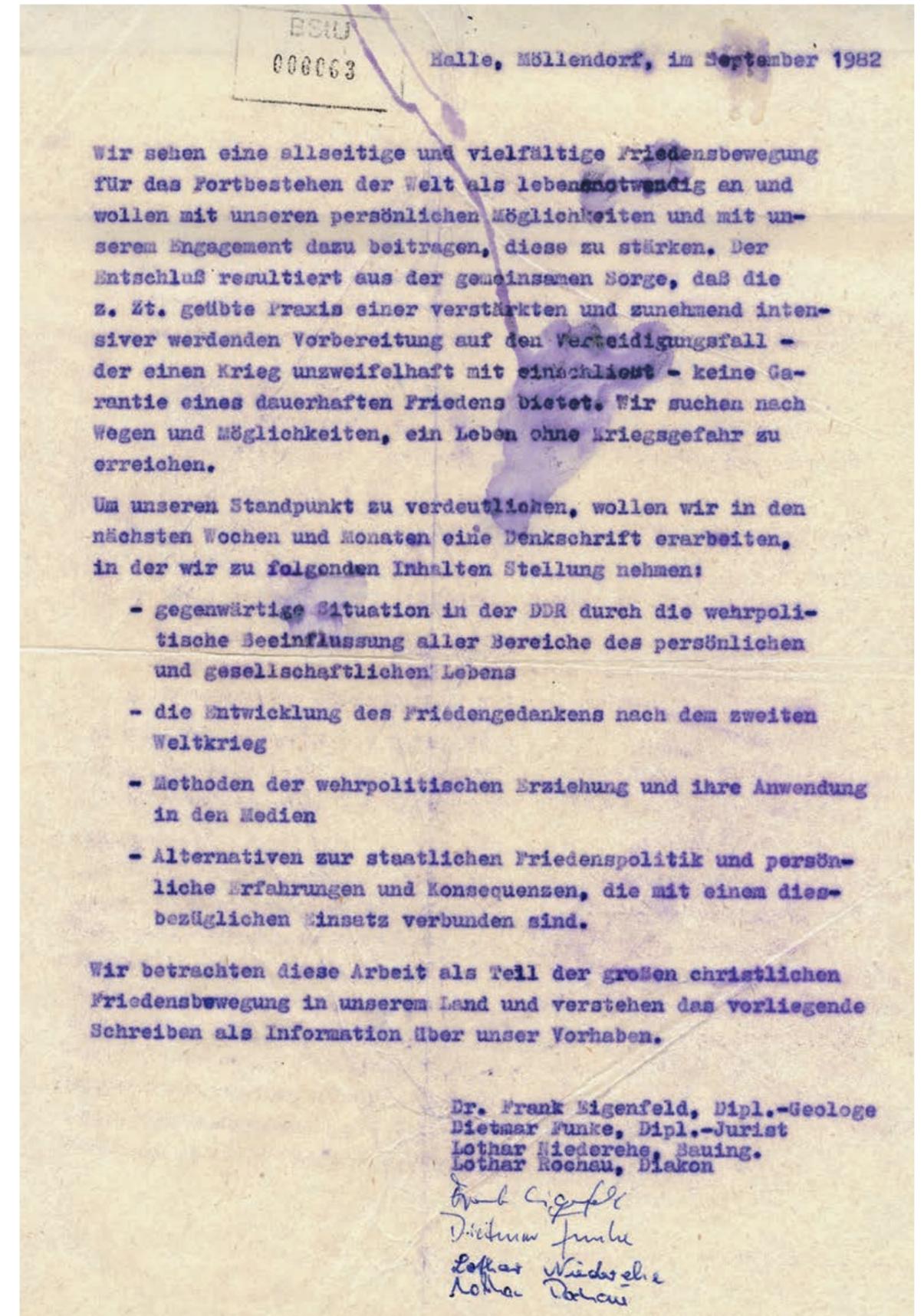
Diese Variante wählte auch der Magdeburger Hans-Jürgen Fricke. Am Abend des 21. November 1983 versuchte der Berufskraftfahrer gemeinsam mit einem Bekannten, die Autobahn-Grenzübergangsstelle Marienborn mit einem Tanklastzug zu durchbrechen, um in die Bundesrepublik zu flüchten. Nachdem es Fricke gelungen war, kleinere Sperreinrichtungen zu überwinden, stoppten ihn zwei Stahlbetonblöcke, die auf die Fahrbahn gerollt waren und diese blockierten. Beide entstiegen der schwer beschädigten Zugmaschine und versuchten zu Fuß, die etwa 600 Meter entfernte Grenze zu erreichen. Angehörige der Grenztruppen schossen auf Fricke und verletzten ihn. Daraufhin ergaben sich beide und wurden am nächsten Morgen in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt eingeliefert. Gegen Hans-Jürgen Fricke wurde ein Ermittlungsverfahren wegen »versuchten ungesetzlichen Grenzübertretts im schweren Fall« eingeleitet. Am 13. März 1984 verurteilte ihn das Bezirksgericht Magdeburg zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren.²⁰⁵

Was bedeutete Untersuchungshaft beim MfS? Diese Haft unterschied sich grundsätzlich von der Untersu-

chungshaft in einem demokratischen Rechtsstaat. Der Staatssicherheitsdienst setzte die Inhaftierten einem strengen Haftregime aus und isolierte die Gefangenen von ihrer Umwelt, um deren Persönlichkeit zu brechen. Damit sollte das wichtigste Ziel der Haft erreicht werden: das Ablegen eines Geständnisses.²⁰⁶

Nach Einlieferung in die Untersuchungshaftanstalt unterzog das MfS die Verhafteten einer immer gleichen Prozedur: Sie mussten sich vor den Mitarbeitern ausziehen, die die Häftlinge bis in die Körperöffnungen hinein absuchten. Kleidung und persönliche Gegenstände mussten die Verhafteten abgeben und stattdessen Anstaltskleidung tragen, obwohl laut Strafprozessordnung Privatkleidung gestattet war. Zum Schluss führte sie ein Mitarbeiter in eine Zelle. Jeder Untersuchungshäftling kam zunächst in Einzelhaft.²⁰⁷

Der Haftalltag war von einem strikten Tagesplan bestimmt, den die Hausordnung regelte. Diese normierte das Verhalten der Häftlinge. Zugleich beraubte das MfS die Gefangenen ihrer Intimsphäre. Jederzeit konnten sie von den Wärtern durch den Spion in der Zellentür beobachtet werden, auch bei der Notdurft, die lange Jahre in einen Kübel verrichtet werden musste. In Magdeburg ließ die Staatssicherheit erst ab 1968, in Halle ab 1971 Toiletten in die Zellen einbauen.²⁰⁸



> Haftgrund: Denkschrift für eine Friedensbewegung. September 1982
BStU, MfS, BV Halle, AU 413/84, Bd. 4, Bl. 63

Zelle d. 21-5-86

BStU
000011

Erklärung

Ich wurde heute eingewiesen, dass ich gegenüber meinem neuen Zelleninsassen nichts verlaunten kann mit dem Strafgefangenen [REDACTED] in einem Verwahrraum gelegen zu haben.

Die Zielstellung gegenüber meinem neuen Mitgefangenen besteht, seine Tatkraft in den weiteren Vernehmungen sowie zur Behandlung in Erfahrung zu bringen. Ihn zu Ruhe und Ordnung und zur Einhaltung der Hausordnung zu veranlassen sowie hinsichtlich Wahrheit gemäßer Aussagen zu beeinflussen.

Johann-Peter Kojinga

> Verpflichtungserklärung eines Zelleninformators in Halle. 28.5.1986
BStU, MfS, BV Halle, AZI 1053/87, Bl. 11

Bekam der Häftling nach Tagen oder Wochen Einzelhaft einen Mitgefangenen in die Zelle, geschah dies meist, um ihn durch zu Spitzeldiensten angeworbene Inhaftierte, sogenannte Zelleninformatoren, auszufragen. Mit versteckten Abhöreinrichtungen überprüfte das MfS, ob die Berichte der Wahrheit entsprachen. Auf diesem Weg erlangte es Informationen, die es gegen den Häftling verwenden konnte.²⁰⁹

Ansonsten unterbanden MfS-Mitarbeiter jeden Kontakt der Inhaftierten untereinander. Besuche und Briefe von Angehörigen wurden selten zugelassen. In dieser Isolation entstand beim Inhaftierten das Gefühl, der Staatsmacht schutzlos ausgeliefert zu sein. Wehrten sich Häftlinge gegen das Haftregime, reagierte das MfS mit »Disziplinar- und Sicherungsmaßnahmen«. Zu den strengsten zählte die zeitweilige Unterbringung in einer Arrestzelle.²¹⁰

Insbesondere die Isolation führte dazu, dass Häftlinge bei den Verhören ein kaum zu beherrschendes Redebedürfnis entwickelten. In den 1950er-Jahren erzwang die Staatssicherheit Geständnisse vor allem durch wochenlange Einzelhaft, Schlafentzug, nächtliche Ver-

höre und körperliche Misshandlungen. Solche Mittel wandte sie seit den 1960er-Jahren nur noch selten an. Überwiegend setzte das MfS nun auf psychologische Methoden: Desinformation, Verunsicherung, Zermürbung. Oft zur Anwendung kam die Androhung von negativen Konsequenzen für die Familie, das Stellen von immer denselben, schon längst beantworteten Fragen oder der Zwang, nicht korrekt wiedergegebene Protokolle zu unterschreiben. Ein Vernehmer in Magdeburg notierte sich in einer dienstlichen Schulung: »Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden«, was die Denkweise der Staatssicherheit anschaulich deutlich macht.²¹¹

Viele Häftlinge trugen in den MfS-Untersuchungshaftanstalten psychische Schäden davon und leiden bis heute unter den Folgen. Seit dem Ende der DDR können sie juristisch rehabilitiert werden und Folgeschäden geltend machen.²¹²

ASp

»Schlagartig und konspirativ« – Planungen der Staatssicherheit für Isolierungslager auf den Schlössern Seeburg und Reinharz

»Schwerter zu Pflugscharen« – mit schwerem Schmiedehammer und glühendem Eisen wurde 1983 die Kernlösung der Friedensbewegung an der Esse real und öffentlich in die Tat umgesetzt. Es war eine ungewöhnliche politische Demonstration an ungewöhnlichem Ort. Mitten in den Zeiten atomarer Hochrüstung von Ost und West hatte der evangelische Pfarrer Friedrich Schorlemmer (Jg. 1944) diese spektakuläre Aktion initiiert. Zu der biblischen Losung hatte Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider (Jg. 1942) bereits 1980 einen entsprechenden Aufnäher entworfen. Er wurde häufig an der Kleidung getragen und fand unter friedensbewegten Jugendlichen nicht nur in der DDR schnell Verbreitung.

Aus Sicht des MfS stand zu diesem Zeitpunkt längst fest, dass Schorlemmer ein Gegner von SED-Staat und sozialistischer Gesellschaft war. Schon 1968 hatte er sich an Aktionen gegen die neue Verfassung der DDR und die militärische Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei beteiligt. Später engagierte er



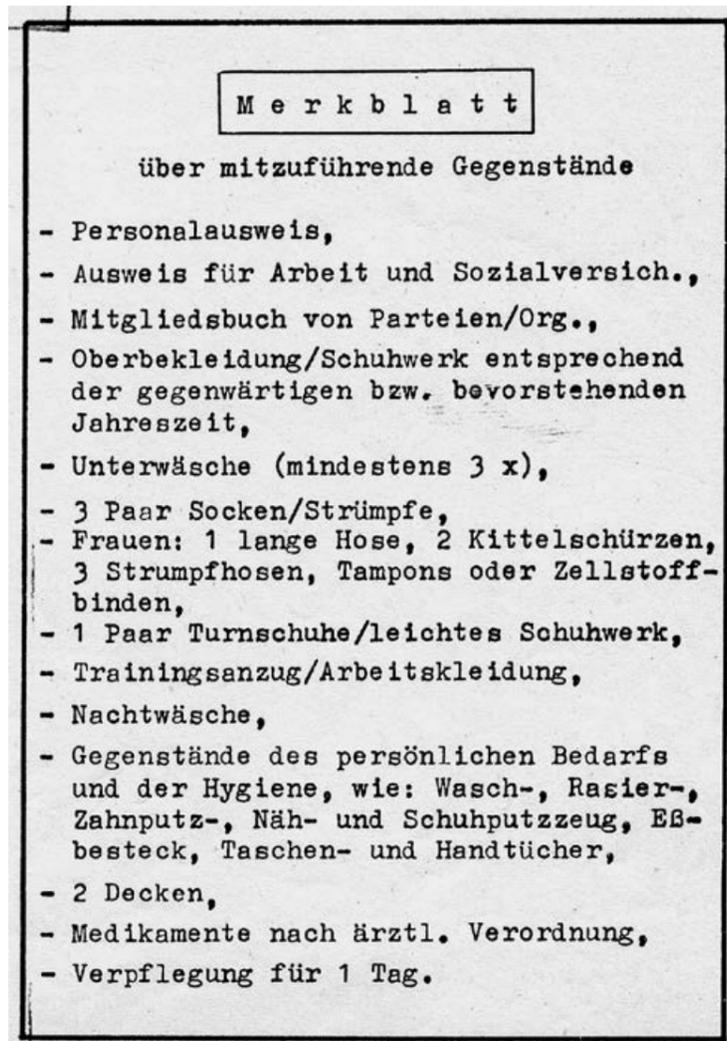
> Friedrich Schorlemmer. Vor 1989
BStU, MfS, BV Halle, KD Wittenberg, Nr. 1, Bl. 156

sich in Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen – seitens des Regimes allesamt unerwünschte politische Aktivitäten. Nach der Logik von SED und MfS war es offensichtlich, dass der politische Quertreiber Schorlemmer unter Kontrolle gehalten werden musste. Deshalb zählte Friedrich Schorlemmer auch zu jenen misliebigen Bürgern, die in einer politischen Krisensituation aus der Öffentlichkeit verschwinden sollten.

Ein Verhaftungskommando, vom MfS »Isolierungsgruppe« genannt, wäre nach Auslösung der Aktion »Sandkasten« zu seiner Wohnung im Wittenberger Predigerseminar gefahren und hätte ihn ohne Haftbefehl festgenommen. Diese Kommandos sollten aus drei hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern bestehen und mit UKW-Sprechfunkgerät, drei Pistolen, zwei Maschinengewehren und Schlagstöcken ausgestattet sein. Schorlemmer wären nur wenige Minuten geblieben, um eilig einige Dinge zusammenzupacken. Ein kleiner, als »Merkblatt« überschriebener Zettel gab vor, was mitzunehmen war: etwa Decken, Verpflegung für einen Tag, passende Kleidung für die bevorstehende Jahreszeit. Spätestens jetzt hätte Friedrich Schorlemmer ahnen können, dass er möglicherweise über einen langen Zeitraum nicht heimkehren würde. Vom vorläufigen Isolierungsstützpunkt der MfS-Kreisdienststelle Wittenberg (S. 166) wäre er nach höchstens 24 Stunden ins zentrale Isolierungslager Schloss Reinharz gebracht worden.

Was die SED mit den Häftlingen in den Isolierungslagern letztendlich vorhatte, kann auch Schorlemmer nur vermuten: »Die DDR war ja ziemlich klamm. Sie hätte sicher versucht, die »Isolierten« so zu demütigen und ihnen das Rückgrat zu brechen – was sie bei einigen auch geschafft hätte –, und dann hätte sie sie in den Westen verkauft.«²¹³

Den Ablauf der Verhaftungen und die Einrichtung von Isolierungslagern hatte das MfS mit militärischer Akribie vorbereitet. Allein in den Bezirken Halle und Magdeburg sollten über 1 000 Bürgerinnen und Bürger bei einem inneren oder äußeren Spannungsfall in Isolierungslager gesperrt werden. Die Pläne für diese Lager wurden von Hunderten MfS-Mitarbeitern über Jahrzehnte hinweg weiterentwickelt und waren ein streng gehütetes Staatsgeheimnis. Erich Mielke befahl 1967: »Zu isolieren sind in erster Linie Personen und



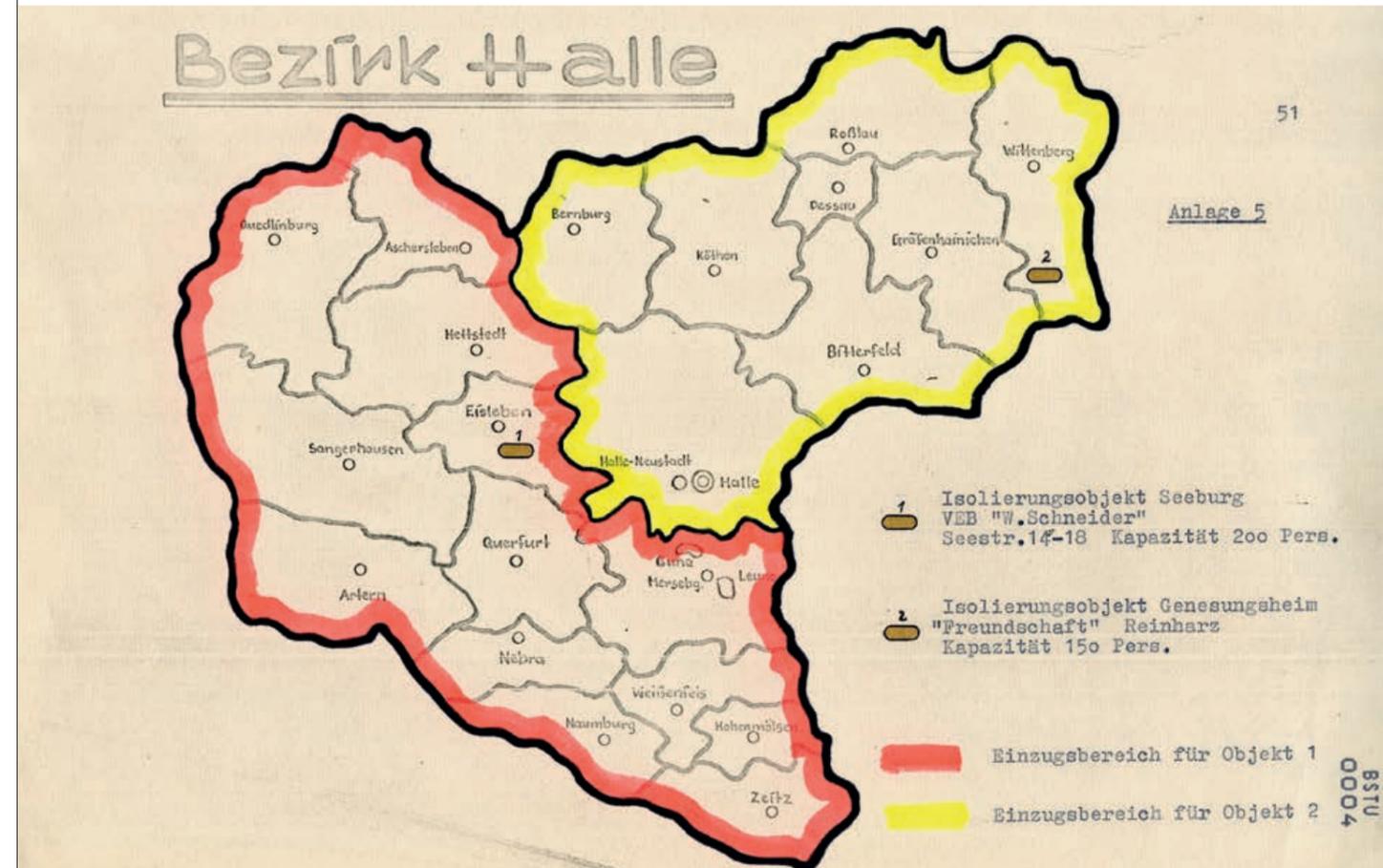
> Handzettel des MfS. Festgenommene Personen sollten die aufgeführten Dinge mitnehmen. Vor 1989
BStU, MfS, BV Halle, KD Wittenberg, Nr. 1, Bl. 45

Personengruppen, deren politische Zuverlässigkeit im Verteidigungszustand nicht gewährleistet ist und bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie aufgrund ihres Gesamtverhaltens und ihrer Möglichkeiten negativen politischen und ideologischen Einfluss auf bestimmte Bevölkerungskreise ausüben und unter besonderen Bedingungen eine Gefahr darstellen können.«²¹⁴ Diese vage und zugleich ausufernde MfS-Charakterisierung konnte sowohl auf Umweltschützer, Menschenrechtler oder auf Personen zutreffen, die »unter dem Schutz reaktionärer klerikaler Kräfte mit relevanten Handlungen« auftraten.²¹⁵ Der streitbare Theologe Friedrich Schorlemmer wurde deshalb zusammen mit landesweit mehr als 10 500 DDR-Bürgern unter der Kennziffer 4.1.3. vom MfS registriert. Mit wenig Gespür für historische Zusammenhänge wurde dafür kurzerhand die Abkürzung »Kz. 4.1.3.« verwendet. Und was wurde den Menschen strafrechtliche vorgeworfen? Es ging um strafbewehrte Vorwürfe wie Landesverrat, staatsfeindliche Verbindung, staatsfeind-

liche Hetze und ungesetzlicher Grenzübertritt, denen die Stasi vorbeugend begegnete.²¹⁶

**»Vorbeugung [ist] Wesenselement der Sicherheitspolitik der Partei.«
(MfS-Definition)**

In einer Kartei sammelte die Stasi persönliche Angaben der Bürger, Personalfotos, Hinweise auf Verbindungen zu anderen Personen bis hin zu Angaben zum Klingelknopf oder zu Hinterausgängen von Wohnungen. Die Betroffenen waren im Krisenfall binnen 24 Stunden abzuholen und in eines der landesweit 35 Isolierungslager zu bringen. Als zentrale Isolierungslager hatte das MfS in vielen Bezirken Burg- und Festungsbauten vorgesehen. Im Bezirk Halle war die Wahl auf gleich zwei historische Bauwerke gefallen:



> Geplante Isolierungslager im Schloss Seeburg und Schloss Reinharz mit Einzugsbereichen, aus denen die festgenommenen Bürger in die Lager überstellt werden sollten. Vor 1989
BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 96, Bl. 4

Schloss Seeburg bei Eisleben und Schloss Reinharz nahe Wittenberg.

Die Abläufe in den Lagern waren vorab geregelt. Jeder Festgenommene war erkennungsdienstlich zu behandeln, medizinisch zu untersuchen, mit einer »Isolierungsnummer« zu registrieren und einem »Isoliertenkommando« zuzuteilen. Später sollten die Häftlinge innerhalb des Lagers oder in Betrieben zwangsweise als Arbeitskräfte eingesetzt werden. In gleicher Weise wurden auch politische Strafgefangene in den Gefängnissen zur Produktion herangezogen. Durch den geringen Automatisierungsgrad in den Produktionsstrecken war die DDR auf den Einsatz jeder Arbeitskraft angewiesen.

Die MfS-Bezirksverwaltung Halle entwickelte präzise Konzeptionen für die Ausgestaltung des Lagerlebens. Sie reichte von der Belegkapazität mit maximal 500 Menschen je Lager über die tägliche Verpflegungsnorm im Gegenwert von 0,50 DDR-Mark, die Kenn-

zeichnung der Häftlingskleidung mit Ärmelstreifen bis hin zu Verhaltensvorgaben für die Lagerinsassen: »Beim Aufschluss bzw. Betreten des Verwahrraums durch Angehörige des Isolierungsobjektes haben die Verwahrraumältesten »Achtung!« zu rufen und Meldung zu erstatten.«²¹⁷ Ausbrüche von Lagerinsassen waren mit Waffengewalt zu verhindern.

Die Planungen für die massenhafte Isolierung wurden laufend aktualisiert und militärisch »tagfertig« gehalten. Es blieb nicht nur bei Konzepten, die Umsetzung wurde jährlich geübt. Im Oktober 1989, als die politische Situation im Land den Machthabern Stück für Stück entglitt, standen SED und MfS kurz davor, die Kuverts mit den Einsatzpapieren zur Isolierung zu öffnen. Das aktuelle Codewort dafür lautete »Sandkasten«. Die Verhaftungskommandos des MfS hätten dann sehr genau gewusst, bei wem sie gleich klingeln würden.

PBo



Der Einsatz

> Konspirative Beobachtung von Passanten durch das MfS in der Innenstadt von Halle.
Vor 1989
BStU, MfS, BV Halle, Abt. 26, Fo, Nr. 1, Bl. 5 (Ausschnitt)

Großbrand im VEB Orbitaplast Weißandt-Görlau

Im Mittelpunkt der Wirtschaftsüberwachung des MfS stand im Bezirk Halle vor allem der exportintensive Chemiesektor. Unter anderem begutachteten die Offiziere hier den Gebäude- und Anlagenzustand. Sie ermittelten bei schweren Havarien und überwachten größere Investitionsprojekte. Besondere Aufmerksamkeit galt in der Regel leitenden Funktionären in den Außenhandelsdirektionen, in den Forschungsabteilungen und in einzelnen bedeutsamen Produktionsabschnitten. Ihre Pflichtverletzungen und Westkontakte lösten die meisten Überwachungsprogramme aus. Um ein genaueres Verständnis von der Arbeitsweise der Geheimpolizei auf dem Wirtschaftssektor zu gewinnen, lohnt ein Blick in die Kunststoffabrik »Orbitaplast« in der anhaltischen Stadt Weißandt-Görlau.

Der zu den Buna-Werken zählende Kombinatbetrieb hatte Anfang der 1980er-Jahre eine besondere ökonomische Relevanz erlangt. Dank einer aus Italien importierten Heizwalze – einem sogenannten »Kalander« – war er zum Alleinproduzenten für exportfähige Hartfolien avanciert.²¹⁸ Auf der Neuinvestition ruhten große Erwartungen. Devisen sollten erwirtschaftet und Importe ersetzt werden. Umso fassungsloser zeigte sich die für »Orbitaplast« zuständige Kreisdienststelle Köthen (S. 165) des MfS über das Chaos in den Produktionshallen. In einem Bericht aus dem Jahr 1985 hielt sie fest: Kabelkanäle sind mit Wasser gefüllt, Schalträume überhitzt, Ersatzteile fehlen und leicht entzündliche Stoffe werden regelwidrig gelagert.²¹⁹ Es verwundert nicht, dass die Offiziere bei diesen Zuständen ein ungewöhnlich hohes Störereignis registrierten: zehn größere Havarien in drei Jahren, 65 Zwischenfälle allein im ersten Halbjahr 1985. Im Planjahr 1984/1985 musste die gerade importierte Vorzeigewalze ganze 38 Tage stillstehen, das entsprach einem ökonomischen Schaden von 2,8 Mio. Valutamark.²²⁰ Für die Kreisdienststelle stand außer Frage, dass die Leitungskräfte vor Ort die Hauptverantwortung für diese Schwierigkeiten trugen. Mit »nicht vertretbar niedrigem Verantwortungsbewusstsein«, so die Offiziere, würden sie ein erfolgreiches Exportprodukt leichtfertig aufs Spiel setzen.²²¹

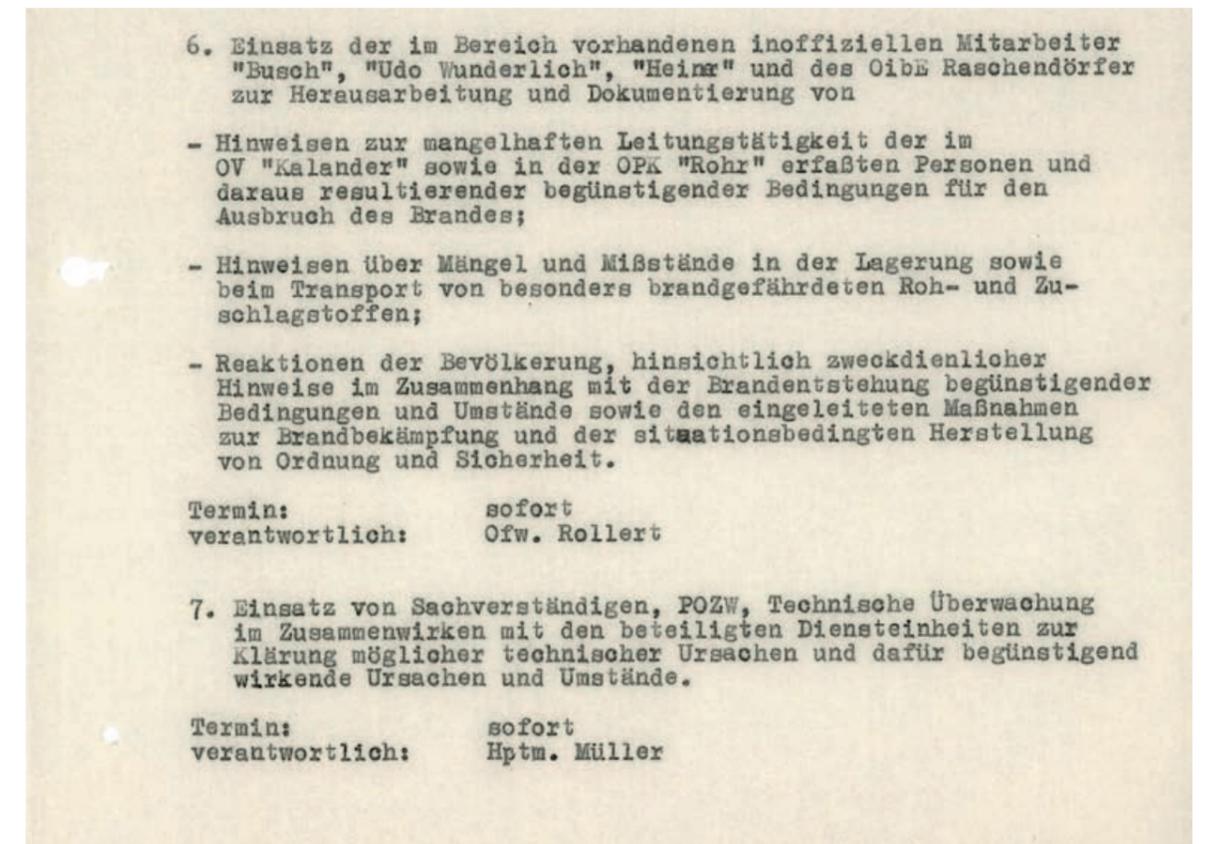
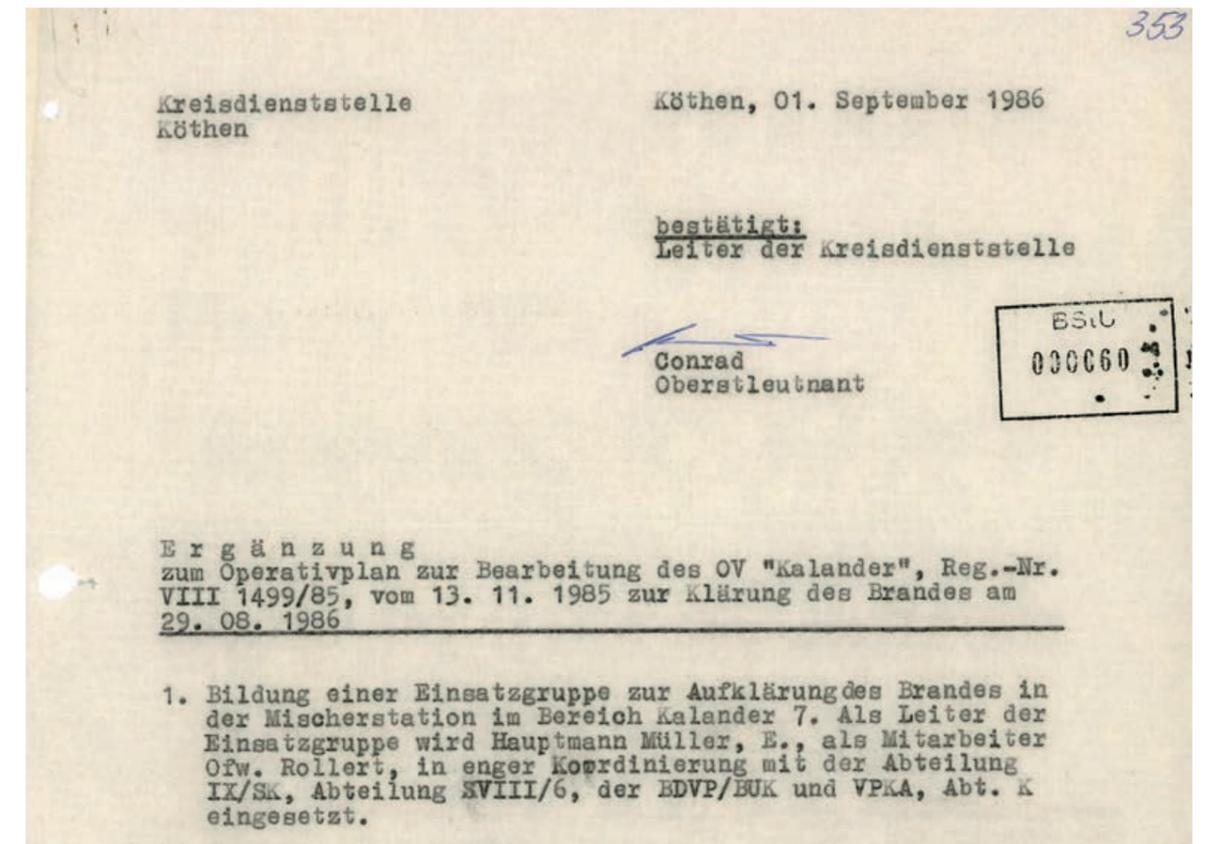
Wie agierte das MfS in einer solchen Situation? Um Ordnung in die Problemabteilung »Kalander« zu

bekommen, initiierten die Offiziere im Sommer 1985 ein ganzes Bündel an Maßnahmen: Sie organisierten Aussprachen zwischen »Experten« und Leitungs- und Schichtpersonal, veranlassten Kontrollgänge der staatlichen Finanzrevision und der Arbeitsschutzinspektion und beauftragten die Betriebsleitung, die Hallenbelüftung zu verbessern und eine Generalreparatur anzusetzen.²²² Gleichzeitig nahmen sie den Leiter der Folienfabrik, den Technikdirektor und den Abteilungsleiter für Instandhaltung konspirativ ins Visier. Im Rahmen des Operativen Vorgangs »Kalander« wurde ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit geprüft.²²³ Sichtbar wird hier ein typisches Reaktionsmuster des MfS, eine Kombination aus direkten Anordnungen, indirekten Kontrollen über beauftragte »Partnerorgane« und geheimpolizeilichen Überwachungsmaßnahmen.

Der Erfolg dieser Strategie blieb allerdings gering. Nach Darstellung der Kreisdienststelle zeigten die Verantwortlichen wenig Interesse, mit den eingesetzten Sachverständigen und Finanzprüfern zusammenzuarbeiten. Auch die von ihnen geforderte Generalreparatur wurde erst mit halbjähriger Verzögerung angegangen. Mangels Beweisen gelang es den Offizieren nicht, einzelne Leiter vor Gericht zu bringen. Selbst betriebliche Disziplinarmaßnahmen, so ein Bericht der Bezirksverwaltung Halle des MfS, wurden von ihnen erfolgreich abgewehrt.²²⁴ Die Folge war, dass die Kalander-Abteilung weiterhin durch Unordnung und technische Störungen von sich reden machte. Ernüchert kamen die Offiziere im Oktober 1985 zu der Schlussfolgerung, dass »weitere schwere Havarien zu erwarten« seien.²²⁵

Dass diese Aussage fast prophetisch war, stellte sich ein Jahr später heraus. Am 29. August 1986 ereignete sich im »Orbitaplast« eine Katastrophe, die alle bisherigen Störfälle in den Schatten stellte. Durch einen Kurzschluss an einem Gabelstapler fing ein explosives Gemisch aus Staub, Luft und chemischen Zusatzstoffen Feuer. Binnen Minuten stand die gesamte Folienfabrik in Flammen. Der Großbrand kostete einen Anlagenfahrer das Leben, ein weiterer wurde schwer verletzt.²²⁶ Die neu erworbene Heizwalze brannte völlig aus. Der Sachschaden belief sich auf über sieben Mio. Mark.²²⁷

Den Vertretern der Staatssicherheit und der Justizorgane war in dieser Situation klar, dass sie nun drastischer durchgreifen mussten. Nach vier erfolglosen Jahren war es für sie an der Zeit, ein wirkungs-



> Brandermittlung der KD Köthen mithilfe eines »Operativplans«. 1.9.1986. BStU, MfS, BV Halle, AOP 3064/87, Bd. 2, Bl. 60, 61



> Am 29. August 1986 brannte die Kalender-Abteilung des VEB Orbitaplast in Weißandt-Görlau aus. BStU, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Nr. 172, Bl. 35, Bild 1

volles Exempel zu statuieren. Die geheimpolizeilichen Ermittlungen wurden ausgeweitet und das staatliche und betriebliche Inspektionswesen erneut in Gang gesetzt. In den Mittelpunkt ihrer Offensive rückten sie dabei den Betriebsdirektor von »Orbitaplast«, Rudolf Schnittfincke. Gegen ihn leitete das MfS im September 1986 ein strafrechtliches Untersuchungsverfahren ein, dass im März des Folgejahres zur Anklageerhebung vor dem Bezirksgericht Halle führte. Vor geladenen Gästen wurde im Juni 1987 das Urteil verkündet: zwei Jahre Haft und 2 500 Mark Schadensersatzzahlung wegen »fahrlässiger Verursachung eines Brandes«. ²²⁸ Zusätzlich erreichte die Staatsanwaltschaft, dass gegen sechs weitere Leitungskader Disziplinarmaßnahmen des Betriebes und Ordnungsstrafen der Arbeitsschutzinspektion des FDGB verhängt wurden. ²²⁹

Mit vereinten Kräften hatten Justiz, MfS und staatliche Kontrollorgane diesmal ihr Ziel erreicht: Sie fanden Schuldige und veranlassten Sanktionen. Was wurde bei dieser Art der Krisenreaktion deutlich? Zunächst, dass einige Vorwürfe von MfS und Justiz gegenüber den Funktionären nicht ganz unberechtigt waren, Vorschriften tatsächlich verletzt und berufliche Pflichten vernachlässigt wurden. Aber auch, dass es keine Debatte über die tiefer liegenden Ursachen des

Großbrands gab. Warum wurden Reparaturen immer wieder verschoben? Warum fehlte es regelmäßig an Ersatzteilen? Warum wurden hochexplosive Stoffe in der Nähe der Heizwalzen gelagert? Diese Fragen hätten strukturelle Probleme angesprochen, etwa den chronischen Fachkräftemangel, die unzureichenden Sanierungsinvestitionen oder eine unterentwickelte Infrastruktur. Doch das MfS bevorzugte individuelle Schuld und vertraute auf Disziplinarmaßnahmen, Überwachungsprogramme und – in Einzelfällen – auf öffentlichkeitswirksame Strafprozesse. Ob mit dieser Vorgehensweise ein größeres Engagement der Leitungskräfte oder eine nachhaltige Stabilisierung der Anlagen erreicht werden konnte, darf bezweifelt werden. Vor allem der Umgang mit Schnittfincke wurde bei einem Teil der Kombinatangehörigen eher mit Bestürzung und Resignation aufgenommen. »Dass ein so hohes Strafmaß ausgesprochen wurde«, so ein Funktionär aus dem Betriebsteil Westeregeln, »kann er nicht fassen«. Was mit Schnittfincke passiert sei, könne täglich jedem staatlichen Leiter widerfahren. »Deshalb«, so der Funktionär weiter, »sei keiner mehr bereit, Verantwortung zu übernehmen«. ²³⁰

MSc

»Verschlussache Umweltschutz« im Chemiedreieck Halle

Dass im Chemiebezirk Halle von Schadstoffen in Luft, Wasser und Böden teilweise erhebliche »Gefahren für Leben und Gesundheit der Werktätigen und der Bevölkerung« ausgingen, war gegenüber der betroffenen Bevölkerung ein wohlgehütetes Geheimnis. ²³¹ Zwar hatte die DDR als einer der ersten Staaten in Europa ein Umweltministerium gegründet und den Umweltschutz sogar in der Verfassung verankert. Doch rückblickend existierte die Umweltpolitik der SED nur auf dem Papier. Investitionen in den Umweltschutz wurden seit Mitte der 1970er-Jahre sukzessive verschleppt und vor dem Hintergrund zunehmender Wirtschaftsprobleme zugunsten der Planerfüllung hintangestellt. Die Umwelt- und Gesundheitsbehörden besaßen nur wenig Gestaltungsraum und konnten kaum mehr leisten, als die Umweltprobleme der DDR zu dokumentieren.

In der Region Halle registrierten sie zum Beispiel die höchste Bronchitis-Sterblichkeit der DDR, Wachstums- und Entwicklungsverzögerungen bei Schulkindern sowie eine vergleichsweise geringere Lebenserwartung. Auch ökonomisch schlugen sich Luft- und Wasserverschmutzungen nieder: Allein im Chemiekombinat Bitterfeld bezifferten Funktionäre die jährlichen Schäden durch Umweltverschmutzungen auf mehr als 70 Mio. Mark. ²³²

Die Vernachlässigung ökologischer Belange hatte auch zur Folge, dass die »seit Jahren über den gesetzlichen Grenzwerten liegenden Umweltbelastungen [...] in zunehmendem Maße zu Unzufriedenheit und Unruhe unter der Bevölkerung« führten, wie die Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes in Halle 1983 beobachtete. ²³³ In den Amtsstuben des Bezirkes Halle häuften sich seit den frühen 1980er-Jahren Eingaben zu Umweltproblemen, die von Einwohnern verfasst waren. Solche Beschwerden waren zwar kein neues Phänomen. Schon immer brachten die Bewohner aus der Nachbarschaft großer Betriebe ihre Klagen wegen dreckiger Wäsche, eingegangener Pflanzen oder der allgegenwärtigen Flugasche in Haus und Hof vor. Zumeist fanden sich dann unbürokratische Lösungen wie etwa Entschädigungszahlungen.

Doch die Mitarbeiter der Umweltbehörden nahmen seit 1982/83 einen Wandel wahr, wonach die Men-

schon zunehmend grundsätzliche Fragen zur Umweltverschmutzung und zur Umweltpolitik des Staates stellten. Die Bürger forderten Informationen zu Grenzwerten und Daten über Schadstoffbelastungen und stellten dadurch die staatlichen Funktionäre vor politisch heikle Probleme. Denn die Partei- und Staatsführung hatte, in Anbetracht alarmierender Umweltberichte, Daten zum Zustand der natürlichen Umwelt im November 1982 weitgehend zu Staatsgeheimnissen erklärt. Sie hoffte mithilfe eines restriktiven Informationsregimes, kritische Berichte westlicher Medien verhindern und das Engagement kirchlicher Umweltgruppen im Keim ersticken zu können, um damit unliebsame Diskussionen in der Bevölkerung zu unterbinden.

Die Umsetzung und Kontrolle der Geheimhaltung oblag federführend dem Ministerium für Staatssicherheit, das unmittelbar nach der Verabschiedung der Geheimhaltungsanordnung die staatlichen und betrieblichen Umweltschutzeinrichtungen im Bezirk Halle zu »Sicherungsobjekten« erklärte. Fortan wurden alle Mitarbeiter dieser Institutionen vom MfS überprüft und überwacht. MfS-Offiziere rekrutierten inoffizielle Mitarbeiter in den Kombinat und Behörden, die unter anderem regelmäßig über ihre Kollegen berichten und damit sicherstellen sollten, dass dort nur »zuverlässige Kader« arbeiteten, die gegenüber der Öffentlichkeit Stillschweigen über die teils gravierenden Umweltbelastungen bewahrten. In Einzelfällen wurden Mitarbeiter, die als »unzuverlässig« galten, sogar aus ihrer Stellung »herausgelöst«. In der Mehrzahl hielten sich die Funktionäre jedoch an die Geheimhaltung und gaben keine Auskunft zu Messwerten oder gesundheitlichen Gefährdungen. Die Ausmaße der Umweltverschmutzung wurden erst nach dem Fall der Mauer öffentlich.

Diese »Vogel-Strauß-Politik« stieß sowohl bei Eingabeverfassern als auch bei Umweltaktivisten, die sich unter dem Dach der Kirche organisierten, auf Unverständnis und Kritik. Insbesondere unabhängige Umweltgruppen, die in der DDR seit den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren mit »Baumpflanzaktionen«, Fahrradkorsos oder anderen kreativen Aktionen auf die zunehmende Umwelterstörung aufmerksam machten, kritisierten immer häufiger öffentlich die Umwelt- und Informationspolitik des Staates, wodurch sie in den Fokus des Staatssicherheitsdienstes gerieten.



> Nach der ARD-Ausstrahlung des Dokumentarfilms »Bitteres aus Bitterfeld« 1988 fotografierte die Staatssicherheit selbst die Umweltschäden in und um Bitterfeld.

BStU, MfS, BV Halle, OD CKB, Nr. 1264, Bl. 14, Bild 2 und Bl. 9, Bild 3

Ob Mitglieder des kirchlichen Forschungsheims in Wittenberg, der ökologischen Arbeitsgruppe beim evangelischen Kirchenkreis Halle oder einer Umweltgruppe im Lutherhaus Bitterfeld, sie alle wurden von der Staatssicherheit observiert und – wie es im Stasijargon hieß – mit »Zersetzungsmaßnahmen« bearbeitet. So wurden Teilnehmer einer Fahrraddemonstration zu den Buna-Werken von der Volkspolizei verhaftet und verhört; andere Umweltschutzaktive, die Vorträge über Umweltprobleme hielten, wurden zu »klärenden« Gesprächen mit ihren Arbeitgebern zitiert und mit Kündigungen bedroht; und schließlich wurden auch Ausstellungen verboten oder selbst hergestellte Informationsblätter konfisziert.²³⁴

Trotz der intensiven Überwachung und ständiger Disziplinierungen bis hin zu einschneidenden Repressionen gelang es SED und MfS jedoch nicht, das Engage-

ment der zahlenmäßig kleinen DDR-Umweltbewegung zu unterbinden. Vielmehr knüpften Umweltengagierte Netzwerke und tauschten Informationen; sie gaben Samisdat-Zeitschriften heraus wie die »Briefe« oder das »Blattwerk«, sie gründeten Umwelt-Bibliotheken²³⁵ und organisierten Informationsveranstaltungen. In den letzten Jahren der SED-Diktatur gelangen den Umweltinitiativen sogar spektakuläre Aktionen. Mit dem in der ARD-Sendung »Kontraste« ausgestrahlten Film »Bitteres aus Bitterfeld« war es DDR-Umweltaktivisten des »Grün-ökologischen Netzwerkes Arche« erstmals gelungen, das umweltpolitische Versagen der SED an einem konkreten Fallbeispiel filmisch zu dokumentieren und der Öffentlichkeit vor Augen zu führen.²³⁶ Bezeichnenderweise hatte der Kurzfilm Umweltfrevel aufgedeckt, die auch den Staatsorganen und dem MfS weitgehend unbekannt waren, sodass sich die MfS-Objektdienststelle des Chemiekombinates Bitterfeld (© S. 166) veranlasst sah, eine Fotodokumentation anzufertigen.

In Bitterfeld hatte eine Umweltgruppe bereits 1986 mit dem Aufstellen eines mehrere Meter hohen »Müllmanns« mitten im Zentrum der Chemiestadt für Aufsehen gesorgt. Und am Vorabend der Friedlichen Revolution gelang einer Umweltgruppe aus Halle ein spektakulärer Coup. Zum Weltumwelttag veranstalteten einige Mitglieder der »Ökologischen Arbeitsgruppe« am Ufer der Saale ein »Schau-Angeln« und forderten auf einem selbst gestalteten Plakat: »Wir wollen nicht mehr im Trüben fischen!« Kurze Zeit später trafen mehrere Volkspolizisten ein, die das Plakat konfiszierten, die Personalien der Anwesenden aufnahmen und die Veranstaltung für beendet erklärten. Der eigentliche Plan der Gruppe aber ging auf. Denn während die Volkspolizisten mit dem »Schau-Angeln« beschäftigt waren, konnten andere Mitstreiter an einer stark befahrenen Brücke zwischen Halle und Halle-Neustadt ein 30 Meter langes Transparent befestigen und für alle Bürger sichtbar auf die Umweltbelastungen im Chemiebezirk aufmerksam machen.

Der Partei- und Staatsführung war es mithilfe des MfS zwar gelungen, Daten zur Umweltverschmutzung bis zum Ende der SED-Diktatur geheim zu halten. Doch das selbst gesteckte Ziel, kritische Diskussionen zu unterbinden, wurde nicht nur nicht erreicht, sondern

A B S C H R I F T

BStU
090203
141

23.04.1985

4201 Roßbach

An den Rat des Kreises Merseburg
- Abteilung Umweltschutz -

E i n g a b e
Betr.: Vermehrter Schadstoff-Ausstoß zur Nachtzeit

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß man nach 23 Uhr die Fenster schließen mußte, weil die Luft auch in einem geruchsmäßig wahrnehmbaren Ausmaß plötzlich wesentlich schlechter wurde. Wenn schon der begrenzte menschliche Geruchssinn eine derartige plötzliche Zunahme von Schadstoffen feststellen kann, was würden dann erst die Apparate messen? Am schlimmsten war es am 19. April. Da hatte man bereits 21.30 Uhr Angst, richtig durchzuatmen, weil man das Gefühl haben mußte, Gift zu atmen. Besonders bei schönem Wetter und wenn es windstill ist, tritt diese Erscheinung auf. Diese Beobachtungen veranlassen mich zu der Überlegung, daß die in der Nähe liegenden Chemiekombinate Leuna und Lützkendorf die Nachtstunden nutzen, um Giftstoffe in die Luft zu blasen, die normalerweise in Filtern aufgefangen würden. Tagsüber sind diese Filter scheinbar in Benutzung – nachts werden sie weggelassen.

Ich ersuche Sie daher dringend zu prüfen, wieweit nachts die zulässigen Emissionswerte überschritten werden und von welchem Betrieb und welchen Anlagen diese offensichtliche Verletzung des Landeskulturgesetzes und seiner Durchführungsbestimmungen geschieht. Im Interesse unserer eigenen Gesundheit, dem Leben und der Gesundheit unserer Kinder, der weiteren Existenz der Millionen von neu angepflanzten Bäume im Kreisgebiet Merseburg ist es dringend erforderlich, solchen fahrlässigen zusätzlichen Luftverunreinigungen so schnell wie möglich Einhalt zu gebieten.

gez. [Redacted]

F. d. R. d. A.
[Signature]

> Eingabe eines Bürgers zur Umweltverschmutzung, 23.4.1985
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Reg.-Nr. VIII 2169/83, Teil II, Bl. 203



> Doppelte Aktion – ein Ziel: Mit einem »Schau-Angel« an der Kröllwitzer Brücke lenkten die Aktivisten die Volkspolizei Halle ab. In dieser Zeit gelang es weiteren Mitgliedern der »Ökologischen Arbeitsgruppe«, getarnt als Bauarbeiter, ein 30 Meter langes Transparent an der Mansfelder Brücke zu befestigen. Eine bittere Niederlage für die Staatssicherheit: Trotz Einschleusung von IM hatte sie von dieser Aktion im Vorfeld nicht erfahren. 5.6.1989
Fotos: Wieland Berg, Frank Weber

durch die Geheimhaltung sogar konterkariert. Denn »auf der Hand liegende Probleme wie »Smog« konnten »nicht durch Totschweigen aus der Welt geschafft werden«. ²³⁷ Die Bevölkerung machte sich Gedanken um gesundheitliche Gefahren und die Zerstörung der natürlichen Umwelt und die unabhängigen Umweltgruppen brauchten keine konkreten Daten, um auf die Umweltmisere aufmerksam zu machen. Das beständige Stillschweigen der staatlichen Verantwortungsträger führte letztlich zu einem nachhaltigen Vertrauens-

verlust in die staatlichen Behörden, weshalb es nicht verwundern konnte, dass die Offenlegung von Umweltdaten und umweltpolitische Reformen wichtige Forderungen der Friedlichen Revolution waren. Im Januar 1990 kamen zum Beispiel mehr als 8 000 Menschen in Merseburg zur ersten Umweltdemonstration zusammen und proklamierten unter anderem: »Ein Volk kann man betrügen, die Natur nicht.«

MSt

»Die Russen und die DDR machen uns das Leben schwer«

Im Betrieb 11 des Schwermaschinenbaukombinats Ernst Thälmann Magdeburg (SKET) war die eingangs zitierte Losung im Jahre 1970 öffentlich zu lesen, genauer – in der Toilette unterhalb der dortigen Sanitätsstelle. Wie in der DDR üblich fungierte diese vielfrequentierte Räumlichkeit auch in den Magdeburger Großbetrieben nicht selten als Ort der anonymen Rebellion.

Der Stasi ging die Nachricht über die Losung unter anderem über einen IM zu. Er firmierte für den Geheimdienst unter dem Decknamen »Steuermann«, war Rohrleger im SKET und zugleich Mitglied der SED. Nachdem ihm andere SED-Mitglieder, die nichts von seiner Spitzeltätigkeit wussten, von dem Spruch erzählt hatten, nahm er diesen selbst noch einmal »vor Ort« in Augenschein. Eine Anzahl von SKET-Beschäftigten hatte die »Schmiererei« aber vorher wohl schon gelesen, ohne betriebliche oder staatliche Stellen darüber in Kenntnis zu setzen.

Die anonyme Meinungsäußerung stellte aus Sicht der Stasi eine »objektive Gesellschaftsgefährlichkeit« dar und war geeignet, »andere Bürger gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuwiegeln«. ²³⁸ Der Staatssicherheitsdienst beauftragte seine inoffiziellen Mitarbeiter im Werk, zum Sachverhalt Informationen zu sammeln. Zudem sah die Stasi-Operativgruppe zusammen mit der Volkspolizei 1 000 Personalakten durch, um den Kreis der Verdächtigen unter den Betriebsangehörigen einzuengen. Den Operativen Vorgang »Schwerpunkt II« konnte die Staatssicherheit erfolgreich mit einem Ermittlungsverfahren abschließen. Grafologische Gutachten der Volkspolizei und der Staatssicherheit hatten die Stasi-Operativgruppe schließlich auf die Spur des Schrifturhebers geführt, eines 20-jährigen Arbeiters. Ende 1971 verurteilte ihn das Bezirksgericht Magdeburg zu drei Jahren Freiheitsentzug. ²³⁹

Der Vorgang illustriert das Problem der Stasi in den Magdeburger Großbetrieben: Unter den Arbeitern und Angestellten, die nicht in der Partei waren, gab es so gut wie keine Zuträger. Was in den Werkstätten und Arbeiterkantinen konkret über den Staat und über

die führende Partei gesprochen wurde, blieb der Stasi über die Jahre weitgehend unbekannt. Dies kritisierten Berliner Stellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) schon in den 1950er-Jahren gegenüber der Magdeburger Bezirksverwaltung. Bis in die 1980er-Jahre sollte sich diese interne Schelte mehrfach wiederholen.

Bereits vor den Großdemonstrationen zehntausender Arbeiter im Magdeburger Stadtzentrum am 17. Juni 1953 war die schlechte Stimmungslage der Magdeburger Stasi so gut wie unbekannt geblieben. Voller Reue bat der für die Überwachung der Betriebe verantwortliche Stasi-Offizier daher unmittelbar danach um seine Versetzung, um einer härteren Strafe zu entgehen. Hatte die Stasi Mitte der 1950er-Jahre in den drei größten Magdeburger Betrieben zusammen ca. 100 Spitzel, betrug deren Zahl in den 1980er-Jahren in allen zentral und bezirklich geleiteten Betrieben knapp 1 000. Dabei ist kennzeichnend, dass, wie zum Beispiel im SKET, die meisten IM in den Bereichen Reisekader, Forschung



> Mithilfe szenischer Skizzen versuchte der Staatssicherheitsdienst den Tathergang zu rekonstruieren. 1971
BStU MfS BV Magdeburg, AOP 76/71, Bd. 1, Bl. 46

5

Abteilung XVIII/3 BSIU
000008 Magdeburg, 8. 6. 1970

Aktenvermerk

Die Operativ-Gruppe SKET wurde heute, 9.45 Uhr, von den Genossen des BS/K davon in Kenntnis gesetzt, daß in einer Toilette des Betriebes 11 (Walzwerksbau) geschmiert wurde.

Wortlaut der Schmierung:

"Die DDR muß weg, sonst hat die Vereinigung keinen Zweck!"

"Die Russen und die DDR machen uns das Leben schwer!"

Die Tatschrift war mit Bleistift und möglicherweise von zwei Tätern geschrieben.

Nach Besichtigung des Tatortes wurden folgende Festlegungen getroffen:

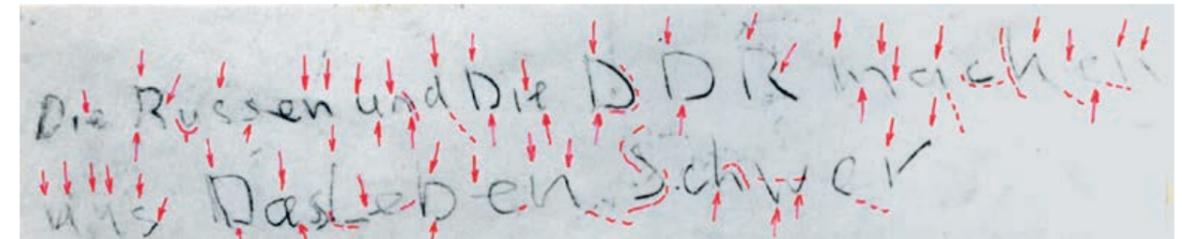
1. Fotografische und Originalsicherung durch die VP.
2. Anfertigen eines Tatortuntersuchungs- und Spurensicherungsprotokolls durch die VP
3. Anfertigen einer Expertise durch die BDVP
4. Übergabe des Materials zwecks weiterer Bearbeitung durch das MfS.

Erste Maßnahmen zur Aufklärung der Schmiererei wurden eingeleitet.

Leiter der Op.-Gruppe SKET

Rost
Hauptmann

> Betriebspolizei und Stasi stellten im Magdeburger Schwermaschinenbaukombinat »Ernst Thälmann« wiederholt »Hetzlosungen« fest. 1970 fahndete die im Werk eingesetzte Stasi-Operativgruppe nach dem Schreiber neuer Toilettenkritzeleien. Volkspolizei und Staatssicherheit arbeiteten eng zusammen. Der VP-Betriebsschutz zeigte die Tat als erster gegenüber der Stasi an. 8.6.1970
BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 76/71, Bd. 1, Bl. 8



> Tatschrift »mit gekennzeichneten Schrifteigenschaften« im grafologischen Gutachten der Deutschen Volkspolizei. Der Täter wurde ermittelt. 24.2.1971
BStU, MfS, BV Magdeburg, AU 1513/71, Bd. 6, Bl. 52

und Technologie zu finden waren und nicht unter der Arbeiterschaft. Dazu kam noch, wie eingangs gezeigt, die überaus große Präsenz von SED-Mitgliedern im bezirksweiten Spitzelapparat innerhalb der Betriebe: Knapp 70 Prozent aller inoffiziellen Mitarbeiter gehörten der Partei an und waren natürlich auch als SED-Mitglieder in ihren Arbeitsbereichen bekannt.

Die Staatssicherheit hatte für sich den Anspruch, möglichst Informationen zu erheben, »die prinzipiell nur durch das MfS« erarbeitet werden konnten. Darunter fielen vor allem »Probleme, worüber durch andere staatliche Organe nicht berichtet werden kann, worüber sie nicht berichten wollen bzw. was in ihren Berichten nicht stimmt«. ²⁴⁰ Ein beträchtlicher Teil des eigenen IM-Personals aber gehörte zugleich der Staatspartei an und war dort ebenfalls gehalten, Bericht zu erstatten. Hinzu kamen noch die geheimen Zuträger, die offiziell im Betrieb für den FDGB oder FDJ tätig waren – nicht zu vergessen auch die Beschäftigten der brancheninternen Statistik- und anderer staatlicher Kontrollstrukturen wie die ehrenamtlichen »Volkskontrolleure« der Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI).

In den Jahren 1952 bis 1959 schloss die Magdeburger Stasi im Zusammenhang mit den unterstellten Delikten »Diversionsverbrechen, Verbrechen der Sabotage und Schädlingstätigkeit sowie schwere Wirtschaftsverbrechen« gegenüber 53 Personen insgesamt 29 operative Vorgänge ab. ²⁴¹ Seit Mitte der 1960er-Jahre nahm die Zahl solch drastischer Fälle stark ab. In den 1980er-Jahren schließlich mutmaßte die Stasi bei technischen Defekten gemäß ihrem staatlichen Auftrag zwar oftmals noch eine »feindliche« Motivlage, diese nachzuweisen gelang ihr aber faktisch nicht mehr. Vor

allem Antragsteller auf ständige Ausreise in die Bundesrepublik und Reisekader mit Kontakten zu Bürgern westlicher Länder unterlagen aber bis in die 1980er-Jahre weiterhin einer rigiden Verfolgung, die oft mit dem Verlust des Arbeitsplatzes endete.

Hetze ist darauf gerichtet, »die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR anzugreifen oder gegen sie aufzuwiegeln«.
(MfS-Definition)

In den Parteiinformationen des MfS aus den Betrieben drängten seit den 1970er-Jahren mehr und mehr die gravierenden baulichen und technologischen Mängel in den Vordergrund. Diese bestimmten das Berichtsgeschehen an die Partei bis Ende 1989. Den Anspruch, mit geheimpolizeilichen Methoden die Wirtschaftspolitik der SED stützen zu können und als politischer Geheimdienst vorrangig den Auftraggeber mit brillanten Informationen zu versorgen, konnte die Stasi im Bezirk Magdeburg nicht erfüllen. Vielmehr musste die Magdeburger Stasi-Bezirksverwaltung zuletzt sich selbst eingestehen, dass sie an die SED in großer Zahl Informationen gegeben hatte, die dort »durch andere Staatsorgane bereits bekannt waren«. ²⁴²

JSt

Flucht bei Harbke – die Staats-sicherheit guckt in die Röhre

In den Jahren von 1949 bis 1961 flüchteten ca. 2,7 Mio. DDR-Bürger aus politischen, wirtschaftlichen oder privaten Gründen in den Westen. Seit 1952 schloss die DDR die Westgrenze und baute sie schrittweise zu einem unüberwindlichen Bollwerk aus. Der wichtigste Faktor zur Absicherung der Grenze war neben den militärtechnischen Anlagen der offene und verdeckte Einsatz von Angehörigen der Grenztruppen, der Volkspolizei und des MfS. Eine wichtige Rolle spielten die freiwilligen Helfer der Volkspolizei und Grenztruppen sowie Hinweise aus der Bevölkerung. Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn, die einen kontrollierten Verkehr insbesondere zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ermöglichte, galt für viele Flüchtlinge als aussichtsreicher Fluchttort. Ein folgenschwerer Irrtum, den viele mit ihrem Leben bezahlten.

Dem Pädagogen Roland Schreyer (Jg. 1956) gelang 1988 mithilfe eines raffinierten Plans die Flucht aus dem DDR-Bezirk Magdeburg in die Bundesrepublik. Seine Familie, die er zurücklassen musste, holte er später in einer lebensgefährlichen Fluchtoperation in den



> Roland Schreyer. Privat, um 1982



> MfS-Rekonstruktion der Familienflucht durch eine Kanalaröhre (1 = Kraftwerk Harbke, 2 = Beginn des verrohrten Bachs Wirbke im Osten, 3 bis 6 = Kanalabschnitte, 7 = Austritt des Bachs im Westen). Juni 1988
MfS, BV Magdeburg, AU 2363/89, Bd. 6, Bl. 125

Westen nach. Er wusste um die tödlichen Gefahren der hochgerüsteten DDR-Grenze zur Bundesrepublik Deutschland.

Herr Schreyer, als 21-Jähriger waren Sie Zivilangestellter auf der Grenzübergangsstelle Marienborn. Kam da bei Ihnen nie ein Fluchtgedanke auf?

Ich habe oft mit dem Gedanken gespielt. Als Elektriker kam ich auf der militärisch hoch abgesicherten Anlage fast überall hin: in Dienstgebäude, Kontrollbaracken, auch in die Tunnel unter dem Areal. Wenn ich die letzte Ampel der DDR vor der Bundesrepublik reparierte, standen hinter mir zwei bewaffnete Posten. Ein Fluchtversuch hätte tödlich enden können.

Sie sind später einfach mit der Reichsbahn nach Westdeutschland gereist – und das galt als Republikflucht?

Ausgereist bin ich ja noch ganz legal. Ich hatte durch einen Trick die Besuchsreise in einer dringenden Familienangelegenheit erreicht. Aber ich durfte nur alleine, ohne meine Frau Monika und meine Tochter Frauke, in den Westen reisen. Die DDR wollte so sicherstellen, dass ich auch zurückkomme. Die Behörden erklärten mich erst zum Republikflüchtling, als ich nicht zurückkam. Aber in dieses öde Land wollte ich von Anfang an nicht zurück. Dort fühlte ich mich ständig gegängelt.

Wie bereiteten Sie die Flucht vor und weihten Sie jemanden in die Pläne ein?

Zunächst musste ich Verwandte in der Bundesrepublik einweihen. Ein weitläufiger Verwandter wurde kurzerhand zum Cousin ernannt. Mit seiner Bekannten

suchte mein neuer Cousin die Stadtverwaltung von Essen auf und bestellte das Aufgebot. Geheiratet haben sie nicht, es ging nur um eine amtliche Bescheinigung, mit der ich eingeladen wurde. Das funktionierte. Im Volkspolizeikreisamt Wolmirstedt erhielt ich die begehrten Reiseunterlagen. Außerdem traf ich Vorbereitungen für den Bau eines Hauses. Die offiziellen Stellen sollten glauben, ich sei im sozialistischen System fest verwurzelt: Wer baut schon ein Haus und schmiedet gleichzeitig Fluchtpläne? Meine Frau war natürlich eingeweiht, schließlich auch mein Vater. Ansonsten hielten wir aus Angst vor Entdeckung den Plan geheim.

Nachdem die vordergründige Besuchsreise zur Republikflucht wurde: Wie erfuhren die Behörden in der DDR davon?

Meine Frau, meine Tochter und mein Vater erhielten von mir einen Abschiedsbrief. Ich erklärte meinen angeblich plötzlichen Entschluss, im Westen zu bleiben, und bat um Nachsicht, dass ich sie zuvor nicht informiert hätte. Mit diesem Brief ging meine Familie zur Volkspolizei und gab sich fassungslos.

Sie mussten ja auch mit drastischen Konsequenzen für Ihre in der DDR zurückgebliebenen Angehörigen rechnen.

In der Tat. Mein Vater war im medizinischen Dienst der Grenztruppen beschäftigt, wurde sofort suspendiert und später gekündigt. Das hat ihn tief getroffen, da ihm

diese Arbeit viel bedeutet hat. Meine Frau arbeitete in der Wohnraumlenkung der Reichsbahn, blieb aber unbehelligt. Und meiner Tochter gegenüber erklärten die Lehrer, ihr Vater sei ein Vaterlandsverräter und ließen sie es mit kleinen Schikanen spüren. Zudem wurden meine Frau und mein Vater unter Druck gesetzt. Sie sollten mich zur Rückkehr in die DDR überreden. Die Telefonate zwischen uns waren das reinste Theater. Denn wir ahnten, dass die Stasi mithörte. Die Kreisverwaltung forderte von meiner Frau Monika sogar Listen aller Haushaltsgegenstände ab, die wir als Eheleute angeschafft hatten. Die Hälfte dieser Gegenstände, die ihrem Mann gehörte, fiel jetzt an den Staat, wurde ihr erklärt.

Versuchten Sie eine offizielle Familienzusammenführung?

Das war eigentlich unser Plan! Meine Frau stellte für sich und unsere Tochter einen Antrag auf ständige Ausreise, wie es im DDR-Jargon hieß. Nun wurde sie ständig zu Gesprächen vorgeladen und aufgefordert, den Ausreiseartrag rückgängig zu machen. Das konnte noch Jahre so weitergehen. Irgendwann kamen ihr Zweifel an dem gemeinsamen Plan. Auch bei mir wuchs das Gefühl von Wut und Ohnmacht gegenüber den Machthabern im Osten. Zugleich erkannte ich, dass immer mehr DDR-Bürger das Land verließen und ihre Familien mit Ausreisearchen nachholen wollten. Die wenig tröstliche Erkenntnis: Wir waren kein Einzelfall! Und ich traf eine radikale Entscheidung.



> Plan der DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn: Hier versahen rund 1 000 Mitarbeiter der MfS-Passkontrolle, der Grenztruppen, des Zolls sowie Zivilangestellte ihren Dienst. Insbesondere sollten jede Flucht verhindert, Informationen gesammelt und politische Provokation vereitelt werden. Zwischen 1985 bis 1989 wurden an der Grenzübergangsstelle 10,5 Mio. Pkw, 4,9 Mio. Lastwagen und 140 000 Busse abgefertigt. Knapp 35 Mio. Reisende kontrollierte die Stasi in diesem Zeitraum. 1972
BSTU, MfS, BStU, HA VI, Nr. 6079, Bl. 97



(1) Sowjetischer Kontrollpunkt für die Alliierten, (2) Kommandoturm, (3) Vorkontrolle Ausreise, (4) Ausreise PKW, (5) Ausreise LKW/ Bus, (6) Beschaubrücke, (7) Zollkontrolle PKW, (8) Passkontrolle Einreise, (9) Einreise LKW/ Bus, (10) Stabsgebäude, (11) Leichenhalle, (12) Kantine/ Wechselstube, (13) Veterinärstation, (14) Dienst- und Versorgungsgebäude (außerhalb), (15) bewachte Grenzanlagen
Der DDR-Grenzübergang Marienborn ist heute eine Gedenkstätte.



> Gescheiterte Ausschleusung von zwei DDR-Bürgern im Radkasten eines Lkw durch die Fluchthelferorganisation Mierendorff in Marienborn. 7.6.1977
BStU, MfS, BV Halle, Abt. VIII, Nr. 525, Bl. 8

... das heißt, Sie planten gleich die nächste Flucht – die Ihrer Familie. War die denn einverstanden?

Ich spielte in Gedanken alle erdenklichen Möglichkeiten durch. Fluchthelfer engagieren? Oder Pässe fälschen? In westliche Botschaften fliehen? Letztlich musste ich aus unterschiedlichen Gründen alles verwerfen. Und dann fiel mir der kleine Bach Wirbke ein, der die Grenze von Ost nach West durchquerte. Er lag nahe der Ortschaft Harbke, wo mein Vater lebte und ich meine Kindheit verbracht hatte. Ich erkundete den mittlerweile verrohrten Bach von Westen aus und beschloss eine Probeflucht.

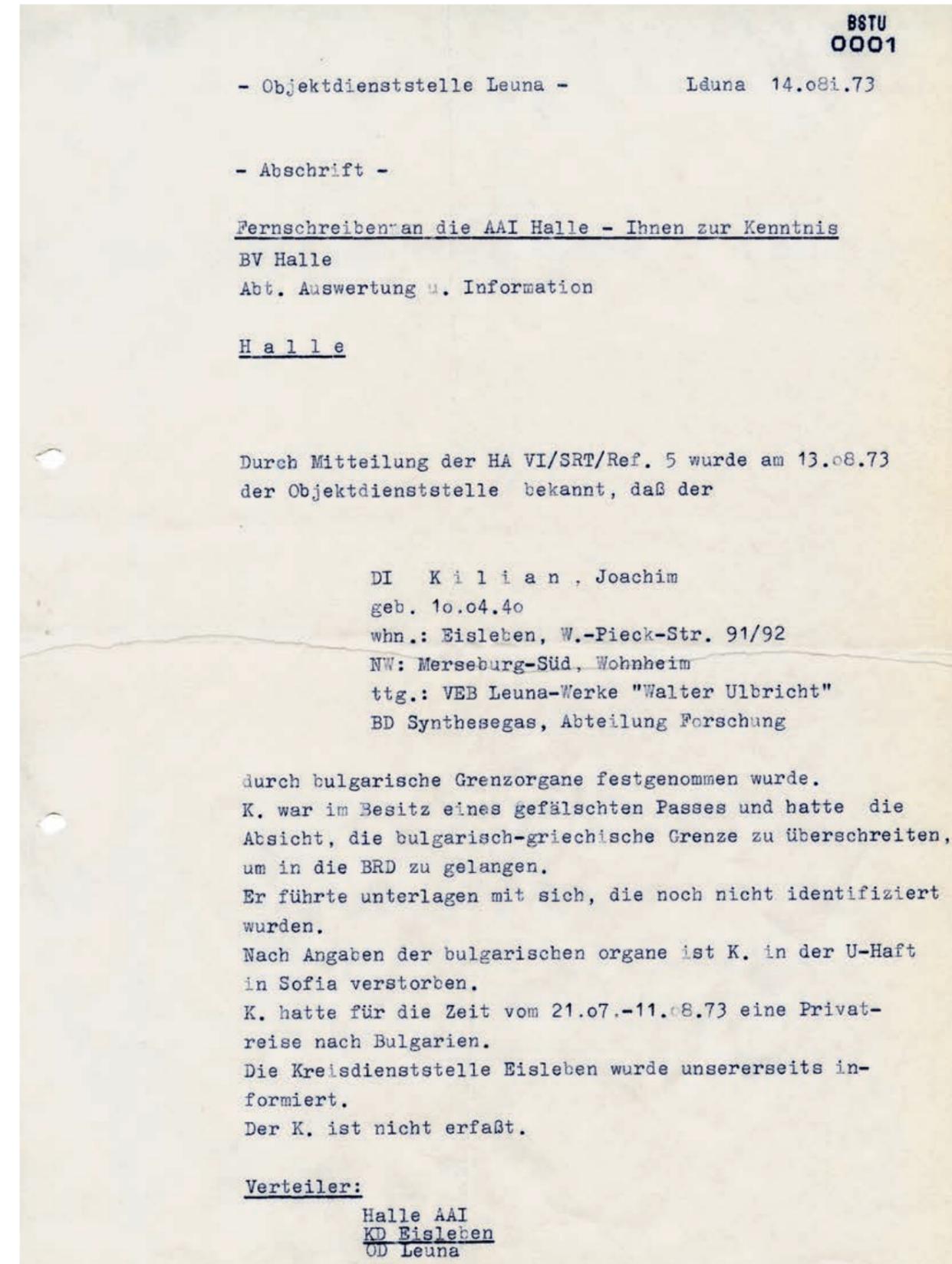
Also noch mal ... Sie sind tatsächlich vom Westen aus in die DDR eingedrungen, um den Fluchtweg zu erproben?

Das klingt verrückt, aber so war es. Aber es war kompliziert. Meine Frau und nach einigem Zögern schließlich auch mein Vater willigten gegenüber einem Mittels-

mann ein. Meinem Vater übertrug ich die Aufgabe zu erkunden, an welcher Stelle das Rohr des Bachs anfing. Besonders wichtig war die Feststellung, dass Monika weiterhin einen gültigen Passierschein für das Sperrgebiet hatte. Und ich machte mich im Taucheranzug, mit Taschenlampe und Werkzeug durch die Röhre und eiskaltes Wasser auf den Weg – in die DDR. Insgesamt waren es vier Kanalabschnitte, die jeweils von Osten her mit schweren Gittern versperrt waren. Für jedes musste ich eine andere Lösung finden, um es zu überwinden und die vorgenommenen Veränderungen zu tarnen. Das letzte Gitter aus Monierstahl hob ich mir für den eigentlichen Fluchttag auf. Den legte ich bewusst auf einen Tag, für den Regen angesagt wurde. Ich versprach mir davon nachlässige Kontrollen im Sperrgebiet.

Sie mussten noch Ihre Familie im Osten informieren.

Da wäre fast der nächtliche Fluchttermin geplatzt, denn ich konnte meine Frau telefonisch zunächst nicht erreichen. Und bei meiner verschlüsselten Nachricht



> Am 9. August 1973 wurde Joachim Kilian (Jg. 1940) aus Eisleben an der bulgarisch-griechischen Grenze bei seinem Fluchtversuch von den staatlichen Organen gestellt und in Untersuchungshaft genommen. Nach bulgarischen Angaben starb Joachim Kilian am nächsten Tag an einer selbst verabreichten Giftdosis und wurde sofort beerdigt. Das MfS informierte die Mutter am 22. August 1973. Sie bat um Überführung ihres Sohnes und musste erfahren, dass eine Exhumierung erst nach sieben Jahren erlaubt sei. 14.8.1973
MfS, BV Halle, KD Eisleben m Reko, Sach 774, Bl. 1

Welcher Mut, welche Liebe



„DDR“-Flüchtling ging zurück und holte seine Familie

Von KLAUS-PETER REIF
Heimstedt – Vor drei Monaten war Erzieher Roland Schreyer (32) aus Zieltz (Bezirk Magdeburg) ins Ruhrgebiet gereist – mit einem Besuchervisum: „Ich blieb hier, wollte in Freiheit leben.“
Aus Liebe zu seiner Frau Monika (32) und seiner 10-jährigen Tochter Frauke ging er jetzt zurück – um auch seine Familie in die Freiheit zu holen. Roland Schreyer wusste, daß der Bach Wirke in einem 1,20 Meter dicken Betonrohr bei Heimstedt unterirdisch von der „DDR“ in die Bundesrepublik fließt.

auf Knien durch das schlammige Wasser. Monika Schreyer: „Zweimal mußten wir durchtauchen, weil das Wasser so tief war. Ich hatte furchtbare Angst.“ Nach einer Stunde krabbelten sie aus dem Rohr, schlichen noch 40 Meter weiter – und waren in der Bundesrepublik.

Ab morgen berichtet BILD in einer großen Serie, wie die Flüchtlinge drüben lebten, wie sie die Flucht planten – was sie sich von ihrem neuen Leben in Freiheit erhoffen.

Aus "Bild-Zeitung" vom 03. 06. 1988

Die Kopie stimmt mit dem Original überein.

1. A.
Staatsanwalt



Im Taucheranzug durch ein Rohr

Am letzten Samstag begann er die Vorbereitungen zur Flucht: Nachts kroch er zum Rohr, sägte drei daumendicke Absperrgitter durch.

Im schwarzen Taucheranzug robbte er in der Nacht zum Donnerstag durch das Rohr. Ich bräuchte eine halbe Stunde, 400 Meter hinter der Grenze sägte ich noch ein Sperrgitter durch und wartete bis zwei Uhr früh auf meine Familie.
Schreyer hatte in einem Sack

> Die SED fürchtete westliche Presseberichte über Fluchtversuche. Diese konnten das Ansehen DDR gefährden sowie Nachahmer animieren. 3.6.1988
MfS, BV Magdeburg, AU 2363/89, Bd. 5, Bl. 52

kam es dann zu einem Missverständnis, sodass meine Familie eine Stunde zu spät am vereinbarten Punkt erschien. Das war für uns alle hoch gefährlich, denn der Treffpunkt lag nur wenige Hundert Meter von den Grenzanlagen entfernt im Sperrgebiet. Als meine Familie erschien, krochen wir sogleich in die Kanalaröhren und ermahnten uns zur äußersten Ruhe, machten Pausen, fassten uns an den Händen, um uns gegenseitig die Angst zu nehmen. Meine besondere Sorge galt unserer 11-jährigen Frauke, die aber konzentriert mitmachte.

In den frühen Morgenstunden erreichten wir den Westen! Wir hatten alles gewonnen, gewonnen gegen das unmenschliche Regime und vor allem hatten wir uns wiedergewonnen!

Das MfS verfügte ein erweitertes Ermittlungsverfahren gegen Sie, unter anderem wegen sogenannten Menschenhandels. Die DDR-Organen nutzten diesen Begriff selbst bei Fluchthilfe in der eigenen Familie.

Das war die allgegenwärtige Paranoia der DDR vor Feinden. Es war die richtige Entscheidung, aus der DDR zu fliehen. Selbst mit dem Abstand von einem Vierteljahrhundert muss ich feststellen: Es war das größte Ding meines Lebens!²⁴³

PBo

Naumburg und Huysburg – der Kampf der Staatssicherheit gegen die Kirchen

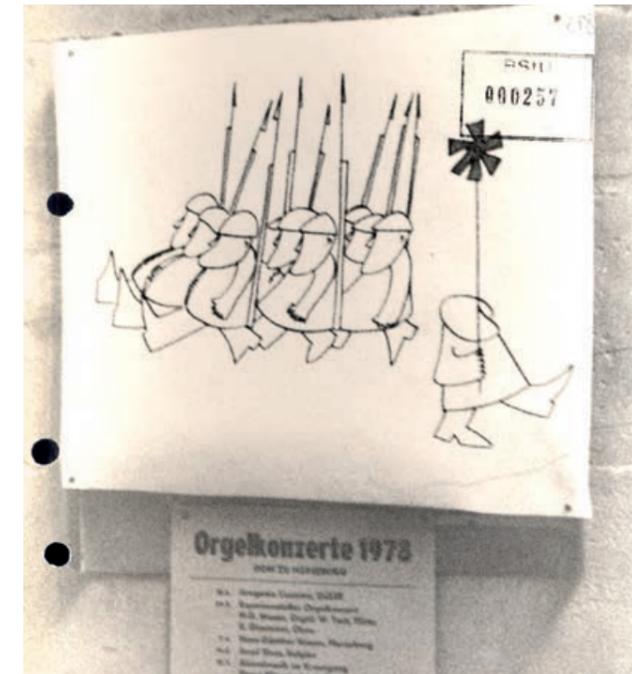
Die Kirchen waren die einzigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen sich oppositionelle Gruppen weitgehend unbehelligt entfalten konnten. Die SED versuchte mithilfe des MfS, derartige Aktivitäten in den Kirchen zu unterwandern und zu bekämpfen. Dabei betrieb sie doppeltes Spiel. Einerseits setzte die offizielle Kirchenpolitik der SED auf Einbindung sowie Konfliktminimierung und beschwor die Zusammenarbeit von Christen und Kommunisten. Andererseits suchten aus Sicht des MfS, feindlich-negative Kräfte »die legalen kirchlichen Handlungsmöglichkeiten für antisozialistische Ziele zu missbrauchen.«²⁴⁴ Seit den 1970er-Jahren diskutierten Bürger besonders unter dem Dach der evangelischen Kirche politische und gesellschaftliche Missstände und machten sie öffentlich. Politisch Andersdenkende sammelten sich hier und organisierten zunehmend Basisgruppen, die eigene Standpunkte für die Demokratisierung der Gesellschaft entwickelten. Sie forderten Rechtssicherheit und bestanden auf ihrer Verantwortung in Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsfragen.

Kirchenpolitisch Verantwortliche mahnten oftmals staatsloyales Verhalten bei den Akteuren an und mühten sich um einen Interessenausgleich zwischen Staat und Kirche. Dadurch wurden die Gruppen mitunter ausgebremst. Allerdings gab es auch Kirchenvertreter, die in Konfliktfällen durchaus kritische Positionen zum Staat einnahmen und die Arbeit der Basisgruppen unterstützten. Die SED wies dem MfS die Rolle zu, die Kirchen zu unterwandern, Einfluss zu nehmen und öffentliche Kritik an den Zuständen im Lande zu unterbinden.

Wie kein anderes Ereignis im kirchlichen Umfeld bestürzte der Tod von Pastor Oskar Brüsewitz (Jg. 1929) die Öffentlichkeit. Brüsewitz hatte sich 1976 in Zeit öffentlich selbst verbrannt, damit ein Fanal im Kampf gegen den Kommunismus setzen wollen und eine bittere Anklage gegen die Rolle der Kirchenleitungen im Sozialismus formuliert. Als er sich in Brand steckte, stand an seinem Auto zu lesen: »Funkspruch an alle – Funkspruch an alle ... Die Kirche in der D.D.R. klagt den Kommunismus an! wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen.«²⁴⁶ Das Parteiorgan



> Nicht genehmigte Schweigestunde von Theologie-Studenten gegen den Nachrüstungsbeschluss der NATO auf den Stufen der Wenzelskirche in Naumburg. Rund 45 Personen beteiligten sich an der Aktion. »Als sich gegen 14.10 Uhr die Einsatzkräfte der Treppe näherten, zogen sie sich in die Kirche zurück.«²⁴⁵ 12.12.1982
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 168, Bl. 28



> Aushang im katechetischen Oberseminar Naumburg gegen die Einführung des Unterrichtsfachs »Wehrerziehung« an DDR-Schulen. 1978
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 825, Bl. 257

»Neues Deutschland« reagierte mit einem defätistischen Kommentar auf den Tod von Brüsewitz.²⁴⁷ Die Landeskirche wollte andererseits den fürchterlichen Tod von Brüsewitz nicht für Proteste gegen die SED instrumentalisieren lassen.

»Klerikaler Untergrund« – die Staatssicherheit und der Naumburger Brief von 1981

Auf dem Höhepunkt raketengestützter Hochrüstung zwischen NATO und Warschauer Pakt alarmierte der Entwurf eines offenen Briefes SED und MfS. Das Schreiben war als Aufruf zur Friedenserziehung durch die Kirchen zu verstehen. Ein Kernsatz des mehrseitigen Schreibens lautete: »Jeden einzelnen, jede Institution, jede Regierung wissen wir vor Gott für die Zunahme friedensgefährdender Spannungen verantwortlich.«²⁴⁸ Die Genossen der Partei- und Staatsführung, im Januar 1981 von der MfS Zentrale in Berlin über den Vorgang informiert, dürften sofort die politische Gefahr erkannt haben, die die Verbreitung des Schreibens barg. Schließlich beanspruchte SED für sich allein die politische Steuerung sämtlicher »Friedensfragen« und die ideologische Bewertung atomarer Aufrüstung. Die MfS-Bezirksverwaltung Halle versuchte sich mit einer strafrechtlichen Würdigung des Schreibens, die – wie kaum anders zu erwarten – zu einem ideologischen Fegefeuer geriet: »Mit diesem Text wird dem sozialistischen Staat und seinen Organen in infamer Weise unterstellt, Kinder und Jugendliche nicht zu friedlichen Verhaltensweisen, sondern generell zu Hass und Gewaltbereitschaft zu erziehen.«²⁴⁹ Das MfS sah damit den Tatbestand der staatsfeindlichen Hetze (gemäß § 106 StGB) als erfüllt an.

Wie fiel der Brief in die Hände des MfS? Studenten des katechetischen Oberseminars Naumburg hatten ihn verfasst und beabsichtigten, das Schreiben landesweit im Bund der Evangelischen Kirchen und in die bischöflichen Ämter der römisch-katholischen Diözesen zu verteilen. Verwaltungsleiter Peter Fischer als IME »Helmut Albrecht« (Jg. 1941)²⁵⁰, Spitzenquelle des MfS im Oberseminar, gelangte über einen der sechs Autoren kurzzeitig in den Besitz des Briefes und übermittelte später eine Abschrift wie auch die Namen der Autoren an seinen Auftraggeber. Über den Brief solle in einer Vollversammlung der Studenten abgestimmt werden,

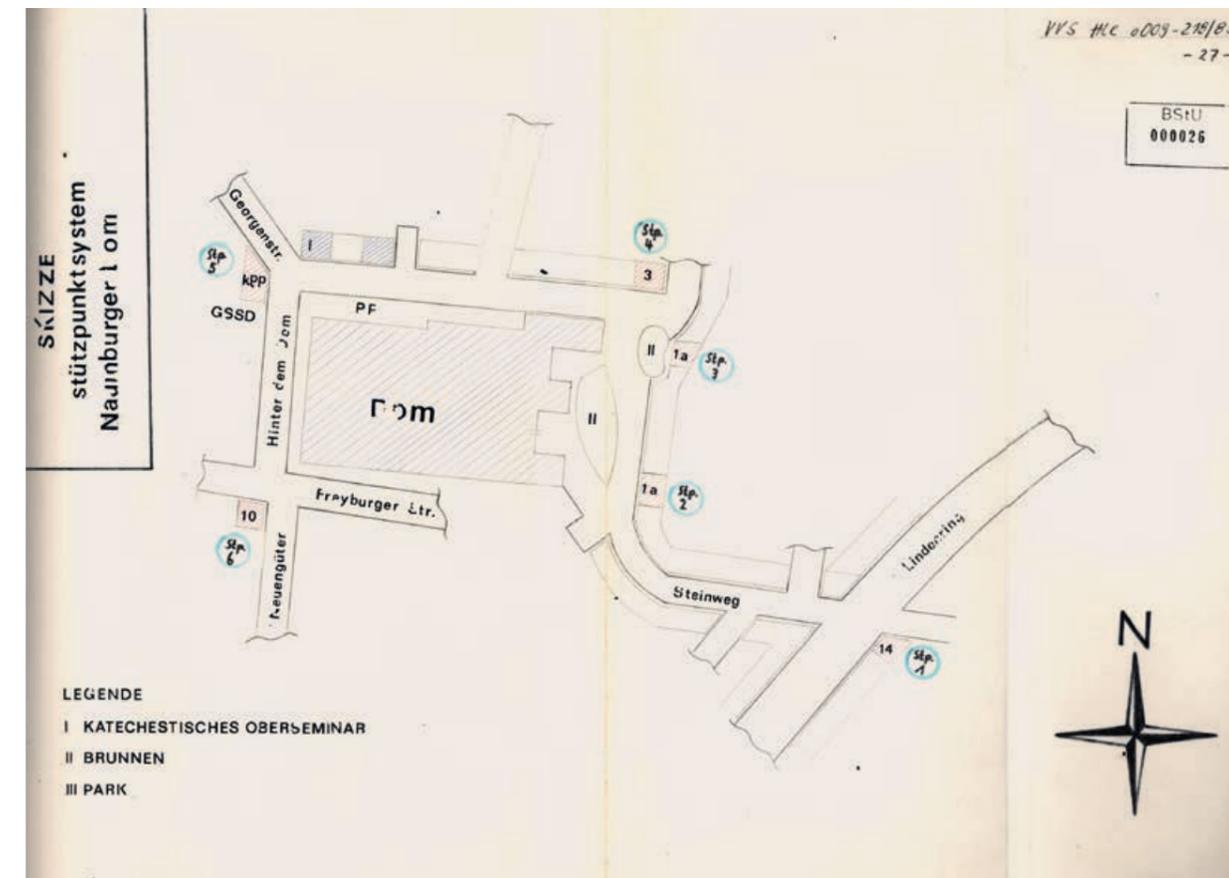
zumindest sei eine Unterschriftensammlung beabsichtigt. »Helmut Albrecht« hielt allerdings »offensive Zersetzungsmaßnahmen für verfrüht«, zumal ihn das Risiko seiner eigenen Enttarnung sorgte.²⁵¹

Das MfS versuchte den Rektor der Oberseminars, Ingo Klaer (Jg. 1937), vorbeugend zu beeinflussen, »damit keine weiteren öffentlichkeitswirksamen Handlungen getätigt werden sowie ein Missbrauch durch westliche Massenmedien verhindert wird.«²⁵² Klaer wurde zum Sektorenleiter für Kirchenfragen beim Bezirk, Genosse Voigt, einbestellt. Hausintern hatte der Rektor bereits davor gewarnt, der Brief könne durchaus gefährlich für die Einrichtung werden.²⁵³ Nun, im Gespräch mit dem Genossen Voigt, sprach er dem Brief andererseits eine

Verfolgt wird der Missbrauch der »legalen kirchlichen Handlungsmöglichkeiten für antisozialistische Ziele«. (MfS-Definition)

unterstellte »Gesellschaftsgefährlichkeit« ab, sichtlich um einen Ausgleich zwischen Kirche und Staat bemüht. Die Stasi gelangte zu der Überzeugung, dass Ingo Klaer lediglich das Vorgehen der Seminaristen kritisiere, nicht aber den Brief an sich. Dennoch räumte Klaer ein, er werde das staatliche Ansinnen unterstützen und seinen Einfluss geltend machen, damit der offene Brief nicht in die Öffentlichkeit gelange, so die Stasi.²⁵⁴

Am 13. Januar 1981 wurde wie geplant der Briefentwurf zwischen 40 Seminaristen und Dozenten des katechetischen Oberseminars diskutiert.²⁵⁵ Klaer vertrat nun die Auffassung, der Briefentwurf diene lediglich dem innerkirchlichen Gespräch mit der Kirchenleitung der eigenen Landeskirche. Auch ein Gespräch zwischen Vertretern des katechetischen Oberseminars und der Kirchenleitung werde angestrebt. Nach der Vollversammlung stellte die Stasi fest: »Mehrere Studenten zeigten nach der Aussprache deutliche Zurückhaltung und Bestürzung. [...] Danach soll es lt. inoffizieller Information zwischen Klaer und den Verfassern zu einem Wortwechsel gekommen sein.«²⁵⁶ Die Studenten fühlten sich offensichtlich ausgebrems.



> »Sichtstützpunkte« des MfS rund um den Naumburger Dom St. Peter und St. Paul sowie das Oberseminar. 1985
BSTU, MfS, BV Halle, Abt. VIII, Nr. 1157, Bl. 26

Einige Tage später fand eine Kirchenleitungssitzung in Magdeburg statt, bei der auch die Vorgänge am katechetischen Oberseminar besprochen wurden. IM »Adel« und IM »Albrecht« konnten der Stasi den Beschluss übermitteln, der offene Brief sei abschließend als innerkirchliches Papier zu behandeln. Es werde keine Verbreitung, kein Versand und keine Unterschriftensammlung stattfinden. Selbstzufrieden stellte die Stasi fest, »dass die eingeleiteten operativen Maßnahmen nicht als vom MfS ausgehend erkannt wurden.«²⁵⁷

Am Naumburger Dom unterhielt die evangelische Kirche seit 1952 eine Bildungsstätte, in der Schüler bis zu einem staatlich nicht anerkannten Abitur geführt wurden (Proseminar) und ein Theologiestudium (Oberseminar) absolviert werden konnte. In den Seminaren waren zuletzt mehr als 100 Schüler und Studenten ein-

geschrieben. Früh glaubte das MfS, die Gefährlichkeit der Einrichtung zu erkennen. 1958 waren im Bereich der Bezirksverwaltung Halle kirchliche Institutionen in insgesamt acht Objektvorgängen zu registrieren, darunter das katechetische Oberseminar Naumburg. »Die Erfahrungen zeigen, dass die reaktionären Kreise der Kirche, ihre Leitungen und Organisationen immer neue, raffiniertere und verstecktere Methoden gegen den sozialistischen Aufbau ersinnen.«²⁵⁸

Seit Ende der 1970er-Jahre positionierten sich die Studenten immer öfter zu gesellschaftlichen und politischen Fragen und provozierten damit die staatlichen Organe. Das MfS registrierte Mahnwachen, kritische Plakatausstellungen, Friedensseminare, Demonstrationen oder Flugblattaktionen. Bis in die Bundesrepublik bekannt wurde 1978 der »Naumburger Brief« gegen die Einführung des Unterrichtsfachs »Sozialistische Wehrerziehung« an den polytechnischen Oberschulen,



> Perspektive der Stasi auf den Naumburger Dom vom Beobachtungstützpunkt im Rat des Kreises. 1985
BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 587, BL 13

unterzeichnet von den Studierenden Dorothea Hoeck, Christian Sachse und Johannes Toasperm. Statt eines Fachs Wehrkunde möge der Staat doch »Erziehung zum Frieden« einführen.²⁵⁹ Eine politische Provokation, doch das MfS griff nicht ein. Möglicherweise schützte die Autoren der Umstand, dass der Brief auch in den bundesdeutschen Medien verbreitet wurde. Der zweite offene Brief von 1981 erlangte freilich nicht diese Bekanntheit.

Das MfS kreiste das katechetische Oberseminar mit sechs legierten Beobachtungstützpunkten regelrecht ein. Aus jeder Perspektive rund um den Naumburger Dom wurden Aktivitäten überwacht. Innerhalb des Oberseminars brachte das MfS einen IM in Schlüsselposition in Stellung, der als Verwaltungsleiter eingeschleust worden war und die Genossen mit wertvollen Informationen bis hin zu Geruchsspuren von observierten Personen belieferte. Die Kreisdienststelle Naumburg zeigte sich 1984 überzeugt, dass IM »Helmut Albrecht« auch weiterhin wirkungsvoll gegen »Personen im klerikalen Untergrund« eingesetzt werden kann.²⁶⁰ Seinen letzten Bericht verfasste der IM am 1. November 1989.

Und wenn dies in einer politisch zugespitzten Situation nicht zum Erfolg führte? In »Spannungsperioden«, so die internen MfS-Vorgaben, würden streng geheime Dokumente der MfS-Kreisdienststelle Naumburg geöffnet, sechs Personen aus der Leitungsebene des katechetischen Oberseminars (KOS) verhaftet und

in Isolierungslager gesperrt. »Weiterhin wurde eine Dokumentation zur Isolierung des gesamten Objektes – KOS – erarbeitet.«²⁶¹ Wie das aussehen sollte, verraten die Akten nicht. Dem katechetischen Oberseminar blieb das jedenfalls erspart.

PBo

Für die Staatssicherheit unzugänglich – das Kloster Huysburg bei Halberstadt

Auf einem bewaldeten Höhenrücken unweit von Halberstadt liegt seit dem 11. Jahrhundert in klösterlicher Abgeschiedenheit die Huysburg. Zur DDR-Zeit beherbergte sie ein Kreispflegeheim (ab 1951), ein Priesterseminar der katholischen Kirche (ab 1952) und das 1972 wiedereröffnete Benediktinerkloster.

Die Gründung des Priesterseminars an der Huysburg war aus der Not heraus entstanden. Anfang der 1950er-Jahre gab es weder theologische Ausbildungsstätten für katholische Geistliche noch theologische Fakultäten auf dem Gebiet der DDR. Die Huysburg wurde zum Zweigseminar des Paderborner Priesterseminars.²⁶² Die katholische Kirche stand zwar weniger im Fokus der Überwachung durch die Staatssicherheit als die evangelische Kirche, weil die Katholiken mit ca. 6% der Gesamtbevölkerung im Jahr 1989²⁶³ eine Minderheit bildeten. Das Priesterseminar aber galt für die Staatssicherheit als »vorrangig zu sicherndes Objekt«.²⁶⁴



> Huysburg. Vor 1940
Bistumsarchiv Magdeburg

Ab Mitte der 1950er-Jahre begann die für die Überwachung der Kirche zuständige Abteilung XX der Bezirksverwaltung Magdeburg (S. 163), Informationen über das Priesterseminar zu sammeln. In den Stasi-Akten befinden sich sogar Abschriften der Vorlesungsverzeichnisse aus Paderborn neben jenen der Huysburg. Die Staatssicherheit listete Studenten und Lehrpersonal auf und fertigte regelmäßig Einschätzungen über das Priesterseminar an. Für das Jahr 1958 notierte die Stasi beispielsweise, dass 14 Studenten zur Wahl gingen und im Wahlkreis gerade auch 14 Neinstimmen zu verzeichnen seien.²⁶⁵ Die Stasi registrierte mithilfe der Postkontrolle Kontakte von Studenten nach Paderborn sowie der Lehrkräfte und des Leitungspersonals zu kirchlichen Institutionen. Die Besuche von westdeutschen Priestern auf der Huysburg wurden ebenfalls überprüft.²⁶⁶

Eine intensive Überwachung fand jedoch nicht statt. Das lag zum einen daran, dass die Staatssicherheit keine »feindlichen Aktivitäten« feststellen konnte. Zum anderen fand die Stasi kaum Möglichkeiten, Informationen zu gewinnen. Sie vermerkte über das Priesterseminar im August 1988: »Wir wissen viel zu wenig«²⁶⁷. Es gelang der Staatssicherheit nämlich nicht, IM einzuschleusen: »Abschließend muss eingeschätzt werden, dass es durch unsere Dienst Einheit im Priesterseminar Huysburg keinerlei inoffizielle Möglichkeiten gibt. Alle Informationen im Zusammenhang mit dem Priesterseminar werden über das Kreispflegeheim Halberstadt durch Beobachtungen oder durch andere Kontrollmaßnahmen erarbeitet.«²⁶⁸

Die Wiedereröffnung des Benediktinerklosters 1972 dokumentierte die Staatssicherheit auf Anweisung der Berliner Zentrale genau, da erwartet wurde, dass die katholische Kirche weitere Ordensniederlassungen in der DDR gründen würde. Das Kloster war zunächst ein Priorat der polnischen Abtei Tyniec. Auch hier sah das MfS eine Gefahr im regen Austausch mit der polnischen katholischen Kirche und in den Reisen von Mönchen nach Polen. Der Stellvertreter des MfS-Ministers, Fritz Schröder (1915–2001), forderte von den Magdeburger Kollegen eine »ständige lückenlose Kontrolle«.²⁶⁹

Die Ermittlungen wurden zunächst konzentriert auf den Superior des Benediktinerklosters, Alfred Goebel (1910–1985), der seit Mitte der 1960er-Jahre überwacht wurde. Ihn schätzte die Stasi als regimekritisch ein: Goebel hatte unter anderem bei der Volkskammerwahl im Jahre 1971 »seinen Stimmzettel durchgekreuzt und ungültig gemacht«.²⁷⁰ In den Jahren 1971/1972 reiste Alfred Goebel mehrmals zur Abtei in Tyniec. Der polnische Geheimdienst hielt diese Aufenthalte fest und leitete seine Informationen an das Ministerium für Staatssicherheit weiter. Die Reaktion aus Ost-Berlin lautete im April 1971: »Die polnischen Sicherheitsorgane werden gebeten, den Aufenthalt des o. g. Goebel, Alfred, in der VR [Volksrepublik Polen] nicht zu verlängern.«²⁷¹ Die Abteilung XX der BV Magdeburg leitete im Jahr 1973 eine operative Personenkontrolle über den Prior ein. Das Ziel bestand darin, die »Aktivitäten des G. aufzuklären und unter Kontrolle zu halten, um feindlichen Wirkungsmöglichkeiten dieser



> Männerwallfahrt des Bischöflichen Amtes Magdeburg an der Huysburg: Die Fotos erstellte ein IM-Kandidat. 1.10.1983 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3953, Bl. 15, Bild 6, 16

Ordensniederlassung von vornherein einzuschränken bzw. zu verhindern.«²⁷² Sechs Jahre danach schloss die Staatssicherheit den Vorgang mit dem Ergebnis ab, dass die »Gegenstimme« bei der Volkskammerwahl 1971 die einzige politische Aktivität von Goebel gewesen war. Sie stellte fest, dass »das katholische Objekt Huysburg weder aus politisch-operativer Sicht noch als Stützpunkt bedeutsam« sei.²⁷³

In den folgenden Jahren überwachte die Stasi das Kloster nur noch punktuell. Mehrmals im Jahr wurde die Huysburg, ansonsten ein Rückzugsort für Einkehrtage, zu einem belebten Ort der Begegnung zahlreicher Katholiken aus Mitteldeutschland. Jährlich fanden die Familienwallfahrten des Erzbischöflichen Kommissa-

riats Magdeburg sowie Jugendwallfahrten statt. Auch hier fiel die Wahl der Kirche auf Huysburg, da seit der Teilung Deutschlands die traditionellen Wallfahrtsorte in Westfalen nicht mehr zugänglich waren.²⁷⁴ Über 6 000 Menschen fanden sich jedes Jahr am letzten Junisonntag auf der Wallfahrtswiese der Huysburg zusammen. Grund genug für das MfS, das Geschehen zu beobachten. Es hielt fest, aus welchen Bezirken die Teilnehmer angereist waren. Thema, Programm und Prediger waren zunächst nicht bekannt und wurden ermittelt.²⁷⁵ Jahr für Jahr musste sich auch hier die Stasi eingestehen, dass gegen Staat und Politik keine »konkreten Angriffe« zu verzeichnen waren. Immer wieder kam sie zu dem Schluss, dass es sich um eine rein kirchliche Veranstaltung handelte.²⁷⁶ Wahrscheinlich

bedeutete die Teilnahme an solchen nicht-staatlichen Aktivitäten aus der Sicht der Stasi aber allein schon eine immanente Distanzierung vom Totalitätsanspruch des Staates und weckte das Misstrauen der staatlichen Stellen gegen die Teilnehmer.²⁷⁷

Bruder Petrus, mit bürgerlichem Namen Herwig Henke, wurde 1945 in der Harzstadt Thale geboren, wo er seine Kindheit und Jugend verbrachte. Nach einem Physikstudium in Chemnitz (damals Karl-Marx-Stadt) arbeitete er in der Forschungsabteilung des Eisen- und Hüttenwerks Thale. Auf der Huysburg lebt er seit 1984.

Wie sind Sie zu der Entscheidung gelangt, sich als Lebensaufgabe dem Glauben zu widmen?

Eigentlich hatte ich die Idee, katholischer Priester zu werden, schon mit 15 oder 16 Jahren, aber da sprach mich niemand darauf an. Als das nicht geschah, hatte ich gerade ein Interesse an den Naturwissenschaften, und dann war die Physik am Ende das, was mich begeistert hat. Und während dieses Studiums waren diese Ideen vom Theologiestudium und Priesteramt immer wieder mal da. Aber ich habe gedacht, jetzt habe ich fünf Jahre Studium, das bedeutet auch finanzielle Aufwendung des Staates, also gehst du erst in den Betrieb, um das wieder der Gesellschaft zurückzugeben, was sie in mich investiert hat.

Da bin ich eben erst 1977 zum Theologiestudium nach Erfurt gegangen. Bei einem kurzen Praktikum auf der Huysburg habe ich die Mönche kennengelernt. Einer hat auch Vorlesungen für uns gehalten. Nach meiner Weihe als Kaplan bin ich erstmal nach Merseburg in eine Pfarrei gekommen. Und dort war ich bis 1984. Und durch diese Begegnung mit den Mönchen kam in dieser Zeit auch bald der Wunsch in mir auf, Mönch zu werden. Aber der Bischof, der damals für mich zuständig war, hat gesagt, er möchte, dass ich wenigstens drei Jahre in der Seelsorge ganz normal in der Pfarrei tätig bin. Und dann bin ich 1984 zur Huysburg gekommen.

Was war die Stasi für Sie zur DDR-Zeit? Haben Sie Vorstellungen oder Berührungspunkte gehabt?

Klar, dass die Stasi existierte, das wussten wir. Wir wussten, dass es eine brutale Organisation war, die nicht lange fackelte, dass sie Menschen sehr hart be-

handelte. Wir wussten auch, dass die Stasi allgegenwärtig ist. Auf der anderen Seite habe ich mir auch gesagt, wenn du dich davon andauernd abhängig machst in deinen Entscheidungen, dass diese Leute ständig auf dich gucken, dann kannst du nicht richtig leben. Das geht nicht. Also wusste ich, dass die Stasi da ist, aber ich habe sie auch nicht als einen Faktor wahrgenommen, der mein Leben bestimmt, etwa durch Angst.

Die regelmäßigen Kontakte des Klosters zur Abtei Tyniec und die Reisen dahin waren der Stasi ein Dorn im Auge. Ist es Ihnen aufgefallen, dass Sie in diesem Zusammenhang überwacht wurden?

Eher nicht. Ich persönlich auf keinen Fall. Man wusste sich als DDR-Bürger sowieso beobachtet, erst recht als katholischer Geistlicher oder auch Christen überhaupt, das war klar. Und man hat sich eben nicht so viel darum geschert. Das Einzige, wo es mir sehr bewusst war, das war, als ich aus dem Betrieb ausgeschieden bin. Da wurde ich direkt begleitet auf meinen Reisen. Da war diese Überwachung sehr prägnant spürbar. Wir hatten hier Kontakte zur Stasi gehabt, immer wieder mal. Die Stasibeamten gaben vor, sie wollten uns schützen und uns beraten. Ich habe mich jedenfalls nicht unter Druck setzen lassen, diese Situation als furchtbar zu empfinden, sondern für mich war es gewissermaßen normal, dass dieser Staat sich so verhält. Deswegen war ich eben nie für diesen Staat. Aber dass wir aktiv dagegen gekämpft hätten, das war auch nicht der Fall.

Sie haben erwähnt, es kamen Stasi-Mitarbeiter auf die Huysburg. Warum kamen sie?

Sie waren regelmäßig jedes Jahr einmal da. Und zweimal war ich als Pfarrer allein. Der Prior war nicht da, dann war ich eben also der Ansprechpartner. Sie haben sich nicht angemeldet, sie waren plötzlich da. Und der offizielle Grund war immer, dass sie die Kunstgegenstände in unserer Kirche beschützen wollten. Das war immer der offizielle Aufhänger, und dann beim nächsten Gespräch wurde dann von dem Stasi-Mitarbeiter eingeleitet, er würde ja auch die katholische Kirche kennen, weil er Ministrant war. Mich hat das gar nicht interessiert, weil ich seine Geschichte sowieso nur als eine Möglichkeit gesehen habe, mich einzulullen und zu bewegen, mehr zu erzählen, als ich wollte. Die Fragen, die sie stellten, hatten meistens mit Kunst zu tun, und dann war da immer wieder etwas Verkläusultes



> Männerwallfahrt des Bischöflichen Amtes Magdeburg an der Huysburg: Das Foto erstellte ein IM-Kandidat. 1.10.1983 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3953, Bl. 15, Bild 17

mit drin. Sie haben dann von mir immer eine Antwort bekommen, mit der sie nichts anfangen konnten, hoffte ich jedenfalls.

Warum wollte die Stasi diese Kunstgegenstände beschützen? Gab es eine Gefahr?

Es gab ein oder zweimal Kunstraub in Kirchen. Aber ob das nicht Auftragsraub war, denn diese Behörden haben, wie Schalck-Goldkowsky, einen Handel mit Westdeutschland betrieben und u. a. war auch Kunstgut dazwischen, also gerade kirchliches. Was soll ein Dieb hier eine Madonna stehlen? Er hat ja keinen Markt, wo er sie absetzen kann. Es ist fragwürdig die ganze Geschichte. Es war scheinbar der Aufhänger, weil sie einen Grund haben wollten, der den Anschein hatte, plausibel zu sein. Ich glaube auch, dass diese Besuche ein bisschen auch signalisieren sollten: Wir gucken auf euch. Das glaube ich schon.

Bei diesen Begegnungen mit der Stasi hatten Sie keine Angst?

Nein. Ich war nicht gerade erfreut über die Besuche, das nicht. Wie gesagt, wenn ich mich von Angst leiten lasse, dann bin ich immer eingeschränkt, dann haben sie das erreicht, was sie wollten.

Gab es im Kloster gar keine Diskussionen und Kritik über Politik?

Es war nicht jeden Tag Grundlage für Gespräche. Aber durchaus punktuell, wo es virulent war, gab es schon

Diskussionen miteinander, aber nie öffentlich ausgetragen, sondern untereinander.

Die katholische Kirche verfolgte in der DDR eine Linie der Zurückhaltung und Nichteinmischung in politische Angelegenheiten. Traf das auch für die Huysburg zu?

Ja. Die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat bestand seit Gründung der DDR, aber unter der Bedingung, dass sich die Kirche nicht in staatliche Angelegenheiten einmischte. Das hat die Bischofskonferenz auch eingehalten bis auf die Ausnahmen, wo sie zu ganz konkreten Fällen Stellung genommen hatte. Und auch wir als Pfarrer sollten nicht politisch tätig sein. Man wollte nicht anecken beim Staat. Auf der anderen Seite war das ein Schutz der Gemeinden. Wenn sich ein Pfarrer politisch betätigte, dann war die Gefahr einer Einflussnahme durch den Staat viel größer, als wenn er sich zurückhielt. Wir durften keine politischen Ämter übernehmen. Und für meine Begriffe zu Recht. Man wollte keine Eskalation beim Staat, obwohl klar war, dass wir als Katholiken diesen Staat, in dem wir lebten, innerlich ablehnten.

ECa

Das Dessauer Bauhaus im Blickfeld der Staatssicherheit

1976 wurde das Bauhaus Dessau – 50 Jahre nach der ersten Indienstnahme des Gebäudes – wiedereröffnet. Das Gebäude war von Walter Gropius errichtet worden und galt als Meisterwerk des Neuen Bauens. Das Bauhaus hatte allerdings nur wenige Jahre existiert. 1932 schlossen die Nationalsozialisten, die im Dessauer Stadtrat die Mehrheit erlangt hatten, das Institut und nutzten das Gebäude später u. a. zur Ausbildung von Amtswaltern des NS-Gaues Magdeburg-Anhalt. 1945 traf eine Brandbombe das Bauhaus und zerstörte die Vorhangfassade. Ab 1949 beherbergte das Gebäude dann eine Berufsschule.

Über 25 Jahre sah die SED von einer Wiedereröffnung ab und betrachtete das Bauhaus als »Brutstätte bürgerlich-formalistischer Ideen«. ²⁷⁸ Der Sinneswandel der Partei kam erst im Jahre 1975. Die SED beschloss die Instandsetzung des kriegsbeschädigten Gebäudes und eine Wiedereröffnung als »wissenschaftlich-kulturelles Zentrum«. Das Bauhaus sollte als fortschrittliche Institution mit internationalem Austausch auch zum Renommee der DDR beitragen. Zehn Jahre nach der Wiedereröffnung bekam das Bauhaus den Status einer Forschungs- und Bildungsstätte und wurde dem Bauministerium unterstellt. Der politische Auftrag war eindeutig: »Den fortschrittlichen Traditionen verpflichtet, leistet das Bauhaus Dessau in enger Verbindung mit der Praxis einen schöpferischen Beitrag zur weiteren sozialistischen Entwicklung von Städtebau, Architektur und bildender Kunst sowie zur anspruchsvollen Gestaltung und zur Erhöhung des Gebrauchswertes von Industrieerzeugnissen.« ²⁷⁹

Das DDR-Regime nutzte die Institution für innen- und außenpolitische Propagandazwecke. Ein Image der Modernität und Weltoffenheit sollte den westlichen und ausländischen Besuchern vermittelt werden. Dies bedeutete aus Sicht der Staatssicherheit die Notwendigkeit, die Überwachung zu intensivieren. Parallel zur Entwicklung des Bauhauses in Dessau, die durch einen Beschluss des Zentralkomitees der SED vom 10. September 1986 bestimmt wurde, fertigten die Kreisdienststelle Dessau (S. 164) und ihr Referat »Politisch-ideologische Diversion« eine Konzeption zur »Sicherung« der Einrichtung. Zum einen erfolgte eine Überprüfung der knapp 100 Mitarbeiter, um die sogenannten



> »Experiment Bauhaus« war der durchaus zweideutige Titel der Ausstellung in Dessau. Die Ausstellung machte deutlich, dass eine kulturelle Zusammenarbeit zwischen Ost und West möglich war. 6.8.1988 Foto: Andreas Schoelzel

personellen Unsicherheitsfaktoren herauszufinden. ²⁸⁰ Die Staatssicherheit bemängelte, dass die politische Einstellung einiger Mitarbeiter trotz ihrer Parteizugehörigkeit zweifelhaft sei. ²⁸¹ Zum anderen bildete die Überwachung der internationalen Beziehungen und der Öffentlichkeitsarbeit des Bauhauses einen weiteren Schwerpunkt. Künstler und Kunsthistoriker aus der Bundesrepublik und dem Ausland rückten ins Blickfeld der Staatssicherheit, die »politische Diffamierungen« der DDR fürchtete. Sie sammelte Informationen über internationale Kongresse und Seminare in Dessau: Zahl, Herkunft und Unterbringung der Teilnehmer, Inhalte und Ablauf der Veranstaltungen.

Nach dem Kulturabkommen zwischen DDR und Bundesrepublik vom Mai 1986 entwickelte und intensivierte sich der kunstwissenschaftliche Ost-West-Austausch am Bauhaus. Im Sommer 1988 gipfelte dieser in der Eröffnung einer Ausstellung des West-Berliner Bauhaus-Archivs im Beisein ost- und westdeutscher Politiker. Das MfS bündelte im Vorfeld seine Kräfte und legte Maßnahmen fest. Es überprüfte beispielsweise die Ein- und Ausreisen der Mitarbeiter des West-Berliner Bauhaus-Archivs in die DDR und registrierte sie in einem »Sicherungsvorgang«. ²⁸² Für den Tag der Eröff-



> Ausstellungseröffnung im Bauhaus Dessau: Eberhard Diepgen (links), Regierender Bürgermeister von West-Berlin, und SED-Staatssekretär Karl Schmiechen (rechts) vor einer Plastik von Oskar Schlemmer. 6.8.1988
Foto: Andreas Schoelzel

nungsveranstaltung wurde eine Einsatzgruppe von 20 Mitarbeitern gebildet. Eine enge Zusammenarbeit mit der Volkspolizei war auch geplant.²⁸³

Bei der Eröffnung sprach erstmals ein Regierender Bürgermeister von West-Berlin auf einer offiziellen DDR-Veranstaltung. Die Staatssicherheit dokumentierte den Ablauf der Veranstaltung genau: »In seiner 7-minütigen Rede ging Diepgen auf die Tradition des Bauhauses und weltweite Ausstrahlung ein. Er begrüßte das Zustandekommen der Ausstellung im Zusammenhang mit dem Kulturabkommen zwischen der BRD und der DDR als einen Beitrag zur Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der BRD und der DDR entsprechend des Grundlagenvertrages.«²⁸⁴

Der Besuch aus dem Westen weckte beim MfS die Befürchtung, dass Dessauer und insbesondere Ausreisewillige die Gelegenheit nutzen könnten, um ihrem

Unmut öffentlichen Ausdruck zu verleihen. Tatsächlich konnte die Staatssicherheit ermitteln, dass sich 18 Antragsteller in der Menschenmenge befanden.²⁸⁵ Zu einem öffentlichen Protest kam es jedoch nicht: »Unter den vor dem Bauhaus wartenden Personen [ca. 80–90] befanden sich mehrere Übersiedlungersuchende, an deren Personifizierung gearbeitet wird. Festgestellt wurde gegen 13.45 Uhr der Einwurf von 2 Briefen in die geöffnete Heckklappe des Pkw Mercedes des ZDF-Teams [...] durch den DDR-Bürger [...]«²⁸⁶ Das MfS sicherte die außergewöhnliche Ausstellung und den kurzen Auftritt von Eberhardt Diepgen ab. Diese deutsch-deutsche Konstellation war neu, ungewöhnlich und barg aus Sicht der Stasi Risiken.

Die Ausstellungsmacher dürften sich der kulturpolitischen Bedeutung ihres Ausstellungsprojektes im geteilten Deutschland durchaus bewusst gewesen sein. Sie wählten für ihre Schau den Titel »Experiment Bau-

haus«, was mehrdeutig verstanden werden konnte – sowohl historisch als auch gegenwartsbezogen.

Bei der Entwicklung des Bauhauses, vor allem in den 1980er-Jahren, ist die Rolle der Staatssicherheit deutlich zu erkennen: Die SED bestimmte und entschied über eine Öffnung, während die Staatssicherheit als »Schild und Schwert der Partei« die Abläufe »absicherte« und kontrollierte.

Deckname »Fixi« – ein IM in Schlüsselposition im Bauhaus

Zuständig für die Überwachung des Bauhauses war der Mitarbeiter Günter Dembniak der Dessauer Kreisdienststelle. Er war im Bauhaus kein Unbekannter, wie die Berliner MfS-Zentrale vermerkte: »Dieser Genosse soll bei vielen Mitarbeitern des Bauhauses in keinem guten Ruf stehen, da sein Auftreten oftmals [als] überheblich empfunden wird.«²⁸⁷ Im September 1989 zog Dembniak in einer »Einschätzung zur politisch-operativen Lage am Bauhaus« eine positive Bilanz: »Die operativen Kräfte und Mittel sind momentan zur Gewährleistung der Sicherheit ausreichend.«²⁸⁸ In der Tat verfügte das MfS über hochrangige Kontakte am Bauhaus, die einen detaillierten Einblick in die täglichen Abläufe der Einrichtung vermittelten. Zum einen fand eine offizielle Zusammenarbeit mit Direktor, Kader- und Verwaltungsleitung und mit Mitarbeitern im Bereich der internationalen Beziehungen des Bauhauses statt. Dembniak bezeichnete sie als »vertrauliche Arbeitskontakte«. Zum anderen hatte sich die Staatssicherheit eine IM-Basis aufgebaut.

Zwei Angestellte des Bauhauses lieferten Informationen unter den Decknamen »Fixi« und »Ernst«, zwei weitere Angestellte waren für eine spätere inoffizielle Zusammenarbeit vorgesehen: die IM-Kandidaten »Hans« und »Maat«. Zwei IM aus der halleschen Bezirksverwaltung berichteten ebenfalls zum Teil auch zum Bauhaus.²⁸⁹

Die Kollaboration mit dem IM »Fixi« (Jg. 1928) war von besonderer Bedeutung. Er bekleidete die Funktion des ersten stellvertretenden Leiters am Bauhaus und war dem MfS daher schon aus den »vertraulichen Arbeitskontakten« bekannt. Im Zuge der Profilierung

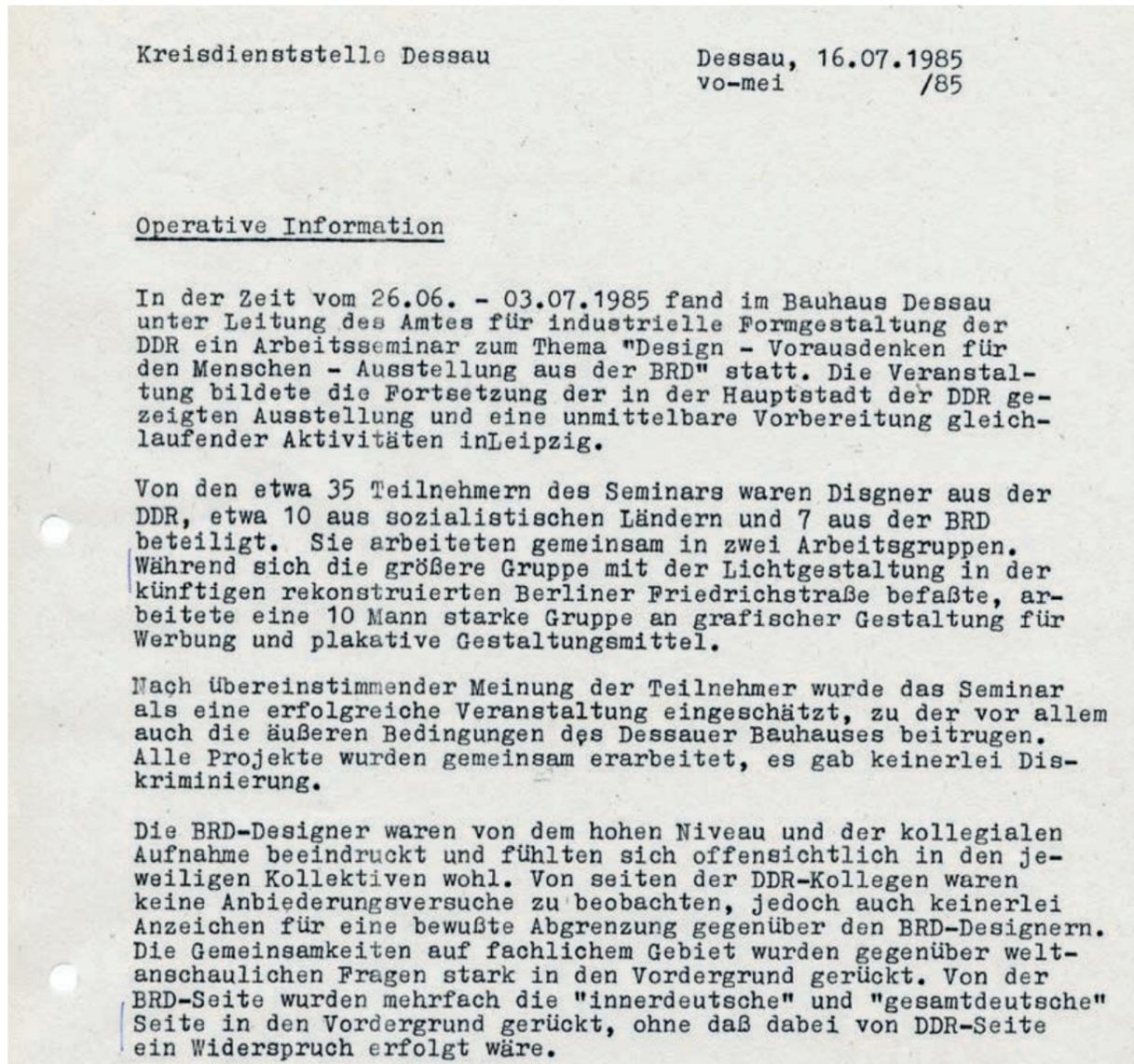
und Neustrukturierung des Bauhauses im Jahre 1986 entschied sich das MfS für seine Anwerbung als IM, die reibungslos ablief.²⁹⁰ »Fixi« war eine ergiebige Quelle. In seinem Büro traf er sich wöchentlich mit seinem Führungsoffizier, im Vorfeld von Veranstaltungen auch häufiger.²⁹¹

In seiner Position als stellvertretender Direktor nahm er an den internen Entwicklungsprozessen des Bauhauses teil. Die Jahrespläne übergab er sogar der Staatssicherheit zur Vorabstimmung. Er konnte außerdem auf die Personalpolitik sowie die Neueinstellung von Künstlern des Bauhauses entscheidend Einfluss nehmen. »Fixi« gab der Staatssicherheit Kaderunterlagen weiter und berichtete mündlich über Mitarbeiter des Bauhauses. Im Juli 1986 äußerte er sich zum Beispiel über einen Kollegen: »Das Verhalten des Kollegen [Name] gibt in der letzten Zeit (seit Oktober 1985) öfter Anlass zur Kritik. Im Zusammenhang mit Veranstaltungen bzw. geplanten Veranstaltungen im BH [Bauhaus], die unter Teilnahme von politisch indifferenten bzw. negativen Personen durchgeführt wurden, trat [Name] als Organisator und Mitorganisator in Erscheinung.«²⁹²

**»Als IM in Schlüsselposition
nutzt er seine beruflichen Möglichkeiten
konsequent zur Stabilisierung der
staatlichen Sicherheit im Objekt.«
(MfS Dessau)**

Die internationalen Beziehungen des Bauhauses waren in den Augen des MfS ein weiterer Schwerpunkt. »Fixi« trug zu einem besseren Überblick bei. Er informierte im Vorfeld über Lehrgänge und Seminare und gab Namenslisten von Teilnehmern weiter. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik wurden in der Regel im Wohnheim des Bauhauses untergebracht, was eine Kontrolle durch die Staatssicherheit einfacher gestaltete. Planten diese – wie im Juli 1986 – privat bei Dessauer Bekannten zu übernachten, meldete »Fixi« es umgehend weiter.²⁹³

Schließlich informierte »Fixi« über Veranstaltungen und Seminare im Vorfeld und im Nachgang.



> Die Staatssicherheit beobachtete am Bauhaus die Seminarteilnehmer. 16.7.1985
BSTU, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Nr. 5117, Bl. 4

Durch ihn kam die Staatssicherheit an offizielle Seminarprogramme und Informationen über mögliche »feindliche Aktivitäten«. Zur Kontrolle der Ausstellungseröffnung des West-Berliner Bauhaus-Archivs setzte das MfS »Fixi« ebenfalls ein. Er war sich der Tragweite dieser Veranstaltung bewusst: »Es ist davon auszugehen, dass ein Nichtzustandekommen der Ausstellung politisch vom Gegner genutzt wird, um der DDR nachzuweisen, dass sie das Kulturabkommen nicht mit Leben erfüllen will.«²⁹⁴

Führungsoffizier Dembniak lobte den wichtigen Beitrag von »Fixi« zur Kontrolle des Bauhauses. In einer schriftlichen Bewertung konstatierte Dembniak,

dass bei dem IM Wort und Tat eine Einheit bildeten. Er liefere Informationen von »überwiegend operativer Bedeutsamkeit«. Mit dieser verklausulierten Formulierung bezeichnete das MfS Informationen, die zur Einleitung von Personen-Überprüfungen führten.²⁹⁵ »Fixi« arbeitete bis zur Auflösung der Staatssicherheit mit ihr zusammen.

ECa

Spitzel im »Turm« – Die Unterwanderung der Martin-Luther-Universität Halle

Die Martin-Luther-Universität (MLU) galt, wie andere DDR-Hochschulen auch, für die Staatssicherheit als sensibler Bereich, da sie vor den Angriffen des »kapitalistischen Feindes« nicht »gefeit« war. Dieser ließe nämlich »nichts unversucht, die erfolgreiche Gestaltung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und in allen sozialistischen Ländern zu stören«.²⁹⁶ Vor allem bei Studenten war die Staatssicherheit wachsam. Sie bildeten die zukünftige Führungselite der DDR und an der Universität sollten aus ihnen sozialistische Persönlichkeiten werden. Die ideologische Qualifizierung spielte neben der fachlichen Ausbildung eine wesentliche Rolle. Deshalb wurde das studentische Leben überwacht, sowohl an der Universität als auch in der Freizeit wie zum Beispiel in den Wohnheimen und Studentenklubs. Ziel der Überwachung war es, wie in zahlreichen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, jegliche Form von Kritik zu unterbinden.

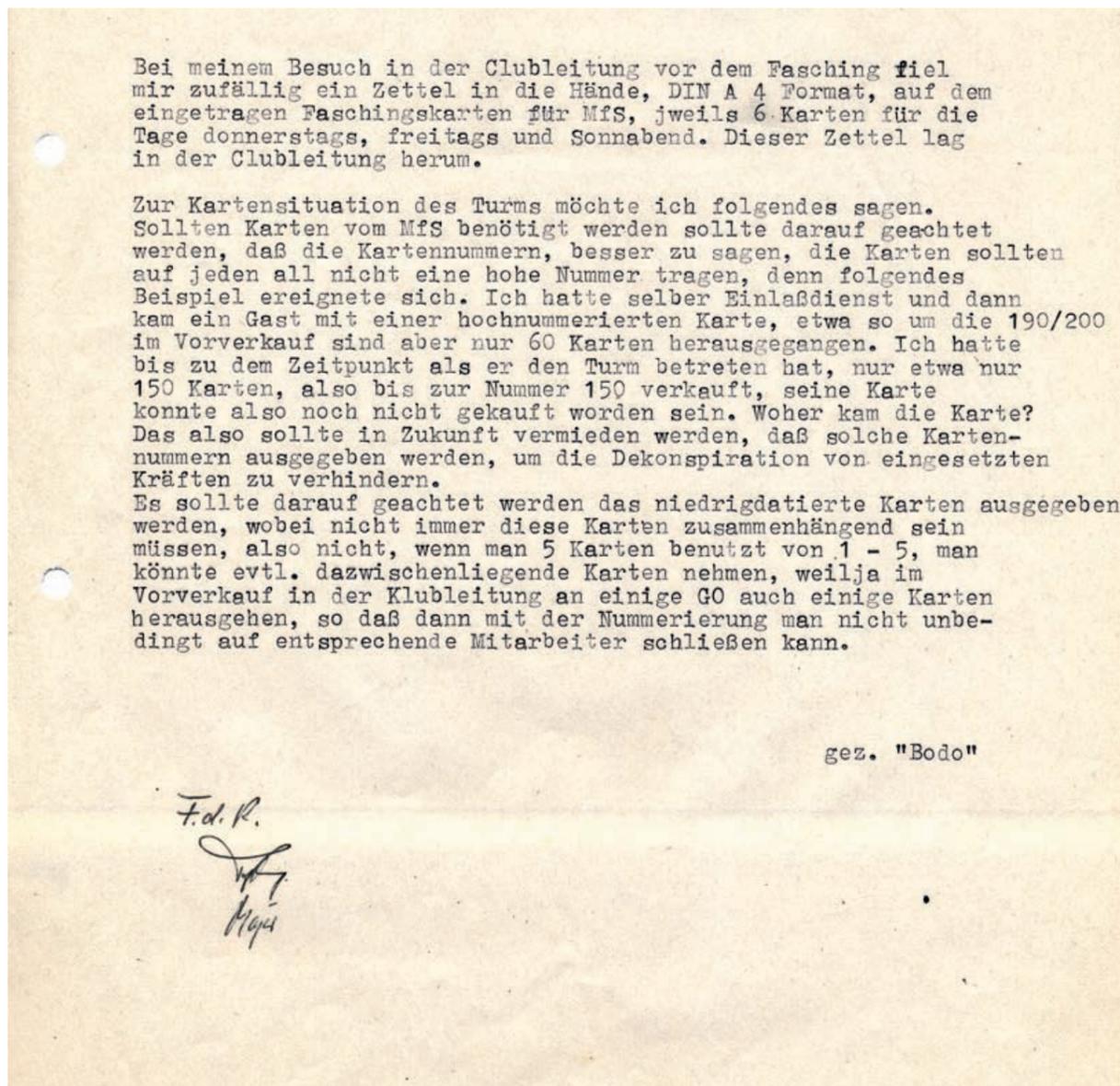
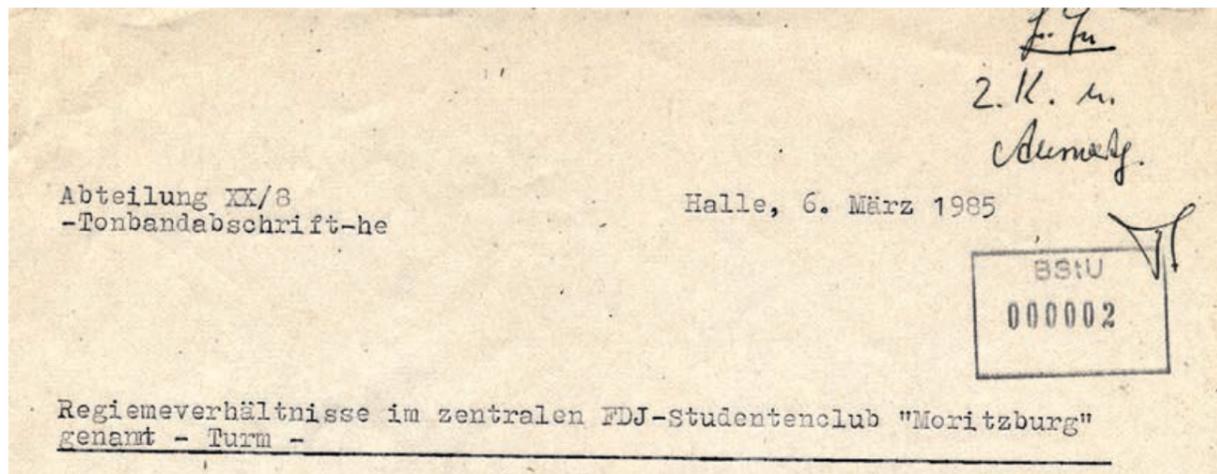
Eine junge Germanistik-Studentin (Jg. 1959) trat in ihrer Freizeit als Liedermacherin auf. Diese Freizeitbeschäftigung wurde ihr zum Verhängnis. Unter dem Decknamen »Sängerin« leitete die Staatssicherheit im Frühjahr 1982 erste Ermittlungen ein. Das MfS bezeichnete die Studentin als »Trägerin und Verbreiterin der politisch-ideologischen Diversion«. Aufgefallen sei sie zunächst als »Sängerin mit pazifistischen Textinhalten«.²⁹⁷ Die Meldung über mutmaßlich feindliche Tätigkeiten kam von der Volkspolizei. Wenige Tage zuvor war die Studentin von Polizisten angehalten worden, da sie den Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen« trug. Eine Reaktion der Universität ließ nicht lange auf sich warten. Die Studentin wurde zu einer Aussprache mit der Leitung der Sektion Germanistik und dem FDJ-Sekretär vorgeladen. Im Protokoll hieß es anschließend, dass sie nicht bereit sei, »die politische Schädlichkeit ihres öffentlichen Auftretens und ihr Fehlverhalten gegenüber der Volkspolizei selbstkritisch einzuschätzen«.²⁹⁸ An diese Informationen heranzukommen war für das Ministerium für Staatssicherheit ein leichtes Spiel: Drei der vier Leitungsmitglieder waren inoffizielle Mitarbeiter.

Insgesamt 20 IM zog das MfS heran, um mehr über die Studentin zu erfahren. Es beauftragte Experten-IM



> Studentenklub »Turm« im Keller der Moritzburg. 1975
Stadtarchiv Halle, BK 29953; Foto: Josef Münzberger

mit der Begutachtung der Liedertexte. Mitstudenten und Freunde von »Sängerin« lieferten Berichte über ihr Verhalten, ihre politischen Äußerungen sowie ihr Privatleben. IM »Kurtz«, ebenfalls Musiker, sollte sich beispielsweise im Auftrag der Staatssicherheit mit der Studentin anfreunden und sie zu Hause aufsuchen.²⁹⁹ Besonders die öffentlichen Auftritte der Studentin im Studentenklub »Turm« interessierten die Stasi-Offiziere, da sie dort ein größeres Publikum erreichen konnte.³⁰⁰ Der 1973 eröffnete zentrale Studentenklub der MLU war ein gut besuchtes Lokal mit einem vielfältigen Kulturangebot. An den Veranstaltungen nahmen in wachsender Zahl nicht nur Studenten, sondern auch junge Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten teil: ein Dorn im Auge des MfS. Zudem befürchtete es, dass kritische Künstler den Klub als Plattform hätten nutzen können. Die Stasi setzte mehrere IM im Klub ein, die für die Leitung und Organi-



> IM »Bodo« berichtet über Aspekte, auf die bei der Ausgabe von Eintrittskarten an MfS-Mitarbeiter zu achten ist. 6.3.1985
BSTU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 3147, Bl. 2, 5



> Das »Löwengebäude« war das Hauptgebäude der Martin-Luther-Universität Halle (1973).
UAHW, Rep. 40-III, Nr. 7

sation von Veranstaltungen zuständig waren.³⁰¹ Auch der damalige Leiter, als IM »Ludwig Langhans« tätig, wurde in die Überwachung der Studentin einbezogen. Er beschrieb ihre Lieder als »sehr lyrisch ausgelegt, mit Schwulstigkeit überladen und von allgemeinem philosophischen Geschwätz geprägt [...]. Trotz der Unverbindlichkeit des Inhaltes (Liebe, Kinder, Umweltschutz) ist den Texten der [Studentin] eine pazifistische Orientierung zu entnehmen [...]«. ³⁰² Ein komplettes Verbot ihrer Auftritte strebte die Staatssicherheit aber nicht an. Es ging ihr darum, einen sogenannten Disziplinierungsprozess einzuleiten, um »sie zu einem öffentlichen Bekenntnis zu unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu zwingen«. ³⁰³ Dafür sollte IM »Ludwig Langhans«, als eine Art Zensurinstanz, gezielt Einfluss auf das Bühnenprogramm der Studentin nehmen. ³⁰⁴

Ohne ihr Wissen drang die Staatssicherheit auch in das private Leben der Studentin ein. Briefe wurden geöffnet und Wanzen in ihrer Wohnung eingebaut. Sie verschaffte sich heimlich Zugang zu ihrer Wohnung und fotokopierte Briefe, Texte und Tagebücher. ³⁰⁵ So wurden ihre persönlichen Kontakte ausspioniert.

Das Ministerium für Staatssicherheit nutzte außerdem seine offiziellen Kanäle an der Universität. Mit dem stellvertretenden Direktor der Sektion Germanistik tauschte es sich im Jahr 1982 regelmäßig aus. Dieser lieferte Informationen über den Studienverlauf von »Sängerin« und ihre politischen Ansichten. ³⁰⁶ Die Überwachung ging noch über die Zeit des Studiums hinaus. Bei der ersten Anstellung nach dem Studium sorgte die Staatssicherheit dafür, dass »Sängerin« nicht die Stelle bekam, für die sie sich beworben hatte. Die Stasi sorgte auch dafür, dass sie keine entsprechende andere Beschäftigungsmöglichkeit fand. Aus diesem Grund zog »Sängerin« nach Leipzig. Bevor die Bezirksverwaltung Halle den Vorgang abschloss, schickte sie Informationen an die dortige Bezirksverwaltung weiter. ³⁰⁷

Insgesamt hatte die Staatssicherheit ein umfassendes System zur Überwachung der Martin-Luther-Universität Halle aufgebaut. In den 1980er-Jahren verfügte sie über ein weitgespanntes Netz an inoffiziellen Mitarbeitern. Rekrutiert wurden sowohl Studenten und Wissenschaftler als auch Verwaltungsangestellte,

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Halle

Halle, 05. April 1983

B e r i c h t

über die durchgeführte konspirative Durchsuchtung
der Wohnung des [REDACTED]

geb. am: [REDACTED]

wohnhafte: Halle, [REDACTED]

Am 29. März 1983 wurde die Wohnung der genannten Person in der Zeit von 09.00 Uhr bis 11.00 Uhr konspirativ durchsucht. Die Wohnungstür wurde mit einem Schließgerät konspirativ geöffnet.

Die Wohnung selbst war in einem sauberen aber unaufgeräumten Zustand. Das Wohnzimmer der Wohnung war verschlossen, doch der dazugehörige Schlüssel war vorhanden.

Nach unserer Einschätzung wurde die Aufgabenstellung der konspirativen Durchsuchtung erreicht, da alle Räumlichkeiten, Schränke und Behältnisse gründlich durchsucht werden konnten.

Durch die konspirative Durchsuchtung wurde folgendes Ergebnis erarbeitet:

Beim Betreten der Wohnung erhält man den Eindruck, daß die Genannte sich sehr stark kirchlich engagiert. Dieser Eindruck wird hervorgerufen durch sehr viele kirchliche Zeichen und Plakate. Selbst geschriebene Texte und kirchliche Abrüstungsplakate hängen an der Wand in den gesamten Zimmern.

Anhand der aufgefundenen Anschriften kann eingeschätzt werden, daß die Genannte einen sehr starken Postverkehr betreibt. Zum Charakter dieses Postverkehrs kann von der Abteilung VIII keine Aussage erarbeitet werden. Der vorgangsführende Mitarbeiter war bei dieser Maßnahme zugegen. Dieser Mitarbeiter schätzte ein, welche Materialien und Gegenstände von der Abteilung VIII dokumentiert werden sollten.

Es wurden 491 Fotokopien gefertigt. Dabei handelt es sich um Briefe, Liedtexte, Tagebuchaufzeichnungen und Plakate.

Nach beendeter Durchsuchtung wurde die Wohnung wieder ordnungsgemäß verlassen und verschlossen.

Leiter der Abteilung

Klemm
Oberstleutnant

Leiter des Referates 3

Feustel
Hauptmann

wobei immer neue Anwerbungen angestrebt wurden. Wissenschaftler, die als IM tätig waren, fungierten als Gutachter für die Stasi. Zum einen ging es um die Analyse von Dokumenten, die ausgeprägte Fachkenntnisse verlangten, über die die Staatssicherheit nicht verfügte. Zum anderen wurden Wissenschaftler herangezogen, um Buchmanuskripte oder Kunstwerke, hinter denen die Staatssicherheit eine feindliche Tätigkeit vermutete, zu begutachten. Durch die Zusammenarbeit mit IM aus dem Verwaltungsbereich der Universität gelangte die Staatssicherheit an interne Dokumente und vor allem an Personalunterlagen. Mithilfe der Studenten- und Kaderakten wurde außerdem die Eignung für eine inoffizielle Tätigkeit geprüft.³⁰⁸ Mit der Leitungsebene der MLU wurde zudem auf offiziellen Wegen ein reger Austausch gepflegt. Die Staatssicherheit nutzte beide Kanäle, um im Vorfeld Informationen über Universitätsangehörige zu sammeln. Damit erhielt sie auch Möglichkeiten, Einfluss auf universitätsinterne Entscheidungen zu nehmen, wie zum Beispiel in Fällen der Exmatrikulation von Studierenden.³⁰⁹

Im Zuge ihrer Durchdringung des akademischen Lebens identifizierte die Staatssicherheit in bestimmten Bereichen der Universität ein gesteigertes Potenzial widerständigen und aufmüpfigen Verhaltens. Dazu zählten die Sektion Theologie und die Studentengemeinden. Die Durchsetzung der militärischen Ausbildung an der Universität stieß nicht nur an der MLU, sondern insgesamt an verschiedenen Hochschulen der DDR auf massive Verweigerung. Die Ablehnung des Waffengebrauchs aus ethischen Gründen konnte bis zur Exmatrikulation führen.³¹⁰ Bei den Geisteswissenschaften geriet die Sektion Germanistik/Kulturwissenschaften aus mehreren Gründen ins Visier des MfS. Zum einen waren viele Studenten der Germanistik kirchlich gebunden. Zum anderen hatten sie zu Schriftstellern und Künstlern regelmäßige Kontakte.³¹¹

Auch der Bereich Medizin an der MLU war für das MfS ein rotes Tuch. Die SED hatte über die Jahre immer Schwierigkeiten gehabt, ihre Parteilinie dort durchzusetzen. Vor allem traf der Weggang von Wissenschaftlern und Studenten, sei es durch Flucht oder durch Ausreise, besonders den medizinischen Bereich. Die Staatssicherheit stellte bei den Medizinern eine ausgeprägte »antisozialistische Haltung« fest, die sie durch den Einfluss des Gegners – eine gängige Erklärungstereotyp – erklärte. Sie unterstrich, dass Angehörige

der Sektion Medizin oft kirchlich gebunden waren und dass sie zahlreiche Kontakte, auch bedingt durch ihren Beruf, zur Bunderepublik pflegten. Sie betonte ebenfalls, dass es den Medizinern beim Weggang in die Bundesrepublik um »persönliche Vorteile« gehe. Damit waren höhere Gehälter und eine bessere berufliche Weiterentwicklung gemeint.³¹²

**»Die politisch-ideologische Einflussnahme des Gegners auf die studentische Jugend [...] und den Lehrkörper ist systematisch zurückzudrängen.«
(MfS-Dienstanweisung)**

Schließlich konzentrierte die Staatssicherheit ihre Arbeit an der MLU auf Forschungsvorhaben von internationaler bzw. herausragend ökonomischer Bedeutung. Auf dem Gebiet der Flüssigkristallforschung konnte die hallesche Universität auf eine lange Tradition verweisen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Mikroelektronik spielte die Flüssigkristallforschung eine bedeutende Rolle, die von der SED erkannt wurde. Es ging darum, mit westdeutschen Instituten zu konkurrieren und vor allem an internationalem Renommee zu gewinnen. Die Staatssicherheit intensivierte ihre Überwachung der Sektion Chemie in den 1980er-Jahren. Ziel war es, zum einen bedeutende Erkenntnisse aus der internationalen Forschung zu sammeln. Zugleich überwachte die Staatssicherheit die Spitzenwissenschaftler u. a., um zu verhindern, dass diese zu viele Informationen aus ihrem Forschungsgebiet preisgaben. Sie ging von einer ständigen Gefahr der westdeutschen Wirtschaftsspionage aus.³¹³

ECa

Arzt bekämpft »Sportverräter« – der 1. FC Magdeburg

Der Sportarzt selbst machte den Vorschlag: Da Uwe Bardick (Jg. 1962), Torwart des 1. FC Magdeburg, ohnehin seit Beginn der DDR-Fußball-Oberliga-Saison 1986/1987 bei ihm in Behandlung sei, würde eine weitere Spritze gar nicht auffallen. Beim nächsten Mal sollte die Injektion aber nicht dem Abschwellen der diagnostizierten Ellenbogenentzündung dienen. Vielmehr sollte die Kanüle so präpariert werden, dass die Symptome sich noch verstärken würden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde Bardick dadurch für die nächsten Spiele ausfallen, ganz so, wie es sein Gegenüber wollte.³¹⁴

Der Gesprächspartner des Sportarztes, der als inoffizieller Mitarbeiter »Hans Stock« (Jg. 1946) bereits seit den



> Uwe Bardick. 1981
privat

1970er-Jahren für den Staatssicherheitsdienst agierte, war in diesem Fall dessen MfS-Führungsoffizier, Werner Thetmann (Jg. 1949). Dieser stand dem Referat XX/3 der Stasi-Bezirksverwaltung vor und war für die sicherheitspolitische Absicherung des gesamten Sports im Bezirk Magdeburg verantwortlich. Er nahm den Vorschlag des Arztes auf und unterbreitete ihn seinem Abteilungsleiter, der wiederum seinen übergeordneten Stellvertreter Operativ informierte. Mit dem Einverständnis dieser MfS-Offiziere setzte der Sportarzt seinen Vorschlag schließlich um. Bei der »Vollzugsmeldung« von seinem Führungsoffizier befragt, »ob er wegen B[ardick] Probleme hat, verneinte er dies.«³¹⁵

Hintergrund für dieses Vorgehen gegen Uwe Bardick war die Sorge der Staatssicherheit vor einer weiteren »Republikflucht« eines DDR-Oberligafußballers. Erst wenige Monate zuvor, im März 1986, war Frank Lippmann vom DDR-Oberligisten Dynamo Dresden nach einem Europa-Cup-Auswärtsspiel beim Bundesligisten Bayer Uerdingen nicht in die DDR zurückgekehrt. Dabei lag zu Uwe Bardick gar kein konkreter Hinweis dieser Art vor. Die Magdeburger Stasi hatte überhaupt keinen direkt Verdächtigen. Es gab nur die vage Information von IM »Uwe Bollmann«, der behauptete, dass irgendein Spieler des 1. FC Magdeburg das UEFA-Cup-Spiel gegen den spanischen Club Athletic Bilbao Mitte September 1986 zum Verbleib im Westen nützen wolle. Der Informant der MfS-Bezirksverwaltung Cottbus hatte dies selbst nur über eine dritte Person gehört und zur fraglichen Zeit gar keinen direkten Kontakt zu Uwe Bardick oder zum 1. FC Magdeburg.

Das MfS-interne Berichtswesen führte dazu, dass die Verdächtigung umgehend aus der Lausitz ihren Weg auf den Schreibtisch der Magdeburger Stasi fand. Sie begann in der Mannschaft des 1. FC Magdeburg mit der Suche nach potenziellen DDR-Flüchtlings. Nach Auswertung aller vorhandenen offiziellen und inoffiziellen Informationen führte die Stasi zu einem Mannschaftskameraden von Uwe Bardick eine operative Personenkontrolle durch, um den Fußballer aus der Oberliga-Mannschaft zu entfernen.³¹⁶ Bei nochmaliger Befragung des Cottbusser IM »Uwe Bollmann« erweiterte dieser seinen Verdacht konkret auf Uwe Bardick. Das MfS ermittelte daher fortan im Rahmen der bereits laufenden operativen Personenkontrolle auch gegen ihn. Doch weder Observationsmaßnahmen noch IM-Überwachung erbrachten Belege für eine geplante



> Fankurve unter Beobachtung: Die Fanclubs mussten sich offiziell beim 1. FC Magdeburg registrieren lassen. Vor 1989
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3364, Bl. 2, Bild 1

Flucht, weder als Einzelvorhaben der beiden, noch als gemeinsamer Plan. So wandte sich der Staatssicherheitsdienst schließlich an die Leitung des Fußballclubs und an die Bezirksleitung der SED. Daraufhin wurde Uwe Bardick, der aufgrund einer Entscheidung der Clubleitung zum eingangs erwähnten Spiel nach Bilbao trotz medizinisch herbeigeführter Nichteinsatzfähigkeit dann doch noch mitreisen durfte, im Jahre 1987 aus dem Kader des 1. FC Magdeburg ausgegliedert.

Das Vorgehen gegen Uwe Bardick gehörte, was die angewandten Methoden betraf, im Bereich der Stasi-Überwachung des DDR-Leistungssports sicherlich zu den schwerwiegendsten. Ein Einzelbeispiel war es allerdings nicht. Bereits Mitte der 1970er-Jahre überwachte die Magdeburger Stasi einen Spieler des 1. FCM aufgrund des Verdachts einer geplanten »Republikflucht« in einem operativen Vorgang. Dabei finden sich viele Parallelen zum Fall »Uwe Bardick«:

Ein Spitzelhinweis aus einer anderen Stasi-Abteilung, IM-Überwachung, Post- und Telefonkontrolle usw. Auch hier ließ sich der Anfangsverdacht nicht bestätigen. Und auch hier verhinderte ein inoffizieller Mitarbeiter zwischenzeitlich die Spielteilnahme im westlichen Ausland durch eine mit der Stasi abgesprochene ärztliche Diagnose.³¹⁷

Ein solches Vorgehen war nicht Ausdruck der Willkür einiger weniger Magdeburger MfS-Offiziere, sondern hatte System. Schon in den 1950er- und 1960er-Jahren hatte eine Vielzahl von DDR-Sportlern der DDR den Rücken gekehrt. Bis 1989 waren es nach Kenntnis der Stasi insgesamt 615 Sportler aus allen Disziplinen.³¹⁸ Solche Fluchten zu verhindern, war stets eine wichtige Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit. Aus Sicht der SED diente eine erfolgreiche Sportpolitik vor allem der innenpolitischen Stabilisierung, weil sich die Bevölkerung mit den eigenen Sport-Idolen identifizieren konnte. Gleichzeitig bot der internationale Sport

000276

Magdeburg, den 05.05.86

tt13

Aktenvermerk zum Treff mit dem JMS „Hans Stock“ am 05.05.86

Der JMS erklärte sich während des Treffs ohne Einschränkungen bereit, die von ihm selbst vorgelegenen Maßnahmen zum Bardick bzw. [REDACTED] durchzusetzen.

Dies sind

1. Bardick erhält von ihm am Mittelfinger eine Spritze, die die Entzündung im Arm verstärkt. Da B. sonst regelmäßig gespritzt wird, fällt dies auch nicht auf. Sollte die Entzündung sich stark verhalten, jeder Körper reagiert unterschiedlich in seiner Abwehr d. d. B. kann man im Rahmen des ärztlichen zu untersuchen gemeldet werden damit keine Dauerstörungen auftreten. Dabei bzw. evtl. sogar vorzeitig sein, wird er alles versuchen, daß der B. nicht mitfühlt.
2. Sollte Bardick über Schmerzen klagen bzw. sichtbare Zeichen einer Verletzung haben, wird er diesen ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen sperren.

Mit dem JMS wurde vereinbart, daß er ihn am Richtfest abholt oder Mittelfinger frick anrufen werde und ihm die Entzündung mitteilen.

Der Treff wurde mit Jm. Ost-Schlecke sofort persönlich ausgetauscht. Es wurde abgeklärt, daß dieser Aktenvermerk nur in die Arbeitsakte des JMS eingeht.

Referat [REDACTED] tt13 i.A.
JLH
Hpt.

> IM »Hans Stock« wird als Arzt Fußballer Bardick spielunfähig spritzen. 9.9.1986
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, VII 459/76, Teil II, Bd. 1, Bl. 276



> Die regionalen Fanclubs des 1. FC Magdeburg traten in Turnieren, organisiert vom Fußballclub, auch gegeneinander an.
Vor 1989
BStU, MfS BV Magdeburg, Abt XX, Fo 3342 Teil 2, S. 27

der DDR die Möglichkeit, durch Siege und Medaillen internationales Renommee zu gewinnen. Sogenannte »Sportverräter«, deren imageschädigendes Verhalten dem Bild einer »stabilen DDR« so gar nicht entsprach, galt es daher möglichst im Vorhinein ausfindig zu machen.

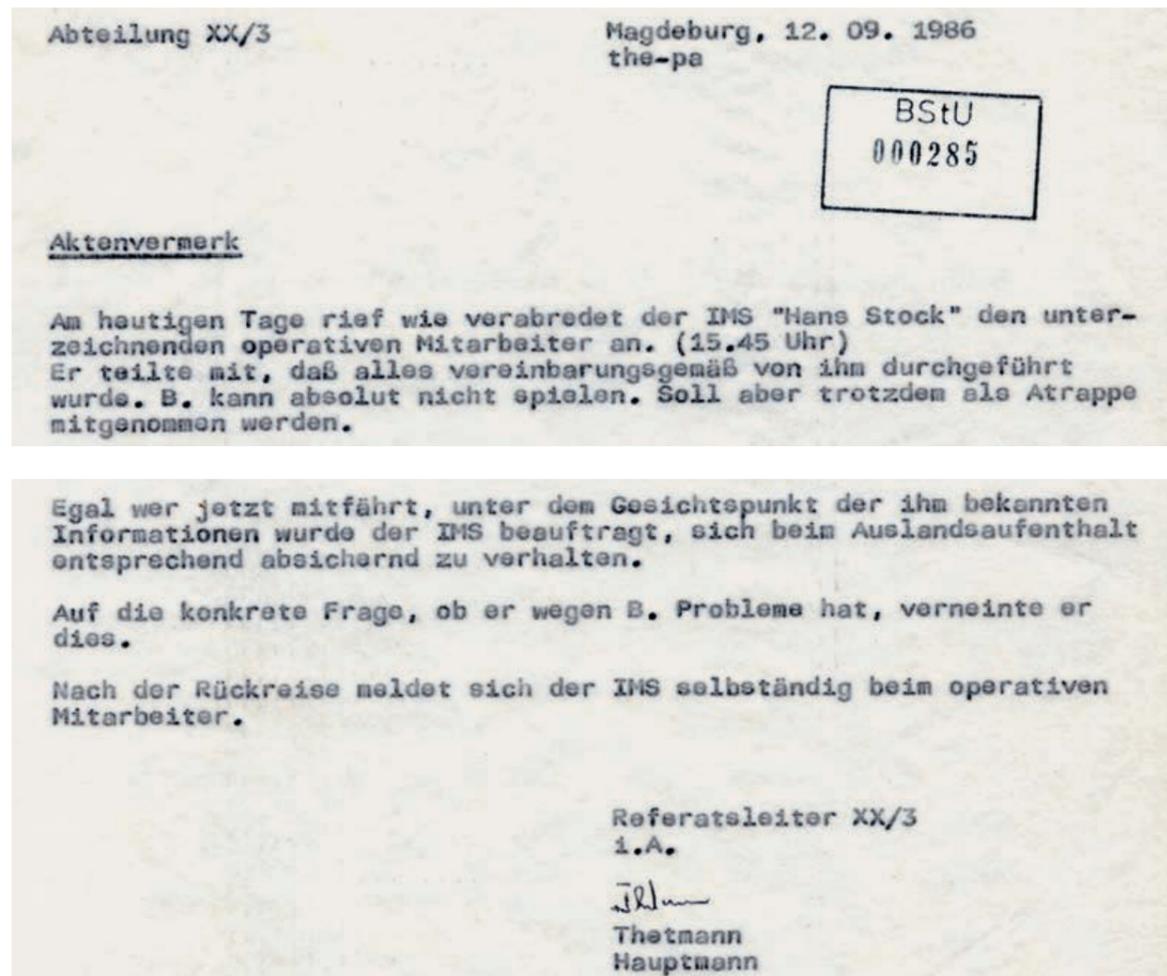
Parallel zu den ab den 1970er-Jahren stark zunehmenden internationalen DDR-Sportkontakten entwickelte der Staatssicherheitsdienst auch in Magdeburg Konzeptionen und Strukturen, um den sportpolitischen Interessen der SED gerecht zu werden. Angesetzt wurde dabei bereits im Breiten- und Massensport. So war es Usus, bei Großveranstaltungen, wie z. B. den Turn- und Sportfesten in Leipzig mit Teilnehmern aus allen Bezirken, übergreifende »nichtstrukturelle Arbeitsgruppen« in der BV zu bilden und »Maßnahmepläne« zu erarbeiten, um die Mitglieder des Magdeburger Übungsverbandes und der Bezirksdelegation vorab zu überprüfen und ihr Verhalten während des mehrtägigen Festes zu überwachen.³¹⁹ Beim VII. Turn- und Sportfest 1983 kam so auf je 50 Teilnehmer aus dem Bezirk ein inoffizieller Mitarbeiter.³²⁰

Talente aus dem Massen- oder Schulsport konnten bei den regionalen oder überregionalen Kinder- und

Jugendspartakiaden ihre Kräfte miteinander messen. Auch hier war die Stasi mit am Start. Potenzielle Nachwuchskader für die Trainingszentren waren hier ersten MfS-Überprüfungen ausgesetzt. Führten die sportlichen Erfolge zu einem Antrag auf Annahme in einem Trainingszentrum oder an einer Kinder- und Jugendsportschule, überprüfte der Staatssicherheitsdienst regelmäßig vorab die Familie des Jugendlichen

Sportfunktionär Manfred Ewald nennt Mielke den »erfahrensten Mann auf dem Gebiet des Sports«.

bis zum zweiten Verwandtschaftsgrad, einschließlich der Kontakte in die Bundesrepublik. »Maßstab« dabei waren die auch für sonstige »DDR-Reisekader« geltenden Anforderungen. Insbesondere waren intensive Kontakte in den Westen unerwünscht. Sah die Stasi schon in diesem jungen Alter nicht alle Vorgaben erfüllt, lehnte sie die weitere staatliche Förderung der Sportkarriere ab. Dem jungen Sportler, seinen hoffnungsvollen Eltern und dem um die Erfolge seines



> IM »Hans Stock« meldet Vollzug an seinem Patienten »B« (Bardick) und die Stasi dankt ihm. 12.9.1986
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, VII 459/76, Teil II, Bd. 1, S. 285

Engagements gebrachten Trainer durften die wahren Gründe der Ablehnung natürlich nicht offenbart werden, vielmehr hatte die jeweilige Stasi-Dienststelle dies »unter Anwendung geeigneter Legenden selbständig zu organisieren«. ³²¹ Ähnliche Verfahren waren bei der Besetzung von Trainer- und Funktionsstellen im Sportbereich üblich. Nicht immer blieb die Position der Stasi unwidersprochen. In den MfS-Unterlagen finden sich auch Fälle, in denen sich leitende SED-Funktionäre einschalteten und mitunter am Ende gegen die Einschätzung der Geheimpolizei entschieden.

Die Größenordnung der zu überprüfenden Fälle stellte den MfS-Apparat vor Probleme. Im zuständigen Referat der BV Magdeburg waren 1989 insgesamt fünf hauptamtliche MfS-Mitarbeiter tätig, unterstützt von Offizieren in den Kreisdienststellen. Das Referat der Bezirksverwaltung verfügte zu dieser Zeit über 60 inoffizielle Mitarbeiter in den zu kontrollierenden

Einrichtungen in Magdeburg: den Fußballclub 1. FC, den Handballclub SC, die Kinder- und Jugendsportschule, den Bezirksvorstand des Deutschen Turn- und Sportbundes und weitere Einrichtungen. Die Zahl der im Sportbereich eingesetzten IM sonstiger bezirklicher Stasi-Einheiten dürfte im unteren dreistelligen Bereich gelegen haben. Trotzdem war die Stasi nicht in jedem Fall im Bilde, wenn es um Fragen von »Westkontakten« oder gar von Planungen zur »Republikflucht« ging. Im Jahre 1988, nur wenige Monate nach dem Ausscheiden Uwe Bardicks beim 1. FCM, setzte ein anderer Fußballer, für Fans sogar *der* Fußballer des Clubs, sein Vorhaben um und wurde zum »Sportverräter« – Torjäger Jürgen Sparwasser.

ist

»Menschenrechte und das Gewissen« – Opposition in Halle und Magdeburg

Die DDR-Verfassung schrieb seit 1968 im Artikel 1 den Führungsanspruch der SED fest. Trotzdem gab es im ostdeutschen Teilstaat zwischen 1949 und 1990 stets eine Opposition. In der späten DDR waren Frieden und Demokratie die bestimmenden Motive der Opposition. Das zielte auf eine Überwindung der SED-Diktatur, aber nicht zwangsläufig auf ein Ende der DDR ab. Eine Hauptaufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit lag daher in der Überwachung und Bekämpfung der Opposition. Als »Schild und Schwert der Partei« betrieb das MfS dafür einen zunehmend größeren Aufwand. Die anfänglich stalinistischen Methoden wichen in den 1980er-Jahren einer verdeckten, aber nicht weniger menschenverachtenden Vorgehensweise. Ihren »lautlosen Terror« nannte die Stasi »Zersetzung«. Abwertend sprach die Geheimpolizei von Oppositionellen als Anhängern der »politischen Untergrundtätigkeit« (PUT), von Vertretern der »politisch-ideologischen Diversion« (PID) oder von »unbelehrbaren Feinden des Sozialismus«.

Im Frühjahr 1989 registrierte die Stasi in der DDR knapp 150 Friedens- und Umweltgruppen im Umfeld der evangelischen Kirche mit etwa 2 500 Mitgliedern und Sympathisanten. Für den Bezirk Halle ging das MfS von rund 100 Oppositionellen in 20 Gruppen und für den Bezirk Magdeburg von rund 80 Oppositionellen in acht Gruppen aus. Diese wenigen Oppositionellen bildeten im Herbst 1989 den Ursprung für die neuen politischen Vereinigungen und Parteien der Friedlichen Revolution (SDP, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch etc.).

Das Beispiel Hans-Jochen Tschiche: Zwischen allen Stühlen stehen

Hans-Jochen Tschiche (1929–2015) studierte Theologie in Berlin (Ost und West). Sein protestantisches Verhalten brachte ihn in Konflikt mit SED, Staat und auch mit der evangelischen Kirche, da er sein Handeln stets auf das eigene Gewissen bezog. Tschiche sah sich als Außenseiter, anders als der Staat aber respektierte ihn die Kirche. Nachdem er eine Pfarrstelle in Meßdorf (Altmark, Kirchenkreis Stendal) bekleidet hatte,

ging er 1975 zuerst als Studienleiter und 1978 als Leiter der Evangelischen Akademie nach Magdeburg. Tschiche engagierte sich in der unabhängigen Friedensbewegung und positionierte sich mit Bezug auf die Menschenrechte (Freiheit, Gleichheit und Teilhabe) seit Ende der 1960er-Jahre immer wieder öffentlich gegen die SED-Politik. Seine Motive entsprangen dem eigenen Erleben: Nie wieder wollte er Faschismus oder Militarismus in Deutschland. Im September 1981 regte Tschiche die Gründung einer kirchlichen Bruderschaft »Frieden konkret« an. In 900 Briefen, die allesamt staatlicherseits beschlagnahmt wurden, wandte er sich an seine Amtskollegen. ³²² Das Anliegen war die Koordinierung und Solidarisierung der unabhängigen Friedensgruppen in der DDR. Seit dessen Gründung 1983 engagierte er sich dann für das Netzwerk »Frieden konkret«. Der Magdeburger Pfarrer beteiligte sich zudem an mehreren SED-kritischen Protestschreiben. Anfang 1982 gehörte er zu den Erstunterzeichnern des »Berliner Appells«. Der Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann und der Dissident Robert Havemann forderten darin die militärische Abrüstung. Im April 1986 gehörte Tschiche zu den Erstunterzeichnern einer Eingabe an den XI. SED-Parteitag, die eine »Totalkritik des SED-Staates« darstellte. ³²³

Unter dem Decknamen »Spitze« im Visier der Stasi

Seit 1977 stand Hans-Jochen Tschiche unter Beobachtung der Stasi. Anlass war eine Eingabe an den SED-Partei- und DDR-Staatschef Erich Honecker im Dezember 1976. Der Pfarrer protestierte darin gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolfgang Biermann. Daraufhin legte die MfS-Kreisdienststelle Kalbe/Milde (📍 S. 167) eine Operative Personenkontrolle unter dem Decknamen »Spitze« an. Wenig später übernahm die MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg den Vorgang. ³²⁴ Nach mehreren Jahren verschärfte das MfS die Überwachung und Verfolgung: Im Januar 1982 legte die Geheimpolizei einen operativen Vorgang unter dem gleichen Decknamen an und im Juli 1984 wurde der Vorgang in den Zentralen Operativen Vorgang »Symbol« übernommen. Die Hauptabteilung XX/4 der Ost-Berliner MfS-Zentrale (zuständig für Kirchen und Religionsgemeinschaften) bearbeitete darin seit dem Frühjahr 1984 überregionale Friedensgruppen. Erst Ende November 1989 beendete und löschte die Geheimpolizei den Vorgang. ³²⁵

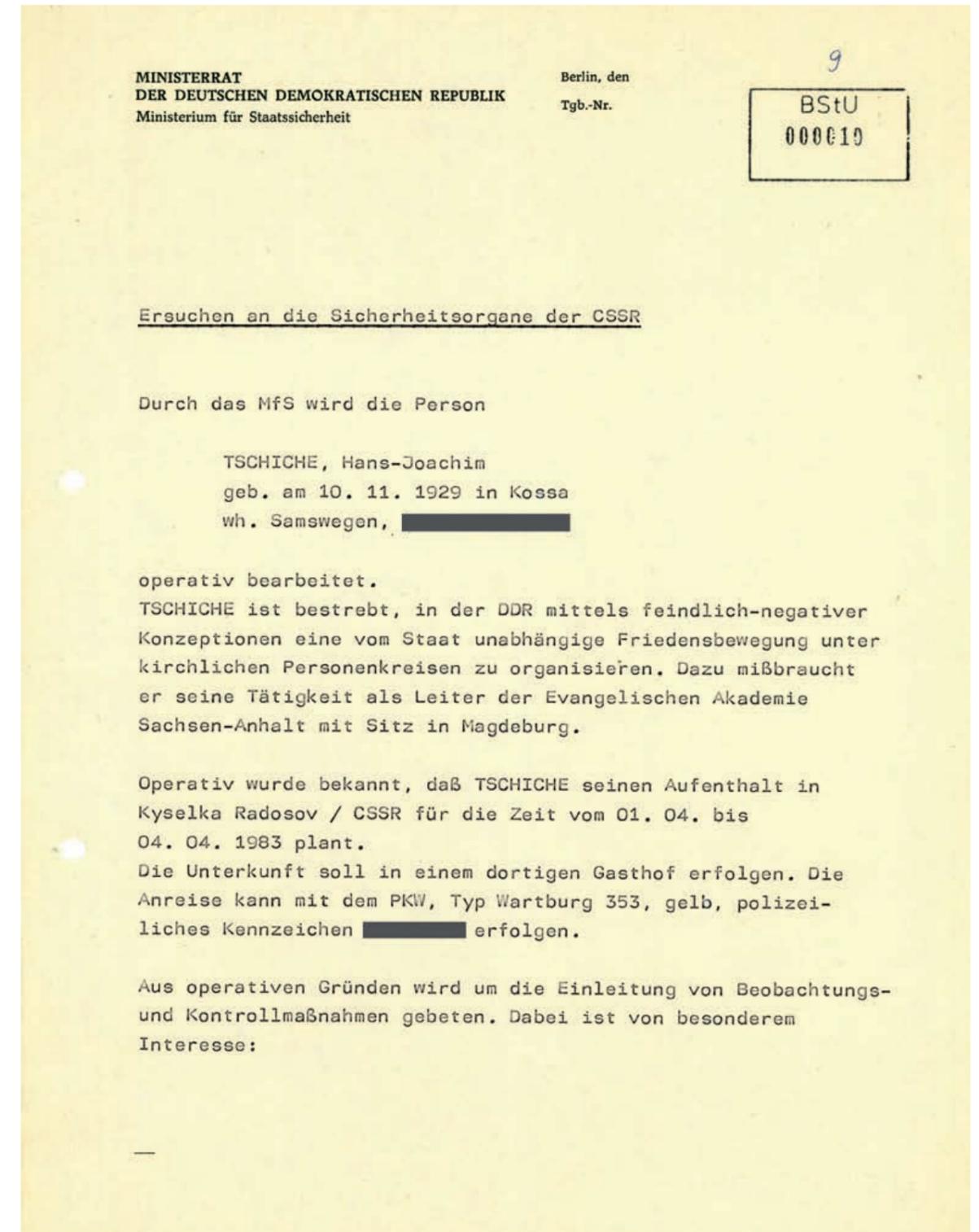


> Observationsfoto der Stasi von H. J. Tschiche aus den 1980er-Jahren. »Ich habe immer offen und öffentlich meine Kritik vorgetragen. [...] Wenn hier jemand politische Untergrundtätigkeit betrieb, dann waren es die Mitarbeiter der Staatssicherheit. Sie hatten konspirative Wohnungen eingerichtet, organisierten konspirative Treffs, belegten die Beobachter und Beobachteten mit Decknamen. Sie zapften die Telefonleitungen an.«³²⁶
BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 6011, Bild 1

Die Stasi unterstellte Hans-Jochen Tschiche eine »hohe Gesellschaftsgefährlichkeit« und plante daher »Zeretzungsmaßnahmen« gegen ihn.³²⁷ In seinem Umfeld wurde eine Vielzahl inoffizieller Mitarbeiter platziert. Die Stasi war damit nur bedingt erfolgreich. Mitte der 1980er-Jahre hieß es in einem geheimen Bericht, dass »es im Moment keine Quelle gibt, die das Vertrauen des »Spitze« nachhaltig genießt.«³²⁸ Das Wohnhaus und der Arbeitsplatz von Tschiche wurden mehrmals konspirativ durchsucht. Die Telefone und Räume dort hörte die Geheimpolizei ab und kontrollierte seine Post. Das MfS verfolgte Tschiche ganz offenkundig; manchmal konnte er bis zu drei Autos mit jeweils zwei Insassen als Verfolger erkennen. Das war einerseits Ungeschick der Stasi-Offiziere, andererseits sollte diese Vorgehensweise zermürben – Tschiche sollte als Verfolgungswahnsinniger dargestellt werden. Auf persönliche Weisung Erich Mielkes wurde Tschiche im Februar 1982 verhört und vergeblich aufgefordert, sein Engagement für »Frieden konkret« einzustellen und seine Unterschrift für den »Berliner Appell« zurückzuziehen.³²⁹ Gegen-

über seinem kirchlichen Arbeitgeber und in seinem persönlichen Umfeld streute die Stasi verleumderische Gerüchte. Zweien seiner Söhne wurde der gewünschte Ausbildungsweg versperrt. Seine Arbeitskollegen, Freunde und Bekannte gerieten ebenfalls in das Visier der Stasi: Zum Teil wurde ihren Ausreisearträgen schnell entsprochen, um Tschiche zu isolieren und zu verunsichern.

Die Stasi-Offiziere sahen in Tschiche wegen seiner Friedensarbeit einen Vertreter der »politisch-ideologischen Diversion« mit »bedeutenden Kontakten zu reaktionär negativen kirchlichen Kräften«. Der Fall Tschiche galt innerhalb des MfS als so brisant, dass alle Informationen zu ihm auch an den Stellvertretenden MfS-Minister, Rudi Mittig, gingen.³³⁰ Insbesondere seine Kontakte zu anderen Mitgliedern der Friedensbewegung wie dem Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann und dem Dresdner Pfarrer Christoph Wonneberger sah die Stasi mit Misstrauen. Tschiche sollten die Verletzung der Strafrechtsparagrafen 99 (landesverräterische



> Die Überwachung der Geheimpolizei machte auch an den Grenzen der SED-Diktatur keinen Halt. Die Stasi ersuchte im Frühjahr 1983 das tschechische Bruderorgan um Hilfe. 14.3.1983
BStU, MfS, AP 7769/86, Bl. 10

Nachrichtenübermittlung), 100 (landesverräterische Agententätigkeit), 106 (staatsfeindliche Hetze) oder 107 (verfassungsfeindlicher Zusammenschluss) nachgewiesen werden. Bis zu zwölf Jahre Haft drohten darauf in der DDR.³³¹ 1984 bewahrte Tschiche nur der anstehende 35. Jahrestag der DDR vor einem Strafprozess – die Stasi strebte den Prozess an, aber die SED-Führung wollte damals weitere Spannungen im Verhältnis zur Kirche vermeiden.³³²

Am 9./10. September 1989 gehörte Hans-Jochen Tschiche dann gemeinsam mit der Ärztin Erika Drees als Vertreter für den Bezirk Magdeburg zu den Mitbegründern des Neuen Forums in Grünheide bei Berlin. Die Stasi notierte in diesem Zusammenhang zu den beiden insgeheim, sie seien die »hinlänglich bekannten feindlich-negativen Kräfte«.³³³ Hans-Jochen Tschiche verstand sich nie als Gegner der DDR. Wohl aber war er ein Oppositioneller in der SED-Diktatur, der sich bis zuletzt für seinen Traum eines demokratischen Sozialismus engagierte.



> Observationsfoto der Stasi von Katrin und Frank Eigenfeld. 1980er-Jahre
BStU, MfS, HA XX, Fo, Nr. 1266, Bild 5

Das Beispiel Katrin Eigenfeld: wegen Jugend- und Friedensarbeit bespitzelt und verhaftet

Katrin Eigenfeld (Jg. 1946) stammt aus einer Pfarrersfamilie und arbeitete in den 1980er-Jahren als Bibliothekarin an der Universität Halle. Im nahen Halle-Neustadt engagierte sie sich für die kirchliche Jugend- und Friedensarbeit. 1982 unterschrieb Eigenfeld den »Berliner Appell«. Im gleichen Jahr beteiligte sie sich an einer Eingabe der »Frauen für den Frieden« an den SED-Partei- und DDR-Staatschef Erich Honecker. Darin protestierte die Frauengruppe gegen ein neues Wehrdienstgesetz, das für den Ernstfall auch Frauen in den Armeedienst einbezog.

»Offene Arbeit« als Streitfall – öffentliche Aktionen als Grenzüberschreitung

In das Blickfeld der Stasi geriet Katrin Eigenfeld, als sie 1981 in die Leitung der evangelischen Gemeinde Halle-Neustadt aufrückte und 1983 dort die Leitung der »Offenen Arbeit« in der Nachfolge von Jugenddiakon Lothar Rochau übernahm. Die Jugendarbeit von Rochau war bei der SED und der Kirche umstritten,

unter den Jugendlichen dagegen stark nachgefragt. Nach schweren Auseinandersetzungen und seiner Verurteilung siedelte Rochau im Dezember 1983 aus der Haft in die Bundesrepublik über. Diese Konflikte verschärften sich noch, als der Staat seit dem Frühjahr 1983 auch massiv gegen die Friedensgemeinschaft Jena vorging. Deutlich mehr als 100 oppositionelle Friedensaktivisten aus dem Jenaer Umfeld – unter ihnen Roland Jahn – wurden in diesem Zusammenhang in die Bundesrepublik ausgebürgert.

Katrin Eigenfeld war derweil bemüht, Lothar Rochaus Arbeit fortzusetzen. Es entstanden Hauskreise in privaten Wohnungen, wo religiöse und lebensweltliche Fragen (Alltag, Familie, Beziehung, Schule, Beruf etc.) aber auch gesellschaftspolitische Themen (Frieden, Umwelt, Gerechtigkeit und Demokratie) besprochen, SED-kritische Texte gelesen und weitergereicht wurden. Seit dem Frühjahr 1983 regte sich in der Bezirksstadt Halle außerdem öffentlicher Protest. Zu Pfingsten 1983 wollten bis zu 100 Jugendliche als eigenständige Gruppe an der staatlichen FDJ-Friedens-Demonstration teilnehmen. Im Juni 1983 demonstrierten zum internationa-



> Untersuchungshäftling Katrin Eigenfeld im September 1983: »Ich bekomme furchtbare Angst. So oft theoretisch geübt und nun die Realität. [...] U-Haft bedeutet totale Isolation. [...] Fingerabdruck vom Ellenbogen über alle Finger einzeln sowie die Anfertigung eines »Verbrecherfotos« sitzend auf einem Spezial-Stuhl, der auf einer Schiene zu bewegen war, der Kopf wurde mit einem Holzgestell arretiert. Die Verletzung der Würde war täglich zu erleben: Beim Waschen oder bei der Benutzung der Toilette konnte auch das durch den Spion beobachtet werden.«³³⁴
BStU, MfS, BV Halle, AU 1762/84, Bd. 1, Bl. 54

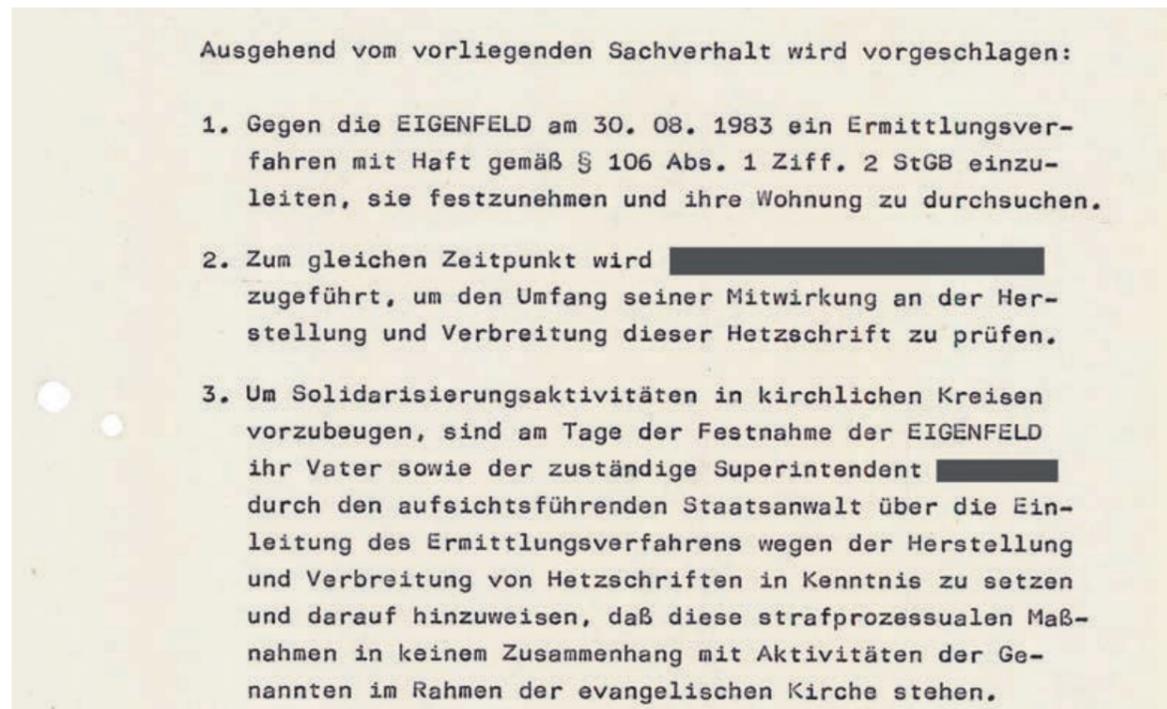
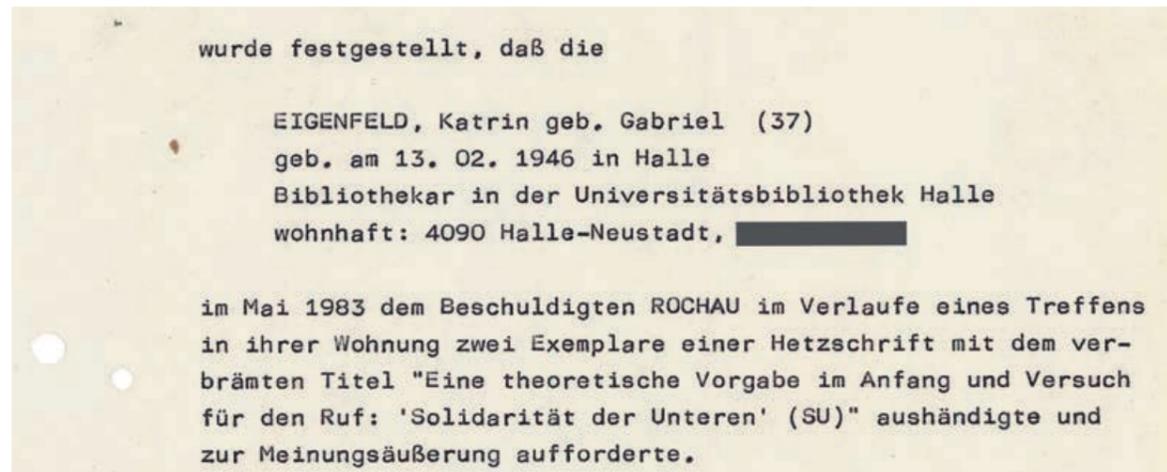
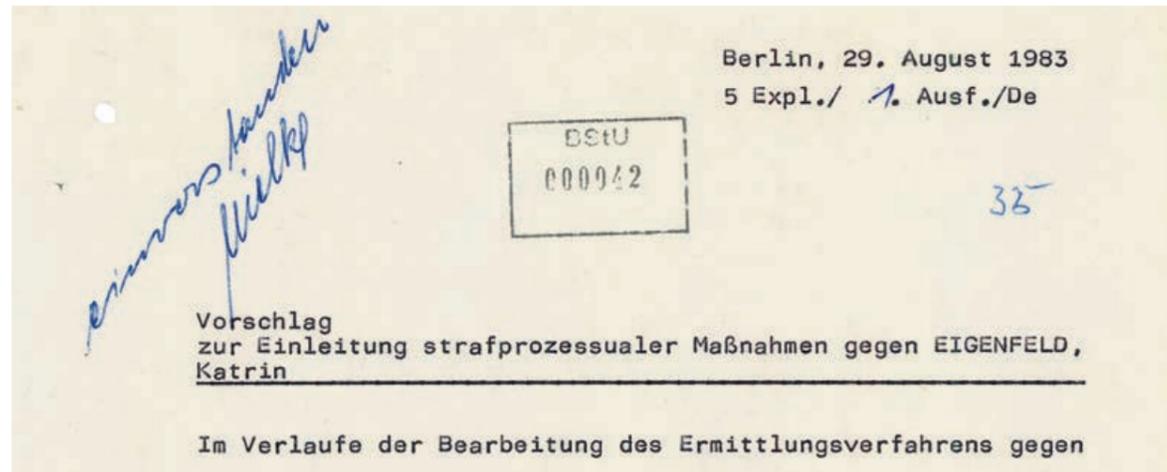
len Umwelttag knapp 130 Teilnehmer mit Fahrrädern an den nahen Buna-Werken. Die engen Grenzen der SED-Diktatur waren erreicht, als im Umfeld von Katrin Eigenfeld die Idee entstand, auch zum Weltfriedenstag am 1. September 1983 etwas zu veranstalten: Neben einem Kinderfest war ein Lampionumzug zwischen der katholischen Moritzkirche und der evangelischen Marktkirche durch das Stadtzentrum von Halle geplant.³³⁵

Verfolgung und Verhaftung

Die Stasi begann die Verfolgung von Katrin Eigenfeld schon im Februar 1982. Damals legte die Geheimpolizei eine Operative Personenkontrolle unter dem Decknamen »Betreuung« gegen sie an. Weil es für die Stasi »feindlich-negative Aktivitäten« waren, sollte Eigenfelds Engagement für die kirchliche Jugend- und Friedensarbeit ausgespäht werden.³³⁶ Das MfS hatte dabei durchaus treffend erkannt: Eigenfeld stand im Widerspruch zur SED-Diktatur und strebte pluralistische Veränderungen sowie eine pazifistische

Friedenspolitik an. Seit Juli 1983 verfolgte die Stasi sie auf Grundlage des Strafrechtsparagrafen 106 unter dem Vorwurf »staatsfeindlicher Hetze«. Ein Staatsverbrechen, auf das bis zu acht Jahre Haft standen.³³⁷ Das MfS verschärfte die Beobachtung und Verfolgung von Katrin Eigenfeld und eröffnete den Operativen Vorgang »Betreuung«. Die Geheimpolizei warf der damals 36-jährigen Hallenserin jetzt auch »landesverräterische Agententätigkeit« vor. Nach dem Strafrechtsparagrafen 100 konnten in der DDR darauf bis zu zehn Jahre Haft ausgesprochen werden. Die Stasi setzte inoffizielle Mitarbeiter im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich auf die Oppositionelle an. Über das Telefon und geheim angebrachte Mikrofone wurde sie abgehört. Aussprachen mit staatlichen Stellen und MfS-Offizieren sollten sie verunsichern. Sie wurde tagelang observiert und auch ihre Privatpost von der Stasi kontrolliert.³³⁸

Das MfS nahm dann die geplante Aktion zum Weltfriedenstag 1983 zum Anlass, Katrin Eigenfeld am Morgen des 31. August 1983 zu verhaften. Damit wurden zwei Ziele verfolgt: Die Friedensdemonstration zu verhindern und die oppositionelle Szene zu verun-



> Information für den Minister: Katrin Eigenfeld soll verhaftet und angeklagt werden. 29.8.1983
BStU, MfS, BV Halle, AU 1762/84, Bd. 1, Bl. 42, 45

sichern. Den Vorwand für die Verhaftung lieferte ein dreiseitiges Papier mit der Überschrift »Solidarität der Unteren«, das sich kritisch mit der SED-Diktatur auseinandersetzte. Eigenfeld hatte dieses Papier im Frühjahr 1983 erhalten, auf einer Schreibmaschine vervielfältigt und weitergegeben. Das genügte der Stasi, sie der »staatsfeindlichen Hetze« zu bezichtigen. Zur Inhaftierung und dem geplanten Prozess vermerkte das MfS: »[...] ist auf die Eigenfeld dahingehend einzuwirken, dass sie ihre Ausreise nach der BRD betreibt.«

**»Im DDR-Alltag isoliert und ohne Einfluss. Ein Betätigungs- und Spielfeld für die Stasi, für unsere Nachbarn Spinner und Exoten.«
(Frank Eigenfeld)**

In den folgenden Verhören bestritt Katrin Eigenfeld den Vorwurf der »staatsfeindlichen Hetze«. Sie sah ihr Handeln als Bemühen, den Sozialismus in der DDR zu verbessern. Ihren MfS-Vernehmern hielt sie vor: »Ich glaube, dass einfach zu viele Dinge über die Köpfe der Menschen, über das Volk hinweg entschieden werden und ich sehe auch, dass die SED hier das einzig bestimmende Wort hat, [...]. Ich bin der Auffassung, dass wir uns immer mehr von der Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen entfernen, hervorgerufen durch die Existenz von privilegierten Schichten. Damit wird ein Opportunismus herangezüchtet, der für die sozialistische Gesellschaft nicht gut sein kann.«³³⁹

Die Macht der Ohnmächtigen gegen staatliche Willkür

Ende Oktober 1983 schlug die MfS-Bezirksverwaltung Halle dem Bezirksstaatsanwalt vor, die Haft gegen Eigenfeld aufrechtzuerhalten und den anstehenden Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhalten. Doch am 1. November 1983 wurde Eigenfeld plötzlich aus der Haft entlassen, ohne dass ein Verfahren gegen sie eröffnet worden war. Die Geheimpolizei musste auf eine »zentrale Entscheidung« hin die Oppositionelle freilassen und das Ermittlungsverfahren einstellen. An der Verfolgung von Eigenfeld in einem operativen Vorgang hielt die Stasi dessen ungeachtet fest.³⁴⁰ Überlie-

ferte Stasi-Notizen deuten darauf hin, dass der Einsatz von Petra Kelly (1947–1992), Mitglied der bundesdeutschen Partei Die Grünen, bei einem persönlichen Treffen mit dem SED-Partei- und DDR-Staatschef Erich Honecker entscheidend für die Freilassung war.³⁴¹

Katrin Eigenfeld engagierte sich auch nach ihrer Haft in der Opposition. Seit 1985 arbeitete sie in der überregionalen Initiative Frieden und Menschenrechte.³⁴² Außerdem nahm sie an den Treffen des DDR-weiten Netzwerkes »Frieden konkret« teil. Die Stasi musste Ende der 1980er-Jahre insgeheim eingestehen, dass sie bei der Verfolgung von Eigenfeld an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stieß. Der Geheimpolizei misslang ihre Kontrolle durch IM, Abhörversuche scheiterten an unzulänglicher Technik und MfS-Verhöre zeigten keine einschüchternde Wirkung.³⁴³ Gemeinsam mit ihrem geschiedenen Ehemann Frank Eigenfeld war Katrin Eigenfeld Gründungsmitglied des Neuen Forums am 9./10. September 1989 in Grünheide bei Berlin. Beide meldeten das Neue Forum bei den staatlichen Behörden im Bezirk Halle an.

Die Ereignisse um Hans-Jochen Tschiche und Kathrin Eigenfeld zeigen, dass das MfS mit all seinen Repressionsmethoden das Entstehen einer Opposition stören konnte, zerstören konnte sie diese aber nicht. Umgekehrt waren die Kontrolle und die Auflösung der Stasi dann zentrale Forderungen der Friedlichen Revolution 1989.

SSt



Das Ende

> Kerzen als Symbole der Friedlichen Revolution: Bürger in Halle fordern demokratische Rechte. 1989
 BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 1, Bild 22 (Ausschnitt)

Bürgerproteste auf dem Marktplatz Halle – die Friedliche Revolution

Die seit dem Beginn der 1980er-Jahre wachsenden wirtschaftlichen und politischen Widersprüche führten in der DDR im Jahr 1989 zu einer die Macht der SED-Führung gefährdenden Staatskrise. Deutlichste Zeichen dieser Krise waren ein stetig anschwellender Flüchtlingsstrom in Richtung Bundesrepublik, überfüllte Flüchtlingslager in Ungarn sowie Botschaftsbesetzungen durch Tausende von Flüchtlingen in Budapest, Warschau und Prag.

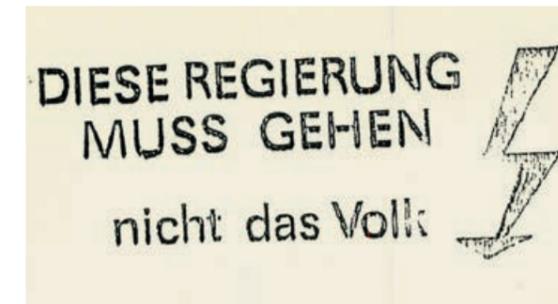
Im Bezirk Halle hatten im Frühjahr des Jahres 6 273 Bürger einen Ausreiseantrag gestellt und warteten auf dessen Bearbeitung. 678 Personen durften bis zum Sommer 1989 ausreisen, 263 Anträge wurden abgelehnt und 40 zurückgenommen. Diese Antragsteller hatten noch »diszipliniert« werden können, wie es im Jargon der Staatssicherheit hieß. Elf Personen aus dem Bezirk beteiligten sich an Botschaftsbesetzungen.³⁴⁴ Die Massenflucht überforderte die dafür zuständigen Abteilungen des MfS. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle erließ deshalb die Weisung, die Untersuchungen »ungesetzlicher Grenzübertritte« weitgehend der Bezirksbehörde der Volkspolizei zu überlassen.

Die Massenflucht riss auch Lücken in die Oppositionsbewegung. In den Gruppen fanden jetzt öfter hitzige Diskussionen statt zwischen Ausreisewilligen und jenen, die dableiben wollten. Der Tenor dieser Streitgespräche lautete: Nur wer hier bleibt, kann etwas verändern. Anfang September wandte sich die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR an ihre Gemeindemitglieder. Sie appellierte, das Land nicht zu verlassen, sondern sich an den notwendigen Veränderungen in der DDR aktiv zu beteiligen. Die oppositionellen Gruppierungen beschlossen, sich noch vehementer und öffentlichkeitswirksamer für Reformen und Bürgerrechte in der DDR einzusetzen. Sie wollten dafür das schützende Dach der Kirchen verlassen. Eine Voraussetzung war die bessere Organisation der Bürgerbewegung. Am 9./10. September wurde in Grünheide bei Berlin das »Neue Forum« gegründet. Es folgten weitere politische Vereinigungen sowie die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP).



Für den Bezirk Halle meldeten Katrin und Frank Eigenfeld, Mitbegründer des »Neuen Forums«, die Organisation am 21. September beim Rat des Bezirkes offiziell an. Zugleich wurde der Gründungsaufwurf »Aufbruch 89 – Neues Forum« tausendfach im Bezirk verteilt. Die SED-Oberen sahen in den neuen Organisationen nur Organe der Konterrevolution. Dementsprechend lehnte die Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes Halle die staatliche Anerkennung des »Neuen Forums« ab. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit erhielt den Auftrag, die Bildung und Organisation weiterer oppositioneller Bewegungen im Bezirk zu verhindern. Sie versuchte, die Organisatoren der Bürgerbewegung gezielt zu verunsichern. Oppositionelle wurden unter Hausarrest gestellt oder gar inhaftiert. Die Verbreitung des Aufrufs und die Unterschriftensammlungen für das »Neue Forum« ließen sich jedoch nicht mehr aufhalten. Ende September hatten bereits 500 Hallenser den Aufruf unterschrieben. An Häuserwänden, Brückenpfeilern und Schaufenstern tauchten über Nacht geschriebene Forderungen für die Zulassung des »Neuen Forums« auf. Sie wurden jeden Morgen eiligst entfernt, um am folgenden Tag an einer anderen Stelle erneut zu erscheinen. Am 27. September verbreitete eine unbekannte Person in Naumburg etwa 60 selbst gefertigte Flugblätter mit Forderungen nach Zulassung des »Neuen Forums«.

In den Abendstunden des 7. Oktober 1989, des 40. Jahrestags der DDR, versammelten sich annähernd 200 Menschen zu einem Gottesdienst in der haleschen Marktkirche. Danach demonstrierten fast 60 Teilnehmer auf dem Marktplatz.³⁴⁵ Rufe wie »Gorbi«, »Neues Forum« und »Stasi raus« wurden laut. Herangeholte



> Von Volkspolizei und Staatssicherheit in der Magdeburger Innenstadt eingesammelte Flugblätter. September 1989
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Magdeburg, Nr. 13389, Bl. 43, Nr. 13390, Bl. 23, Nr. 13390, Bl. 105

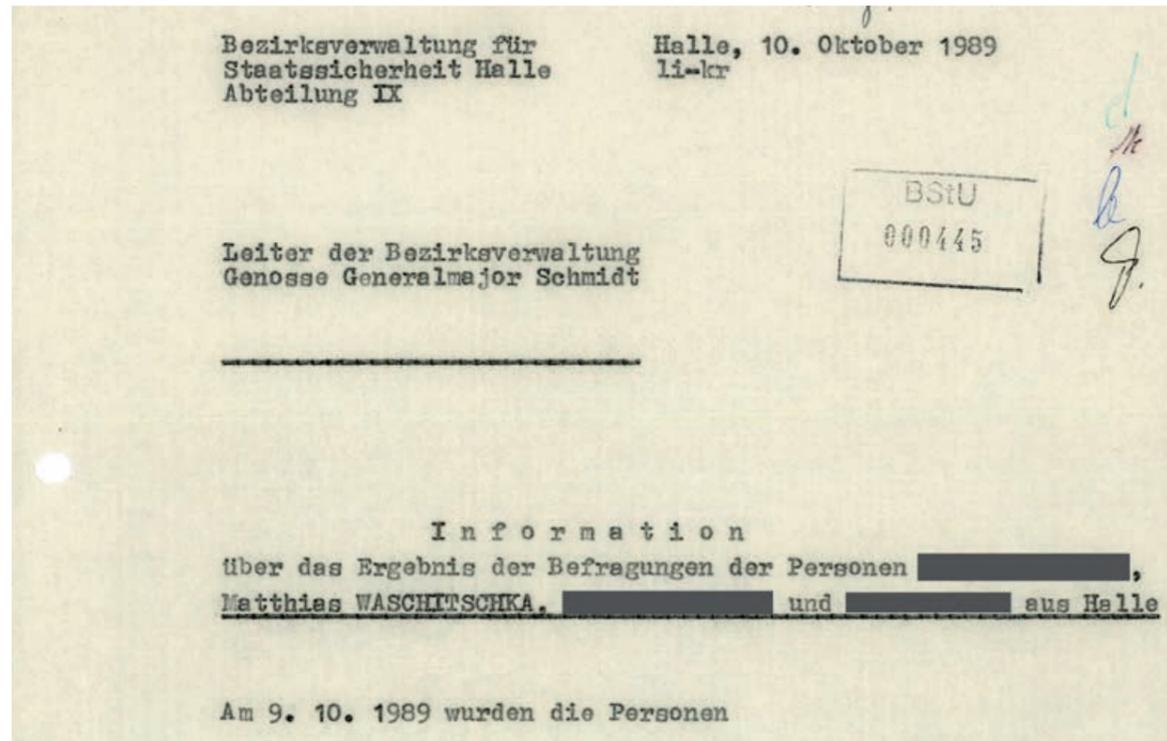
Polizeitruppen und Einsatzkräfte der Staatssicherheit trieben die Demonstranten gewaltsam auseinander und verhafteten mindestens 47 Personen. Dieses rabiolate Vorgehen der Sicherheitskräfte nahm evangelische Pfarrer wie Eugen Manser und Theo Körner sowie Vertreter der Bürgerbewegung zum Anlass, am 9. Oktober ein Friedensgebet in der Marktkirche zu organisieren. Die Staatssicherheit wusste davon und bereitete sich darauf vor. Eine sogenannte Einsatzreserve stand bereit, um gemeinsam mit der Polizei »Störungen und Provokationen konsequent zu unterbinden«.³⁴⁶



> Matthias Waschitschka gehörte zu den Mitorganisatoren der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 auf dem haleschen Marktplatz. Die Staatssicherheit verhaftete ihn noch am Nachmittag des 9. Oktober und verhörte ihn bis spät in der Nacht. Der Bezirksverwaltung Halle war er kein Unbekannter. Anfang der 1980er-Jahre geriet er aufgrund seines Engagements für Umwelt und Menschenrechte ins Blickfeld der Stasi. BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. VIII 387/88, Bl. 489

Während im benachbarten Leipzig am 9. Oktober etwa 70 000 Menschen friedlich demonstrieren konnten, weil die Sicherheitskräfte angesichts der Massen nicht eingriffen, kam es in Halle zu einer Eskalation der Gewalt gegen Bürgerinnen und Bürger. Um 17.00 Uhr hatten sich mehrere hundert Frauen und Männer vor den Eingängen der Marktkirche versammelt. Viele hielten Blumen oder brennende Kerzen in den Händen. Auf einem großen Transparent stand die Losung: »Gewaltlos widerstehen – Schweigen für Leipzig – Schweigen für Reformen – Schweigen für das Hierbleiben«.³⁴⁷ Die Demonstranten wurden bereits von mit Helmen und Schlagstöcken ausgerüsteten Hundertschaften der Polizei sowie den Einsatzgruppen der Staatssicherheit erwartet. Die Truppen hatten alle Zugänge zum Marktplatz besetzt. Ein Polizeioffizier forderte barsch über ein Megafon, die nicht genehmigte Versammlung vor der Kirche sofort aufzulösen, ansonsten werde Gewalt eingesetzt. Als die Demonstranten nicht reagierten, näherten sich Polizeiketten knüppelschwingend den Teilnehmern und drängten sie in die Marktkirche.

Mittlerweile hatten sich hunderte Schaulustige und Sympathisanten auf dem Marktplatz eingefunden. Sie konnten jedoch schon nicht mehr zur Kirche vordringen, die von einer Polizeikette abgeriegelt war. Pfarrer Körner ging im Talar auf die Polizeikräfte zu, um sie zu bitten, den Gläubigen einen Durchgang zur Andacht zu ermöglichen. Er wurde jedoch brutal zurückgestoßen und zu Boden geworfen. Nur das schnelle, beherzte Eingreifen anderer Pfarrer soll ihn vor weiteren Tätlichkeiten bewahrt haben. Während dann in der Marktkirche das Friedensgebet stattfand, begannen die Sicherheitskräfte, den Marktplatz zu räumen. Mit



2. WASCHITSCHKA, Matthias
071264 4 1531 7, Weimar
tätig als technischer Assistent an der
Bibliothek "Leopoldino" Halle
wh.: Halle, [REDACTED]
erfaßt: OPK "Psychologe" der Abteilung XX

durch Mitarbeiter der Abteilung IX auf der Grundlage des
VP-Gesetzes befragt, da inoffiziell bekannt wurde, daß die
genannten Personen in der Öffentlichkeit Äußerungen tätigten,
daß am 9. 10. 1989, 17.00 Uhr auf dem Markt in Halle eine
Demonstrationshandlung des "Neuen Forum" stattfindet. Ein
weiteres Ziel der Zuführung bestand in der Verhinderung der
Teilnahme dieser Personen an der Demonstrativhandlung.

In der genannten Befragung wurde weiter erarbeitet, daß
[REDACTED] am 2. 10. 1989 ab 20.00 Uhr im Gemeindezentrum Würm-
litz an einer Informationsveranstaltung für Kathecheten
über das "Neue Forum" teilnahm, bei der etwa 200 Personen,
u.a. Pfarrer und Kathecheten anwesend waren. Auf dieser Ver-
anstaltung traten auch die Personen Frank und Katrin EIGENFELD
auf, die über den Stand des "Neuen Forum" informierten und
dazu aufforderten, die Unterlagen nur noch einzeln zu unter-
schreiben.

> Was planen oppositionelle Kräfte in Halle? Die Staatssicherheit konnte im Herbst 1989 mit den Entwicklungen kaum Schritt halten.
BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. VIII 387/88, Bl. 445-446

Knüppeln und Hunden trieb man die Menschen über den Platz. Dabei traf es selbst Unbeteiligte, die sich auf dem Heimweg befanden und am Marktplatz auf die Straßenbahn warten wollten. Wer nicht schnell genug davonlaufen konnte, der wurde ergriffen, auf bereitstehende Lkws gestoßen und zum »Zentralen Zuführungspunkt« in die Kaserne der Transportpolizei-Schule gebracht. Dort mussten die Menschen in offenen, kalten Lkw-Garagen stundenlang mit den Gesichtern zur Wand stehen. Nur wer eine »Belehrung« unterschrieb, sich nicht mehr an Zusammenrottungen zu beteiligen, durfte gegen Morgen nach Hause gehen. Gegen vier Personen wurde Haftbefehl wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt« erlassen.

In den Nachmittagsstunden des 10. Oktober 1989 begannen überwiegend junge Männer und Frauen eine Mahnwache auf dem Gelände der Georgen-Kirche in Halle. Von nun an brannten dort, an einer der verkehrsreichsten Stellen der Stadt, Tag und Nacht weithin sichtbar Kerzen als Mahnung für die Misshandelten und zu Unrecht Inhaftierten. Während der ersten Tage belagerten noch Streifenwagen die Mahnwache und Volkspolizisten kontrollierten jeden, der zur Georgen-Kirche wollte. Zahlreiche Hallenser solidarisierten sich mit der Mahnwache. Sie übergaben Geld- und Sachspenden. Viele vorüberfahrende Autofahrer bekundeten an diesen Tagen ihre Sympathie durch Hupen. Die Polizei reagierte darauf mit dem Aufstellen des Verkehrsschildes »Hupen verboten« vor der Mahnwache und verhängte Geldstrafen.

Nach den Ereignissen des 9. Oktober bemühten sich exponierte Vertreter der Kirchen und Aktivisten der Bürgerbewegung in Halle, weitere Gewalt zu verhindern. Sie planten eine Bürgerversammlung, deren Ziel die Gewaltlosigkeit während der Kundgebung am darauffolgenden Montag sein sollte. Deshalb wollten sie auch führende SED-Funktionäre aus dem Bezirk sowie Vertreter aus dem Stadtrat, dem Rat des Bezirkes, von Polizei und Staatssicherheit einladen. Alle diese Institutionen lehnten jedoch eine Teilnahme an der Bürgerversammlung schroff ab. Nur der Oberbürgermeister von Halle signalisierte, eine Abordnung aus der Bürgerversammlung empfangen zu wollen.³⁴⁸ Am Nachmittag des 15. Oktober versammelten sich schließlich weit über 1 000 Hallenser in der Pauluskirche zur ersten »freien Bürgerversammlung«. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der sie sich zu strikter Gewaltfreiheit

verpflichteten. Von den SED-Oberen und den Sicherheitsorganen forderten sie unter anderem, gegen friedliche Zusammenkünfte keine Gewalt mehr einzusetzen sowie Räume und Plätze für öffentliche Diskussionen zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Resolution begaben sich 15 in der Versammlung ausgewählte Vertreter zum Oberbürgermeister ins Stadthaus. Sie wurden dort von ebenfalls 15 Funktionären aus dem Stadtrat und der SED-Stadtleitung empfangen. Oberbürgermeister Pratsch weigerte sich aber, die Resolution der Bürgerversammlung entgegenzunehmen. Er konnte jedoch nicht verhindern, dass sie von einem Teilnehmer in der Runde laut vorgelesen und dadurch von allen zur Kenntnis genommen werden musste.³⁴⁹

Ob diese Aktion erfolgreich war, musste sich am folgenden Montag, dem 16. Oktober, erweisen. Am Abend dieses Tages versammelten sich über 2 000 Hallenser am Händeldenkmal auf dem Marktplatz. Um die Sicherheitskräfte in keiner Weise zu provozieren, sollte dieses Mal nichts laut gerufen und nur ein einziges Transparent gezeigt werden. Trotzdem beschlich den einen oder anderen Teilnehmer ein mulmiges Gefühl. Denn noch wusste niemand, wie die Uniformierten reagieren würden, die wieder in Reih und Glied auf dem Platz standen. Eine Stunde lang harrten die Demonstranten, mit Blumen oder brennenden Kerzen in den Händen, schweigend vor dem Stadthaus aus. Wer es wollte, konnte das Ziel dieser stillen Demonstration auf einem großen Transparent hoch über den Köpfen der Teilnehmer lesen: »Gewaltfreiheit für unsere Stadt«. In dieser Stunde erwies es sich, dass die Bemühungen der Bürgerversammlung nicht umsonst waren. Polizei und Staatssicherheit griffen nicht an. Sicherlich hatte dazu auch die Weisung der SED-Führung aus Berlin vom 11. Oktober beigetragen, keine Polizeimaßnahmen mehr gegen Demonstranten durchzuführen. Nicht zu unterschätzen war aber auch das disziplinierte Verhalten der Demonstranten an jenem Abend. Denn einzelne Polizisten sollen immer wieder versucht haben, die brennenden Kerzen in den Händen der Demonstranten auszupusten. Diese ließen sich jedoch dadurch nicht provozieren, sondern zündeten die Kerzen wortlos wieder an. Damit war am 16. Oktober auch in Halle die gefährliche Tendenz gewaltsamer Auseinandersetzungen gestoppt worden. Das sprach sich in der Bevölkerung der Stadt schnell herum. Bei den nächsten halleschen Montagsdemos stiegen die Teilnehmerzahlen sprunghaft an: von über 5 000 am 23. Oktober,



> Im Herbst 1989 fanden in den Kirchen zahlreiche Gebetsveranstaltungen statt, an die sich friedliche Demonstrationen anschlossen. Am 4. November 1989 demonstrierten in Magdeburg nach einem Aufruf lokaler Künstler 40 000 Menschen auf dem Domplatz. Sie protestierten gegen den Alleinherrschaftsanspruch der SED und verlangten Reformen. Die Vertreter der SED sahen sich kritischen Fragen von Demonstranten ausgesetzt.
Foto: Fredi Föschki



> Nach der Kundgebung am 4. November 1989 bildete sich ein Demonstrationzug auf der Karl-Marx-Straße (heute: Breiter Weg) in Magdeburg.
Foto: Fredi Föschki

30 000 am 30. Oktober bis zu 80 000 Teilnehmern am 6. November 1989. Danach gingen die Teilnehmerzahlen wegen der Maueröffnung wieder zurück.

Die Demonstranten konzentrierten sich in den folgenden Wochen auf die Beseitigung des Machtmonopols der SED und der von ihr kontrollierten staatlichen Institutionen. Am 23. Oktober zogen erstmals Demonstranten durch die Klement-Gottwald-Straße (heute Leipziger Straße) zur SED-Bezirksleitung in der Leninallee (heute Merseburger Straße). Dort forderten sie lautstark, Hans-Joachim Böhme zu sprechen, den mächtigsten Mann des Bezirkes. Er war der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung und zugleich Mitglied des Politbüros, der obersten Führungsclique in der DDR. Böhme zeigte sich den Demonstranten jedoch nicht. Er hatte sich vor Ankunft des Demonstrationzuges hinter die Mauern der Stasi-Bezirksverwaltung zurückgezogen. Nur ein führender Funktionär machte erneut ein Gesprächsangebot, Oberbürgermeister Pratsch. Er schlug eine öffentliche Podiumsdiskussion vor, mit Vertretern der SED, der Bezirks- und Stadtverwaltung, der Kirchen und der Bürgerbewegung. Diese in Halle berühmt gewordene erste Podiumsdiskussion fand am

26. Oktober im großen Saal des halleischen Volksparks statt. Mehr als 6 000 Hallenser kamen an diesem Abend zum Volkspark. Da der Saal schon Stunden vor Beginn überfüllt war, wurde die vierstündige Veranstaltung über Lautsprecher nach draußen übertragen, wo die Menschen dicht gedrängt lauschten. Nun mussten führende Funktionäre des Bezirkes erstmals zuhören, mussten sich heftige Kritik gefallen lassen und niemand der Besucher musste Angst davor haben, für seinen Redebeitrag belangt zu werden. Ihr wichtigstes Ziel erreichten die Machthaber des Bezirkes in der Podiumsdiskussion nicht, die Beendigung der Montagsdemos. Darauf ließen sich die Hallenser nicht ein. Vehement forderten sie, endlich auch SED-Bezirkschef Böhme zur Rede stellen zu können. Er hatte wegen angeblicher Sicherheitsbedenken nur einen seiner Stellvertreter zum Volkspark gesandt. Deshalb sollte eine Woche später eine weitere Podiumsdiskussion stattfinden.³⁵⁰

Die zweite halleische Podiumsdiskussion fand am 2. November 1989 statt. Dieses Mal konnte sich der SED-Bezirkschef nicht vor der Teilnahme drücken. Als Versammlungsort war der Ratssaal im Stadthaus vorgesehen. Das Interesse der Hallenser war erneut



> Kundgebung am 14. Januar 1990 auf der Karl-Marx-Straße (heute: Breiter Weg) in Magdeburg
Foto: Fredi Fröschki

riesengroß. Dazu hatte vermutlich auch die angekündigte Teilnahme Böhmes beigetragen. Die lauten »Kommt raus!«-Rufe der Bürger vor dem Stadthaus zwangen die Veranstalter, die Podiumsdiskussion vom Ratssaal auf die Rathaustrappen am Marktplatz zu verlegen. Auf dem Platz warteten 7 000 Hallenser gespannt darauf, wie sich der einst so mächtige SED-Funktionär wohl ihren Forderungen, Fragen und Vorwürfen stellen würde. Was sie dann erlebten, war eine große Enttäuschung. Auf dem Treppenpodest stand ein unsicherer, ängstlicher Mann, der auf die Fragen der Bürger kaum einging und die aufgeworfenen Probleme mit orthodoxer, plumper Parteipropaganda zu beschönigen versuchte. Während der folgenden, zahlenmäßig größten Montagsdemo am 6. November ließen die Teilnehmer Böhme nicht mehr zu Wort kommen. Er wurde ausgebuht, sogar angespuckt und musste vor weiteren körperlichen Attacken geschützt werden. Danach waren seine Tage an der Macht gezählt, am 9. November trat er zurück. Der Rücktritt wurde von der Bevölkerung Halles jubelnd zur Kenntnis genommen. Erstmals hatten sie einen der mächtigen SED-Funktionäre aus dem Amt jagen können.³⁵¹

Schon am Abend des gleichen Tages trat ein wesentlich gravierenderes Ereignis ein, das die Situation sowohl

im Bezirk Halle als auch in der gesamten Republik nachhaltig beeinflusste: Die Staatsgrenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin wurde geöffnet. Durch den Mauerfall verringerten sich die Teilnehmerzahlen an den Montagsdemos erheblich. Viele Hallenser nutzten erst einmal die geöffneten Grenzen und schauten sich West-Berlin und Westdeutschland an. Die Montagsdemos gingen trotzdem weiter. Sie fanden nun nicht mehr auf dem Marktplatz, sondern auf dem Platz vor dem Fahnenmonument am Hansering statt. Schon Ende November stiegen die Teilnehmerzahlen wieder an. Die Stimmung hatte sich jedoch grundlegend gewandelt. Die Mehrheit der Demonstranten wollte von nun an keine reformierte DDR mehr, sondern die Einheit Deutschlands. Die Bürgerbewegung verlor auf den Straßen deutlich an Einfluss. Doch der Demokratisierungsprozess in der DDR war unumkehrbar geworden.

»Der Letzte macht das Licht aus« – Die Auflösung der Staatssicherheit in Halle

Seit Ende Oktober war auch die Staatssicherheit stärker ins Blickfeld der Hallenser gerückt. Zur Montagsdemonstration am 30. Oktober waren erstmals 2 000 Demonstranten zu den Gebäuden der Bezirksverwal-

tung für Staatssicherheit am Rande von Halle-Neustadt gelaufen. Sie blieben, Losungen rufend, zwanzig Minuten vor dem Haupteingang stehen und zogen dann wieder ab. Auch die Staatssicherheit in Halle war gezwungen, sich den veränderten Bedingungen allmählich anzupassen. Sie durfte seit Ende Oktober keine Waffen mehr einsetzen und sollte alle geheimpolizeilichen Maßnahmen gegen die Bürgerbewegung und deren Organisationen einstellen.

Eine große Veränderung gab es Mitte November, als die neu gewählte Modrow-Regierung das Ministerium für Staatssicherheit in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) beim Ministerpräsidenten umwandelte. Die Bezirksverwaltung hieß nun Bezirksamt für Nationale Sicherheit. Wesentlich gravierender als der Namenswechsel war die deutliche Reduzierung des Aufgabenspektrums. Die Geheimpolizei durfte von nun an etliche Personengruppen wie Andersdenkende, Ausreisewillige oder Wehrdienstverweigerer nicht mehr überwachen. Die umfangreiche Kontrolle des Postverkehrs sollte aufhören und alle Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit geschlossen werden. Neun Abteilungen mussten im Bezirksamt Halle aufgelöst, die übrigen stark verkleinert werden. Das bedeutete, dass die Hälfte der Stasi-Mitarbeiter im Bezirk Halle entlassen werden sollte.³⁵² Ein normaler Dienstbetrieb war nun im Bezirksamt und den Kreisämtern kaum noch möglich. Bis Ende November stellten 110 Stasi-Mitarbeiter im Bezirksamt Halle Entpflichtungsgesuche. Die große Entlassungswelle setzte dann Anfang Dezember ein. Was sollte aus den entlassenen Stasi-Offizieren werden? Anfangs konnten die Staatsbetriebe und staatliche Einrichtungen auf Druck der Regierung noch verpflichtet werden, ehemalige Stasi-Mitarbeiter einzustellen. Seit Mitte Dezember wurde das jedoch immer schwieriger, denn viele Betriebsangehörige weigerten sich inzwischen, mit ehemaligen Stasi-Leuten zusammenzuarbeiten.³⁵³

Großes Kopfzerbrechen bereiteten der Leitung des AfNS die Aktenberge der Stasi. Sie sollten auf keinen Fall der Bürgerbewegung in die Hände fallen. Deshalb begann im Bezirksamt Halle ab dem 16. November mit der Behauptung einer »Reduzierung unwichtiger Materialien« die Vernichtung von Akten. Es sollten beispielsweise IM-Akten sowie die Materialien über Republikflüchtige, kirchliche Amts- und Würdenträger, führende Personen in den Blockparteien und über

Initiatoren der Bürgerbewegungen sofort vernichtet werden.³⁵⁴ Weil die vorhandenen Reißwölfe dafür nicht ausreichten, wurde beschlossen, Akten in Kraft- und Heizwerke zu transportieren und dort zu verfeuern. Diese Pläne misslangen aber in den meisten Fällen, weil engagierte Frauen und Männer die Ein- und Ausgänge zu den Stasi-Dienststellen beobachteten. Von Anfang Dezember an geschah es immer öfter, dass Bürger die Abfahrt von Lastwagen aus den Stasi-Gebäuden verhinderten.

**»Alle Mitarbeiter sind zur unbedingten Geheimhaltung über die Vernichtung bzw. Auslagerung von registrierten Vorgängen und Akten [...] anzuhalten.«
(Minister-Befehl)**

Die Aktenvernichtung war schließlich der Auslöser für die Besetzung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Halle und vieler Kreisämter am 5. Dezember 1989. Angeführt von den Vertretern der Bürgerbewegung, Frank Eigenfeld, Dietmar Webel und Frank Boltze sowie von Pfarrer Ulrich Schlademann zogen über 100 mutige Hallenser vor die Stasi-Dienststelle am Gimritzer Damm und verlangten Zutritt. Etwa 50 von ihnen wurden hineingelassen. Sie setzten im Amt durch, dass das Archiv mit seinen fast 7 000 Aktenmetern und viele Aktenschränke verschlossen und versiegelt wurden. Außerdem mussten alle Reißwölfe außer Betrieb gesetzt und die Telefonabhöranlagen abgeschaltet werden. Vor dem Bezirksamt postierten sich Volkspolizisten, die von nun an die Ein- und Ausgänge bewachten und Taschenkontrollen durchführten. Durch das Wegschließen der meisten Akten kam die Arbeit der Stasi im Bezirk Halle weitgehend zum Erliegen.³⁵⁵ Bis Mitte Dezember wurden schließlich alle 23 Kreisämter der Staatssicherheit im Bezirk aufgelöst. Am 10. Januar 1990 mussten die übrig gebliebenen Stasi-Mitarbeiter im Bezirksamt sämtliche Waffen abgeben. Am 12. Januar hörte die Staatssicherheit im Bezirk Halle in ihren wesentlichen Bestandteilen auf zu existieren.

»Aber wenn Sie Akten verbrennen, wird's doch auch schwarz ...«

Sehr früh setzten einige Menschen aus dem damals rund 27 000 Einwohner zählenden Stadtkreis Eisleben ein mutiges Signal: Sie stoppten als Erste im Bezirk Halle bereits am 4. Dezember 1989 den weiteren heimlichen Abtransport von Stasiakten aus der Kreisdienststelle Eisleben (S. 164) und damit deren endgültige Vernichtung. Was dort geschah, ist wenig bekannt. Dabei waren jene Ereignisse von großer Bedeutung, denn sie wurden am nächsten Tag zum Auslöser für die Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung in Halle. Etwa zwanzig Frauen und Männer besetzten die Stasi-Kreisdienststelle und fanden zahlreiche Behältnisse mit zerrissenen Dokumenten vor, die zur endgültigen Vernichtung bestimmt waren. Auch Schülerinnen und Schüler einer 12. Klasse der EOS »Martin Luther« Eisleben planten eine Mahnwache. Weil aus einem Schornstein des Stasi-Gebäudes Rauch aufstieg, vermuteten sie zu Recht, dass Akten verbrannt würden. Sie brachen daraufhin – mit der Erlaubnis des Direktors – den Unterricht ab und liefen mit ihrem Lehrer zum Dienstgebäude der Stasi.

Der damalige Schüler Sven erinnert sich: »Wir hatten auf einem Mauersims einige Kerzen aufgestellt und angezündet, woraufhin nach einiger Zeit ein MfS-Mitarbeiter aus dem Gebäude kam und uns – sehr höflich – darum bat, die Kerzen zu entfernen, weil Rauch und

Ruß die Mauer verschmutzte. Ich erinnere mich noch so genau daran, weil eine Klassenkameradin darauf erwiderte: »Aber wenn Sie Akten verbrennen, wird's doch auch schwarz ...«.«³⁵⁶

Was hier so früh und furchtlos gesichert wurde, war allerdings nur noch ein kleiner Rest der Stasiakten der KD Eisleben, ein großer Teil konnte nur in zerrissenem Zustand oder gar nicht mehr geborgen werden. Anwohner berichteten, dass vor der KD bereits in der Nacht vom 11. zum 12. November 1989 ein Lkw mit Hänger beladen wurde.³⁵⁷ In einer Anhörung gab später der abgesetzte Leiter des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, Oberstleutnant Michaelis, am 7. Februar 1990 zu Protokoll: »Akten wurden alle im Kreisamt vernichtet, mittels Zerreißwolf [...] Sie [die Vernichtung] erfolgte am 2.11.1989 [...] Die Arbeit des Kreisamtes für Nationale Sicherheit wurde im Verlaufe des Monats Dezember eingestellt und am 12.12.1989 war die Übergabe des Kreisamtes.«³⁵⁸ Der nach der derzeitigen Aktenlage letzte Eintrag der Stasi in Eisleben ist vom 11. Dezember 1989 und befindet sich im Tätigkeitsbuch des Offiziers vom Dienst. Ihn erreichte ein Anruf von Genossen Rainer Moron (Jg. 1952), einem Kontrolloffizier der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) im MfS. Dem Leiter der KD sei mitzuteilen, »dass er erreichbar sein muss«. Die interne Kommunikation der Geheimpolizei erodierte in diesen Stunden rapide.

MKr



> Fund in der Villa Friemann 2012: Spuren der Aktenvernichtung im Keller der ehemaligen Kreisdienststelle Eisleben
Foto: BStU Halle

BSTU
0001 2865

Evelyne Leipoldt
4250 Lutherstadt-Eisleben

6/9 d. 27.11.89 28.11.

An die
Redaktion der »Freiheit«
Eisleben

Hiermit bitte ich um Veröffentlichung meines
nachfolgenden Schreibens.

Geheimnisvolle Aktivitäten aufdeckten die
Mitarbeiter des Staatsicherheitsbundes im
der Nacht vom 11./12. Nov. im Gelände
Beinertstr. Da wurde um Mitternacht ein großer
Möbeltransporter mit viel Getöse vor das
Gebäude gefahren. Glaubwürdige Zeugen
berichteten mir, daß viele der Mitarbeiter
anwesend waren. Was, so frage ich, sollte im
Dunkel der Nacht herein oder heraus
getragen werden? Wenn es Möbel waren, die
im diesen Prachtbau mit Gittern hinein sollten,
warum dann zu dieser Zeit? Oder schaute man

BSTU
0002

Mit freundlichem Gruß
Evelyne Leipoldt

> Aktenvernichtung in Eisleben beobachtet: Brief einer Bürgerin an die Redaktion »Die Freiheit«.
BStU, MfS, BV Halle, KD Eisleben, Nr. 362, Bl. 1-2

Anmerkungen

- 1 Militärgericht Leipzig, Im Namen des Volkes! Hauptverhandlung 28./29.11.1968; BStU, MfS, BV Halle, AU 3160/69, Bd. 6, Bl. 7–16, hier 15.
- 2 Vgl. Plato, Alexander von: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Ergebnisse eines deutsch-russischen Kooperationsprojektes. In: Reif-Spirek, Peter; Ritscher, Bodo (Hg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit«. Berlin 1999, S. 124–148, hier 125.
- 3 Gieseke, Jens: Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950. Die politische Polizei in den Weichenstellungen der DDR-Gründung. In: Hoffmann, Dierk; Wentker, Hermann (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ. München 2000, S. 133–148, hier 139.
- 4 Andreas Weigelt u. a. (Hg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie. Göttingen 2015, S. 390.
- 5 Prieß, Benno (Hg.): Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet, gefoltert, verurteilt, erschossen. »Werwolf«-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher. Stuttgart 2005, S. 134–146. Am 21.2.1996 hob der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation das Urteil posthum auf.
- 6 Protokoll über die Konferenz der Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern mit den Chefs der Polizei der Länder und Provinzen in der Sowjetischen Besatzungszone und den Vertretern der SMAD am 30.10.1946. Zitiert nach: Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone – Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 1998, S. 125–156, hier 140.
- 7 Auf Vorladung erscheint der Nachgenannte [...], 25.2.1949; BStU, MfS, BV Magdeburg, AS, Nr. 91/49, Bl. 58–60.
- 8 Verfahren nach Befehl 201 gegen [Name], Halberstadt, 4.4.1949; BStU, MfS, BV Magdeburg, AS, Nr. 91/49, Bl. 67.
- 9 Zahlen zu hauptamtlichen Mitarbeiter beim MfS – auch die nachfolgend genannten – sind entnommen aus Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 552–553.
- 10 Florath, Bernd; Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft. Berlin 1992, S. 125 f.
- 11 Tantzsch, Vorläufer (Anm. 6), S. 132.
- 12 Karteikarte Martin Weikert, BStU, MfS, BV Erfurt.
- 13 Aufzeichnung des Gesprächs mit Generalleutnant a. D. Martin Weikert am 4. Juli 1989 in Erfurt; BStU, MfS, BV Halle, Abt. OT, Nr. 458, Bl. 1–16, hier 4.
- 14 Seit Frühjahr 1947 existierte eine »Sonderdienststelle« in Bad Liebenwerda mit wenigen Mitarbeitern und vier sowjetischen Beratern für Verhaftungen und Vernehmungen, zum Aufbau eines V-Mann-Systems und zur Entwicklung der konspirativen Arbeit. Auf Druck bürgerlicher Parteien wurde die Dienststelle im Herbst 1948 geschlossen. Die Stasi bewertete sie später als Vorläuferin der MfS-Landesverwaltung. Vgl. Die historische Entwicklung des Bezirks Magdeburg. Die Tätigkeit der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS gegen die subversiven Angriffe des Klassenfeindes, 31.10.1987; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XII, Nr. 847, Bl. 291–293.
- 15 Irmen, Helmut: Stasi und DDR-Militärjustiz: Der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf Strafverfahren und Strafvollzug in der Militärjustiz der DDR. Berlin 2014, S. 99.
- 16 Monographie über die historische Entwicklung BV Magdeburg; (Anm. 14), Bl. 292.
- 17 Fikentscher, Rüdiger (Hg.), Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt. Durchführung, Zeitzeugen, Folgen (Tagung in Stendal, 21.–22.11.1997). Halle (Saale) 1999, S. 11.
- 18 Vgl. Müller-Enbergs u. a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. (5. Auflage) Berlin 2010.
- 19 Aufzeichnung des Gesprächs mit Generalleutnant a. D. Martin Weikert am 4. Juli 1989 in Erfurt; BStU, MfS, BV Halle, Abt. OT, Nr. 458, Bl. 1–16, hier 16.
- 20 Mielke, Erich: Gangster, Räuber und Mörder. Ein Tatsachenbericht des Generalinspektors zum Schutz der Volkswirtschaft, Erich Mielke. In: Tägliche Rundschau v. 28.1.1950, S. 3.
- 21 Auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 beschloss die SED den planmäßigen Aufbau des Sozialismus.
- 22 Das Politbüro der SED beschloss am 9.6.1953 mit der Politik des »Neuen Kurses« einen radikalen Kurswechsel. Laut Veröffentlichung vom 11.6.1953 sollte vorrangig der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert und die meisten repressiven Maßnahmen zurückgenommen werden.
- 23 Vgl. Lohn, Hans-Peter: Der Aufstand im Bezirk Halle – ein Vergleich zweier Aufstandszentren. In: Engelmann, Roger; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandaufnahme zum 17. Juni 1953. Göttingen 2005, S. 312–324, hier 312 f.
- 24 Zum Folgenden siehe: Lohn, Hans-Peter: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale. Bremen 2003.
- 25 Vgl. Lübeck, Wilfried: Der 17. Juni 1953 in Magdeburg. »Wenn die Freunde nicht dagewesen wären, wäre es zu einer Niederlage gekommen«. In: Rupieper, Hermann-Josef (Hg.): »... und das Wichtigste ist doch die Einheit«. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster 2003, S. 107–108.
- 26 Vgl. ebenda, S. 114 ff.
- 27 Erst im November 1955 erhielt die Staatssicherheit wieder den Status eines Ministeriums.
- 28 Abschlussberichte über die Trauerfeierlichkeiten anlässlich des Ablebens des Genossen Stalin, 9.3.1953; BStU, MfS, BV Magdeburg, AS, Nr. 8/55, Bd. 2, Bl. 37–38, hier 37.
- 29 Ebd., Bl. 39.
- 30 Schlussbericht, 2.7.1955; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Schönebeck, Nr. 13530, Bl. 43–46, hier 46.
- 31 Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Neues Deutschland v. 4.3.1956, S. 3–4.
- 32 Vgl. Schlimme, Karl: Gothe, Otto Paul Fritz. In: <http://www.uni-magdeburg.de/mbi/Biografien/1631.htm> (zuletzt aufgerufen 4.11.2015) sowie Schlimme, Karl: Wie eine Stafette von Generation zu Generation weitergegeben wird. Der Kommunist am Walchensee. In: RotFuchs, 11 (2008) 126, S. 14.
- 33 Beurteilung des Genossen Fritz Gothe, 9.2.1951; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 370/56, Bd. 1, Bl. 331.
- 34 Bericht von GI »Bolzen Erich«, 28.2.1956; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Oschersleben, Nr. 597, Bl. 42–43, hier 42.
- 35 Stalins Widersacher Leo Trotzki wurde 1940, vermutlich von einem gedungenen Mörder des Kreml, im mexikanischen Exil bestialisch ermordet.
- 36 Vgl. Hilger, Andreas u. a. (Hg.): Sowjetische Militärtribunale. Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Köln 2003, S. 282, Anmerkung 34.
- 37 Treffbericht mit GI »Margot«, 28.2.1956; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Oschersleben, Nr. 597, Bl. 44–45.
- 38 Abschrift (Quelle GI »Margot«), 23.2.1956 [Datum vermutlich falsch]; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Oschersleben, Nr. 597, Bl. 47–50, hier 48.
- 39 Beschluss, 19.10.1956; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 370/56, Bd. 2, Bl. 145.
- 40 Vgl. Leitartikel »Begeisterung um KPdSU-Delegation« sowie »Ansprache Walter Ulbrichts«, in: Neues Deutschland v. 9.7.1958, S. 1.
- 41 Fernschreiben der BV Magdeburg an alle Kreisdienststellen, 24.10.1956; BStU, MfS, KD Halberstadt, Nr. 713, Teil 2, Bl. 290.
- 42 Stimmungsberichte (Fernschreiben der KD Halberstadt an die Auswertungs- und Informationsgruppe der BV Magdeburg), Oktober–November 1956; BStU, MfS, KD Halberstadt, Nr. 713, Bd. 2, Bl. 322, 330, 351, 363.
- 43 Ebd., Bl. 299 (26.10.1956).
- 44 Ebd., Bl. 338 (5.11.1956).
- 45 Monographie über die historische Entwicklung BV Magdeburg; (Anm. 14), Bl. 373.
- 46 Name geändert.
- 47 Betrifft Aussiedlung des Bürgers [Name], Stapelburg [Nr.] mit Familie, 3.10.61; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin, Nr. 3197, Bl. 82.
- 48 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin, Nr. 3197, Bl. 65.
- 49 Aktion »Festigung«, 20.10.1961; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin, Nr. 3197, Bl. 40.
- 50 Einschätzung über den Bürger [Name], 24.3.1988; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin, Nr. 3197, Bl. 3.
- 51 Bennewitz, Inge: Die beiden Zwangsaussiedlungen 1952 und 1961. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 361–369.
- 52 Vgl. Oschlies, Johannes: Entrissene Heimat. Zwangsaussiedlungen an der DDR-Grenze 1952 und 1961 im Bezirk Magdeburg. Magdeburg 2006, S. 64–65 (Faksimile des MdI-Befehls 35/61)
- 53 Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S. 85.
- 54 Dokumentation zur Aktion »Festigung«, o. D.; BStU, MfS, HA VI, Nr. 16175, Bl. 2–60, hier 20.
- 55 Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13. August 1961; (Anm. 53), S. 81.
- 56 Dokumentation zur Aktion »Festigung«, o. D.; BStU, MfS, HA VI, Nr. 16175, Bl. 2–60, hier 13.
- 57 Eisenfeld, Bernd: Schattenspiele. Unveröffentlicht (im Archiv der Abteilung Bildung und Forschung des BStU).
- 58 Schute, Claudia (Hg.): Schicksal Bautzen. Politische Häftlinge der SBZ/DDR erzählen – junge Journalisten porträtieren. St. Augustin 1999, S. 52.
- 59 Sachstandsbericht zum operativen Material Eisenfeld, 19.9.1968; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2060/69, Bd. 1, Bl. 9–18, hier 14.
- 60 Einschätzung des Eisenfeld (OD Buna), 3.7.1974; BStU, MfS, BV Halle, AOP 518/76, Bd. 2, Bl. 36.
- 61 Telegramm an die Botschaft der ČSSR in der DDR, o. D. (27.8.1968); BStU, MfS, BV Halle, AU 2200/69, Bd. 1, Bl. 220.
- 62 Einschätzung des bisherigen Standes der OPK Eisenfeld (OD Buna), 14.3.1974; BStU, MfS, BV Halle, AOP 518/76, Bd. 1, Bl. 108.
- 63 Protokoll über die Kollegiumssitzung, 11.3.1968; BStU, MfS, SdM, Nr. 1563, Bl. 163.
- 64 Schreiben Mielkes an die Bezirksverwaltungen/Verwaltungen für Staatssicherheit, operativen Haupt-/selbst. Abteilungen, 2.9.1968; zitiert nach Tantzsch, Monika: »Maßnahme Donau und Einsatz Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten. Berlin 1994, S. 117.
- 65 ZAIG, Hinweise für Kollegiumssitzungen – Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968; zitiert nach Tantzsch, Monika, ebd., S. 35. Name geändert.
- 66 Eröffnungsbericht zum Anlegen eines Operativvorganges, 12.4.1978; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2551/78, Bl. 12–16, hier 15.
- 67 BStU, MfS, BV Halle, AOP 2551/78, Bl. 65.
- 68 [Brief an] Herrn Minister Dickel, Ministerium des Inneren, Berlin, 13.1.1978; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2551/78, Bl. 57.
- 69 BStU, MfS, BV Halle, AOP 2551/78, Bl. 261.
- 70 Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag. Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014, S. 11.
- 71 Schlussfolgerungen aus der Unterzeichnung des Schlussdokumentes der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki, zitiert nach Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«. Berlin 1999, S. 373f.
- 72 Schreiben von Erich Mielke an die Leiter der Dienststellen, 27.10.1976; BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 3705, Bl. 1–3, hier 1.
- 73 Befehl zur »Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Übersiedlungersuchen«, 18.3.1977; BStU, MfS, SdM, Nr. 2667, Bl. 469–530, hier 495.
- 74 Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hgg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung: Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 202–203.
- 75 Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.
- 76 »Die Ausbürgerung«. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=178; Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 361–362.
- 77 Keller, Dietmar; Kirchner, Matthias (Hg.): Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik. Berlin 1991, S. 136–137.
- 78 Walther, Joachim, (Anm. 77); Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001, S. 45, 63.
- 79 »Proteste im ganzen Land«. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=16; Grünbaum, Robert, (Anm. 76), S. 24.
- 80 Übersicht zu feindlichen Plänen, Absichten und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Vorgängen um Biermann, Havemann und andere feindliche Kräfte, ZAIG, 15.12.1976; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5525, Bl. 10–94, hier 73–74.
- 81 Siehe Walther, Joachim, (Anm. 77), S. 88–89.
- 82 Grashoff, Udo: Erhöhter Vorkommisanfall: Aktionen nach der Biermann-Ausbürgerung im Bezirk Halle. Halle (Saale) 2001, S. 9–13.
- 83 Sachstand zur Personenaufklärung OV »Liste«, KD Halle-Neustadt, v. 6.12.1976; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2226/77, Bl. 28–36, hier 28.
- 84 Meldung über den Abschluss eines Strafverfahrens, Abt. IX der BV Halle, 28.2.77; ebd., Bl. 40.
- 85 Grashoff, Udo, (Anm. 83), S. 13.
- 86 BStU, MfS, BV Halle, Reg.-Nr. IX 1455/83.
- 87 Mündliche Information zur Hetzlosung v. 3.12.87 in Naumburg (IM »Franz Müller«); BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 275, Bl.11–12.
- 88 Aktenvermerk, 5.12.1987; BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 275, Bl. 36.
- 89 Information über Versuche zur Verbreitung von Texten mit feindlich-negativem Inhalt im Stadtgebiet von Naumburg durch klerikale Kräfte und die Wirksamkeit politisch-operativer Maßnahmen zur Abwehr dieser Maßnahmen, 25.1.1988; BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 275, Bl.112–114.
- 90 Beobachtungsbericht, 25.1.1988; BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 275, Bl.117–119, hier 119.
- 91 Ebd., Bl. 69.
- 92 Interview 16.11.2015.
- 93 »Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit«. Rede von Michail Gorbatschow auf dem Internationalen Friedensforum in Moskau. Neues Deutschland v. 17.2.1987, S. 3 f.
- 94 Am 20.3.1987 sprach der SED-Chefideologe Kurt Hager in einem Interview für das Magazin »Stern« noch geringschätzig über die neue sowjetische Politik. Neues Deutschland v. 10.4.1987, S. 3.
- 95 Kulisch, Wassili: Stalin und der Krieg. In: Sputnik (1988) 10, S. 128.
- 96 Vorkommnisse im Zusammenhang mit Nichterscheinen der Zeitschrift »Sputnik«, BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 2041, Bl. 1–2.
- 97 Wessel, Harald: Wie die Geschichte befragen? In: Neues Deutschland v. 31.10./1.11.1987, S. 9.
- 98 Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2016, S. 224 f.
- 99 Ebd., S. 224–225; Hagemann, Christiane: Aktenverzeichnis zur Arbeitsgruppe Terrorabwehr (AG XXII) der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Halle 2014, S. VI, http://www.bstu.bund.de/DE/InDerRegion/Halle/Archiv/Findmittel/Aktenverzeichnisse/h_ag-xxll.pdf?__blob=publicationFile
- 100 Unveröffentlichte Musterakte über die Bau- und Nutzungsgeschichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit am Gimritzer Damm. Hg. BStU, Halle 2015.
- 101 Weitere Objektdienststellen waren z. B. für die Überwachung der Technischen Universität Dresden, des Kombines VEB Carl Zeiss Jena, des Gaskombines »Schwarze Pumpe« bei Spremberg und des Kernkraftwerkes Nord bei Greifswald zuständig; Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2016, S. 245–246; Buthmann, Reinhard: Die Objektdienststellen des MfS. Berlin 1999. (MfS-Handbuch)
- 102 Hauptamtliche Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 9), S. 556–557; inoffizielle Mitarbeiter, Stand v. 30.11.1989, in: Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 539.
- 103 Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR – Region Magdeburg. Anregungen für den Schulunterricht. Hg. Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt. Magdeburg 2002, S. 9, 18.
- 104 Hauptamtliche Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 19), S. 556–557; inoffizielle Mitarbeiter, Stand v. 31.12.1988, in: Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 103), S. 710.
- 105 http://www.bstu.bund.de/DE/InDerRegion/Magdeburg/Archiv/_node.html
- 106 Halbrock, Christian: Das Areal der DDR-Staatssicherheit in Lichtenberg. In: Münkler, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 52–60; Musterakte (Anm. 101).
- 107 Musterakte (Anm. 101), S. 15.
- 108 Aktenvermerk des Büros der Leitung der BV Halle, 22.4.1989; BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 1167, Bl. 168–170.
- 109 BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 3377, Bl. 182–190; BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 1151, Bl. 1; BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 1167.
- 110 Zuarbeit zur geplanten DFA-Reise der Dr. [Name], 19.5.1987; BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Reg.-Nr. VIII 1023/89, Bl. 154.

- 112 Einleitungsbericht zur Anlage einer operativen Personenkontrolle Deckname »Janus«, 12.4.1989; ebd., Bl. 15–21, hier 19.
- 113 Sofortmeldung – Nichtrückkehr von genehmigter Dienstreise; ebd., Bl. 22–23.
- 114 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, PA, Nr. 1557, Bl. 111–112.
- 115 Bericht zur Kontaktarbeit mit Prof. Dr. [Name], 17.4.1989; BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Reg.-Nr. VIII 1023/89, Bl. 48–50.
- 116 Untersuchungsbericht, 16.6.1989; ebd., Bl. 115–124, hier 122.
- 117 Statistisches Jahrbuch der DDR. Hg. Statistisches Amt der DDR. Berlin 1990, S. 16.
- 118 Befehl Nr. 37/73 des Ministers für Staatssicherheit, 7.9.1973; BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 1874, Bl. 1–4.
- 119 Ebd., Bl. 1.
- 120 Eine »Operativgruppe« ist eine Struktureinheit, welche auf den unteren MfS-Ebenen »zumeist mit einer eng begrenzten oder befristeten Aufgabe« betraut war. Vgl. Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2016, S. 257.
- 121 Einschätzung der politisch-operativen Lage, 12.10.1988; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1862, Bl. 1–51, hier 25.
- 122 Einschätzung über die im Bezirk Halle tätigen ausländischen Werk-tätigen, 27.9.1988; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 2056, Bl. 4–11, hier 4.
- 123 Ebd., Bl. 31.
- 124 BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1862, Bl. 25.
- 125 Sachstandsbericht zur OPK »Konstant«, 14.12.1987; BStU, MfS, BV Halle, AOPK 586/89, Bl. 13–16, hier 16.
- 126 Abschlussbericht zur OPK »Konstant«, 17.2.1989; BStU, MfS, BV Halle, AOPK 586/89, Bl. 150–154, hier 153.
- 127 Statistisches Jahrbuch der DDR. Hg. Statistisches Amt der DDR. Berlin 1990, S. 16.
- 128 BStU, MfS, BV Halle, BAFNS in Auflösung, Nr. 182, Bl. 21.
- 129 Bedeutung und Stellung des MKWP im volkswirtschaftlichen Re-produktionsprozess und Einschätzung der pol.-op. Lage; BStU, MfS, BV Halle, KD Eisleben, Nr. 1128, Bl. 1–16, hier 1f.
- 130 BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 96, Bl. 23.
- 131 Jahresplan 1989 des Leiters der Kreisdienststelle Eisleben, 29.12.1989; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1392, Bl. 1–59, hier 1f.
- 132 Politisch-operative Lageeinschätzung zur Sicherung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, 27.9.1988; BStU, MfS, BV Halle, KD Eisleben, Nr. 1109, Bl. 9–11, hier 9.
- 133 BStU, MfS, BV Halle, BAFNS in Auflösung, Nr. 182, Bl. 15.
- 134 Einschätzung der politisch-operativen Lage (KD Eisleben), 10.10.1989; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 509, Bl. 141–197, hier 194.
- 135 Aktenvermerk Stellvertreter Operativ an Leiter der BV Magdeburg über Absprache mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes am 13.2.73, vom 23.2.1973; BStU, MfS, BV Magdeburg, Stllvtr. OP, Nr. 1, Bl. 34 ff., hier 35.
- 136 Abteilung XVIII an Leiter Abt. XX, Rückinformation Umweltschutz – operative Probleme, 22.1.1980; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX, ZMA, Nr. 4090, Bd. 1, Bl. 15 ff., hier 22.
- 137 Abteilung XX/4, Politisch-operative Lage im Zusammenhang mit den Versuchen des Gegners, eine politisch Untergrundbewegung zu entfalten und eine politische Opposition zu etablieren, 25.1.1983; ebd., Bl. 156.
- 138 KD Stendal, Vorlage zur kollektiven Beratung beim Leiter der Bezirksverwaltung vom 16.9.1985 über den Stand der Sicherung des Bauvorhabens KKW III Stendal, 23.8.1985; BStU, MfS, BV Magdeburg, Stllvtr. OP, Nr. 6, Bl. 87 ff., hier 92.
- 139 Vorlage zur kollektiven Beratung beim Leiter der Bezirksverwaltung über den Stand der politisch-operativen Sicherung bei der Durchsetzung der getroffenen Grundsatzentscheidungen zur 1. Baustufe und zu den Problemen der differenzierten Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen im KKW Stendal, 3.11.1986; BStU, MfS, BV Magdeburg, Stllvtr. OP, Nr. 6, Bl. 45 ff., hier 50.
- 140 BV Magdeburg, Leiter KD Stendal, Operative Lageeinschätzung über den Stand der politisch-operativen Sicherungsarbeit bei der Realisierung des Investitionsvorhabens KKW Stendal und der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Morsleben, 7.6.1988; BStU, MfS, BV Magdeburg, Stllvtr. OP, Nr. 6, Bl. 2 ff., hier 5.
- 141 Berichte der MfS-Kreisdienststellen zum »Erhebungsprogramm für die Ermittlung von Planstellennormativen«, Stand: 30.4.1983; BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 449, Bl. 333–342.
- 142 BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Stendal, Nr. 16, o. S.
- 143 Berichte der MfS-Kreisdienststellen zum »Erhebungsprogramm für die Ermittlung von Planstellennormativen«, Stand: 30.4.1983; BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 449, Bl. 325.
- 144 Beurteilung (Abteilung V), 8.10.1953; BStU, MfS, BV Halle, KS II 763/88, Bl. 36.
- 145 Eidesstattliche Versicherung (Alfred T.), 5.12.1959; BStU, MfS, BV Halle, KS II 763/88, Bl. 162–165.
- 146 BStU, MfS, JHS, MF, Nr. 346.
- 147 Befehl Nr. K 2647/88, 30.5.1988; BStU, MfS, BV Halle, KS II 763/88, Bl. 94.
- 148 Beurteilung der Genossin [Name], 8.1.1988; BStU, MfS Halle, PA, Nr. 1168, Bl. 81–83.
- 149 BStU, MfS, BV Halle, KS II 352/88.
- 150 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 9), S. 558.
- 151 Ebd., S. 556–557.
- 152 Rede Mielkes auf der Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation der Bezirksverwaltung Cottbus, 22.1.1979; BStU, MfS, BV Cottbus, Tb, Nr. 59 (Z).
- 153 Erweiterte Kollegiumssitzung des MfS, Referat Mielke, 19.2.1982 (Tonbandabschrift); BStU, MfS, ZAIG, Tb, Nr. 1.
- 154 Vgl. BStU, MfS, AS, Nr. 76/70, Bd. 2, Bl. 76.
- 155 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Berlin 1996, S. 98, 101.
- 156 Vgl. ebd., S. 55.
- 157 BStU, MfS, AS, Nr. 82/70, Bl. 61.
- 158 Die Stasi – das Patriarchat im Patriarchat. In: die tageszeitung v. 8.3.1993, S. 3.
- 159 Verpflichtungserklärung von »Elliot«, KD Weimar, 29.8.1983; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. IX 988/83, Teil I, Bl. 23.
- 160 Ebd., Teil II/2.
- 161 Reichert, Steffen: Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968–1989, Halle (Saale) 2007, S. 149.
- 162 BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. IX 988/83, Teil II/2; BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Reg.-Nr. VIII 55/82.
- 163 Information zur politischen Situation unter Studenten der MLU des IM »Elliot«, Tonbandabschrift, Abt. XX der BV Halle, 24.11.1989; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Reg.-Nr. IX 988/83, Teil II/2, Bl. 215.
- 164 Juristische Hochschule des MfS: Kriminalistik. Spurenkunde; BStU, MfS, JHS, Nr. 151/84; BStU, MfS, HA III, Nr. 19387, Bl. 2, S. 115.
- 165 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 225; Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2016, S. 174–175; 207.
- 166 Ebd., S. 96; Florath, Bernd: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: Munkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 40–51.
- 167 Ebd.
- 168 Treffbericht mit dem IM »Frank Thalheim«, HA I/MB III, 15.1.1986; BStU, MfS, BV Halle, AIM 4150/86, Teil I, Bl. 266–271.
- 169 Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Lage, 25.10.1989; BStU, MfS, HA VII/AKG, Nr. PK 1/2.2., Bd. 4, S. 68–90.
- 170 Vgl. Schreiben der Abteilung VII, 9.8.1958; BStU, MfS, HA VII/Abt. 1, ZMA, Nr. 1452, Bl. 54–56. S. a. Schreiben der Abteilung Information betr. Stand der Arbeit in den Organen der Volkspolizei, 10.10.1957; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 67, S. 1–8.
- 171 Vgl. Vortrag der Hauptabteilung VII vom März 1988; BStU, MfS, HA VII, Nr. 62 (Wagen 10–13), S. 2–66.
- 172 Protokoll über die Dienstleiterbesprechung mit Wollweber, 3.11.1954; BStU, MfS, SdM, Nr. 1921, Bl. 482–500.
- 173 Vgl. Hopfer, Bernd; Stumpf, Ingo: Fachabschlussarbeit zur politisch-operativen Sicherung der Hochschule der DVP vom 1.12.1975; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 13963.
- 174 Vgl. Weitere Qualifizierung der Abwehrarbeit im Arbeitsbereich der I der Kriminalpolizei, o. D. [1986]; BStU, MfS, HA VII/AKG, Nr. PK 1/5.5., Bl. 56–63.
- 175 Vgl. Schreiben des Leiters der BV Halle betr. Ansteigen von Vorkommissen unter Angehörigen der DVP, 27.9.1985; BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 285, S. 2–4; Information des Leiters der Abteilung VII der BV Halle über Inspektionen der DVP, 28.8.1981; BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 1529, Bl. 1–6.
- 176 Stand 1985. Vgl. Vorlage der Abteilung VII zur kollektiven Beratung beim Leiter der Bezirksverwaltung vom 24.1.1985; BStU, MfS, HA VII/AKG, Nr. PK 1/5.3., S. 4–23. S. Wunschik, Tobias: Hauptabteilung VII. Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei. Berlin 2009. (MfS-Handbuch)
- 177 Name geändert.

- 178 Operativplan für die Bearbeitung der OPA [Name], 29.9.1971; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2931/85, Bd. 2, Bl. 35–37.
- 179 Vermerk zur Überprüfung der Informationen des FIM »Ernst Harzer« vom 19.10.1984 zum Verhalten des Bürgers [Name], 27.10.1984; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2931/85, Bd. 1, Bl. 58–60.
- 180 Vgl. Suckut, Siegfried: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen« Arbeit. Berlin 1996, S. 65 (Container).
- 181 Sachstandsbericht zum OV »Container«, 7.1.1985; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2931/85, Bd. 1, Bl. 78–86, hier 79.
- 182 Operativplan zum OV »Container«, 10.1.1985; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2931/85, Bd. 1, Bl. 87–93.
- 183 Darstellung der objektiven Möglichkeiten der OV-Person »Container« zur Sammlung nachrichtendienstlich bedeutsamer Informationen, 7.2.1985; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2931/85, Bd. 1, Bl. 192–194.
- 184 Vermerk der HA IX/1, 9.7.1985; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2931/85, Bd. 1, Bl. 376–383, hier 382.
- 185 Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Zersetzen – Strategie einer Diktatur. Eine Studie. Berlin 2002.
- 186 Vgl. Suckut: Wörterbuch (Anm. 180), S. 102–104 (Ermittlungsverfahren).
- 187 BStU, MfS, BV Magdeburg, Nr. 73779, Bl. 47.
- 188 Auswertung zentrale Dienstkonferenz der Abteilung M in den Stasi-Bezirksverwaltungen, 1985, BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, 25, Bl. 3.
- 189 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. M, Nr. 9, Bl. 45.
- 190 BStU, MfS, BV Magdeburg, AS, Nr. 16/73, Bd. III, Bl. 177.
- 191 BStU, MfS, BV Halle, Abt. M, Reg.-Nr. VIII 381/89.
- 192 BStU, MfS, BV Halle, Abt. M, Nr. 556, Bl. 3 f.
- 193 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. M, Nr. 9, Bl. 3–5.
- 194 BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 3272, Bl. 1–3.
- 195 Labrenz-Weiß, Hannah: Abteilung M. Berlin 2005, S. 40 (MfS-Handbuch).
- 196 BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 3272, Bl. 42.
- 197 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. M, Nr. 455, Bd. 6.
- 198 Ahrberg, Edda; Boek, Torsten: Die Post- und Telefonkontrolle durch die Staatssicherheit im Bezirk Magdeburg. Der Prozess gegen die verantwortlichen Staatssicherheitsoffiziere Wilfried Müller, Heinz Hille, Wolfgang Theile, Hans-Jürgen Richter ... wegen Amtsanmaßung im Zusammenhang mit operativen Post- und Telefonkontrollen. Magdeburg 1993, S. 39–40.
- 199 BStU, MfS, BV Halle, Abt. M, Reg.-Nr. VIII 381/89, Bl. 125.
- 200 BStU, MfS, BV Halle, Abt. M, Reg.-Nr. VIII 381/89, Bl. 48.
- 201 Scherrieble, Joachim (Hg.); Bohse, Daniel (Bearb.); Sperk, Alexander (Bearb.): Der Rote Ochse Halle (Saale) : politische Justiz 1933–1945, 1945–1989 / Katalog zu den Dauerausstellungen. Berlin 2008, S. 281–293.
- 202 Sperk, Alexander; Bohse, Daniel (Red.): »Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden«. Die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt 1945–1989. Leitfaden für die Dauerausstellung der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. Magdeburg 2012, S. 2; Scherrieble; Bohse; Sperk (Anm. 201), S. 281–293.
- 203 Sperk; Bohse (Anm. 202), S. 18; Scherrieble; Bohse; Sperk (Anm. 201), S. 372, 534.
- 204 Scherrieble; Bohse; Sperk (Anm. 201), S. 442–445.
- 205 BStU, MfS, BV Magdeburg, AU 375/85, Bde. 1–3.
- 206 Sperk, Alexander: Die MfS-Untersuchungshaftanstalt »Roter Ochse« Halle/Saale von 1950 bis 1989. Eine Dokumentation. Magdeburg 1998, S. 19–21.
- 207 Sperk; Bohse (Anm. 202), S. 13; Scherrieble; Bohse; Sperk (Anm. 201), S. 462–467.
- 208 Ebd. (Anm. 202), S. 12; ebd. (Anm. 201), S. 468–472.
- 209 Vgl. Erdmann, Volker: Die »Zelleninformatoren« in der Untersuchungshaft der MfS-Bezirksverwaltung Halle/S. 1981–1989. Magdeburg 1998.
- 210 Sperk; Bohse (Anm. 202), S. 13; Scherrieble; Bohse; Sperk (Anm. 201), S. 473–480.
- 211 Ebd. (Anm. 202), S. 14–15; ebd. (Anm. 201), S. 485–487.
- 212 Ebd. (Anm. 202), S. 16–17; ebd. (Anm. 201), S. 481–484.
- 213 Operation »Wüstensand« Isolierungslager für unliebsame Bürger. MDR. http://www.mdr.de/damals/archiv/artikel90120_dosArtContext-artikel90120_zc-fb8dbe1f.html (letzter Zugriff 19.5.2016).
- 214 Direktive Nr. 1/67 über Inhalt und Ziel der Mobilmachungsarbeit im Ministerium für Staatssicherheit, die Planung und Organisation der Mobilmachungsaufgaben und besonderer Maßnahmen der Vorbereitung des MfS auf den Verteidigungszustand, Juli 1967; BStU, MfS, DSt 400032, Bl. 1–23, hier 5.
- 215 Dokumentation über instruktiv-methodische Hinweise für die Erarbeitung, Präzisierung und Komplettierung der Dokumentation der spezifisch-operativen Vorbeugemaßnahmen (Kennziffer: 4.1.1., 4.1.3., 4.1.4.), 31.1.1986; BStU, MfS, BV Halle, GVS Hle o047, 253/86, Bl. 3–9, hier 7.
- 216 Komplexanalyse des Bezirkes Halle für den Verteidigungszustand; BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 96, Bl. 54.
- 217 Rahmenordnung für Isolierungsobjekte (Anlage 3), 1983; BStU, MfS, GVS MfS o005,155/83, Bl. 20.
- 218 Vgl. KD Köthen: Eröffnungsbericht OV »Kalandar«, 17.7.1985; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 2074/87, Bd. 1, Bl. 11; vgl. OD Buna: Treffauserwertung, 6.2.1981; BStU, MfS, BV Halle, OD Buna, Reg.-Nr. VIII 279/72, Teil II, Bd. 3, Bl. 36.
- 219 Vgl. KD Köthen: Untersuchungsbericht, 1.9.1986; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 3064/87, Bd. 2, Bl. 112.
- 220 Vgl. KD Köthen: Sachstandsbericht zum OV »Kalandar«, 18.10.1985; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 2074/87, Bd. 1, Bl. 62; vgl. KD Köthen: Eröffnungsbericht OV »Kalandar«, 17.7.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 12.
- 221 Abteilung XVIII/6 der BV Halle: Zwischenbericht zum Stand der Bearbeitung des OV »Kalandar«, 23.9.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 36.
- 222 Vgl. KD Köthen: Eröffnungsbericht OV »Kalandar«, 17.7.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 13; vgl. Abteilung XVIII/6 der BV Halle: Zwischenbericht zum Stand der Bearbeitung des OV »Kalandar«, 23.9.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 30–38.
- 223 Vgl. KD Köthen: Eröffnungsbericht OV »Kalandar«, 17.7.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 11–12.
- 224 Vgl. Abteilung XVIII/6 der BV Halle: Zwischenbericht zum Stand der Bearbeitung des OV »Kalandar«, 23.9.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 36; vgl. Abteilung XVIII/6 der BV Halle: Ergebnisbericht zum Stand der Bearbeitung des OV »Kalandar«, 9.5.1986; ebd., Bd. 1, Bl. 228.
- 225 Vgl. KD Köthen: Sachstandsbericht zum OV »Kalandar«, 18.10.1985; ebd., Bd. 1, Bl. 66.
- 226 Vgl. KD Köthen: Information zum Brand im VEB Orbitaplast Weißandt-Görlitz, 29.8.1986; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 3064/87, Bd. 2, Bl. 108.
- 227 Über die finanziellen Kosten kursierten unterschiedliche Angaben. Die Bezirksverwaltung Halle bezifferte den Sachschaden auf 7 Mio. Mark und ging von gesamtwirtschaftlichen Kosten von über 176 Mio. Mark aus, vgl. BV Halle: Lageeinschätzung auf dem Gebiet Brände und Störungen in der Volkswirtschaft des Bezirkes Halle, 1986; BStU, MfS, BV Halle, OD CKB, Nr. 434, Bl. 49. In den Unterlagen der KD Köthen wird ein Ausfall von »industrieller Warenproduktion« im Wert von 65 Mio. Mark angegeben. Die Kosten für den Wiederaufbau der Kalandaranlage wurden hier auf 60 Mio. Mark geschätzt, vgl. KD Köthen: Eröffnungsbericht OV »Rohr«, 6.11.1986; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 3064/87, Bd. 1, Bl. 13. Der Journalist Marcus Michel nennt eine Schadenssumme von 15 Mio. Mark für technische Ausrüstungen und 5 Mio. Mark für die zerstörte Fabrikhalle, vgl. Marcus Michel: Ein Blick zurück auf den Großbrand 1986 bei Orbita. Mitteldeutsche Zeitung v. 17.2.2008.
- 228 Vgl. Abteilung IX der BV Halle: Vorschlag zur Durchführung der gerichtlichen Hauptverhandlung im Ermittlungsverfahren, 26.5.1987; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 3064/87, Bd. 1, Bl. 124; vgl. Abteilung XVIII der BV Halle: Information zum OV »Rohr«, 16.6.1987; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 3064/87, Bd. 1, Bl. 130.
- 229 Vgl. Abteilung IX der BV Halle: Dokumentation des Großbrands in Orbitaplast, 1987; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 357, Bl. 23–30.
- 230 Abteilung XVIII der BV Halle: Information zum OV »Rohr«, 16.6.1987; BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, AOP 3064/87, Bd. 1, Bl. 130.
- 231 MfS-BV Halle, Abteilung XVIII, [ohne Titel], 31.10.1980; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Nr. 4885, Bl. 484–489, hier 484; Leiter der BV Halle: Zur persönlichen Information des Genossen Felde. Überprüfungsergebnisse zu Fragen der Umweltverschmutzung im Bezirk Halle; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Nr. 4885, Bl. 468–474.
- 232 Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MfUW), Beschluss-Vorlage für den Ministerrat: Information über die Entwicklung der Luftverunreinigung in Ballungszentren des Bezirkes Halle und Maßnahmen zu ihrer schrittweisen Verminderung, v. 26.5.1978, eingereicht am 29.5.1978; Bundesarchiv (BArch), DK 5/1667, o. Pag.

- 233 MfS-BV Halle, Abteilung XVIII: Politisch-operative Einschätzung der überdurchschnittlichen Umweltbelastung im Raum Bitterfeld, 21.9.1983; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XVIII, Nr. 255, Bl. 255–265, hier: 255.
- 234 So wurden 1988 zum Beispiel das von der ÖAG in Halle herausgegebene »Blattwerk« eingezogen und 1983 eine Ausstellung des kirchlichen Forschungshaus Wittenberg zu Umweltthemen geschlossen und verboten.
- 235 Die bekannteste war die Umweltbibliothek in Ost-Berlin in den Räumen der Zionskirchgemeinde. Siehe dazu u. a. Verbotene Bücher – Die Gründung und Arbeit der Umwelt-Bibliothek. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=47; auch in Halle existierte ab 1988 eine unabhängige Umweltbibliothek.
- 236 Siehe <http://www.umweltunderinnerung.de/index.php/kapitelseiten/verschmutzte-natur/51-bitterfeld>.
- 237 Aussage des IM »Dietmar Baudisch«; BStU, MfS, BV Halle, OD CKB, Reg.-Nr. VIII 2437/83, Teil II/2, Bl. 138.
- 238 Aktenvermerk, 24.8.1970; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 76/71, Bd. 1, Bl. 8.
- 239 Strafrechtliche Einschätzung anhand der objektiven Tatumstände, 24.2.1971; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 76/71, Bd. 1, Bl. 42, 43.
- 240 Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Magdeburg: Politisch-operative Maßnahmen zur Durchsetzung des Befehls 6/87 des Vorsitzenden der Bezirkssektionsleitung über »Die ständige Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in der Volkswirtschaft sowie die Aufgaben zur Verhinderung und Zurückdrängung besonderer Vorkommnisse«, 22.7.1987; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung IX, Nr. 1030, Bl. 3 ff., hier Bl. 4.
- 241 Schreiben des Leiters der Abteilung IX der BV Magdeburg, Major Götzschel, an die Hauptabteilung IX/4 des MfS: Aufstellung über alle Täter, die ab dem Jahre 1952 im Bezirk Magdeburg Diversionen verbrechen, Verbrechen der Sabotage und Schädlingstätigkeit sowie schwere Wirtschaftsverbrechen begangen haben, 29.4.1970; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung IX, Nr. 142, Bl. 227–242.
- 242 BV Magdeburg, AKG, Bestandsaufnahme zu den Ergebnissen der Auswertungs- und Informationsstätigkeit in der Abteilung XVIII als Grundlage einer zielgerichteten Unterstützung und Hilfe durch die AKG, 23.3.1986; BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 186, Bl. 95 ff., hier 114.
- 243 Vgl. Schreyer, Roland: Akte Kanal. Eine Familie flüchtet über die innerdeutsche Grenze. Eigenverl. 32009.
- 244 Vgl. Suckut: Wörterbuch (Anm. 180), S. 215 f. (Kirchen, Mißbrauch der).
- 245 Telegramm (BV Halle an HA XX), 13.12.1983; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 168, Bl. 16–17.
- 246 Müller-Enbergs, Helmut; Stock, Wolfgang; Wiesner, Marco: Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die evangelische Kirche. Münster 1999, S. 9.
- 247 A. Z.: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden. Kommentare und Meinungen. In: Neues Deutschland v. 31.8.1976, S. 2; Schultze, Harald (Hg.): Das Signal von Zeit. Reaktionen auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Leipzig 1993.
- 248 Information über die Vorbereitung eines sogenannten offenen Briefes zur kirchlichen Friedenserziehung durch Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg, [Parteiinformation Nr. 23/81], 12.1.1981; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 348, Bl. 62–69, hier 68.
- 249 Strafrechtliche Einschätzung zum OV »Seminarist« der KD Naumburg, 15.1.1981; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 348, Bl. 57–61, hier 59.
- 250 Ab 1987 IM »Arno Schreiber«; BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Reg.-Nr. VIII 641/65, Bd. 1–10.
- 251 Abschrift IM-Bericht (Tonbandabschrift), 5.1.1981; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 348, Bl. 74–75.
- 252 Ergänzung der operativen Information vom 24.12.1980 [Fernschreiben BV Halle an HA XX/4], 13.1.1981; BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 795, Bl. 241.
- 253 Sachse, Christian: Der Einfluss des MfS auf den Naumburger Brief von 1980/1981. S. 5, http://www.christian-sachse.de/20110709_Naumburg.PDF (letzter Aufruf: 29.9.2015)
- 254 BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 795, Bl. 241.
- 255 Christian Sachse, einer der sechs Autoren, erinnerte sich später, dass Klaer die Verfasser des Briefes am 12. Januar 1981 aufsuchte und mit ihnen einen Kompromiss aushandelte. Ebd., S. 8
- 256 Ergänzung der operativen Information vom 13.1.1982 [Fernschreiben an HA XX/4], o.D.; BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 795, Bl. 242–243.
- 257 »Offener Brief« zur kirchlichen Friedenserziehung von Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg, 30.1.1981; BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 3469, Bl. 4–5.
- 258 Beschluss [Leiter der Bezirksverwaltung Halle, Oberst Wagner], o. D. [1958]; BStU, MfS, BV Halle, BdL, Nr. 598, Bl. 1–5, hier 5.
- 259 Offener Brief an die evangelischen Studentengemeinden der DDR, 4.5.1978; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 825, Bl. 144.
- 260 Einschätzung der erreichten Wirksamkeit des IMB »Helmut Albrecht« [...] (Leiter der KD Naumburg), 30.10.1984; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 148, Bl. 60–62, hier 62.
- 261 Komplexanalyse des Bezirkes Halle für den Verteidigungszustand; BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 96, Bl. 55. An anderer Stelle ist von acht Personen aus dem KOS die Rede. Komplexanalyse für den Verteidigungszustand, o.D. [Ende 1982]; BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 104, Bl. 3–11, hier 10.
- 262 Lorek, Daniel (Hg.): In nomine Domini! Die Huysburg – zur Geschichte des Priesterseminars. Leipzig 2004, S. 40, 44.
- 263 Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996, S. 354.
- 264 Erfassung von Angaben für die verbale Auswertung, KD Halberstadt, 30.5.1983; BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 448, Bl. 230 a–o, hier 230 f.
- 265 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 1530, Bl. 6.
- 266 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3581; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3875; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 452.
- 267 Schreiben der KD Halberstadt an die Abt. XX/4 der BV Magdeburg, 18.8.1988; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3875, Bl. 4.
- 268 KD Halberstadt: Einschätzung der Situation am Bischöflichen Priesterseminar Huysburg, 12.8.1988; ebd., Bl. 5–8; hier 8.
- 269 Schreiben des Stellvertreters des Ministers (Schröder) an den Stellvertreter Operativ der BV Magdeburg, 22.2.1973; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 458, Bl. 24–25.
- 270 Auskunftsbericht der Abt. XX/4 der BV Magdeburg, 20.3.1973; ebd., Bl. 27–30, hier 29.
- 271 BStU, MfS, AP 2286/77, Bl. 5.
- 272 Auskunftsbericht zur OPK »Göbel« der Abt. XX der BV Magdeburg zur Archivierung, 5.10.1979; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOPK 1773/79, Bl. 162–164.
- 273 Abverfügung zur Archivierung der Abt. XX/4 der BV Magdeburg, 2.10.1979; ebd., S. 165.
- 274 Lorek, Daniel (Anm. 262), S. 37.
- 275 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3980.
- 276 Information über die Durchführung der »Familienwallfahrt 1981 auf der Huysburg« der KD Halberstadt, 29.6.1981; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 785, Bl. 217–220; BStU, BV Magdeburg, Abt. XX, Nr. 3953 u. 3954.
- 277 Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996, S. 368.
- 278 Pragal, Peter: Späte Versöhnung. Stern v. 21.9.1989; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 484, Bl. 1–4.
- 279 Anordnung über das Statut für das Bauhaus Dessau v. 10.12.1986; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 484, Bl. 73.
- 280 BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 484.
- 281 Einschätzung der politisch-operativen Lage am Bauhaus Dessau, KD Dessau, 20.9.1989; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234, Bl. 91–94.
- 282 BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 395.
- 283 Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung der Eröffnungsveranstaltung am 6.8.1988 im Zusammenhang mit der Ausstellung des Bauhaus-Archivs vom 6.8.–25.9.88 im Bauhaus Dessau, KD Dessau, 28.7.1988; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 541, Bl. 166–171.
- 284 Abschlussbericht über die politisch-operative Sicherung der Eröffnung der Ausstellung des Bauhaus-Archivs e.V. Berlin (West) im Bauhaus Dessau am 6.8.88, KD Dessau, 6.8.1988; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 219, Bl. 14–16.
- 285 KD Dessau, Lage und Entwicklung unter Übersiedlungersuchen, 7.9.1988; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1882, Bl. 91–93.
- 286 KD Dessau, Abschlussbericht über die politisch-operative Sicherung der Eröffnung der Ausstellung des Bauhaus-Archivs e.V. Berlin (West) im Bauhaus Dessau, 6.8.1988; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 219, Bl. 14–16.
- 287 Information, HA VIII/2, 11.7.88; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 219, Bl. 291–293.

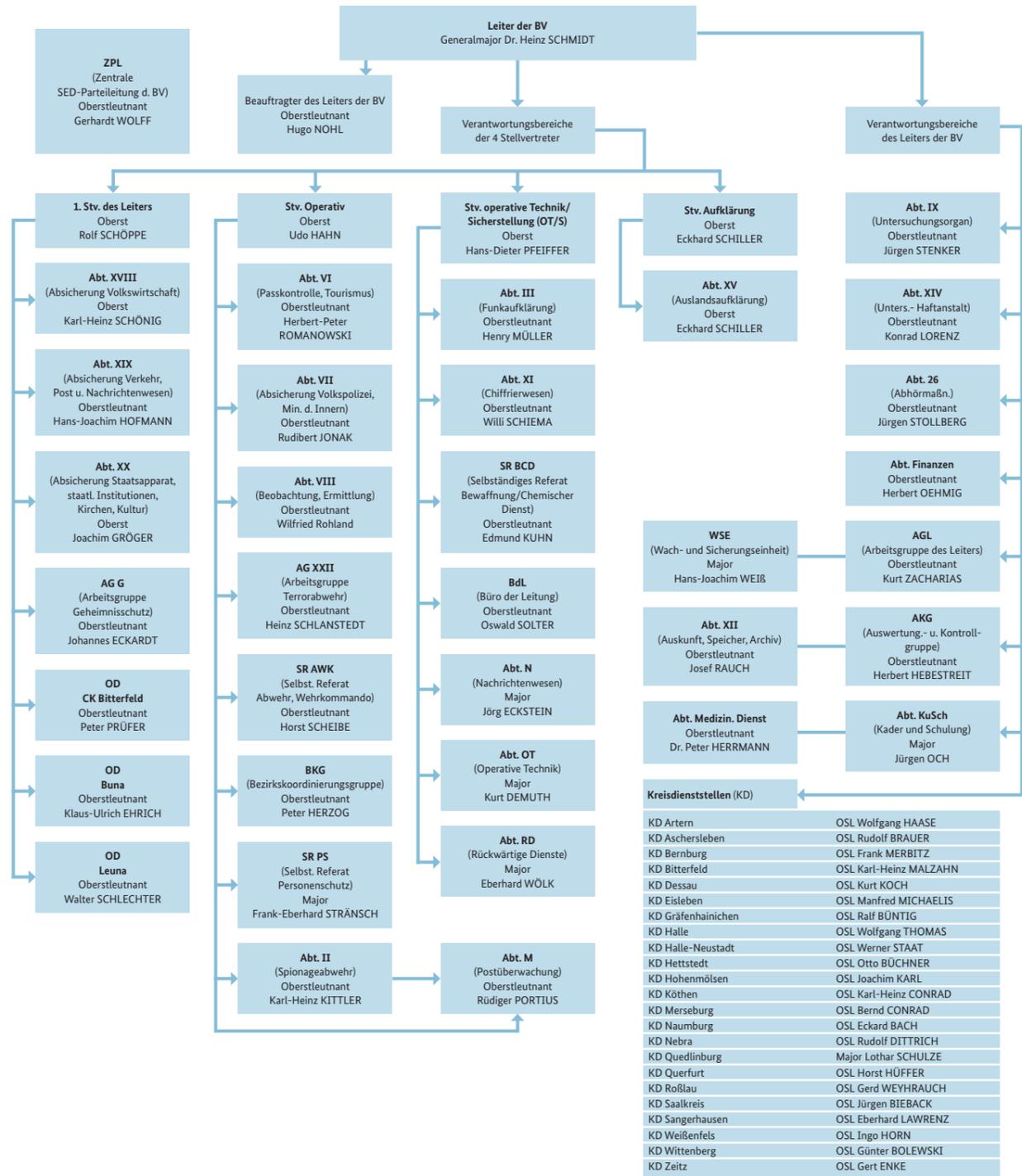
- 288 KD Dessau, Einschätzung der politisch-operativen Lage am Bauhaus Dessau, 20.9.1989; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234, Bl. 91–94.
- 289 Ebd.; BStU, MfS, Abt. XVIII, Nr. 6419; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Nr. 304.
- 290 BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Reg.-Nr. VIII 552/86, Teil I.
- 291 BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234, Bl. 102–103.
- 292 Information zum Mitarbeiter [Name] des IM »Fixi« o.D.; BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Reg.-Nr. VIII 552/86, Teil II, Bl. 45–46.
- 293 Ebd., Teil II.
- 294 Information über den Stand der Vorbereitung der Ausstellung des Bauhaus-Archiv Berlin-West im Bauhaus, KD Dessau, 2.5.1988; ebd., Teil II, Bl. 164–165.
- 295 BStU, MfS, BV Halle, KD Dessau, Nr. 234, Bl. 102–103.
- 296 Richtlinie 1/71 über die operative Personenkontrolle des Ministers für Staatssicherheit v. Januar 1971; BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 2600, Bl. 1–46, hier 4.
- 297 Reichert, Steffen: Unter Kontrolle, (Anm. 161), S. 387–388.
- 298 Protokoll einer Aussprache mit der Studentin [Name], 14.4.1982; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2582/84, Bd. 1, Bl. 51–54.
- 299 Ebd., Bd. 1 und 2.
- 300 Einleitungsbericht zum Anlegen der OPK »Sängerin«, Abt. XX/3 der BV Halle, 10.5.1982; ebd., Bd. 1, Bl. 21–22.
- 301 Reichert: Unter Kontrolle (Anm. 161), S. 285–291.
- 302 Bericht IM »Ludwig Langhans«, Tonbandabschrift, Abt. XX/3 der BV Halle, 9.9.1982; BStU, MfS, BV Halle, AOP 2582/84, Bd. 1, Bl. 93.
- 303 Sachstandsbericht zum OV »Sängerin«, Abt. XX/3 der BV Halle, 14.6.1984; ebd., Bd. 2, Bl. 234–240.
- 304 Ebd., Bd. 2.
- 305 Bericht über die durchgeführte konspirative Durchsuchung der Wohnung des [Name], Abt. XX/3 der BV Halle, 5.4.1983; ebd., Bd. 1, Bl. 104–15.
- 306 Ebd., Bd. 1 und Bd. 2.
- 307 Abschlussbericht zum OV »Sängerin«, Abt. XX/8, 31.7.1984; ebd., Bd. 2, Bl. 286–292.
- 308 Catrain, Elise: Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981). Leipzig 2013, S. 143–144.
- 309 Reichert: Unter Kontrolle (Anm. 161), S. 436–441.
- 310 Catrain: Hochschule (Anm. 308), S. 34–41; Reichert: Unter Kontrolle (Anm. 161), S. 291–304.
- 311 Ebd., S. 314–315.
- 312 Catrain: Hochschule (Anm. 308), S. 90–91, 112–114; Reichert: Unter Kontrolle (Anm. 161), S. 304–314.
- 313 Ebd., S. 345–365.
- 314 Aktenvermerk zum Treff mit dem IMS »Hans Stock«, 9.9.1986; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XX, Reg.-Nr. VII 459/76, Teil II, Bd. 1, Bl. 276.
- 315 Aktenvermerk vom 12.9.1986; ebd., Bl. 287.
- 316 Übersichtsbogen zur Operativen Personenkontrolle »Trennung«, 5.9.1986; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOPK 2030/88, S. 1 (MfS-Zählung).
- 317 Aktenvermerk, 16.9.1975; BStU, MfS, BV Magdeburg, AOP 1085/76, Bl. 125.
- 318 Braun, Jutta, »Jedermann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport« – Triumph und Trugbild des DDR-Sports. In: Großbölting, Thomas (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? – DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Berlin 2009, S. 184 f.
- 319 Maßnahmeplan des Leiters der BV Magdeburg zur langfristigen politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung des VIII. Turn- und Sportfestes 1987 in Leipzig, 25.4.1986; BStU, MfS, BV Magdeburg, BdL/Dok. Nr. 941, S. 1 ff.
- 320 Schreiben der Abteilung XX an die KD Havelberg zur Sicherung des VII. Turn- und Sportfestes, 9.5.1983; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Havelberg, Nr. 3855, S. 1.
- 321 Schreiben der Abteilung XX an die Kreisdienststellen zur »Delegierung von Nachwuchskadern zur Kinder- und Jugendsportschule Magdeburg«, 10.5.1976; ebd., S. 12.
- 322 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 2847, Teil I, Bl. 127–128.
- 323 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2015, S. 240.
- 324 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 1136, Bl. 6–17.
- 325 BStU, MfS, HA XX/4, Karteikarte F 22, ZOV »Symbol« XV 1709/84.
- 326 Tschiche, Hans-Jochen: »Nun machen Sie man, Pastorche!« Erinnerungen. Halle (Saale) 1999, S. 157 f.
- 327 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 2847, Bl. 93–111, hier 110.
- 328 Tschiche, Hans-Jochen: Boykottnest. Die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt im Visier der DDR-Staatsmacht. Halle (Saale) 2008, S. 16.
- 329 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 2847, Bl. 93–111.
- 330 BStU, MfS, HA II/9, VSH, Hans-Jochen Tschiche.
- 331 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 2847, Bl. 93–111; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, ZMA, Nr. 1205, Bl. 18–26; BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Dokumentenkartei, Hans-Jochen Tschiche; BStU, MfS, BV Magdeburg, BKG, Dokumentenkartei OPK/OV, Hans-Jochen Tschiche; BStU, MfS, BV Magdeburg, Karteikarten F 22, OV »Spitze« VII 1370/81 und TV »Spitze« VII 818/86.
- 332 BStU, MfS, BV Magdeburg, BKG, Dokumentenkartei OPK/OV, Hans-Jochen Tschiche, Karte 3.
- 333 BStU, BV Magdeburg, ZMA, Nr. 2107/9, Bl. 1–2.
- 334 Eigenfeld, Katrin: Untersuchungshaftanstalt des MfS »Roter Ochse« – Kirchtur 20 Halle (Saale) – Erinnerung. In: Ahrberg, Edda (Hg.): Vom Roten Ochsen geprägt. Bd. 2: Berichte politisch Inhaftierter in den achtziger Jahren. Magdeburg 1996, S. 31–45, hier 31–33.
- 335 BStU, MfS, BV Halle, AU 1762/84, Bd. 1, Bl. 33–38, hier 36.
- 336 BStU, MfS, BV Halle, AOP 1134/84, Bd. 1, Bl. 19–20.
- 337 BStU, MfS, BV Halle, AU 1762/84, Bd. 1, Bl. 13–17.
- 338 BStU, MfS, BV Halle, AOP 1134/84, Bd. 1, Bl. 5–12; sowie ebd., Bd. 3.
- 339 BStU, MfS, BV Halle, AU 1762/84, Bd. 1, Bl. 169–178; ebd., Bl. 180–186.
- 340 BStU, MfS, BV Halle, AOP 1134/84, Bd. 1, Bl. 356–361, hier 361.
- 341 BStU, MfS, BV Halle, Abt. VI, Dokumentenkartei, Katrin Eigenfeld.
- 342 Eigenfeld, Katrin: Der Umbruch oder Das Wunder. Versuch einer Rückbesinnung. In: Wagner, Patrick (Hg.): Schritte zur Freiheit. Die Friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale. Halle (Saale) 2009, S. 296–301, hier 296.
- 343 BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1860, Bl. 5–14.
- 344 Der Text basiert auf der Publikation Löhn, Hans-Peter: »Unsere Nerven lagen allmählich blank«. MfS und SED im Bezirk Halle. Berlin 1996, hier S. 8.
- 345 Vgl. auch Grashoff, Udo: Halle im Herbst 1989. In: Freitag, Werner; Minner, Katrin (Hg.): Geschichte der Stadt Halle. Bd. 2: Halle im 19. und 20. Jahrhundert. Halle (Saale) 2006, S. 501–511, hier 503.
- 346 Vgl. Weisung des Leiters der Bezirksverwaltung Halle, 8.10.1989; BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 150, Bl. 48.
- 347 Vgl. Löhn: Unsere Nerven (Anm. 344), S. 11–13.
- 348 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1174, Bl. 28–30.
- 349 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1103, Bl. 63–65.
- 350 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 1174, Bl. 34–39 u. AKG, Nr. 2251, Bl. 16 und 81.
- 351 Vgl. Löhn: Unsere Nerven (Anm. 344), S. 22–24.
- 352 Vgl. BStU, BV Halle, AfNS, Nr. 2, Bl. 23–27.
- 353 Vgl. Löhn: Unsere Nerven (Anm. 344), S. 32.
- 354 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, AKG, Nr. 998, Bl. 1–5 u. AKG, Nr. 1003, Bl. 10–13.
- 355 Vgl. Löhn: Unsere Nerven (Anm. 344), S. 40–46.
- 356 E-Mail an Marit Krätzer, 25.11.2015.
- 357 Vernichtungsprotokoll, 10.11.1989; BStU, MfS, BV Halle, KD Eisleben, Nr. 357, Bl. 2–4.
- 358 Dokument 024: Protokoll Anhörung des Leiters des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit und seines Stellvertreters durch den Runden Tisch (7. Februar 1990). Quelle: Archiv Pfarrer Leipoldt. In: Lauenroth, Hartmut: Die friedliche Revolution 1989 in der Lutherstadt Eisleben. Eine Dokumentation. Lutherstadt Eisleben 2010, S. 158.
- 359 Tätigkeitsbuch des Offiziers vom Dienst, 11.12.1989; BStU, MfS, BV Halle, KD Eisleben, Nr. 343, Bl. 108.
- 360 Vgl. Hg. Engelmann, Roger u. a.: Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 32016; Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 2012 (MfS-Handbuch); Münkkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, Berlin 2015; <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html>

Struktur und Aufgaben der Stasi in Halle und Magdeburg

Bezirksverwaltung (BV) Halle

des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

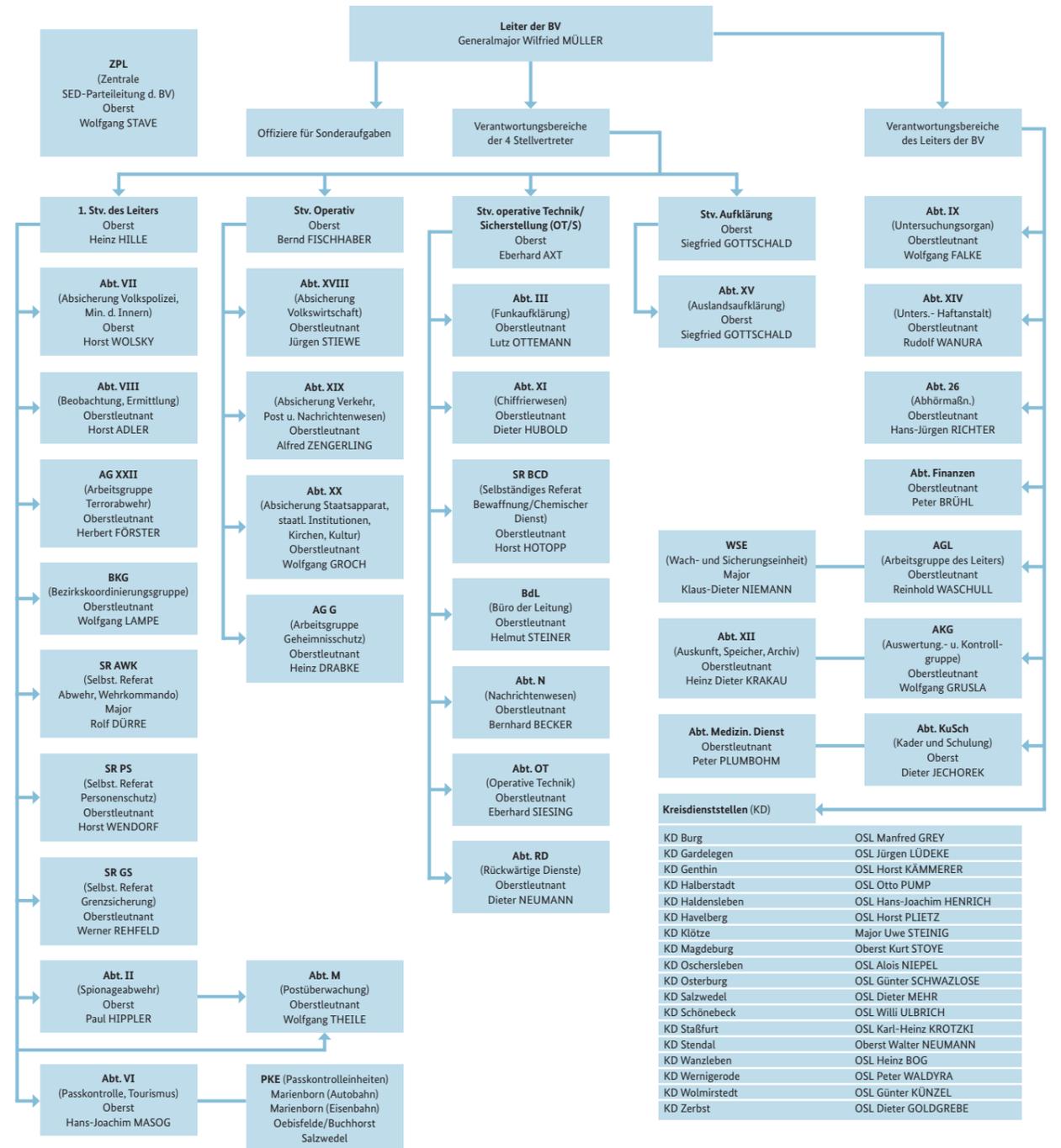
(Stand 11/89)



Bezirksverwaltung (BV) Magdeburg

des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

(Stand 11/89)



Die Dienststellen der Stasi in den Bezirken Halle und Magdeburg

Bezirk Halle



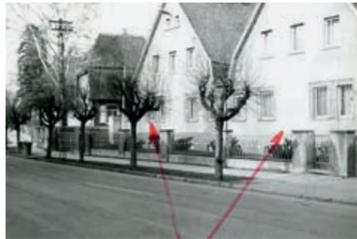
BV Halle
Ab 1973:
Gimritzer Damm.
(Vor 1973 befand sich die BV am Robert-Franz-Ring.)
BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 166, Bild 1
(Bildausschnitt)



KD Bitterfeld
Ab Oktober 1973:
Puschkinstr. 20–24 (Vor Oktober 1973 befand sich die KD in der Niemecker Straße.)
BStU, MfS, BV Halle, KD Bitterfeld, Fo, Nr. 11, Bild 108



KD Halle Saalkreis
Bis 1973:
Ludwig-Stur-Straße 1
BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Nr. 1127, Bl. 1



KD Artern
Puschkin-Straße 23/24
BStU, MfS, BV Halle, KD Artern, Nr. 98, Bl. 19, Bild 2



KD Dessau
Puschkinallee 1 (heute Ecke Parkstraße/Heinz-Rötger-Straße)



KD Halle
Ab 1973:
Ludwig-Stur-Straße 1
BStU, MfS, BV Halle, KD Halle, Nr. 188, Bl. 147, Bild 2



KD Aschersleben
Dr.-Kurt-Fischer-Straße 1
(Die Straße existiert heute nicht mehr.)
BStU, MfS, BV Halle, KD Aschersleben, Nr. 286, Bl. 53, Bild 1



KD Eisleben
Wilhelm-Beinert-Straße 2
BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 692, Bl. 174



KD Halle-Neustadt
Seit Gründung der KD 1973 auf dem Gelände der BV am Gimritzer Damm untergebracht. (heute Selkestraße) (1990)
Stadtarchiv Halle; Foto: Peter Judersleben



KD Bernburg
Liebknechtstraße 61/63
BStU, MfS, BV Halle, KD Bernburg, Nr. 658, Bl. 33, Bild 1



KD Gräfenhainichen
Adam-Weiße-Straße 48
BStU, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 408, Bl. 17, Bild 2



KD Hettstedt
Fritz-Probst-Straße 25
(Die Straße existiert heute nicht mehr.)
BStU, MfS, BV Halle, KD Hettstedt, Nr. 1, Bl. 31, Bild 1



KD Hohenmölsen
Oststraße 11
BStU, MfS, BV Halle, AG XXII, Nr. 379, Bl. 39



KD Naumburg
Marienring 12
BStU, MfS, BV Halle, KD Naumburg, Nr. 146, Bl. 32



KD Roßlau
Straße der Opfer des Faschismus 46 (heute Berliner Straße/Ecke Rotdornweg)



KD Köthen
Bis Oktober 1987:
Dr.-S.-Allende-Str. 13
(heute Akazienstraße). (1986)
BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, Nr. 62, Bl. 1



KD Nebra
Promenade 12
BStU, MfS, BV Halle, KD Nebra, Nr. 42, Bl. 43, Bild 3



KD Saalkreis
Ab 1973:
Dr.-Richard-Sorge-Straße 18/19, Halle
BStU, MfS, BV Halle, KD Saalkreis, Fo, Nr. 11, Bild 47



Ab Oktober 1987:
Maxim-Gorki-Str. (1988)
BStU, MfS, BV Halle, KD Köthen, Nr. 198, Bl. 25, Bild 2



KD Quedlinburg
Ethel-und-Julius-Rosenbergstraße 24 a
(Die Straße existiert heute nicht mehr.)



KD Sangerhausen
Marienstraße 2



KD Merseburg
Poststraße 16
Foto: BStU, ASt Halle



KD Querfurt
Döcklitzer Tor
BStU, MfS, BV Halle, KD Querfurt, Fo, Nr. 4, Bild 5

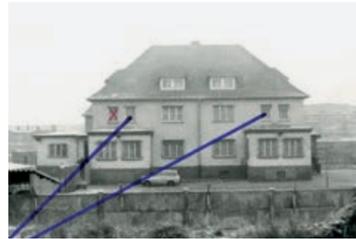


KD Weißenfels
Leninstraße 27 (heute Leopold-Kell-Straße 27)
Stadtarchiv Halle; Foto: Peter Judersleben

Bezirk Magdeburg



KD Wittenberg
Melanchthonstraße 6
BStU, MfS, BV Halle, KD Wittenberg, Nr. 65,
Bl. 30



OD Chemiekombinat Bitterfeld (CKB)
Straße der Wissenschaften, Haus I+II
BStU, MfS, BV Halle, OD CKB, Nr. 3, Bl. 23,
Bild 1

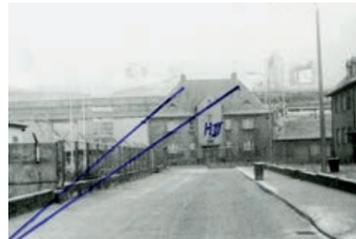


BV Magdeburg
Walther-Rathenau-Straße 88
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Magdeburg,
Nr. 4972, Bl. 12

Ab 1980:
Kroatenweg 56–67



KD Zeitz
Zeppelinstraße 1
BStU, MfS, BV Halle, KD Zeitz, Nr. 54, Bl. 25,
Bild 2



BStU, MfS, BV Halle, OD CKB, Nr. 3, Bl. 30,
Bild 2



KD Burg
Karl-Marx-Straße 35
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Burg, Nr. 385,
Bl. 321



OD Buna
Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Bau
B 13 (heute Dow Chemical Company)
BStU, MfS, BV Halle, OD Buna, Nr. 236, Bl. 53,
Bild 1



OD Leuna
Volkseigenes Kombinat (VEK) Leuna-Werke
»Walter Ulbricht«, Bau 24 – Südseite, 3. Etage
BStU, MfS, BV Halle, OD Leuna, Nr. 81, Bl. 100



KD Gardelegen
Rosenweg 12
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Gardelegen,
Nr. 504, Bl. 111



KD Genthin
Rudolf-Breitscheid-Straße 3
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Genthin,
Nr. 3770, Bl. 13



KD Halberstadt
Clara-Zetkin-Ring 28
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt,
Nr. 1012, Bl. 30



KD Haldensleben
Wilhelm-Pieck-Straße 48
(heute Schützenstraße)
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben,
Nr. 898, Bl. 86



KD Havelberg
Genthiner Straße 13
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Havelberg,
Nr. 4379, Bl. 31



KD Kalbe/ Milde
Stendaler Straße 34
(Die KD existierte bis 1987, der Verwaltungs-
kreis Kalbe/Milde bestand von 1952 bis 1987.)



KD Klötze
Geschwister-Scholl-Straße 2
BStU, BV Magdeburg, KD Klötze, Nr. 2786,
Bl. 36



KD Loburg
Straße des II. Deutschlandtreffens der Jugend
Nr. 2 (Der Verwaltungskreis Loburg bestand
von 1952 bis 1957.)



KD Magdeburg
Walther-Rathenau-Straße 88
(Vgl. BV Magdeburg S. 166)

1964–1972:
Halberstädter Straße 26
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Magdeburg,
Nr. 73601, Bl. 11

1972–1980:
Kroatenweg 56/57, Block 14

Ab 1980
Erneut: Walther-Rathenau-Straße 88



KD Oschersleben
Karl-Marx-Straße 32

Ab 1957:
Rudolf-Breitscheid-Straße 24



KD Osterburg
Mühlenstraße 6
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Osterburg,
Nr. 492, Bl. 4



Ab 1969:
Ernst-Thälmann-Straße 19
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Osterburg,
Nr. 492, Bl. 5



KD Salzwedel
Braunschweiger Straße 28
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Salzwedel,
Nr. 434, Bl. 1, Bild 2



KD Schönebeck
Böttcherstraße 3a
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Schönebeck,
Nr. 22495, Bl. 139

ohne Abbildung

KD Tangerhütte
Schulstraße 4

Ab 1969:
Ernst-Thälmann-Straße (heute Bismarck-
straße)
(Die KD existierte bis 1987, der Verwaltungs-
kreis Tangerhütte bestand von 1952 bis 1987.)



KD Zerbst
Gartenstraße 28

Ab 1970:
Puschkinpromenade 4
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Zerbst,
Nr. 2577, Bl. 21



ohne Abbildung

KD Seehausen
Goethestraße 8
(Der Verwaltungskreis bestand von 1952 bis
1965.)



ohne Abbildung

KD Wanzleben
Roßstraße 40

Ab 1972:
Lindenpromenade 31



KD Staßfurt
Salinenstraße 14
BStU, MfS, KD Staßfurt, Nr. 15391, Bl. 89



KD Wernigerode
Am Teichdamm 6

Ab 1963:
Goethestraße 1
BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Wernigerode,
Nr. 16032, Bl. 110



ohne Abbildung

KD Stendal
Ernst-Thälmann-Straße 33
(heute Moltkestraße)



ohne Abbildung

KD Wolmirstedt
Bahnhofstraße 19

Ab 1957:
Triftstraße

Kurzbiographien der Minister und Leiter der Bezirksverwaltungen

Die Minister für Staatssicherheit

Wilhelm Zaisser
(* 1893, Rotthausen, † 1958, Berlin)



BArch, Bild 175-04246

1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West
1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)
1932 Eintritt in die KPdSU
1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau
1936–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg
1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen
1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED
1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt
1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen
1950–1953 Minister für Staatssicherheit, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros
Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »parteiendlicher fraktioneller Tätigkeit«
1953
1954 Parteiausschluss

Erich Mielke
(* 1907, Berlin, † 2000, Berlin)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Speditionskaufmann
1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes
1927 Eintritt in die KPD
1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau
1936–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg
1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich
1945 Rückkehr nach Berlin
1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft
1950–1989 Mitglied des ZK der SED
1950–1957 stellv. Minister/Staatssekretär im Ministerium für Sicherheit
1957–1989 Minister für Staatssicherheit
1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer
1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK
1980 Armeegeneral
Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied
Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED
1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

Ernst Wollweber
(* 1898, Hannover-Münden, † 1967, Berlin)



BArch, Bild 183-26755-001

1919 Eintritt in die KPD
1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD
Ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten
1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage
1944 Ausreise in die UdSSR
1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED
1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen
1953–1957 Minister für Staatssicherheit
1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer
1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert
1958 Ausschluss aus dem ZK der SED, zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats

Die Leiter der Bezirksverwaltung Halle

Rudolf Vödisch

(* 1910, Zwickau, † 1989, Magdeburg)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Steindrucker

1929 Eintritt in die KPD
 1939–1943 Angestellter der Reichsbahn
 1943–1944 Wehrmacht
 1944–1947 sowjetische Gefangenschaft
 1947 Eintritt in die SED, Einstellung bei der VP in Zwickau
 1949 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS), KD Sachsen
 1950 Stellvertreter Operativ des Leiters der Länderverwaltung Sachsen
 1952–1955 **Leiter der BV Halle**
 1953 Oberst
 1955–1968 Leiter der BV Schwerin
 1968 Rentner

Emil Wagner

(* 1921, Troppau/ČSR)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Schlosser

1939–1943 Wehrmacht
 1943–1945 Gefangenschaft, Antifa-Schüler, Einsatz in Partisanengruppe
 1945/1946 Eintritt in die KPD bzw. die SED
 1947 Einstellung bei der Deutschen Verwaltung des Innern
 1948 Leiter des Dezernates K 5 (politische Polizei)
 1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Brandenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Brandenburg des MfS) in leitender Funktion
 1952–1955 Leiter der BV Potsdam
 1955–1971/1972 **Leiter der BV Halle**, wegen Krankheit von seinen Funktionen entbunden
 März 1972 OibE für die Objektverwaltung Wismut
 1972 Rentner

Heinz Schmidt

(* 1930, Bad Dübren/Krs. Eilenburg, † 2012)



BStU-Kaderkarteikarte

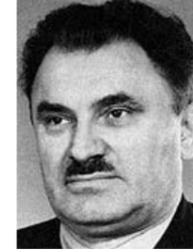
Gelernter Kaufmann und Jurist (Dr. jur.)

1949 Eintritt in die SED
 1952 Einstellung beim MfS, KD Bitterfeld
 Ab 1955 BV Halle des MfS, ab 1962 leitende Funktionen, seit 1969 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1969–1972 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam, Diplom-Jurist
 1971/1972–1990 **zunächst kommissarischer Leiter, dann Leiter der BV Halle, Generalmajor**
 1975 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam
 1990 Entlassung

Die Leiter der Bezirksverwaltung Magdeburg

Franz Schkopik

(* 1900, Salogtarjan/Ungarn, † 1980, Berlin)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Glasbläser

1920–1921 Flucht aus Ungarn in die ČSSR und Eintritt in die KPČ
 1931–1938 Leiter der KPČ Teplitz
 1939 Emigration in die UdSSR
 1943–1946 Politinstrukteur in der Roten Armee und Antifa-Arbeit in Kriegsgefangenenlagern
 1946 Übersiedlung nach Deutschland, Eintritt in die SED
 1947–1949 Mitarbeiter des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt
 1949 Einstellung als Abteilungsleiter bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen-Anhalt des MfS)
 1952–1953 **Leiter der BV Magdeburg**
 1953–1957 Leiter der BV Neubrandenburg, Oberstleutnant
 1957–1962 MfS Berlin, Abteilungsleiter (Sicherung von Staatsgeheimnissen)
 1962 Rentner

Reinhold Knoppe

(* 1908, Bernstein/Kreis Soldin, † 1983, Berlin)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Glaser

1929 Eintritt in die KPD
 1933 Emigration in die ČSSR
 1937–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg
 1939–1945 Internierung in Frankreich
 1941 Überstellung an die Gestapo, KZ Sachsenhausen
 1945 Einstellung bei der Volkspolizei, u. a. in leitender Funktion bei der K 5 (politische Polizei)
 1950–1953 MfS Berlin, Abteilungsleiter (Volkswirtschaft), Oberst
 1953–1962 **Leiter der BV Magdeburg**
 1962–1968 MfS Berlin, ab 1964 Abteilungsleiter (Archiv)
 1968 Rentner

Heinz Eggebrecht

(* 1916, Oberkaufungen, † 1994, Berlin)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter kaufmännischer Angestellter und Diplom-Jurist

1938–1945 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1950 Einstellung beim MfS, KD Eisleben
 Ab 1952 BV Magdeburg, seit 1953 Stellvertreter Operativ
 1960/1961 Besuch der Parteihochschule der SED
 1962–1971 **Leiter der BV Magdeburg**
 1964 Oberst
 1966–1968 Jurastudium an der JHS des MfS Potsdam
 1971–1972 für eine Sonderaufgabe zur HV A kommandiert
 1972–1982 als OibE Leiter des Zentralen Büros der Sportvereinigung (SV) Dynamo
 1982 Rentner

Heinz Kühne

(* 1921, Bernburg, † 1996)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Elektroschweißer und Jurist (Dr. jur.)

1939 NSDAP-Mitglied
 1940–1945 Wehrmacht
 1945–1948 sowjetische Gefangenschaft, u. a. Antifa-Schüler
 1948 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED
 1948 Einstellung bei der Volkspolizei
 1950 Einstellung beim MfS, Länderverwaltung Sachsen-Anhalt, Abteilung für Polizeibereitschaften
 Ab 1952 BV Magdeburg, seit 1957 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1958 Oberst
 1962–1963 Besuch der Parteihochschule der SED
 1965–1968 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
 1971–1977 **Leiter der BV Magdeburg**
 1977 Rentner

Kurzbiographien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen

SED-Bezirksleitung Halle

Wilfried Müller

(* 1931, Magdeburg, † 1993)



BStU-Kaderkarteikarte

Gelernter Elektriker und Diplom-Jurist
 1949 Eintritt in die SED
 1952–1954 Einstellung beim MfS, KD Magdeburg
 Ab 1954 BV Magdeburg, seit 1955 wechselnde leitende Funktionen, seit 1967 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1958–1959 Besuch der Bezirksparteischule
 1964–1966 Studium an der JHS des MfS Potsdam
 1977–1990 Leiter der BV Magdeburg
 1981 Generalmajor
 1990 Entlassung

Bernard Koenen

(* 1889, Hamburg, † 1964, Berlin)



BStU, MfS, BV Halle, Abt. OT, Fo, Nr. 97, Bild 1 (Ausschnitt)

Gelernter Maschinenschlosser
 1907 Eintritt in die SPD
 1917 Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
 1920 Eintritt in die KPD
 1921–1933 KPD-Bezirksleitung (BL) Halle-Merseburg
 1922–1933 Abgeordneter des Landtags von Sachsen
 1933 Emigration in die UdSSR
 1941–1945 Arbeit für das Nationalkomitee Freies Deutschland und eine Komintern- sowie Antifa-Schule
 Rückkehr nach Deutschland
 1945 1. Sekretär der KPD/SED-BL Sachsen-Anhalt
 1949–1952 1. Sekretär der SED-LL Sachsen-Anhalt
 1949–1964 Abgeordneter der Volkskammer
 1952 und 1958–1963 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1953–1958 Botschafter in der ČSSR
 1960–1964 Mitglied des Staatsrats

Heinz Glaser

(* 1920, Dresden, † 1978, Dresden)

Gelernter Schlosser, Studium an den Technischen Lehranstalten Dresden
 1941–1945 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die KPD
 1948/49 Lehrer an der SED-Landesparteienschule Sachsen
 1950–1952 2. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen
 1951–1952 Abgeordneter des Sächsischen Landtags
 1953–1954 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1954–1955 Studium an der Parteihochschule des ZK der KPdSU in Moskau
 1955–1959 1. Sekretär der SED-BL Gera, abgesetzt wegen »ungenügender kollektiver Arbeit«
 1967 Ausschluss aus der SED
 1977 Rentner

Franz Bruk

(* 1923, Wien, † 1996, Berlin)

Gelernter Bäcker
 1940–1945 Wehrmacht, amerikanische und britische Gefangenschaft
 1946 Eintritt in die KPD, dann SED
 1950–1951 Studium an der Parteihochschule der SED
 1951–1952 1. Sekretär der SED-KL Senftenberg
 1952–1953 1. Sekretär der SED-BL Cottbus
 1953–1954 Studium an der Parteihochschule des ZK der KPdSU in Moskau
 1954–1958 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1958–1966 Sekretär der SED-BL Halle für Agitation und Propaganda
 1967–1971 Mitglied der SED-BL Potsdam; politischer Mitarbeiter des Staatlichen Komitees für Fernsehen

Horst Sindermann

(* 1915, Dresden, † 1990, Berlin)



BArch-Bild 183-M1030-315, Foto: Hubert Link

1933 und 1935 Verhaftungen wegen Tätigkeit für den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands
 1935–1945 Zuchthaus Waldheim, anschließend »Schutzhaft« in den KZ Sachsenhausen, Mauthausen und Ebensee
 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1945
 1945–1947 und 1950–1955 Chefredakteur regionaler KPD/SED-Zeitungen
 1947–1949 1. SED-Kreissekretär in Chemnitz und Leipzig
 1949–1950 Mitglied und stellv. Vorsitzender des Sekretariats von Walter Ulbricht
 1955–1963 Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda im ZK
 1963–1989 Mitglied des ZK; Abgeordneter der Volkskammer
 1963–1971 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1973–1976 Vorsitzender des Ministerrats
 1976–1989 Präsident der Volkskammer, stellv. Vorsitzender des Staatsrats
 3.12.1989 SED-Ausschluss
 Jan./Febr. 1990 U-Haft, Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen

Werner Felfe

(* 1928, Großröhrsdorf, † 1988, Berlin)



BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 20, Bild 17 (Ausschnitt)

Gelernter Kaufmann, Diplom-Ingenieurökonom
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1946–1953 Tätigkeiten für die SED-KL Kamenz, die SED-LL Sachsen und die SED-KL Flöha
 Parteihochschule der SED
 1953 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ
 1954–1957 und 1971–1988 Abgeordneter der Volkskammer
 1957–1960 Vorsitzender des Rats des Kreises Zschopau
 1960–1963 Vorsitzender des Rats des Bezirks Karl-Marx-Stadt
 Ab 1966 SED-BL Halle, ab 1968 2. Sekretär
 1971–1981 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1976–1988 Mitglied des Politbüros des ZK
 1981–1988 Mitglied des Staatsrats

Hans-Joachim Böhme

(* 1929, Bernburg, † 2012, Berlin)



BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo, Nr. 29, Bild 15 (Ausschnitt)

Verwaltungsangestellter und Gesellschaftswissenschaftler (Dr. phil.)
 1945 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
 1949–1955 Tätigkeit für die SED-KL Bernburg, die SED-LL Sachsen-Anhalt und die SED-BL Halle
 1955–1958 Studium an der Parteihochschule »Karl Marx«
 1958–1963 Sekretär für Agitation der SED-KL Weißenfels
 1963–1981 wechselnde leitende Funktionen in der SED-BL Halle
 1967 Promotion zum Dr. phil., MLU Halle
 1981–Nov. 1989 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1981–1989 Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der Volkskammer
 1986–Nov. 1989 Mitglied des Politbüros des ZK
 Jan. 1990 Ausschluss aus der SED-PDS, Rentner
 1990 Anklage wegen »untreuer Handlungen auf Kosten sozialistischen und Parteieigentums«
 Gerichtsverfahren wegen »Totschlags an DDR-Flüchtlingen«: Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord durch Unterlassen
 2000–2004

Roland Claus

(* 1954, Hettstedt)



BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Fo, Nr. 66 (Ausschnitt)

Diplom-Ingenieur-Ökonom, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1976–1981 stellv. Sekretär, dann Sekretär der FDJ-Grundorganisation an der TH Leuna-Merseburg
 als IM »Peter Arendt« des MfS erfasst
 1977–1989 Eintritt in die SED
 1978 1. Sekretär der FDJ-BL Halle
 1983–1987 Mitglied des FDJ-Zentralrates
 1983–1989 Studium an der Parteihochschule der SED
 1987/88 1. Sekretär der SED-BL Halle, anschließend Vorsitzender der BL Halle der SED-PDS
 1990–1997 Vorsitzender des PDS-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt
 März–Okt. 1990 Mitglied der Volkskammer
 1990–1997 Vorsitzender des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt
 1990–1998 Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt, Fraktionsvorsitzender
 1998–2002 und seit 2005 Mitglied des Bundestags

SED-Bezirksleitung Magdeburg

Alois Pisman

(* 1911, Leoben/Österreich, † 2004, Rostock)



BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Fo, Nr. 522, Bild 1 (Ausschnitt)

Gelernter Maschinenschlosser, Elektroingenieur

1934 und 1940 Verhaftungen wegen Tätigkeit als KPÖ-Funktionär
 1941 Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus, in Halle inhaftiert
 1945/46 Organisations-Sekretär der KPD-BL Halle-Merseburg
 1946 Mitglied der SED
 1946–1950 Organisations-Sekretär
 1950–1989 Mitglied des ZK der SED
 1951–1952 2. Sekretär der SED-LL Sachsen-Anhalt
1952–1979 1. Sekretär der SED-BL Magdeburg
 1958–März 1990 Abgeordneter der Volkskammer
 1980–März 1990 Mitglied des Staatsrats
 1993 Anklage wegen »Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR«, Einstellung des Verfahrens aus gesundheitlichen Gründen

Kurt Tiedke

(* 1924, Krebsfelde/Kreis Großes Werder, † 2015)



BArch, Bild 183-1982-1102-302, Mai 1982

Vermessungstechniker, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1936–1942 Hitlerjugend, Oberrottenführer
 1942–1945 Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht, anschließend sowjetische Gefangenschaft
 1947–1948 Antifa-Schule
 1948 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED
 1951–1954 Lehrer am Lehrstuhl KPdSU an der Parteihochschule der SED; 1957–1960 Leiter des Lehrstuhls
 1954–1957 Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
 1961–1979 Leiter der Abteilung Propaganda des ZK der SED
 1967–Dez. 1989 Mitglied des ZK der SED
1979–1983 1. Sekretär der SED-BL Magdeburg
 1981–März 1990 Abgeordneter der Volkskammer
 1983–Nov. 1989 Rektor der Parteihochschule
 1990 Ausschluss aus der PDS, danach Engagement im Umfeld der DKP

Werner Eberlein

(* 1919, Berlin, † 2002, Berlin)



BArch, Bild183-1986-0724-400

Gelernter Elektriker, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1934 Emigration in die UdSSR
 1934–1937 Besuch der Karl-Liebknecht-Schule, Moskau
 1940–1948 Verbannung nach Sibirien wegen der Verurteilung seines Vaters
 1948 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in SED, Mitarbeiter des SED-Parteivorstands
 1951–1954 Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
 1955–1960 Leitender Redakteur beim »Neuen Deutschland«
 1960–1964 Mitglied der Agitationskommission des Politbüros des ZK
 1964–1981 Stellv. Abteilungsleiter beim ZK
 1981–1989 Mitglied des ZK der SED
1983–Nov. 1989 1. Sekretär der SED-BL Magdeburg
 1986–1989 Mitglied des Politbüros des ZK
 1986–Jan. 1990 Abgeordneter der Volkskammer
 Nov./Dez. 1989 Vorsitzender der zentralen Parteikontrollkommission, Mitglied der PDS
 1990 Rentner

Wolfgang Pohl

(* 1940, Königsberg/Ostpreußen)

Gelernter Stahlschiffbauer, Diplom-Jurist, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1960 Eintritt in die SED
 1961–1964 Tätigkeit beim Rat der Stadt Magdeburg
 1965–1969 Politischer Mitarbeiter der Stadtleitung Magdeburg
 1970–1974 und 1977/78 stellv. Oberbürgermeister von Magdeburg
 1974–1977 Studium an der Parteihochschule der SED
 1979–1989 1. Sekretär der SED-Stadt-BL Magdeburg-Nord
Nov. 1989 1. Sekretär der SED-BL Magdeburg
 ab Dez. 1989 stellv. Vorsitzender der SED-PDS bzw. PDS
 März–Okt. 1990 Abgeordneter der Volkskammer
 Okt. 1990 Rücktritt von allen Ämtern wegen Verdachts der Veruntreuung von Parteivermögen
 1992 Parteilos³⁶⁰

ECa/ SSc



> Mielke (links) im Mansfeld-Kombinat mit Generaldirektor Wolfgang Großpietsch (Mitte) und dem SED-Bezirkschef von Halle, Werner Felfe (rechts). 1981

MfS, BV Halle, Abt. OT, Nr. 24, Bild 21; Foto: Bernd Plewa

Autoren

ASp	Alexander Sperk Dr., Jg. 1968; Historiker, Mitarbeiter im Sachgebiet Anträge und Ersuchen der Außenstelle Halle des BStU	PSp	Philipp Springer Dr., Jg. 1970; Historiker, wiss. Mitarbeiter der Abteilung Archivbestände des BStU
CHa	Christiane Hagemann Jg. 1959; Archivarin der Außenstelle Halle des BStU	RSi	Rüdiger Sielaff Jg. 1958; Leiter der Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU
ECa	Elise Catrain Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, wiss. Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	SSc	Stephanie Schlesier Dr., Jg. 1978; Historikerin, Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
HPL	Hans-Peter Löhn Dr., Jg. 1955; Historiker, Dozent für historisch-politische Bildung der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	SSt	Sebastian Stude Jg. 1979; Historiker, Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
JSt	Jörg Stoye Jg. 1963; Leiter der Außenstelle Magdeburg des BStU	TWu	Tobias Wunschik Dr., Jg. 1967; Politikwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
MKr	Marit Krätzer Jg. 1960; Leiterin der Außenstelle Halle des BStU		
MSc	Mark Schiefer Jg. 1981; Politikwissenschaftler und Historiker, wiss. Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		
MSt	Martin Stief Jg. 1984; Germanist und Historiker, wiss. Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		
PBo	Peter Boeger Dr., Jg. 1956; Kunsthistoriker und Kommunikationswissenschaftler, Leiter der Arbeitsgruppe Regionalgeschichte der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		
PHa	Peter Haensch Jg. 1978; Politikwissenschaftler, Mitarbeiter im Sachgebiet Anträge und Ersuchen der Außenstelle Halle des BStU		

Abkürzungsverzeichnis

AOP	Archivierter Operativer Vorgang (MfS)	HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter – wurde vom MfS langfristig eingesetzt, finanziell und sozial versorgt
ASt	Außenstelle		
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang (MfS)		
BArch	Bundesarchiv	IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei		
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe (MfS) – koordinierte das Vorgehen des MfS bei Ausreise und Republikflucht; seit 1975	IME	Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz
BL	Bezirksleitung		
BND	Bundesnachrichtendienst (BRD)	JHS	Juristische Hochschule (MfS)
BPA	Bahnpostamt (DDR)		
BV	Bezirksverwaltung (MfS)		
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	K 5	Dezernate 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei – politische Polizei (Vorläufer des MfS)
ČSR	Tschechoslowakische Republik	KD	Kreisdienststelle (MfS)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	KKW	Kernkraftwerk
		KL	Kreisleitung
DDR	Deutsche Demokratische Republik	KOS	Katechetisches Oberseminar – Sitz: Naumburg
DFA	Dringende Familienangelegenheiten – Reise in nichtsozialistische Staaten und nach West-Berlin	KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
EOS	Erweiterte Oberschule	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
EV	Ermittlungsverfahren	KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR) – realsozialistische Einheitsgewerkschaft	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staatsfreie Jugendorganisation	Kz	Kennziffer
GENEX	Geschenkdienst und Kleinexport GmbH (DDR) – 1975 gegründet; Vermittlung von Geschenken und Dienstleistungen gegen Valuta für DDR-Bürger	KZ	Konzentrationslager
GI	Geheimer Informator – inoffizieller Mitarbeiter	LL	Landesleitung
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS) – seit 1968; seit 1980 registrierpflichtig; besondere Form der inoffiziellen Zusammenarbeit	MdI	Ministerium des Innern (DDR)
GST	Gesellschaft für Sport und Technik (DDR) – Massenorganisation zur vormilitärischen und wehrsportlichen Ausbildung von Jugendlichen	MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
		MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti – (russisch) Ministerium für Staatssicherheit; UdSSR 1946–1953
		MLU	Martin-Luther-Universität Halle
		MWD	Ministerstwo Wnutrennych Del – (russisch) Ministerium für innere Angelegenheiten (ab 1946); umfasste 1953–1954 auch den Staatssicherheitsdienst der UdSSR

NKGB	Narodnyi Komissariat Gossudarstwennoi Besopasnosti – (russ.) Volkskommissariat für Staatssicherheit; Geheimdienst der UdSSR 1941 und 1943–1946	SND	Sudetendeutscher Nachrichten-Dienst
		SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
NKWD	Narodnyi Komissariat Wnutrennych Del – (russisch) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; 1917–1946; umfasste 1934–1943 auch den Staatssicherheitsdienst der UdSSR	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
		VEB	Volkseigener Betrieb (DDR) – Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben
NS	Nationalsozialismus	VP	Volkspolizei
NSAG	Nichtstrukturelle Arbeitsgruppe	ZK	Zentralkomitee
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet		
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)		
OD	Objektdienststelle (MfS) – Dienst Einheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeutender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten 7 OD		
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS) – hauptamtlicher Mitarbeiter, der unter Verschleierung seines Dienstverhältnisses in sicherheitspolitisch relevanter Position eingesetzt war		
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage		
OV	Operativer Vorgang – konspiratives Ermittlungsverfahren gegen unbekannt oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)		
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus		
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor – Sitz: West-Berlin; MfS-Feindobjekt		
SBZ	Sowjetische Besatzungszone		
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands		
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit – 23.07.1953–24.11.1955 Bereich des Ministeriums des Innern		
SKET	Schwermaschinenbaukombinats Ernst Thälmann Magdeburg		

Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Sachsen-Anhalt

Hinweise zur Fachliteratur finden sich auch in den Anmerkungen.	Münchow, Michael: Die friedliche Revolution in Magdeburg. Eine Analyse der Ereignisse. Kremkau 2007.
Ahrberg, Edda u. a.: Ausgeliefert. Haft und Verfolgung im Kreis Gardelegen zwischen 1945 und 1961. Halle (Saale) 2014.	Rupieper, Hermann-Josef (Hg.): Friedliche Revolution 1989–1990 in Sachsen-Anhalt. Halle (Saale) 2004.
Berg, Wieland: Wasser auf die Mühlen. Die Saaleaktionen 1989 zwischen Wahlfälschung und Montagsdemos in Halle – und wie die Stasi nur noch hinterherlief. Halle (Saale) 2000.	Rupieper, Hermann-Josef (Hg.): »... und das Wichtigste ist doch die Einheit«. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster 2003.
Beyer, Falk: Die (DDR-)Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben. Magdeburg 2004.	Stöcklein, Gerd: Der Operative Vorgang »Treffpunkt« der Bezirksverwaltung Halle des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. »Hetzblätter« und Hexenjagd von 1978 bis 1980, Magdeburg 2004. [online abrufbar: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-31363]
Breitenborn, Konrad: Tage zwischen Hoffnung und Angst. Der 17. Juni 1953 im Kreis Wernigerode. Wettin-Löbejün 2013.	Stoye, Jörg: Operativgruppe Kernkraftwerk. Die Stasi und die Probleme beim Bau des KKW III Stendal, in: Horch und Guck 21 (2012) 76, S. 10–14.
Gladen, Jutta: »Wir überlassen keinen dem Gegner.« Die Evangelische Studentengemeinde in Magdeburg im Blick der Staatssicherheit. Magdeburg 2004.	Tschiche, Hans-Jochen: Boykottnest. Die evangelische Akademie Sachsen-Anhalt im Visier der DDR-Staatsmacht. Halle (Saale) 2008.
Hütt, Wolfgang: Gefördert. Überwacht. Reformdruck bildender Künstler der DDR – das Beispiel Halle. Döbel 2004.	Walther, Achim: Die eisige Naht. Die innerdeutsche Grenze bei Hötensleben, Offleben und Schöningen 1952 bis 1990. Halle (Saale) 2010.
Krüger, Waltraud: Ausreiseantrag. Magdeburg 1990.	Vesting, Justus: »Mit dem Mut zum gesunden Risiko«. Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna unter besonderer Berücksichtigung des VEB Chemiekombinat Bitterfeld. Magdeburg 2003.
Kunze, Johannes: Das MfS in der Schuh-Industrie. Am Beispiel des Direktors für Forschung und Technik der »VVB Schuhe« Weißenfels Karl-Heinz Werner. Magdeburg 2004.	Westhusen, Mark W.: Zonenpunkprovinz. Punk in Halle (Saale) in den 80er Jahren. Halle (Saale) 2005.
Lübeck, Wilfried: Knüppel, Kerzen, Dialog. Die friedliche Revolution 1989/90 im Bezirk Magdeburg. Halle (Saale) 2009.	
Mechtenberg, Theo: 30 Jahre Zielperson des MfS. Eine Fallstudie zu Aufklärung und Simulation der Stasi. Magdeburg 2001. [online: http://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/urn/urn:nbn:de:gbv:3:2-24268]	
Münkel, Daniela: Staatssicherheit in der Region. Die geheimen Berichte der MfS-Kreisdienststelle Halberstadt an die SED, in: Deutschland-Archiv 43 (2010) 1, S. 31–38.	

Impressum

**Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik**

Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Gestaltung
Pralle Sonne, Berlin

Danksagung

Besonderer Dank gilt Dr. Gabriele Camphausen, Dr. Axel Janowitz, Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Durch die engagierte Unterstützung der Außenstellen Halle und Magdeburg des Bundesbeauftragten wurde diese Publikation erst möglich.

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

Schutzgebühr 5,00 €
Berlin 2016

ISBN 978-3-946572-00-8

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465720082

SACHSEN-ANHALT



ISBN 978-3-946572-00-8



www.bstu.de

